Nadine Gersberg

Göttinger Tageszeitungen im Wandel der Zeit: 1919 bis 1974.

Das *Göttinger Tageblatt*
im Wettbewerb mit *Göttinger Zeitung*,
Volksblatt/Göttinger Presse.

Inhalt

Einleitung 4

Die Presse in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus 9

Die Weimarer Republik 9

Die Zeit des Nationalsozialismus 20

Die ersten Nachkriegsjahre 1945-1949: Lizenzierung und Entnazifizierung 29

Die 1950er Jahre – Lizenzzeitung versus Heimatzeitung 37

Der Göttinger Wahlkampf zur Niedersächsischen Landtagswahl 1955 40

Umfang, Platzierung und Darstellungsformen der Wahlkampfberichterstattung 42

Wahlanzeigen 57

Die Wahlkampfthemen 59

Bevölkerungsgruppen und Parteien 75

Die Darstellung der Wahlergebnisse 94

Ergebnisse der Analyse 98

Die Studentenbewegung 1968 101

Die 68er-Bewegung in der Göttinger Berichterstattung 109

Das Attentat auf Rudi Dutschke 109

Der Generationenkonflikt 119

Über Auslöser, Ursachen und Lösungsvorschläge 132

Über die Proteste gegen die Notstandsgesetzgebung 138

Berichterstattung über den Kampf um Mitbestimmung an den Universitäten 165

Allgemeine Betrachtung der Berichterstattung 168

Ergebnisse der Analyse 175

Fazit 176

Literaturverzeichnis 179

Danksagung

Diese Studie entstand mit Hilfe eines Stipendiums der *Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft* (ddvg). Nach einem Lektorat von Klaus Wettig, unterstützt von Yannick Liebing, konnte sie 2021 veröffentlicht werden.

Für diese Unterstützung danke ich herzlich.

Die Autorin

Nadine Gersberg (Jahrgang 1977) studierte zwischen 1998 und 2003 Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität in Göttingen und arbeitete zunächst als studentische Hilfskraft, nach ihrem Studienabschluss als Diplom-Sozialwirtin als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrbeauftragte am Zentrum für Interdisziplinäre Medienwissenschaften an der Georg-August-Universität. In dieser Zeit entstand die Studie „Göttinger Tageszeitungen im Wandel der Zeit“. 2007 zog es Nadine Gersberg von der Wissenschaft in die Politik: Zunächst als Geschäftsführerin der SPD-Fraktion in Offenbach am Main, seit 2019 ist sie Abgeordnete des Hessischen Landtags.

Einleitung

Von 1735 bis 1973 gab es in Göttingen eine beachtliche Vielfalt an lokalen Presseerzeugnissen, erst 1975 wurde die Universitätsstadt zu einem Ein-Zeitungs-Kreis: mit dem GÖTTINGER TAGEBLATT.

Da Göttingen im Zweiten Weltkrieg kaum zerstört wurde, blieben die Bestände der Zeitungsarchive erhalten. Trotz dieser hervorragenden Archivlage liegen bisher nur wenige Arbeiten über die Pressegeschichte in Göttingen vor. Diese Untersuchung hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Berichterstattung Göttinger Zeitungen von der Weimarer Republik bis in die 1970er Jahre zu dokumentieren und dabei zu untersuchen, inwieweit die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen von Verlegern und Redakteuren Einfluss auf Gestaltung und Inhalt ihrer Zeitungen nahmen. Dabei standen die *sozialdemokratischen* Zeitungen VOLKSBLATT und GÖTTINGER PRESSE jeweils in Konkurrenz zu den *überparteilichen* Zeitungen, wie GÖTTINGER TAGEBLATT und GÖTTINGER ZEITUNG. Diesen Zeitungen gelang es jedoch nicht, die Meinungen aller Parteien wiederzugeben, vielmehr wurden bestimmte Ansichten vermehrt vertreten und auffällig unterstützt, um politische Wirkungen bei den Lesern hervorzurufen. Hans Mathias Kepplinger fasst Rolle und Einfluss der Medien im Spannungsfeld zur Politik wie folgt zusammen:

> „In publizistischen Konflikten sind die Medien zuweilen sowohl Beobachter als auch Akteure, die durch ihre Berichterstattung in das aktuelle Geschehen eingreifen. Dies kann auf zwei Wegen geschehen: erstens durch die Entscheidung für oder gegen die Berichterstattung über ein Ereignis bzw. für oder gegen die Präsentation bestimmter Tatsachen und Meinungen, zweitens durch die explizite Bewertung des Geschehens in Kommentaren und Glossen. Die Berichterstattung der Medien in einem publizistischen Konflikt beruht deshalb immer auf mindestens zwei Ursachen – dem Verhalten der Konfliktgeber und dem Verhalten der Berichterstatter. Beide können von materiellen und immateriellen Interessen beeinflusst sein, die bei der Beurteilung eines publizistischen Konfliktes in Rechnung gestellt werden müssen. […] Die Berichterstattung der Medien kann absichtlich oder unabsichtlich die Wahrnehmung der strittigen Sachverhalte und ihrer Protagonisten beeinflussen und die Handlungsmöglichkeiten aller Beteiligten ausweiten oder einschränken. Darüber hinaus kann sie Folgewirkungen entfalten, die sich aufgrund der Eigendynamik sozialer Prozesse verselbstständigen und deshalb weit über die direkten Effekte hinausreichen können.“[1]

Mit welchen Mitteln sowohl parteinahe als auch überparteiliche Zeitungen Wirkungen und somit Einfluss zu erreichen versuchten, wird in den folgenden Kapiteln erläutert. Dabei erfolgt für die 1950er und 1960er Jahre eine genauere Analyse der Berichterstattung, exemplarisch anhand der Untersuchung ausgewählter Ereignisse. Als Methode diente die qualitative, in einigen Teilen auch die quantitative Inhaltsanalyse.

Im Vordergrund stehen dabei die vier Kernfragen:
Welche gesellschaftlichen Milieus wollten die Zeitungen ansprechen? Waren die Zeitungen in ihrer Berichterstattung tatsächlich überparteilich oder parteilich? Welche sprachlichen gestalterischen Mittel wurden verwendet? Wurden die Beiträge in einer eher nüchternen sachlichen oder emotionalen Sprache geschrieben? Mit den Formulierungen können Journalisten ihre Beiträge emotionalisieren und damit einen eher optimistischen oder pessimistischen Tenor vermitteln. Diese Vorgehensweise kann zur *Skandalisierung von Missständen* führen, wie Kepplinger schreibt. Wichtig ist dabei auch die Feststellung, ob alle Meinungen erwähnt werden – ist das nicht der Fall, ist ein faires Mindestmaß an Objektivität nicht mehr gegeben.[2]

Die Auswahl der zu untersuchenden Zeitungen erfolgte über festgelegte Kriterien, um eine vergleichbare Grundlage zu erhalten. Untersucht wurden Zeitungen, die

- sich jeweils über mehrere Jahre hinweg am Lesermarkt halten konnten,
- täglich (bzw. in der Besatzungszeit wöchentlich) erschienen und
- die auflagenstärksten Zeitungen waren.

Einen guten Überblick über die ab 1919 erschienenen Zeitungen in Göttingen gibt der Titel: *Göttinger Zeitungen: Ein pressegeschichtlicher Führer mit Standortnachweis*, der von Eckhard Sürig und Helga-Maria Kühn im Göttinger Stadtarchiv 1985 erstellt wurde. Die folgenden Grafiken aus dem pressegeschichtlichen Führer geben die jeweiligen Erscheinungszeiträume wieder:

Abbildung 1: Erscheinungszeiten Göttinger Zeitungen 1864-1945

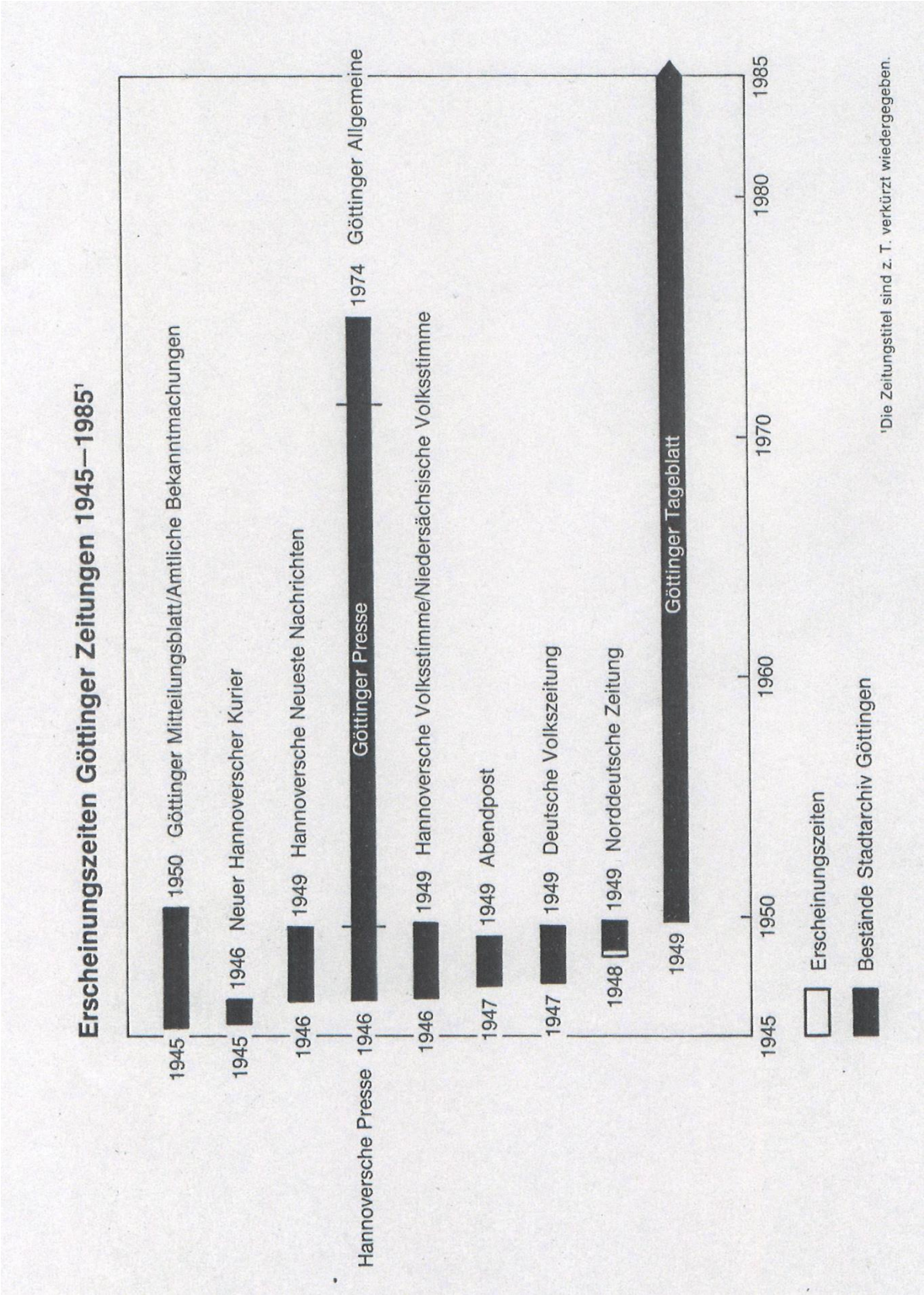


Abbildung 2: Erscheinungszeiten Göttinger Zeitungen 1945-1985

Auch die ausgewählten Ereignisse mussten einheitliche Kriterien erfüllen: Zum einen sollten sie eine besondere Bedeutung für die Bundesrepublik erlangt haben und somit

bundespolitische Themen und Konflikte widerspiegeln. Zum anderen sollten die jeweiligen Ereignisse Bedeutung für die Geschichte der Stadt Göttingen besitzen.

Die Analyse im Kapitel 1950er Jahre beschäftigt sich mit der Berichterstattung über den *Landtagswahlkampf in Niedersachsen 1955*. In diesem Wahlkampf wurden nur wenige landespolitische Themen behandelt, viel eher bestimmten die unterschiedlichen Positionen der damaligen bundespolitischen Diskurse die Berichterstattung – darunter die Entnazifizierung, die Wiederbewaffnung und die Wiedervereinigung. Für Göttingen war das Wahlergebnis schließlich eine Überraschung.

Im Kapitel 1960er Jahre wird die Berichterstattung des *heißen Frühlings von 1968* analysiert. Für die Bundesrepublik war die 68er-Bewegung von großer Bedeutung – ihr werden sowohl kulturelle als auch politische Nachwirkungen zugeschrieben.[3] Unter anderem setzte sie die längst fällige Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit breiterer Bevölkerungsschichten in Gang, neue Kultur- und Lebensformen entstanden, die Gesellschaft politisierte sich wieder zunehmender. Auch in der Universitätsstadt Göttingen kam es in den Monaten April und Mai 1968 zu zahlreichen Protestaktionen. Doch auch hier gab es eine Besonderheit, von der man seitdem als *Göttinger Linie* spricht.

Neben der Entwicklung auf dem Göttinger Pressemarkt wird für die bessere Einordnung auch die Pressegeschichte des Deutschen Reiches und später der Bundesrepublik Deutschland betrachtet.

Die Presse in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus

Die Weimarer Republik

In der Weimarer Republik wuchs die sogenannte Massenpresse. Nicht nur technische Entwicklungen wie Setzmaschine, Schnellpresse und Rotationsdruckmaschine, sondern auch Neuerungen in der Eisenbahntechnik und Telegrafie ließen die Zeitungsanzahl bereits bis zum Ersten Weltkrieg zunehmen, in der Weimarer Republik setzte sich dieser Trend sodann fort. In den 1920er Jahren gab es im Deutschen Reich ca. 4.000 Tages- und Wochenzeitungen, am Ende der Weimarer Republik erschienen bereits 4.700 Blätter, die im Schnitt acht bis sechzehn Seiten stark waren. Dabei hatten aus finanziellen Gründen 92 Prozent dieser Blätter lediglich eine Auflage von unter 20.000 Stück: 83 Prozent lagen unter 10.000 und 70 Prozent sogar unter 5.000 Exemplaren.[4] Es kam schließlich zu ersten Konzernbildungen, darunter die Verlage Mosse, Scherl und Ullstein. Neben diesen Großbetrieben existierten jedoch auf kommunaler Ebene Regional- und Lokalzeitungen weiter.

Als Zeitungsart dominierte die *Generalanzeigerpresse*, rund die Hälfte aller Zeitungen waren diesem Typus zuzurechnen. Die meist sehr auflagenstarken Blätter waren gekennzeichnet durch einen besonders umfangreichen Anzeigen- und Lokalteil, sowie beteuerter *Generalität* – also politischer *Neutralität*. Jedoch war bei diesem Typus stets eine parteipolitisch konservative Grundorientierung feststellbar.[5] Vorderstes Bestreben war die Gewinnmaximierung.[6] Die Zeitungen der Parteipresse dagegen zählten mit durchschnittlichen Auflagen von unter 8.000 Exemplaren zu den Kleinzeitungen. Meist beschäftigten sie weniger als vier Redakteure.[7] 1932 gehörten 30 Prozent aller Zeitungen zur Parteipresse: Dem *Zentrum* und der *Bayerischen Volkspartei* gehörten 434 Zeitungen, den *Sozialdemokraten* 149 und der NSDAP 120 Zeitungen.[8] Dazu kamen zirka 50 *kommunistische* Zeitungen.[9]

Sowohl Polarisierung als auch Politisierung nahmen während der Weimarer Republik in der Presseberichterstattung rapide zu. Aufgrund parteipolitischer, ideologischer und wirtschaftlicher Bindungen berichteten die Zeitungen einseitig, unzureichend oder falsch. Persönliche Verunglimpfungen und falsche Darstellungen gehörten zur Tagesordnung einer

sich zunehmend radikalisierenden Presse, die die angespannte Lage der Weimarer Republik spiegelte.[10]

Bei den Göttinger Tageszeitungen zeigten sich während der Weimarer Republik deutliche Unterschiede in der Berichterstattung. Dabei konnte jeder Zeitung eine eindeutige politische Richtung oder Einstellung zugeordnet werden. Auch in Göttingen waren die Konflikte der Weimarer Republik spürbar, sie waren gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. In der Bevölkerung löste besonders der *Vertrag von Versailles* Verstimmungen aus, seine Unterstützer wurden als *Erfüllungspolitiker* attackiert. Auch in Göttingen wurde die Unterzeichnung des Abkommens teilweise mit Bestürzung aufgenommen – die Universitätsleitung verschob die Jahresfeier auf unbestimmte Zeit, Stiftungsfeiern und öffentliche Tanzveranstaltungen wurden abgesagt.[11] Die sogenannte *Dolchstoßlegende* zog in Göttingen weite Kreise – sie war durch General Ludendorff und Paul von Hindenburg in Umlauf gebracht worden. Ihnen zufolge war das deutsche Heer im Ersten Weltkrieg militärisch nicht unterlegen, sondern erst durch die Novemberrevolution von 1918 aus den eigenen Reihen *von hinten erdolcht* worden. Viele glaubten der Verschwörungstheorie, da das Heer scheinbar geordnet und ohne Zwang heimgekehrt war. Wenigen war bekannt, dass dies aus einer militärisch ausweglosen Situation heraus und nicht aufgrund einer hinterhältigen politischen Entscheidung geschehen war. Vielmehr war die Einleitung von Waffenstillstands-Verhandlungen auf eine nachdrückliche Forderung der Obersten Heeresleitung, die aus Hindenburg und Ludendorff bestand, begonnen worden. Während des Krieges hatte der Propagandaapparat lediglich Siegesnachrichten gemeldet, die Bevölkerung begriff die jähe Niederlage deshalb nur schwer und akzeptierte sie oftmals nicht.

Große Bevölkerungsgruppen lehnten die Weimarer Republik als Staatsform entschieden ab – dazu gehörten Teile des national-konservativ gesinnten Bürgertums, das in Göttingen dominierte.[12] Hinzu kamen führende Schichten des Militärs, der Verwaltung, der Justiz und der Wissenschaft. Auch der in Göttingen starke Mittelstand begeisterte sich für deutschnationale Inhalte. Dabei wählten sie nicht nur rechte Parteien, sondern unterstützten sie auch tatkräftig oder gründeten völkische und antisemitisch orientierte Gruppierungen wie den *Deutschvölkischen Bund*, den *Verband zur Befreiung vom Judenjoch* oder den *Jungdeutschen Orden*.[13] Ein Großteil der Studierenden stand rechts und wählte

nationale und rechtsextreme Parteien wie DNVP, DVP und zunehmend NSDAP. Insbesondere Verbindungen, in denen damals etwa 55 Prozent der Studierenden organisiert waren, gaben mit nationalistisch-antisemitischen Parolen die Stimmung vor.[14] Zahlreiche Studierende gehörten zudem völkischen Verbänden an, die eine antisemitische Tendenz verfolgten. Die Niederlage hatte bei vielen Akademikern Enttäuschung und Wut hervorgerufen, die Republik unterstützte man – wenn überhaupt – notgedrungen. *Monarchistisch* geprägte Professoren befürchteten eine linksradikale Entwicklung und unterstützten deshalb rechte Parteien wie DNVP und DVP. Dabei hielten sie sich im Gegensatz zu den Studierenden in ihrem öffentlichen Engagement eher zurück. Indirekt nahmen sie aber über ihre Lehre auf Studierende und durch ihre Publikationen Einfluss auf die politische Stimmung.[15]

Die Begeisterung für nationalsozialistisches Gedankengut war bei einem relativ großen Teil der Göttinger Bevölkerung schon zu Beginn der 1920er Jahre deutlich ausgeprägt. Im sonstigen norddeutschen Raum behielten demokratische Parteien bei Wahlen noch lange die Überhand, die rechten Parteien konnten höchstens als Splittergruppen bezeichnet werden. Göttingen aber glich hier eher einer Stadt wie München, in der die NSDAP und völkisch-antirepublikanische Gruppierungen anwachsend Anhänger gewinnen konnten.

Der offizielle Gründungstag der Göttinger NSDAP-Ortsgruppe war der 15. Mai 1922, zunächst bestand sie aus 14 Personen. Ihr Vorsitzender wurde Heinrich Schrader, doch *treibende Kraft* und eigentlicher Gründer war der Mediziner und spätere NS-Gauleiter in Hannover-Süd, Ludolf Haase.[16] Die Ortsgruppe fand regen Zuspruch, sodass sie innerhalb kurzer Zeit 500 Mitglieder umfasste, während die Gesamtmitgliederzahl der Parteien im gesamten Deutschen Reich bei knapp 3.000 lag – so berichtete das GÖTTINGER TAGEBLATT rückblickend 1937.[17] Die NSDAP ging in Göttingen propagandistisch zielsicher und organisiert vor. Unterstützt wurde sie dabei unter anderem von der ersten nationalsozialistischen Buchhandlung Norddeutschlands, der *Völkischen Buchhandlung*, sowie dem GÖTTINGER TAGEBLATT.[18]

Die Zeitung war 1889 von Gustav Wurm gegründet worden, ihre Ausrichtung war zunächst welfenfreundlich und wurde durch den welfenfreundlichen Teil der Göttinger Bevölkerung bereits im ersten Geschäftsjahr zur auflagenstärksten, später auch zur anzeigenstärksten Zeitung Südniedersachsens.[19] In der Weimarer Republik erschien das GÖTTINGER TAGEBLATT sechsmal wöchentlich, jeweils von Dienstag bis Sonntag, und enthielt durchschnittlich acht

Seiten pro Ausgabe, an Sonntagen zwölf. Die Zeitung mit dem Untertitel *General-Anzeiger für Göttingen und Südhannover* und dem Zusatz *Gelesenste Tageszeitung in Göttingen und Umgebung – Verkündigungsblatt städtische und staatliche Behörden* enthielt die Rubriken: *Titelseite* (mit Meldungen aus dem Reich und der Welt sowie einem Kommentar); einer *Seite zwei* mit weiteren Meldungen aus dem In- und Ausland sowie Kommentaren; *Von Nah und Fern* (Meldungen aus Göttingen und Umgebung); *Göttinger Nachrichten*; *Sport, Spiel und Turnen*; *Letzte Nachrichten*; *Handelsnachrichten*; *Hochschulnachrichten* sowie *Anzeigen*.

Das GÖTTINGER TAGEBLATT wurde bereits Anfang der 1920er Jahre zum Sprachrohr für NSDAP, DNVP und vaterländische Verbände und trat offen für die *Wiedervereinigung der nationalen Bewegung* ein.[20] Den nationalistischen Gruppierungen wurde Anzeigenraum kostenlos zur Verfügung gestellt, nationalistische Positionen in Kommentaren und nur scheinbar unabhängigen Nachrichten nahezu leidenschaftlich vertreten. Hinzu kam schon in den frühen 1920er Jahren eine deutlich antisemitische Haltung. Nicht nur die Inhalte, auch die Sprache des Tageblattes war in der Beschreibung der jüdischen Bevölkerung äußerst aggressiv. So war unter anderem die Rede von „Parasiten am deutschen Volkskörper", „ostjüdischem Gesindel" und vom „grotesk aufgedunsenen Haufen". Adjektive wie *zügellos*, *wild*, *skrupellos* und *unerhört*, mit denen das GÖTTINGER TAGEBLATT das jüdische Volk beschrieb, zeigten seine Tendenz. Seine Leser versuchte die Zeitung mit der Beschwörung von Neid zu beeinflussen. In einem Atemzug wurden auf die großen Besitztümer der jüdischen Bevölkerung hingewiesen und an das deutsche Wirtschaftselend erinnert. Als Konsequenz dieser angeblichen *Bereicherung* seitens der jüdischen Bevölkerung forderte die Zeitung eindringlich ein *schärferes Zupacken*. Der Terror, den die SA in Göttingen und dem Deutschen Reich zunehmend verbreitete, wurde dagegen verschwiegen.

Beseitigen wollte das GT auch andere Gruppierungen wie *Gesinnungsverwandte* der Juden und Marxisten, notfalls mit *äußerster Brutalität*. Auch auf die Sozialdemokratie hatte es das GT abgesehen – teilweise wurden Artikel aus dem sozialdemokratischen VOLKSBLATT zitiert und hämisch kommentiert. Konkurrenten bezeichnete man als „Kesseltreiber gegen die völkische Bewegung", die „den teuflischen Kreisen zugehörig" seien. Sprachlich wurden die Konkurrenzzeitungen und Politiker demokratischer Parteien durch Verniedlichungsformen wie *Leutchen* und *Profitchen* oder Begriffen wie *Schleppenträger* diskreditiert.

Ab Februar 1931 erhielt das GT durch die nationalsozialistische NIEDERSÄCHSISCHE TAGESZEITUNG starke Konkurrenz. Auch die FANFARE, das *Nationalsozialistische Kampfblatt für Göttingen und Umgebung*, die seit November 1931 unregelmäßig herauskam, wurde nur noch bis 1932 in der Druckerei der Gebrüder Wurm gedruckt und erschien dann als Beilage zur NIEDERSÄCHSISCHEN TAGESZEITUNG.[21]

Als das GÖTTINGER TAGEBLATT 1889 auf den Göttinger Markt kam, war seine größte Konkurrentin die GÖTTINGER ZEITUNG. Die erste Tageszeitung in Göttingen, die seit dem 2. Januar 1864 von der Firma *Louis Hofer* im Papendiek herausgebracht wurde, erschien mit dem Untertitel *Göttinger Anzeiger+Freie Presse für Stadt und Land+Göttinger Deutscher Bote* täglich von Dienstag bis Sonntag und umfasste durchschnittlich acht Seiten pro Ausgabe – lange Zeit war die GÖTTINGER ZEITUNG die auflagenstärkste Zeitung in der Region Südhannover. Die Zeitung setzte ihren Schwerpunkt auf Wirtschafts- und Handelsnachrichten. Ihre politische Ausrichtung war liberal-bürgerlich – während der Weimarer Republik stand sie der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) nahe. Weiterhin druckte die GÖTTINGER ZEITUNG regelmäßig den Wortlaut aus Reden des Reichspräsidenten oder von Reichstagsmitglieder ab und fungierte so als Mitteilungsorgan der Regierung.[22] Inhaltlich wandte sich die GZ gegen den aufkommenden Nationalsozialismus, sprachlich benutzten die Redakteure dazu gerne den Theaterjargon. Mit der Überschrift *Das Ende der Komödie* und *Die Bräukeller-Szene* beschrieb die GZ die Vorgänge während des Hitler-Putsches 1923, die sie auch als *Operetten-Revolution* bezeichnete. Mit der ironisierten Form der Berichterstattung machte sich die Zeitung deutlich über die Putschisten lustig:

> „Die Hanswurstiade der Ludendorff und Hitler vom 8. November hat keine 24 Stunden gedauert. Wir urteilen sicher nicht falsch, wenn wir diese ‚Revolution' als die schauerlichste und lächerlichste Komödie aller Zeiten bezeichnen. Alle diese nationalen Helden, die von ihren Anhängern als die wahren Propheten und als die wirklich starken Männer angebetet wurden, haben sich in Wahrheit als Narren, Operettenhelden und Kindsköpfe erwiesen."[23]

Gleichzeitig jedoch wurden mit dieser Präsentation die Ereignisse bagatellisiert und verharmlost. Generell unterschätzte die Zeitung die Person *Adolf Hitler* am Anfang der Weimarer Republik deutlich. *Wer ist Hitler?* fragte sich die GZ am 11. November 1923. Es sei angebracht, sich einmal mit dieser Person zu beschäftigen, da bekanntlich eine *bombastische Reklame* für ihn gemacht werde. Zunächst beeilte sich das Blatt darauf

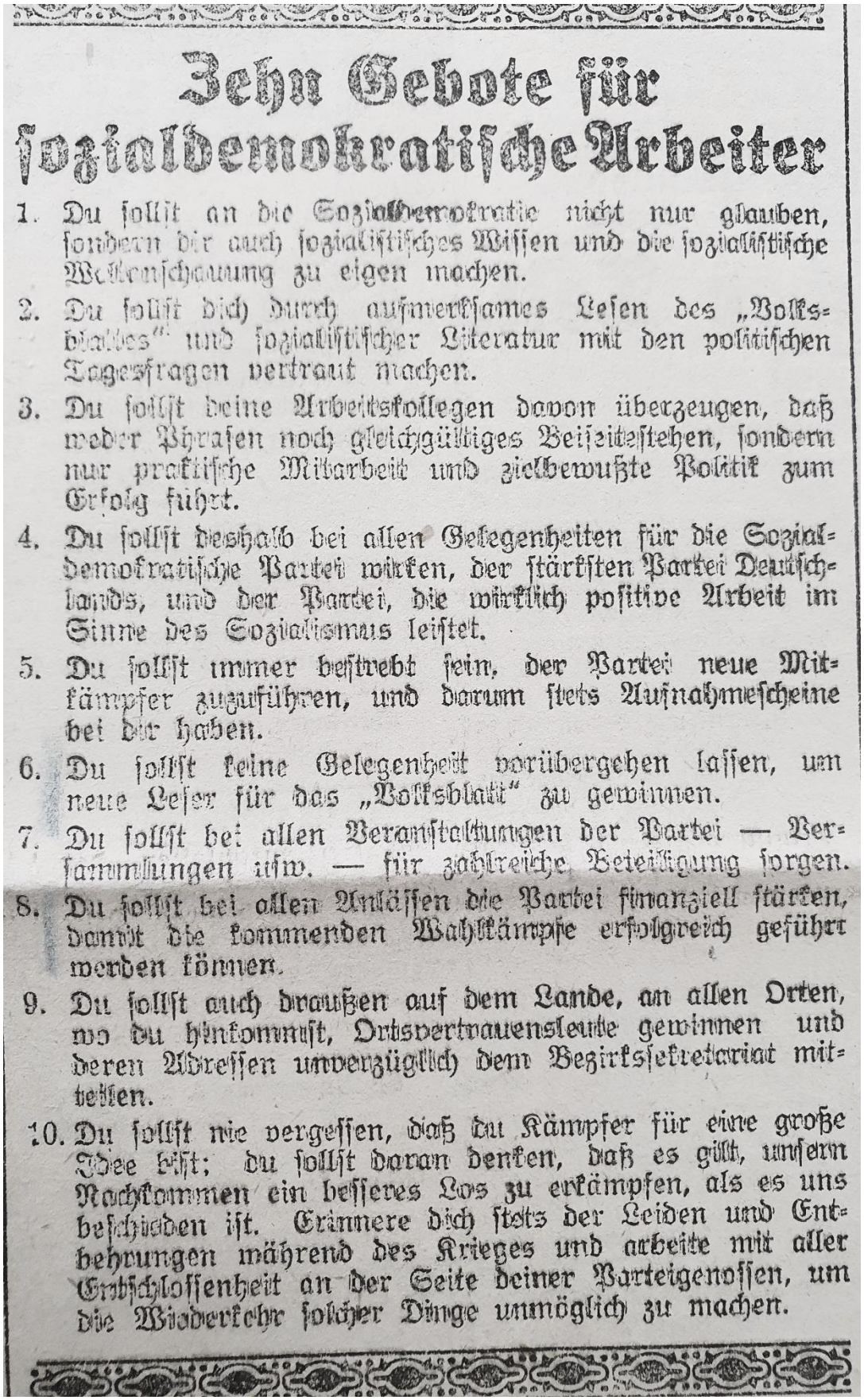
hinzuweisen, dass Hitler weder Bayer noch Reichsdeutscher, sondern Österreicher sei. Damit sei die durch Hitler 1919 gegründete *Nationalsozialistische Partei* keineswegs ein „deutsches heimatliches Gewächs", sondern lediglich „Die Filiale einer antisemitischen österreichischen Gruppe". Auch das nationalsozialistische Programm enthalte nicht *Originales*, sondern sei eine *Zusammenstoppelung* demagogischer Forderungen aus allem Möglichen – auch aus sozialistischen Programmen. Zusammengehalten werde sie durch „seine streng antisemitische Note".[24] Immer wieder habe Hitler angekündigt, dass er „seine große Schilderhebung machen werde". Dann aber habe er sich letztendlich stets „feige zurückgezogen" sobald er bemerkt habe, dass die Regierung nicht geneigt war, seinen „Banden" das Feld zu überlassen. Der Verfasser schloss: „Bisher hat der Fluch der Lächerlichkeit diesen eitlen Gernegroß nichts geschadet. Wird sein klägliches Fiasko seinen Anhängern endlich die Augen öffnen?"[25]

In seiner kritischen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus bekam die GZ Unterstützung vom sozialdemokratischen VOLKSBLATT, das ab 1919 erschien. Gegründet worden war die Zeitung von *Richard Schiller*, der eigens für diese Aufgabe vom SPD-Parteivorstand nach Göttingen geschickt worden war. Schiller, der ab 1906 als Journalist tätig war, hatte die Kunstgewerbeschule in Berlin und München besucht und war bereits Redakteur beim sozialdemokratischen HAMBURGER ECHO gewesen.[26] Von 1924 bis zur Auflösung des Reichstages 1933 gehörte er auch dem Reichstag an; am 5. März 1933 verfehlte er knapp die Wiederwahl. Die Parteipresse und somit auch das VOLKSBLATT hatten in der frühen Weimarer Republik grundsätzlich mit hohen Herstellungskosten zu kämpfen. Besonders 1923, die Geldentwertung hatte ihren Höhepunkt erreicht, schalteten nur noch wenige Firmen Anzeigen, Abonnenten konnten sich ihre Zeitungen nicht mehr leisten und viele regionale und lokale Blätter kämpften um ihr Überleben.[27] Das VOLKSBLATT wurde im *Haus des Volksblattes* gedruckt, das neben dem *Volksheim* im Maschmühlenweg errichtet worden war. Als in den frühen Zwanzigerjahren die alte Tagungsstätte der SPD, die *Kaiserhalle*[28], nicht nur zu klein wurde und schlechte Bedingungen bot, sondern auch abgerissen werden sollte, beschloss die Göttinger SPD zusammen mit Gewerkschaften und weiteren sozialdemokratischen Organisationen wie Arbeitersängern und -turnern, ein eigenes Volkshaus zu bauen und einzurichten. Nach längerer Suche erwarb man letztendlich den *Bürgerpark* im Maschmühlenweg und renovierte dieses bis September 1921. In einer

zweiten Phase wurde ein zweiter Saal und eine neue Küche hergerichtet, sowie ein Gebäude für das Verlagshaus und die Druckerei des VOLKSBLATTES angebaut.

Das VOLKSBLATT erschien mit dem Untertitel *Sozialdemokratische Tageszeitung* und dem Zusatz *für die Stadt Göttingen und die südhannoverschen Kreise Göttingen, Hann.-Münden, Northeim, Einbeck, Duderstadt, Osterode und Uslar* jeweils von Dienstag bis Sonntag. Die Titelseite beinhaltete vorwiegend Meldungen aus dem In- und Ausland. Weitere Ressorts waren der *Roman*; *Amtlicher Teil*; *Göttingen Stadt und Kreis*; *Aus aller Welt*; *Arbeiterbewegung*; *Wirtschaft*; *Aus den Nachbarkreisen, Provinz und Nachbargebiete*; *Aus der Jugendbewegung*; *Soziale Rundschau*; *Handel und Börse* sowie *Anzeigen*. Des Weiteren erschienen Beilagen, deren Titel sich nach aktuellen Ereignissen richteten. Diese Beilagen unter dem Titel *Beilage zum „VOLKSBLATT"* waren stets auf der fünften Seite angesiedelt und erschienen täglich. Wöchentlich dagegen waren Beilagen wie *Zur Unterhaltung und Belehrung* (dienstags), *Wirtschaft und Politik in der Gemeinde* (mittwochs) und *Frauen-Beilage zum VOLKSBLATT* (samstags) hinzugefügt. Durchschnittlich umfasste die Zeitung acht bis zwölf Seiten.

Als Parteizeitung der SPD vertrat das VOLKSBLATT die Politik der SPD: Parolen und Aufrufe an Parteimitglieder und Leser sowie das Abdrucken vollständiger Parteitagsreden waren an der Tagesordnung.[29] Tatsächlich war das VOLKSBLATT ideologisch *marxistisch geprägt* und konnte damit eine Leserschaft vor allem aus der Arbeiterschicht bis zum Ende der Weimarer Republik halten. Nach dem Hitler-Putsch 1923 druckte das VOLKSBLATT etwa die *Zehn Gebote für sozialdemokratische Arbeiter* zu deren Orientierung ab:



Zehn Gebote für sozialdemokratische Arbeiter

1. Du sollst an die Sozialdemokratie nicht nur glauben, sondern dir auch sozialistisches Wissen und die sozialistische Weltenschauung zu eigen machen.
2. Du sollst dich durch aufmerksames Lesen des „Volksblattes" und sozialistischer Literatur mit den politischen Tagesfragen vertraut machen.
3. Du sollst deine Arbeitskollegen davon überzeugen, daß weder Phrasen noch gleichgültiges Beiseitestehen, sondern nur praktische Mitarbeit und zielbewußte Politik zum Erfolg führt.
4. Du sollst deshalb bei allen Gelegenheiten für die Sozialdemokratische Partei wirken, der stärksten Partei Deutschlands, und der Partei, die wirklich positive Arbeit im Sinne des Sozialismus leistet.
5. Du sollst immer bestrebt sein, der Partei neue Mitkämpfer zuzuführen, und darum stets Aufnahmescheine bei dir haben.
6. Du sollst keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um neue Leser für das „Volksblatt" zu gewinnen.
7. Du sollst bei allen Veranstaltungen der Partei — Versammlungen usw. — für zahlreiche Beteiligung sorgen.
8. Du sollst bei allen Anlässen die Partei finanziell stärken, damit die kommenden Wahlkämpfe erfolgreich geführt werden können.
9. Du sollst auch draußen auf dem Lande, an allen Orten, wo du hinkommst, Ortsvertrauensleute gewinnen und deren Adressen unverzüglich dem Bezirkssekretariat mitteilen.
10. Du sollst nie vergessen, daß du Kämpfer für eine große Idee bist; du sollst daran denken, daß es gilt, unserm Nachkommen ein besseres Los zu erkämpfen, als es uns beschieden ist. Erinnere dich stets der Leiden und Entbehrungen während des Krieges und arbeite mit aller Entschlossenheit an der Seite deiner Parteigenossen, um die Wiederkehr solcher Dinge unmöglich zu machen.

Abbildung 3: VOLKSBLATT, 15. November 1923, S. 3: „Zehn Gebote für Sozialdemokratische Arbeiter".

Das Göttinger Bürgertum vermochte die Zeitung mit dieser Linie nicht anzusprechen. Zum Ende der Weimarer Republik wuchsen die wirtschaftlichen Probleme der sozialdemokratischen Presse wieder an. Dagegen half auch die 1930 eingesetzte Verbilligung von Abonnements für Arbeitslose nicht.[30]

Inhaltlich war die SPD reichsweit bestrebt, allzu starke Polemik aus ihren Zeitungen herauszuhalten, doch durch den zunehmend härter geführten politischen Kampf gelang dieses nicht.[31] Auch das VOLKSBLATT schieb zunehmend aggressiver. Besonders scharf griff die Zeitung neben rechten Parteien und Gruppierungen das Großkapital und den Adel an, die man als Geldgeber der Nationalsozialisten vermutete. Insbesondere die Berichterstattung des GT verurteilte das VOLKSBLATT immer wieder scharf. Bereits am 8. November 1923 nannte die sozialdemokratische Zeitung im Vorfeld des Hitler-Putsches ihre Konkurrentin *staatsfeindliches Wurmblatt* – das *Hakenkreuzorgan* sei gefüllt mit *verlogensten* Artikeln über die Schreckensherrschaft kommunistischer Hundertschaften und die bolschewistische Gefahr in Mitteldeutschland. Das *Hetzblatt* „entblöde" sich nicht, der Sozialdemokratie Sehnsucht nach dem Bürgerkrieg vorzuwerfen und drehe *schamlos und frech* die Dinge so, dass die *armen Bayern* und die *Hitlerbanden* sich nur zu Abwehr an der thüringischen Grenze angesammelt hätten. Zudem schreibe das GT vom VÖLKISCHEN BEOBACHTER[32] ab. Dieses „Treiben" des „nationalsozialistischen Blättchens" sei „so infam aufreizend" und den öffentlichen Frieden gefährdend, dass man sich frage, ob es den Regierungsstellen und Militärbehörden entgehe und diese nur von links eine gefährliche Bedrohung der Ruhe und Ordnung erblicke.[33] Der Parteivorstand der SPD befürchtete eine bevorstehende Herrschaft der Rechtsradikalen, die den Zerfall des Reiches zur Folge haben und zu „unfassbarem Elend" führen würde. Die Propagandastärke der nationalsozialistischen Bewegung unterschätzte die Partei jedoch in der frühen Weimarer Republik. Das VOLKSBLATT berichtete von der Ansicht des Parteivorstandes, dass eine rechtsradikale Herrschaft nur von kurzer Dauer sein werde, entscheidend sei dabei nur, dass die Partei in ihrer vollen Stärke erhalten bleibe – Einigkeit und Geschlossenheit seien die stärkste Garantie für die Erhaltung der deutschen Republik.[34] Bis zum Verbot nach dem 28. Februar 1933 aufgrund der Notverordnung nach dem Reichstagsbrand galt das VOLKSBLATT als ernsthafter Gegner der Nationalsozialisten.[35]

Die Berichterstattung von GZ und VOLKSBLATT ähnelte sich in der Weimarer Republik an einigen Punkten. Die Zeitungen unterstützten die Staatsform der Republik, kritisierten

jedoch scharf deren Regierungen. So warnten sowohl das VOLKSBLATT als auch die GZ in den Monaten vor dem Hitler-Putsch 1923 vor einem eventuell bevorstehenden Angriff auf die Regierung und forderten scharfe Gegenmaßnahmen gegen die sich bereit aufrüstenden mutmaßlichen Putschisten. Gemein hatten beide Blätter ein unzureichendes Gespür für das gefährliche Potential der Person Hitler – mit ihm beschäftigte man sich zunächst nur marginal und beschränkte sich dabei auf Anekdoten aus dessen Privatleben.

Ähnlichkeiten gab es insbesondere im Ressort Nachrichten, denn beide Zeitungen bezogen in einem nicht unerheblichen Umfang ihre Meldungen vom Materndienst des *Wolff'schen Telegraphischen Bureaus* (WTB). Dabei meldete die GZ die entsprechenden Nachrichten häufig mehrere Tage vor dem VOLKSBLATT, was an redaktionellen Bedingungen gelegen haben mag. Für das sozialdemokratische VOLKSBLATT war zudem der Materndienst der SPD von großer Bedeutung, auch bezog es sich vermehrt auf die reichsweit erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung VORWÄRTS, auf den sich auch gelegentlich die GZ berief.

Materndienste bekamen ab dem frühen 20. Jahrhundert eine immer stärker werdende Bedeutung. Die Zeitungen sparten dabei nicht nur Technik und Journalisten, sondern erweckten auch den Eindruck, über ein weitreichendes Korrespondentennetz zu verfügen. 1918 bezogen bereits 905 Zeitungen ihren Mantel über Materndienste.[36] Wichtige und weit verbreitete Agenturen waren die *Telegraphen Union Internationaler Nachrichtendienst GmbH* (TU) und *Wolff's Telegraphisches Bureau*. Das WTB war als weltweit erste Nachrichtenagentur bereits 1849 von Bernhard Wolff gegründet worden. Wolff versuchte insbesondere, die Provinzpresse an sich zu binden, auch die liberale GÖTTINGER ZEITUNG sowie das sozialdemokratische VOLKSBLATT gehörten zu seinen Kunden. Durch *Schnelltelegraphenleitungen* konnten die Lokalzeitungen schnell und günstig mit den neuesten Meldungen versorgt werden. Anfang des 20. Jahrhunderts sah sich das WTB jedoch starker Kritik ausgesetzt: Wolff wurde *Hofberichterstattung* aufgrund zu vieler amtlicher Meldungen vorgeworfen, außerdem kritisierten Zeitungen den direkten Einfluss des Auswärtigen Amtes bei der Auslandsberichterstattung. In der Folge gründeten sich neue Agenturen wie die TU, die 1913 aus einem Zusammenschluss mehrerer kleinerer Agenturen entstanden war und auch das GT mit Matern belieferte.

Hinter der TU standen rechtskonservative Politiker und Großindustrielle, ab 1916 gewann insbesondere *Alfred Hugenberg* großen Einfluss auf die Nachrichtenagentur. Die Gründung

und der Aufkauf von Materndiensten war eine bedeutende Maßnahme, die Hugenberg für den Zweck der politischen Einflussnahme ergriff – er versuchte zunehmend, über Massenmedien der Bevölkerung seine politischen Ansichten aufzudrängen.[37] Hugenberg sorgte durch Kapitalbeteiligungen sowie Neugründungen dafür, dass im Laufe der Weimarer Republik Parolen der Nationalsozialisten ihre Verbreitung fanden – die *Hugenbergsche Meinungsfabrik* weitete sich rasant aus. Schon im Ersten Weltkrieg hatte er als Generaldirektor der Krupp AG begonnen, im Interesse der Schwerindustrie und der Deutschnationalen relativ unbemerkt ein System aufzubauen, dass ihm große Einflussnahme auf die Presse ermöglichte. 1917 gründete er die VERA Verlag Anstalt GmbH – eine Beratungsstelle und Revisionsgesellschaft für *notleidende Zeitungen*, deren Dienste, wie unter anderem die Kreditvergabe, rasch und umfassend in Anspruch genommen wurden.

Bereits im Februar 1920 vermutete die FRANKFURTER ZEITUNG die Zusammenarbeit zwischen VERA, Schwerindustrie und deutschnationaler Politik.[38] Durch die immer stärker werdende marktbeherrschende Stellung Hugenbergs war die Meinungsvielfalt gefährdet, am Ende der Weimarer Republik bestand sie nicht mehr. Der Einfluss des Hugenbergskonzerns stieg weiterhin an. Die durch Hugenberg beeinflussten Materndienste und Kopfblätter wurden schließlich von dem größten Teil der deutschen Zeitungen bezogen. Die verbreiteten Nachrichten und Kommentare waren ganz im Sinne deutschnationaler und schließlich nationalsozialistischer Politik.[39] Viele Zeitungen verloren durch die sich fortsetzenden Übernahmen durch den Hugenbergkonzern ihre redaktionelle Freiheit.

Spätestens als Hugenberg auch an der WTB 47 Prozent der Aktienanteile erwarb, errang für das VOLKSBLATT die SPD-eigene Nachrichtenagentur, der *Sozialdemokratische Pressedienst*, große Bedeutung. Hervorgegangen war letzterer aus dem *Bureau Braun*, gegründet von *Adolf Braun*, der wiederum eng mit *Wilhelm Sollmann* zusammenarbeitete – beide ehemalige Parteijournalisten.[40] Zusätzlich dienten der sozialdemokratischen Presse der *Parlamentsdient der SPD* und die Informationen des in Berlin erscheinenden Parteiblattes VORWÄRTS.

Während die Meinungsvielfalt also immer weiter abnahm, war auch die Meinungsfreiheit gefährdet. Besonders diese wollte die Weimarer Reichsverfassung nach den negativen Erfahrungen vom Ersten Weltkrieg eigentlich schützen.[41] Die Weimarer

Nationalversammlung hatte sie explizit in ihren Grundrechtskatalog aufgenommen. In Artikel 118 der Weimarer Reichsverfassung hieß es:

> „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Eine Zensur findet nicht statt.“[42]

Jedoch konnte der Reichspräsident durch Artikel 48 die Grundrechte außer Kraft setzen, den Reichstag auflösen und Reichskanzler und Reichsminister neu ernennen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet schien. Von diesem Passus machten die Regierungen in der Weimarer Republik wiederholt Gebrauch. Die Gesetze zum *Schutz der Republik* von 1922 und 1930 etwa sahen Beschlagnahmungen und Verbote von Zeitungen von bis zu acht Wochen vor, die zu Gewaltakten gegenüber Regierungsmitgliedern aufriefen, sie beschimpften oder sich gegenüber Staatsform und Staatsfarben verächtlich äußerten.[43]

In Göttingen wurde vor allem das GT durch die eindeutige Sympathie zur NSDAP häufig in Augenschein genommen. Bis 1933 wurde die Zeitung fünfmal verboten und musste sich in siebzehn Prozessen verteidigen. Die Zeitungsverbote wurden insbesondere durch die Notverordnungen von 1931 und 1932 stark ausgeweitet. 1931 schränkte Reichspräsident *Paul von Hindenburg* mit einer Notverordnung das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit ein, um politische Ausschreitungen zu bekämpfen. Die Notverordnung von 1932 verlangte, dass amtliche Bekanntmachungen von Reichs- oder Landesbehörden unentgeltlich abgedruckt wurden, wenn am Inhalt ein allgemeines Interesse bestand.[44] Das Ausmaß der Anwendung von Notverordnungen wird deutlich, betrachtet man das Verhältnis von Notverordnungen zu neuen Gesetzen 1932: 66 Verordnungen standen lediglich fünf vom Reichstag beschlossene Gesetze gegenüber. 1930 hatte es noch 98 Gesetze gegenüber fünf Verordnungen gegeben. In der Zeit vom 28. März 1931 bis 13. Juni 1932 wurden innerhalb von nur vierzehn Monaten aufgrund der Notverordnungen 284 Zeitungen verboten. Dabei reichte die Verbotsdauer von wenigen Tagen bis zu acht Wochen.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Unmittelbar nach der *Machtergreifung* Hitlers wurde in Göttingen, wie im gesamten Reich, die Presse gleichgeschaltet. Die Nationalsozialisten benutzten die Medien, um ihre Ziele

durchzusetzen, zur Propaganda, zur Kriegsmobilisierung und während des Krieges auch zur Schaltung von *Durchhalteparolen*. Gerade an der Macht, berief Hitler drei *Reichsleiter* für die Medien. *Otto Dietrich* wurde Reichspressechef der NSDAP, *Max Amann* Direktor des Zentralverlags der NSDAP und Verleger des VÖLKISCHEN BEOBACHTERS und *Joseph Goebbels* Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Das Goebbels-Ministerium war zuständig für die politische Aufklärung, Überwachung der Medien und Kunst, Auslandsaufklärung, internationale Kunst und Sportwesen, Ausstellungs- und Messewesen, sowie die Verwaltung des Rundfunks. In jedem Gaubezirk gab es eine eigene Landessstelle des Ministeriums.

Goebbels leitete ebenfalls die im November 1933 gegründete *Reichskulturkammer*, die für die Bereiche Presse, Rundfunk, Film, Theater, Musik, Bildende Künste und Schrifttum zuständig war. Diese Kammer nahm eine Vorzensur vor und kontrollierte Journalisten und deren Berufszugang. Das sogenannte *Schriftleitergesetz* von 1934 erlaubte nur denjenigen Journalist zu werden, die Reichsangehörige und arischer Abstimmung, nicht mit einer nicht-arischen Person verheiratet, mindestens 21 Jahre alt, geschäftsfähig und fachlich in einer einjährigen Ausbildung bei einer deutschen Zeitung geschult worden waren. Zudem mussten die zukünftigen Journalisten über Charakteristika verfügen, die „die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit“ benötigte. Eine Berufszulassung wurde weiterhin nur erteilt, wenn man auf persönliche Anfrage hin in eine entsprechende Berufsliste eingetragen worden war. In Folge dieses Gesetzes wurden ca. 1.300 Journalisten arbeitslos, etwa 2.000 gingen ins Exil – viele kehrten nie zurück.[45]

Auch die Kompetenzen zwischen Verleger und Redakteuren änderten sich. Der Verleger besaß von nun an nur noch finanzielle und technische Verantwortung und durfte den Hauptschriftleiter benennen. Die Journalisten dagegen hatten sich inhaltlich nicht dem Verleger, sondern dem Staat gegenüber zu verantworten. Dieser achtete auf die Einhaltung der nationalsozialistischen Linie. Verletzte ein Journalist die Vorgaben, kam er vor ein Berufsgericht, von dem er zunächst abgemahnt, später mit Ordnungsstrafen belegt und schließlich aus der Berufsliste ausgeschlossen werden konnte. Als Regelverletzungen galten dabei nicht nur Beschimpfungen gegen die NSDAP, sondern auch Schulden, Trunkenheit oder der Umgang mit Juden.[46]

Wirtschaftlich verleibten sich die Nationalsozialisten die Presseverlage durch mehrere Verbotswellen im Zuge von Notverordnungen oder durch wirtschaftlichen Druck ein. Zunächst wurden in einer ersten Phase im Frühjahr 1933 die Blätter der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien verboten, ihre Verlage enteignet – ein Verbot für Zeitungen anderer Parteien erfolgte bis Mitte 1933. Ab Dezember 1933 wurde die Neugründung von Zeitungen verboten. In diese erste Verbotswelle fiel das Verbot des VOLKSBLATTES. Die Zeitung erschien noch bis zum 28. Februar 1933 und wurde dann eingestellt.[47] Im Zuge der Bücherverbrennungen war am 10. Mai 1933 bereits die Arbeiterbibliothek verbrannt worden, der Verlag und die Druckerei wurde für die NS-Zeitung GÖTTINGER NACHRICHTEN genutzt.[48]

Die zweite Enteignungsphase ab 1934 begründete sich auf die Strukturkrise des deutschen Pressewesens. Kleine und mittlere Blätter konnten sich häufig nicht mehr gegen die NS-Zeitungen behaupten, zudem ging die Anzeigenschaltung zurück und auch die Inhalte stellten die Leser nicht mehr zufrieden. Die sogenannte *Amann-Anordnung* vom 24. April 1935 machte schließlich auch Beschlagnahmungen bürgerlicher Verlage möglich. Diese *Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens* verwehrte denjenigen Verlagen die verpflichtende Mitgliedschaft im Verlegerverband, die zu den Unternehmensformen der Aktien- oder Kommanditgesellschaften, GmbHs, Genossenschaften oder Stiftungen zählten. Auch jüdische Verlage wurden ausgeschlossen, jeder Verlag durfte nicht mehr als eine Zeitung herausbringen und die Subventionierung von Zeitungen von außen war verboten. Begründet wurde die Verordnung mit dem Ziel, durch Schließungen und Zusammenlegungen die Zeitungsvielfalt herabsetzen zu wollen, damit der Zeitungsmarkt sich erholen könne. Erwünscht und erreicht wurde tatsächlich die Vernichtung der *Generalanzeigerpresse*.[49] In diese Phase fiel 1935 das Einstellen der GZ aus „wirtschaftlichen und politischen Gründen“ – es wurde vom GÖTTINGER TAGEBLATT aufgekauft. Bis 1935 hatte sich die GÖTTINGER ZEITUNG angepasst. Das Göttinger Stadtarchiv vermerkte für die Zeit die politische Richtung als *national* in ihrem *Pressegeschichtlichen Führer*.[50]

In der dritten Enteignungswelle ab 1941 führte die Reichspressekammer eine Stilllegungsaktion durch und begründete diese mit *Kriegserfordernissen*. Getroffen wurden in dieser Phase insbesondere die Heimatzeitungen, darunter das GT. Noch 1933 hatte die Zeitung begeistert die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gefeiert.[51] Trotzdem

vertraute die NSDAP der Zeitung nicht ausnahmslos und gründete im Mai 1933 die GÖTTINGER NACHRICHTEN – gedruckt im Betrieb des enteigneten VOLKSBLATTES. Die Zeitung wurde schließlich zum „alleinigen amtlichen Organ der NSDAP“ erklärt und verdrängte das GÖTTINGER TAGEBLATT aus seiner bisherigen führenden Stellung. Zudem ließ die NSDAP die unregelmäßig erscheinende Göttinger FANFARE, das *Nationalsozialistische Kampfblatt für Göttingen und Umgebung*, seit 1932 nicht mehr in der Druckerei der Gebrüder Wurm drucken.[52] Weiterhin bedachte man das GÖTTINGER TAGEBLATT mit geringen Papierzuweisungen und erzwang so schließlich die Fusion von GT und GÖTTINGER NACHRICHTEN. Die letzte Ausgabe des GT erschien am 18. April 1943.

Schätzungen vermuten, dass reichsweit über 1.000 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mussten, 1.700 Titel gingen in den *Eher-Verlag* der NSDAP über. 1944 gab es noch 970 deutsche Tageszeitungen, der NSDAP gehörten 82 Prozent der Gesamtauflage.[53] An dieser Zahl wird deutlich, dass die NSDAP ihre Presselenkung nicht auf alle Zeitungen anwendete – mit diesem Vorgehen wollte man dem Ausland suggerieren, eine umfassende Presselenkung finde nicht statt, eine Pluralität der Presse sei gegeben. Zu diesen weiterhin erlaubten *nichtnationalsozialistischen* Zeitungen gehörten die FRANKFURTER ZEITUNG, das BERLINER TAGEBLATT, die VOSSISCHE ZEITUNG und später auch die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG. Dennoch war der Freiraum dieser Zeitungen beschränkt – *Joseph Goebbels*, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, überwachte sie besonders genau, damit sie aus seiner Sicht keinen Schaden anrichteten.[54]

Der Inhalt der übrigen Zeitungen wurde nicht nur stark kontrolliert, sondern in großem Maße auch vorgegeben. Dafür fand täglich eine *Pressekonferenz* der Reichsregierung statt, an der ausgewählte Journalisten und Regierungsvertreter teilnahmen. Hier wurden an Presse und Rundfunk detaillierte Anweisungen für die Berichterstattung gegeben – *Sprachregelungen* genannt. Die Anforderungen gingen von Umfang und Tendenz der zu schreibenden Artikel bis hin zur Größe der Überschriften und Platzierungen. Diese Anweisungen wurden mittels Protokolle aufbewahrt, mussten aber nach einem Monat vernichtet werden. Ab 1940 kamen zu diesen Anweisungen Tages- und Wochenparolen hinzu, die genau festlegten, was wann gedruckt werden sollte. Dabei wurden alle Lebensbereiche von Politik und Kultur bis hin zum Sport – in der Nazisprache *Leibesübungen* genannt – abgedeckt.[55]

Die Parteipresse der Nationalsozialisten gliederte sich in zwei Typen. Da waren zum einen die überregional erscheinenden bekannten Zeitungen wie der VÖLKISCHE BEOBACHTER, der STÜRMER und der ANGRIFF, die sich als Kampfblätter verstanden und für Agitation und Propaganda zuständig waren. Das wurde unter anderem durch aggressive und zynische Sprache und reißerische Aufmachung deutlich. Adolf Hitler selbst verfasste Leitartikel für den VÖLKISCHEN BEOBACHTER; seine Reden wurden vollständig abgedruckt.[56] Auf der anderen Seite gab es die *Gaupresse*, die in der Provinz vorherrschte. Diese hatte man seit 1925 aufgebaut, ab 1930 gelang der Durchbruch, auch durch die finanzielle Unterstützung des Hugenberg-Verlages, hinzu kamen ab 1933 Sach- und Geldwerte der beschlagnahmten Verlage der KPD- und SPD-Parteiblätter.[57] Daneben bestand mit Sonderrechten die von Goebbels gesteuerte Wochenzeitung *Das Reich* seit 1940.

1932 richteten die Nationalsozialisten ein eigenes Nachrichtenbüro ein, die *Nationalsozialistische Korrespondenz* (NSK), das insbesondere die nationalsozialistischen Parteiblätter belieferte. Gaupresseämter gaben Pressemitteilungen der NSDAP an die bürgerliche Presse weiter. Durch einen erzwungenen Zusammenschluss von TU und WTB erschien als Materndienst ab Anfang 1934 das *Deutsche Nachrichten Büro* (DNB). 1935 bezogen 1.700 Zeitungen die Matern direkt, 1.300 Blätter gehörten zu den mittelbaren Abnehmern der DNB-Dienste.[58] Goebbels selbst formulierte zahlreiche Meldungen, zu dessen Abdruck die Zeitungen verpflichtet waren.

Doch nicht nur als Verfasser nahm Goebbels erheblichen Einfluss auf die Pressearbeit und die öffentliche Meinung: dem Gesetz *Zum Schutz der Republik* vom 25. März 1930 folgte die Verordnung *Zum Schutz des deutschen Volkes* vom 4. Februar 1933, die weitere Eingriffe in die Presse- und Versammlungsfreiheit festlegte, die Verfolgung politischer Gegner legitimierte und ein Verbot und die Beschlagnahmung von Druckschriften ermöglichte. Die Notverordnung *Zum Schutz von Volk und Staat* vom 28. Februar 1933 hebelte schließlich wichtige Grundrecht wie *Freiheit der Person*, *Recht auf freie Meinungsäußerung* und *Pressefreiheit* endgültig aus.

In Göttingen erreichte die NSDAP bei den Kommunalwahlen im März 1933 63,7 Prozent der Stimmen und besetzte somit 20 von 33 Sitzen im Bürgervorsteherkollegium. Nach und nach wurden die wichtigsten Funktionen in Göttingen durch NSDAP-Funktionäre besetzt: Der Fraktionsführer der NSDAP und Landtagsabgeordnete *Dr. Hermann Muhs* wurde

Regierungspräsident in Hildesheim und arbeitete eng mit der Göttinger Polizeidirektion zusammen, die ebenfalls mit einem NSDAP-Mitglied besetzt worden war. Auch die Ausschüsse der Stadt wurden unter den Nationalsozialisten aufgeteilt.[59]

Von Beginn an wurden auch die jüdischen Bürger in Göttingen terrorisiert. Am 28. März 1933 gab es die erste gewaltsame Massenausschreitung, einige Tage später begann die NSDAP zum Boykott gegen jüdische Geschäfte aufzurufen. In den folgenden Jahren wurde die jüdische Bevölkerung immer weiter isoliert, vertrieben oder ermordet. Betriebe wurden *judenfrei* gemacht, um ihre Existenz zu sichern und das *Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden* verschaffte Gemeinden die Möglichkeit, Juden aus ihren Wohnungen zu weisen und in separierten Häusern zusammenzulegen. In Göttingen erfolgte diese *Umquartierung* besonders rigoros.[60] Die Maßnahmen gegen die Juden erreichten in der *Reichspogromnacht* am 9. und 10. November 1938 ihren Höhepunkt, als die Göttinger Synagoge niedergebrannt wurde.[61]

Für eine Universitätsstadt von besonderer Tragweite war die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933. Vorläufer waren reichsweit die Säuberung der *Deutschen Dichterakademie*, die Auflösung des *Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller* und die Studentenaktion *Wider den undeutschen Geist* gewesen. Nach *Schwarzen Listen*, auf denen die unerwünschte Literatur verzeichnet war, fanden in den deutschen Haupt- und Universitätsstädten am 10. Mai 1933 Bücherverbrennungen statt. Die Aktion galt als erste große Profilierungskation der *Deutschen Studentenschaft* (DSt) und wurde vom *Hauptamt für Presse und Propaganda* gesteuert. Die *Schwarze Liste* der Göttinger Studenten beinhaltete 71 Buchtitel, die auch im GT veröffentlicht wurden. Darunter waren Bücher von *Thomas Mann*, *Karl Kautsky*, *Arthur Schnitzler*, *Bertha von Suttner* und *Stefan Zweig*. Die Studenten trugen entsprechende Bücher aus der Volksbibliothek, der Arbeiterbibliothek des Volksheims, aber auch aus eigenen Beständen zusammen und verbrannten sie. Als die *Städtische Volksbücherei* am 7. November 1934 wieder geöffnet wurde, standen von ehemals 11.360 Büchern nur noch 8.000 zur Verfügung – bei den verbrannten Büchern hatte es sich überwiegend um leichte Unterhaltungsliteratur und Krimis gehandelt. Politische Literatur war ohnehin nur sehr beschränkt vorhanden gewesen.[62]

Am 11. Mai schilderte das GT die Vorgänge begeistert:

Burschen heraus!

Die Kundgebung wider den undeutschen Geist

Flamme empor . . . !

Gleichschaltung der Studentenschaft Göttingen.

Abbildung 4: GÖTTINGER TAGEBLATT vom 11. Mai 1933, S. 3: „Burschen heraus! Die Kundgebung wider den undeutschen Geist“

Die Studierenden an der Göttinger Universität radikalisierten sich fortlaufend: Jüdische Hochschullehrer wurden provoziert, terrorisiert, ihre Vorlesungen boykottiert. Am 7. April 1933 versetzte das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* alle *nicht-arischen* Professoren in den Ruhestand, zunächst mit Ausnahme der Frontkämpfer aus dem Ersten

Weltkrieg. Außerdem entließ man Beamte, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“.[63]

Abbildung 5: Studenten-Stahlhelm beim Umzug vom 1. Mai 1933,
aus: Stadt Göttingen, Kulturdezernat, Göttingen unterm Hakenkreuz, S. 28

Zahlreiche Professoren verließen in der Folge Göttingen und meist auch das Deutsche Reich, teilweise traten sie schon vor ihrer Entlassung selbst zurück. Darunter war auch Nobelpreisträger *James Franck*, der seinen Rücktritt öffentlich machte und dadurch gehofft hatte, bei seinen Kollegen eine Solidarisierungswelle auszulösen. Eine herbe Fehleinschätzung, denn am 24. April erklärten 42 Göttinger Hochschullehrer, Francks Rücktritt sei als *Sabotageakt* der *notwendigen Reinigungsmaßnahmen* zu verstehen und zu verurteilen. Schließlich wurden mehr als 50 Hochschullehrer in den folgenden Jahren entlassen, dazu kamen zahlreiche Mitarbeiter, Doktoranden, Verwaltungsbedienstete und auch Studierende.

Ulrich Hunger schreibt dazu:

> „Vielleicht schwerer noch als diese Einbuße an Gelehrtenpersönlichkeiten wog der Verlust an moralischer Integrität der wissenschaftlichen Korporation. […] Die

> ‚Reform' des Studiums und der Habilitation, die Einrichtung von Wehrsport- und Dozentenlagern, die politische Ausrichtung der Berufungspraxis, die Umgestaltung der gesamten Hochschulverwaltung nach dem ‚Führerprinzip', die Gründung einer ‚Akademie der Wissenschaften des NS-Dozentenbundes', die Gestaltung des zweihundertjährigen Universitätsjubiläums im nationalsozialistischen Geist – diese und anderes mehr stand auf der Tagesordnung."[64]

Auch in Göttingen leisteten einige Gruppen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Doch in der damals noch relativ kleinen Stadt (etwa 50.000 Einwohner) gab es kaum Anonymität – stark waren die soziale Kontrolle und die damit einhergehende ständige Überprüfung der politischen Einstellung.

Während des Zweiten Weltkrieges blieb Göttingen von Bombenangriffen weitgehend verschont. Den Krieg nahm man hier vor allem durch die hohe Anzahl an Vertriebenen und Flüchtlingen war, die die Stadt aufnehmen und versorgen musste. Hinzu kamen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die es zu bewachen und abtransportieren galt. Zudem gab es kriegsbedingte Einschränkungen wie die Rationierung von Gütern.[65] Weiterhin bemerkte man den Krieg durch den Zuzug zahlreicher Universitätsinstitute zerstörter und gefährdeter Städte (z.B. Berlin, Köln, Münster, Dresden), in Göttingen hatte der Forschungs- und Lehrbetrieb aufrechterhalten werden können. Göttingen hatte weit hinter der Front gelegen und war ohne militärische Bedeutung. Erst zum Ende des Krieges geriet die Stadt in den Schnittpunkt zweier amerikanischer Angriffsrichtungen.[66] Der letzte Bombenangriff auf Göttingen traf am 7. April 1945 vor allem Eisenbahnanlagen, die amerikanischen Truppen standen kurz vor der Stadt. Noch am 7./8. April gab es vom Gauleiter Südhannover/Braunschweig *Hartmann Lauterbach* in der SHZ einen Aufruf „lieber Tot, als ein Sklav" zu sein und sich dem Feind entgegenzustellen. Doch bei Veröffentlichung dieser Durchhalteparole hatten sich die NSDAP-Größen bereits abgesetzt.[67]

Die ersten Nachkriegsjahre 1945-1949: Lizenzierung und Entnazifizierung

Die Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 stellte auch für die Presse in Deutschland einen Bruch dar. Zunächst war das „Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerblich Verleihen“ durch das Gesetz Nr. 191 der Alliierten Militärregierung verboten. Auch in Göttingen wurde zunächst eine vollständige Informationssperre verhängt.[68]

In der ersten Zeit der Besatzung erschien in Göttingen zunächst gar keine Zeitung. Von Ende April bis August 1945 erschien das GÖTTINGER MITTEILUNGSBLATT, von der US-Besatzungsmacht später der ANZEIGER-AUSHANG, beide Blätter enthielten lediglich Nachrichten und Anzeigen. Hinzu kam von Juli bis Oktober der NEUE HANNOVERSCHE KURIER, der einmal wöchentlich erschien und unter starker Kontrolle der neuen britischen Militärregierung stand.[69]

Der Alltag der Göttinger Bürger war geprägt durch zahlreiche Bestimmungen und Verbote. Für bisher alltägliche Dinge wurden nun Erlaubnisscheine benötigt, etwa zum Betreten eines Grundstücks, zur Benutzung eines Gerätes oder zum Abheben von einem Konto.[70] Es wurde ein strenges Ausgehverbot erlassen, das zunächst zwischen 19 Uhr und 6 Uhr galt und erst nach und nach verkürzt wurde.[71] Hinzu kam das Verbot, sich weiter als sechs Kilometer aus Göttingen zu entfernen. Erst ab 9. Mai war das Verlassen der Stadt wieder möglich, jedoch nur wenn man einen Passierschein besaß, der nur in sehr dringenden Fällen ausgegeben wurde. Durch das Verbot waren insbesondere Arbeiter betroffen, die nicht mehr zu ihren Arbeitsplätzen gelangen konnten. Am 6. Juni 1945 wurde das Verbot entschärft, man durfte sich frei im Landkreis aufhalten, ab dem 13. August 1945 in der gesamten Britischen Zone. Diese Grenze konnte man wiederum ab März 1946 überqueren, allerdings durfte man nicht ins Ausland reisen. Wurde dieses Verbot nicht eingehalten, galt als Höchststrafe sogar die Todesstrafe.[72]

Hauptziel der Besatzungsmächte war zunächst die Eliminierung aller nationalsozialistischen Einflüsse, dies bezog sich gleichermaßen auf die institutionelle, inhaltliche und personelle Ebene. Als Folge der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz erließ der Alliierte Kontrollrat im Januar 1946 die erste Entnazifizierungsdirektive, die im Oktober veröffentlicht wurde. Zur Beurteilung der Verantwortlichkeit während des Nationalsozialismus, wie zur *Heranziehung*

zu Sühnemaßnahmen, stufte man die Beschuldigten in fünf Gruppen ein. Die erste Gruppe bildeten die *Hauptschuldigen*, die zweite die *Belasteten*, die dritte Gruppe umfasste die *Minderbelasteten*, die vierte die *Mitläufer* und die fünfte die *Entlasteten*. Nach dem Artikel 6C der Direktive JCS 1067 sollten alle Personen aus ihren Ämtern scheiden, die aktiv in der NSDAP bzw. deren Organisationen gewesen waren oder diese unterstützt hatten, sich rassistisch verhalten oder an die rassistische sowie militärische Lehre geglaubt hatten. Diese Festlegung führte jedoch zu einigen Schwierigkeiten bezüglich des Nachweises von *Schuld*, denn wie sollten die Offiziere feststellen, wie aktiv jemand gewesen war oder nicht? Wie sollte man weiterhin nachträglich erkennen, ob jemand an die rassische Lehre geglaubt hatte oder nicht? Für diese Aufklärung nahm man schließlich die Hilfe der Bevölkerung in Anspruch.[73]

Bei der Entnazifizierung traten im personellen Bereich der Medien ähnliche Probleme auf wie in allen anderen Institutionen.[74] Als besonders aufwändig stellte sich heraus, Millionen von Artikeln nach ihrer Gesinnung zu überprüfen. Hinzu kamen Behauptungen einiger Journalisten, ihre Artikel seien während des Nationalsozialismus zensiert worden, sie selbst hätten sie nicht in der vorliegenden Art geschrieben. Vollkommen unbelastete Journalisten waren nur schwer zu finden, eine große Anzahl hatte im Propagandaapparat der NSDAP mitgewirkt oder widerstandslos die Tagesparolen veröffentlicht, vielleicht aus Angst vor Repressionen, vielleicht aber auch aus Überzeugung – kurz: Die Beurteilung des Verhaltens der Journalisten war schwierig.[75]

Nicht nur die Entnazifizierungsbestimmungen, sondern auch die Tatsache, dass viele Männer gefallen waren oder sich noch in Gefangenschaft befanden, führte zu einem starken Arbeitskräftemangel. Arbeitsstellen durften nur durch das Arbeitsamt vermittelt, angebotene Stellen nicht abgelehnt werden.[76] Doch viele Personen, die zur Arbeit verpflichtet wurden, waren kriegsversehrt, eigentlich berufsunfähig und konnten keine wirkliche Hilfe leisten.[77] Während leitende Funktionen nur mit Personen besetzt wurden, die im Sinne der Entnazifizierung eine *reine Weste* hatten, erneuerte man den Apparat jedoch nicht vollständig. Vor allem in der Justiz und Wirtschaft wurden Belastete, die zunächst aus ihren Ämtern entfernt worden waren, wieder eingestellt.[78]

Schließlich führten die westdeutschen Besatzungszonen ein komplexeres System ein – jeder der sich für ein öffentliches Amt bewarb oder weiterhin darin arbeiten wollte, hatte einen

Fragebogen auszufüllen, der ca. 130 Fragen über Lebenslauf, berufliche Stellung, aber auch soziale und politische Vergangenheit beinhaltete. Die Antworten wurden von speziellen Abteilungen der örtlichen Militärregierungen genauestens überprüft.[79] Die Bevölkerung kritisierte dieses Verfahren scharf, da es nicht öffentlich gehandhabt wurde und die letzte Entscheidung jeweils bei der Militärregierung lag. Viele Deutsche hatten das Gefühl, hier handele es sich um einen Rachefeldzug und vermuteten zudem, die beratend tätigen deutschen Entnazifizierungsausschüsse missbrauchten ihre Funktion für parteipolitische Interessen.[80]

Zusätzlich zur Neubesetzung öffentlicher Ämter wandten die einzelnen Besatzungszonen jeweils unterschiedliche Programme zur Entnazifizierung an.[81] Die *Umerziehung*, auch *Re-education* genannt, hatte als oberstes Ziel, den Deutschen demokratische Grundsätze zu vermitteln. Auch die Medien sollten dafür Sorge tragen, dass sich die Bevölkerung mit der Vergangenheit auseinandersetzte. In den Lizenzzeitungen wurde immer wieder auch detailliert über die Gräueltaten der Nationalsozialisten berichtet.[82] In der deutschen Gesellschaft zeichnete sich jedoch während der Besatzungszeit ab, dass die Entnazifizierungsmaßnahmen in weiten Teilen der Bevölkerung kaum Wirkung zeigten: Obwohl nach und nach die Verbrechen der Nationalsozialisten aufgedeckt wurden, ergaben repräsentative Umfragen der US-Besatzungsmacht, dass noch immer mehr als 50 Prozent der deutschen Bevölkerung den Nationalsozialismus für eine gute Idee hielt, die lediglich schlecht ausgeführt worden sei.[83]

Im Juli 1945 lösten die Briten die Amerikaner in Göttingen als Besatzungsmacht ab. In der Folge war nun die Pressepolitik geprägt durch die Vorschriften der Briten. Die vier Besatzungsmächte verfolgten jeweils eine unterschiedliche Pressepolitik, einige waren sie sich dabei darin, dass die Presse auf ein demokratisches Fundament gestellt werden sollte.[84]

In der amerikanischen Zone vergab man Lizenzen an mehrere Personen unterschiedlicher politischer Einstellungen. Diesen *Gruppenzeitungen* wurde jeweils ein bestimmtes Verbreitungsgebiet zugeteilt, in welchem sie zunächst eine Monopolstellung hatten. Nur in einigen Städten wie Frankfurt, München, Stuttgart und Kassel wurden später noch Zweitzeitungen zugelassen. Die ersten lizenzierten Zeitungen der amerikanischen Zone waren die FRANKFURTER RUNDSCHAU und die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG.[85] Die Franzosen hingeben vergaben Lizenzen zunächst nur an überparteiliche Lokalzeitungen, ab 1947 wurden jedoch

auch parteipolitische Zeitungen genehmigt, die sich relativ schnell zu richtigen Parteizeitungen entwickelten. Lizenzen erhielten hier unter anderem das BADENER TAGEBLATT und der SÜDKURIER.[86] In der sowjetischen Besatzungszone wurden dagegen ausschließlich Parteiblätter lizenziert, wobei die KPD und später die SED klar bevorzugt wurden. Zeitungen waren die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG und NEUES DEUTSCHLAND.

Die Britische Besatzungsmacht begann mit der Lizenzierung von Zeitungen erst ab Anfang 1946. Sie erfolgte verspätet, da sich die in Großbritannien 1945 neugewählte Labour-Partei von der amerikanischen Pressepolitik, und damit dem Modell der Gruppenzeitungen distanzieren wollte und Zeit brauchte, um ein eigenes Modell zu entwickeln.[87] Die ersten regelmäßig erscheinenden Blätter nach dem Krieg waren in der britischen Besatzungszone die sogenannten *overtpapers*.[88] Es folgten *Heeresgruppenblätter*, die Militärmitteilungen und Lokalnachrichten beinhalteten. Diese kamen jedoch nur in wenigen Großstädten heraus, Göttingen war nicht darunter. Mitarbeiter waren auch Deutsche, die man für spätere Aufgaben bei Zeitungen ausbilden wollte.[89]

Schließlich beschloss die britische Besatzungsmacht die Vergabe von Lizenzen an parteinahe Zeitungen. Dabei sollten die Zeitungen vor allem Nachrichten übermitteln und nur an zweiter Stelle Parteiorgan sein. Deshalb wurden Lizenzen auch nur an parteinahe Personen und nicht an Parteien direkt vergeben, jedoch besaßen sie ein Vorschlagsrecht. Durch diese Vorgehensweise wollte man eine direkte Abhängigkeit verhindern.[90] Zuvor hatten Erhebungen ermittelt, welche Stärke und Verteilung die Parteien in den jeweiligen Regionen innehatten.[91] Als inhaltliche Vorgaben setzte man „keine Verherrlichung des Nationalsozialismus“, „keine Kritik an den Besatzungsmächten“, „Trennung von Nachricht und Meinung“, „Trennung von lokalen und Weltnachrichten“ voraus.[92] Lizenzen durften nur Personen erhalten, die qualifizierte Journalisten und politisch unbelastet waren. Obwohl rund vierzig Lizenzzeitungen geplant waren, konnten auch wegen der Papierknappheit bis März 1946 zunächst nur elf Blätter lizenziert werden, ein Jahr später hatte man aber das gesetzte Ziel erreicht.[93] Erhielten Verleger eine Lizenz, wurden sie in einer sechsmonatigen Probezeit zweimal durch eine Vorzensur kontrolliert. Erfüllten die Zeitungen die Vorgaben nicht, schalteten sich die Briten unter Umständen in den Produktionsablauf ein, übten Vorzensur, besetzten die Redaktion personell um oder verhängten

Zwangsveröffentlichungen. Diese *mandatory articles* mussten dann ungekürzt und unverändert veröffentlicht werden.[94]

Auch zur Gründung von Parteien brauchte man eine Lizenz – Parteiarbeit war zunächst nur in der Britischen und Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) erlaubt. Dort organisierten sich bereits ab Sommer des Jahres 1945 SPD und KPD. Die später lizenzierte CDU/CSU galt als bürgerliche Sammel- und Nachfolgepartei des Zentrums beziehungsweise der Bayerischen Volkspartei. Zu diesen ersten zugelassenen Parteien gesellten sich schließlich die liberalen Parteien *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands* (LDP) in der SBZ, die *Demokratische Volkspartei* (DVP) in Württemberg und die *Freie Demokratische Partei* (FDP) in Nordrhein-Westfalen.[95] Keine Chancen auf Gründungszulassung hatten rechtsradikale Parteien, diese erklärten die Besatzungsmächte als unvereinbar mit einer Demokratie. Ebenfalls keine Lizenz erhielten Parteien, die Interessenvertretungen von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen sein wollten.

Auch auf lokaler Ebene gründeten sich die Parteien neu. Die SPD war die erste genehmigte Partei in Göttingen. Wichtige Impulse für die Neugründung gab *Felix Kraft*, der zur antifaschistischen Zelle im Betrieb *Feinprüf* gehört hatte. Er bildete mit *Ernst Steinmann* den *Vorbereitenden Ausschuss der Sozialdemokratischen Partei*. Am 19. November 1945 reichten sie einen zweiten Gründungsantrag bei der Militärverwaltung ein, der am 19. Dezember 1945 genehmigt wurde.

Eine wichtige Rolle spielten dabei die Mitglieder des *Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes* (ISK) – sie waren auch während des Dritten Reiches im Ausland aktiv geblieben, standen nach dem Krieg sofort für die Parteiarbeit bereit und traten der SPD bei.[96]

Auch die KPD traf sich kurz nach Einmarsch der Amerikaner wieder regelmäßig: Die erste öffentliche Veranstaltung fand am 16. Dezember 1945 statt, genehmigt wurde die Partei schließlich am 10. Januar 1946.

Bei der Gründung der Göttingen FDP – auch die liberalen Kräfte hatten sich bereits kurz nach der Einnahme Göttingen zusammengefunden – war die wichtigste Person Rechtsanwalt *Hermann Föge*. Dieser hatte bis 1933 der *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) angehört und war Mitglied des Magistrats gewesen. Die Parteigründung in Göttingen war ohne Schwierigkeiten von Statten gegangen, denn Föge verfügte über ein gutes Verhältnis zu der

Militärregierung und Oberstadtdirektor Erich Schmidt.[97] Die Genehmigung der *Demokratischen Union* erfolgte am 21. März 1946, einige Tage später änderte sie den Namen in *Freie Demokratische Partei*.[98] Im Oktober 1945 entstand auch in Göttingen eine christliche Partei, zunächst wurde dazu ein *Ausschuss zur Gründung einer Christlich-Demokratischen Volkspartei* gegründet, die Gründungsgenehmigung erhielt die CDU am 3. Juli 1946. Bei der ersten Kommunalwahl am 15. September 1946 gewann die SPD schließlich mit 37,9 Prozent deutlich vor der FDP mit 28,2 Prozent und der CDU mit 22,7 Prozent, abgeschlagen war hingegen die KPD mit 4,5 Prozent.[99]

Mit dem Jahr 1946 erschienen die ersten Lizenzzeitungen im Göttinger Verbreitungsgebiet. Ab Juli kamen zweimal wöchentlich die HANNOVERSCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN, die HANNOVERSCHE VOLKSSTIMME (KPD) und die HANNOVERSCHE PRESSE (SPD) heraus. Die ehemalige VOLKSBLATT-Druckerei am Maschmühlenweg, die sich die NSDAP gewaltsam angeeignet hatte, wurde zunächst beschlagnahmt und ging später an die rechtmäßigen Eigentümer zurück.[100] Die SPD sanierte das Gebäude und nutzte die Anlagen zum Druck der GÖTTINGER PRESSE, einer Nebenausgabe der Lizenzzeitung HANNOVERSCHE PRESSE.[101] Wegen des Papiermangels waren die Auflagen jedoch nur sehr gering, bestenfalls konnten sich fünf Leser eine Zeitung teilen, zudem hatte jede Ausgabe nur einen sehr geringen Umfang. Selbst am Ende der Lizenzphase im Jahr 1949 erschienen die Zeitungen nur in Berlin täglich. In jedem Ort wurde von der Militärregierung im September 1945 ein Leseraum eingerichtet – man wollte sicherstellen, „dass Deutsche nicht nur Nachrichten von ihrem eigenen Land, sondern auch von der Außenwelt erhalten".[102] Dafür wurden auch Zeitungen zur Verfügung gestellt, die vom britischen Militär nicht mehr benötigt wurden.

Die NORDDEUTSCHE ZEITUNG war das erste überparteiliche Blatt, das eine Lizenz bekam – es kam am 30. April 1947 heraus. Ebenfalls 1947 wurden die überregionalen Zeitungen ABENDPOST (FDP) und DEUTSCHE VOLKSZEITUNG (DDP) lizenziert. Die parteiunabhängigen Zeitungen sollten über die Politik aller Parteien berichten und ein objektives Bild der britischen Position vermitteln. Den parteiunabhängigen Zeitungen gelang es allerdings nicht, die Vormachtstellung der parteinahen Zeitungen einzudämmen.[103]

Auch in Göttingen war man wie überall gegenüber den Lizenzzeitungen kritisch eingestellt. Neben der Kritik am Erziehungscharakter der Zeitungen vermisste man insbesondere Lokal- und Regionalmeldungen. Doch trotz der Antipathie waren die Verkaufszahlen sehr gut – in

Zeiten der Rohstoffknappheit benutzte man die Zeitungen nicht nur zur Lektüre, sondern auch als kostbares Einwickelpapier, Dichtungs- und Brennmaterial.[104] Sobald diese Rohstoffe durch die Währungsreform auch anderweitig gedeckt werden konnten, legte sich prompt auch der Erfolg der Zeitungen. Diese Entwicklung führte dazu, dass die Zeitungen jetzt mehr auf den Geschmack des Publikums eingehen mussten.[105] Gestalterisch gab es keine spezifisch abgegrenzten Ressorts, meinungsbetonte Beiträge etwa wie Kommentare waren zudem häufig nicht eindeutig von der objektiveren Nachrichtenform abgehoben.[106]

Für den Druck wurden oft gegen die Zahlung einer Pacht die Anlagen der sogenannten *Altverleger* genutzt. Diese blieben dadurch im Geschäft und konnten Geldmittel für ein späteres Wiedererscheinen ihrer Zeitungen ansammeln. Die Gebrüder Wurm des GÖTTINGER TAGEBLATTES erhielten während der Lizenzphase zunächst keine Genehmigung zur Herausgabe ihrer Zeitung, umgingen die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Verbot jedoch: Sie überschrieben ihrem Prokuristen *Carl Bohrßen* den noch voll erhaltenen Druckbetrieb, der schließlich den Druckauftrag für die Lizenzzeitung NORDDEUTSCHE ZEITUNG erhielt. Zudem war schon das GÖTTINGER MITTEILUNGSBLATT in der Druckerei der Gebrüder Wurm hergestellt worden, als *Redaktion* wird im pressegeschichtlichen Führer des Göttinger Stadtarchivs zudem *Viktor Wurm* angegeben.[107] Den Wurm-Brüdern gelang es durch die Vermietung ihrer Druckanlagen und -gebäude, sich finanziell für die Zeit nach der Lizenzierungspflicht zu rüsten.

Das Recht der Lizenzvergabe wurde schließlich ab Oktober 1947 an die deutschen Ministerpräsidenten übergeben, wobei der britischen Besatzungsmacht ein Vetorecht zustand. Die Bearbeitung der Lizenzanträge übernahmen die Landespresseausschüsse, die diese den jeweiligen Landesregierungen vorschlugen. Die Ausschüsse waren zusammengesetzt zu je einem Viertel aus Verlegern, Journalisten, Vertretern der Allgemeinheit und Vertretern politischer Parteien. Neben ihnen fungierte ein Zonenpresserat, der die Landesausschüsse koordinierte und die Verhandlungen über Papierlieferungen übernahm, wobei im Juli 1948 die Papierkontingentierung aufgehoben wurde.[108]

Als 1949 die Lizenzpflicht aufgehoben wurde, befürchteten die Briten, die *Altverleger* könnten wieder Nazidoktrinen verbreiten. Zudem vermuteten sie, die Lizenzblätter würden nicht im Stande sein, noch lange auf dem Markt zu bleiben, da die von ihnen genutzten

Druckereien nun wieder durch die Altverleger verwendet werden würden.[109] Inwieweit diese Befürchtung zutraf, werden die nächsten Kapitel zeigen.

Abbildung 6: Die Besatzungszonen von 1945-1949. Quelle: Hans Dollinger/Thilo Vogelsang, Deutschland unter Besatzungsmächten, München 1967, S. 96.

Die 1950er Jahre – Lizenzzeitung versus Heimatzeitung

In den 1950er Jahren wuchs die Bedeutung der Massenmedien, die Presse berichtete im Gegensatz zur Besatzungszeit nicht mehr über Ereignisse, sondern kommentierte und nahm Einfluss auf Politik und Gesellschaft.[110]

Nach der Abschaffung der Lizenzpflicht 1949 erschienen wieder die Zeitungen der Altverleger. In kurzer Zeit stieg die Zahl der Tageszeitungen von 165 auf ca. 600 an.[111] Der rapide Anstieg der Zeitungstitel führte bei bestehender Leserzahl zu einem harten Wettbewerb zwischen Lizenz- und Altverlegern.[112] Im Vordergrund stand dabei der Wettkampf um Anzeigenkunden – bis Ende der 1950er Jahre finanzierten sich die meisten Tageszeitungen zu zwei Dritteln über Anzeigenerlöse.[113] Dabei zeigten sich – entgegen der Befürchtung der britischen Besatzungsmacht – die Lizenzzeitungen als widerstandsfähig: Sie hatten sich trotz aller Kritik in den Besatzungsjahren auf dem Lesermarkt etablieren können. Die Altverleger dagegen mussten ihren Leserkreis erst wieder zurückgewinnen.[114]

Nach dem Wegfall der Lizenzpflicht wurden in Göttingen und im Raum Northeim acht Heimatzeitungen wiedergegründet: Die EINBECKER MORGENPOST, das GANDERSHEIMER KREISBLATT, die MORINGER ZEITUNG, die MÜNDENSCHE NACHRICHTEN, die NORTHEIMER NEUESTE NACHRICHTEN, die SOLLINGER NACHRICHTEN, die SÜDHANNOVERSCHE VOLKSZEITUNG und das GÖTTINGER TAGEBLATT.[115]

Das GÖTTINGER TAGEBLATT erschien ab dem 27. Oktober 1949 im Bereich der Stadt und einigen Gemeinden im Umland, ab 1950 erfolgte eine Erweiterung durch mehrere Bezirksausgaben. Im Gegensatz zu anderen Altverlegerzeitungen in der Bundesrepublik, die ihren alten Leserkreis wiedergewinnen oder neue Leser rekrutieren mussten, übernahm das GT einfach die Leser der NORDDEUTSCHEN ZEITUNG, dessen Bezirksausgabe in Göttingen nun nicht mehr erschien, da die Brüder *Theo* und *Viktor Wurm* ihren Druckereibetrieb wieder für das GT beanspruchten und der Schein-Eigentümer *Carl Bohrßen* ihn an sie überschrieb.

Vorteile der Kreis- und Heimatblätter waren kleinere Verbreitungsgebiete, die eine umfangreichere Lokalberichterstattung möglich machten. Die Regionalausgaben der Großstadtblätter konnten sich viele Lokalredaktionen finanziell nicht erlauben. Hinzu kam ein mit den Heimatblättern assoziiertes altes, vielfach vermisstes *Heimatgefühl*, zudem erschienen die Heimatblätter häufig zum günstigeren Preis.[116]

1954 war die Phase des Wiederaufbaus des deutschen Zeitungswesens im Wesentlich abgeschlossen. Im selben Jahr begann der Pressestatistiker *Walter J. Schütz* seine Arbeit, den gesamten deutschen Zeitungsmarkt mittels aufwendiger Stichtagserhebungen zu erfassen – diese Erhebungen werden bis heute durchgeführt und gewähren einen guten statistischen Überblick über die deutsche Presselandschaft. In der ersten Erfassung ermittelte Schütz, dass im Jahr 1954 zwar an die 1.500 Tageszeitungen in der Bundesrepublik erschienen, jedoch nur 225 Redaktionen Vollredaktionen waren, also publizistische Einheiten mit selbst hergestelltem Zeitungsmantel. Die meisten Zeitungen stellten Nebenausgaben dar, die ihren Mantel von einer Hauptredaktion übernahmen und lediglich den eigenen Lokalteil herausbrachten.[117] Meinungsvielfalt in Bezug auf Bundes- und Außenpolitik war nicht in dem angenommenen Maße gegeben. Mit dem Jahr 1954 begann im Pressewesen auch die Phase der Konzentration.[118] Hohe Verkaufszahlen erreichte in den 1950er Jahren die BILD-ZEITUNG – 1957/58 erzielte sie bereits eine Reichweite von 25 Millionen Lesern.[119] Der neue Typus *Boulevardzeitung* gewann rasant an Abnehmern: Gelesen wurde sie überwiegend auf dem Arbeitsweg oder in Arbeitspausen, während die Lokalzeitung besonders am Abend und am Wochenende konsumiert wurde.[120]

In Göttingen konkurrierten in den 1950er Jahren das GT und die GÖTTINGER PRESSE miteinander.[121] Die *Göttinger Presse* war eine Nebenausgabe der ehemaligen Lizenzzeitung HANNOVERSCHE PRESSE, die zunächst in Hannover, ab dem 1. September 1949 auch in der Druckerei der untergegangenen SPD-Zeitung VOLKSBLATT, *Göttinger Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH*, im Maschmühlenweg gedruckt wurde. Das Blatt wollte somit einen stärkeren Lokalbezug demonstrieren und flächendeckend präsent sein. Für das Lokalressort wurden sofort vier Redakteure eingestellt, jeweils ein Redakteur für Göttingen, Northeim, Duderstadt und Hann. Münden. Der Lokalteil wurde auf drei Seiten ausgebreitet. Inhaltlich versuchten sich die HP und ihre Nebenausgaben wie die GP von dem Klischee der SPD-Zeitung zu befreien.[122] Ihre Auflage sank jedoch zwischen 1950 und 1960.[123] Elke Schröder sieht diese Entwicklung in der allmählichen Auflösung der traditionellen sozialdemokratischen Milieus begründet.[124] Ab 1949 wurden einige Veränderungen des Zeitungsstils vorgenommen, unter anderem wurde der Untertitel: *Zeitung aller Schaffenden* gestrichen und durch *Das Heimatblatt für Südhannover* ersetzt.[125]

Über die politischen Ausrichtungen der Zeitungen ergeben sich Hinweise aus einer vom *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB) 1952 bei ihren Kreis- und Ortsvorsitzenden durchgeführten Umfrage. Über die HP und ihre Nebenausgaben lautete die Einschätzung:

> „Die HANNOVERSCHE PRESSE mit ihren Sonderausgaben BRAUNSCHWEIGER PRESSE, GÖTTINGER PRESSE, HILDESHEIMER PRESSE und ihren verschiedenen Lokalausgaben, steht der Sozialdemokratischen Partei nahe. Sie bemüht sich, den gewerkschaftlichen Interessen weitgehend gerecht zu werden. […], sollte bedacht werden, dass die ‚hp' den lokalen Vorgängen weit weniger Raum widmen kann, als die ausgesprochenen Lokalzeitungen. Die ‚hp' hat sich durch ihre konsequente Haltung gegenüber allen rechtsradikalen Tendenzen in Niedersachsen, einen bleibenden Verdient erworben und eine beachtliche Stellung im Pressewesen erkämpft."[126]

Über das GÖTTINGER TAGEBLATT war zu lesen:

> „Obgleich die Zeitung eine objektive Haltung sehr geschickt vorzutäuschen versteht, verhält sie sich ausgesprochen antisozialistisch und sympathisiert mit dem rechten Flügel der FDP und mit der DP. Außerdem sind ihre Tendenzen zu Landvolk, Mittelstandblock und Arbeitgeberkreisen klar erkennbar. Verleger und Redakteure sind die Gebrüder Wurm, alte prominente Nazis. Der Hauptschriftleiter, Dr. Viktor Wurm, war bei Goebbels im Propagandaministerium beschäftigt. Er sitzt heute als Direktor der Dimitag in Bonn. Während auf lokaler Ebene die gewerkschaftlichen Notizen bereitwillig und ungekürzt gebracht werden, bedient sich die Zeitung im politischen Teil der so genannten ‚Leserbriefe', in denen, nicht unter der Verantwortung der Redaktion, gegen den DGB scharf geschossen wird. Die Leitartikel sind gewerkschaftsfeindlich. Die Zeitung erscheint 6-mal wöchentlich. Die Auflage wird mit über 32.000 Exemplaren angegeben."[127]

In der folgenden Analyse über die Berichterstattung während des Landtagswahlkampfes 1955 wurden die politischen Richtungen und Gestaltungsmittel der GP und des GT genauer untersucht. Dabei wurde erfasst, welche bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen im Wahlkampf diskutiert wurden und welche Position dabei die jeweilige Zeitung einnahm. Untersucht wurden alle Artikel zum Thema Wahlkampf von jeweils einem Monat vor bis einem Monat nach der Wahl.

Der Göttinger Wahlkampf zur Niedersächsischen Landtagswahl 1955

Im Landtagswahlkampf 1955 konkurrierten um das Direktmandat in Göttingen-Stadt der bekannte FDP-Politiker und Oberbürgermeister– seit 1948 – *Hermann Föge* und der junge, relativ unbekannte Sozialdemokrat *Dr. Peter von Oertzen*. Föge hatte 1947 und 1951 den Wahlkreis deutlich für sich gewinnen können, 1955 wurde er erstmals nicht zusätzlich auf der FDP-Landesliste abgesichert und musste über den Wahlkreisgewinn sein Mandat verteidigen.[128] Beim Wahlkampf handelte es sich auch um einen Wettstreit der Generationen: Oberbürgermeister Föge war bereits 77 Jahre alt, von Oertzen erst 30. Peter von Oertzen war in der Göttinger SPD trotz jungen Alters bereits eine *Kultfigur* bei Gewerkschaften und Studierenden. Er war bekannt für seine linken Positionen und seine Beredsamkeit. Von seinen Gegnern wurde er häufig *Roter Baron* oder auch *Roter Goebbels* genannt. Als er aufgestellt werden sollte, zeigte er sich aufgrund bisheriger schlechter SPD-Ergebnisse in seinem Wahlkreis zunächst skeptisch. Doch gerade als Akademiker kam er in der Universitätsstadt als Kandidat in Frage, nachdem die SPD-Kandidaturen 1947 und 1951 fehlgeschlagen waren.[129]

Das Gewicht der verschiedenen Parteien in Göttingen lässt sich anhand der Kommunalwahlergebnisse von 1948 bis 1964 beurteilen[130]:

Jahr	SPD	CDU	FDP	KPD	GB/BHE	DRP	Sonstige
1946	37,9	22,6	28,3	4,5	-	-	6,7
1948	30,9	17,8	38,4	3,3	-	9,7	-
1952	28,3	13,3	34,4	1,4	11,0	11,6	-
1956	38,0	20,0	24,8	-	7,0	3,3	6,8 (DP/DG)
1961	35,7	24,9	28,7	-	5,0	1,7	3,9
1964	45,6	24,6	26,5	-	-	-	3,3 (GWG)

DG: Deutsche Gemeinschaft, DRP: Deutsche Reichspartei, DP: Deutsche Partei,
GB/BHE: Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten,
GWG: Göttinger Wählergemeinschaft

Tabelle 1: Göttinger Kommunalwahlergebnisse 1948-1964

In den 1950er Jahren dominierte in Göttingen deutlich das *bürgerliche Lager*, dominiert von der FDP. Bis 1966 stellte die Partei mit *Hermann Föge* (1948-1956) und *Gottfried Jungmichel* (1956-1966) die Oberbürgermeister. Die FDP vertrat vor allem die seit der Weimarer

Republik in Göttingen überrepräsentierten Beamten, höheren Angestellten, selbstständigen Pensionäre, Handwerker- und Kaufmannschaft. Die FDP in Göttingen war rechtsliberal-konservativ ausgerichtet, was dazu führte, dass sich die konservative CDU in Göttingen im Gegensatz zum Bundestrend zunächst nicht etablieren konnte: Sie blieb lange unter 25 Prozent der Wählerstimmen. Der Erfolg der FDP war stark an die Person Hermann Föges gekoppelt, der besonderes Ansehen in der Göttinger Bürgerschaft besaß. Ihm wurden die Eigenschaften „Nähe mit gleichzeitiger Distanzierungsfähigkeit" nachgesagt. Die FDP versuchte, sich deutlich gegen die rechte Konkurrenzpartei *Deutsche Reichspartei* (DRP) abzugrenzen, setzte aber auch auf traditionelle Werte gegen Marxismus und lokale *SPD-Diktatur*.[131]

Die CDU galt in ihren Anfangsjahren in Göttingen als Nachfolgepartei des *Zentrums* und hatte den Ruf, die Partei der Katholiken zu sein. Erst in den 1960er Jahren gelang den Christdemokraten auch in Göttingen der Durchbruch, da sie bis dahin nicht in das „intakte liberale Milieu" einzudringen vermochten. Die schwach ausgeprägte Parteitradition und die Kritik des Göttinger Bürgertums an der „konservativen Modernisierung" Adenauers[132] führte dazu, dass die CDU hier als ein Juniorpartner der FDP angesehen wurde. Ein Einbruch in die nationalliberalen Schichten der FDP gelang zunächst nicht.[133]

Die SPD stellte 1966 erneut den Oberbürgermeister, nachdem sie ihn kurzzeitig 1946 bis 1948 gestellt hatte.[134] Die Partei hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Mitglied- und Wählerschaft eine ähnliche Sozialstruktur wie in der Weimarer Republik. Bis Mitte der 1950er Jahre kam es immer wieder zu Flügelkämpfen zwischen ehemaligen ISK-Mitgliedern und den *alten* SPD-Politikern. Dennoch entwickelte sich die SPD in Göttingen früher als auf Bundesebene zur *Volkspartei*. In ihrer politischen Arbeit richtete sie sich vor allem gegen die FDP und DRP. Auf diese Weise gelang es den Sozialdemokraten 1956 zur stärksten Partei in Göttingen zu werden.[135]

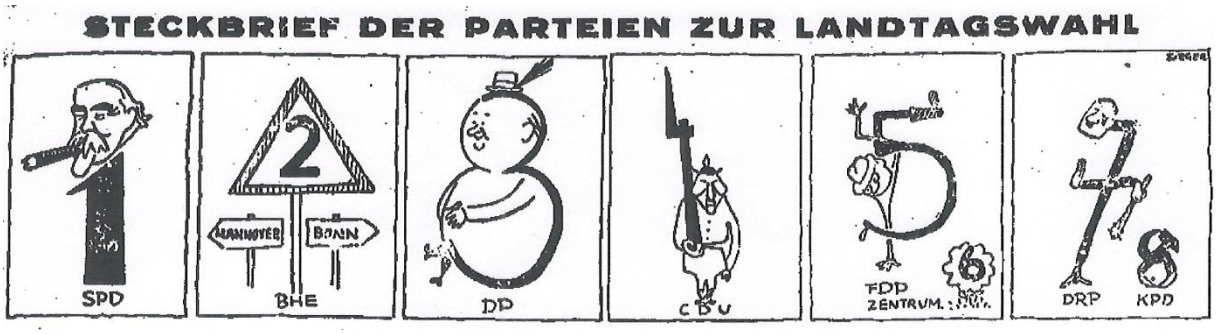


Abbildung 7: GÖTTINGER PRESSE, 23. April 1955, S. 3: „Steckbrief der Parteien zur Landtagswahl“, Karikaturist: Peter Leger

Umfang, Platzierung und Darstellungsformen der Wahlkampfberichterstattung

Die Ausgaben der GP im Untersuchungszeitraum umfassten acht bis zwölf, an Wochenende rund 32 Seiten und kosteten 20 Pfennig. Die Zeitung mit dem Untertitel *Das Heimatblatt für Südhannover* enthielt die festen Rubriken: *Titelblatt*, *Bericht und Kommentar*, *Blick in die Welt*, *Wirtschaft und Arbeit*, *Spiel und Sport*, *Niedersächsische Heimat*, *Göttingen und Südhannover* sowie meist zwei Seiten Familien- und Werbeanzeigen. Auffallend waren die zahlreichen Boulevardmeldungen auf den Lokal- und Regionalseiten, die hauptsächlich Katastrophen, Unfälle und Familientragödien beinhalteten oft 80 Prozent einer Seite einnahmen. Regelmäßig, aber an unterschiedlichen Stellen innerhalb der Zeitung platziert, fand sich ein Fortsetzungsroman. In unregelmäßigen Abständen erschienen die Ressorts *Aus dem Eichsfeld*, *Neue Technik* und *Hof und Garten*. Die Beilage *Das Wochenende* mit dem Untertitel *Unterhaltungsbeilage*, die regelmäßig in der Samstagsausgabe erschien, umfasste Rubriken wie *Die Welt der Kinder*, *Die Welt der Frau*, *Unterhaltung und Betrachtung*, *Die Bunte Zeit*, *Geschichte der Woche* und *Die Welt des Films*. Unregelmäßig erschienen die Beilagen *Reisen und Wandern* sowie eine *Literaturbeilage*. Die GP bezog ihre Meldungen über die HP sowie von den Agenturen *Deutsche Presse Agentur* (dpa), *Associated Press* (ap) und *united press* (up).

Eine Ausgabe des GT umfasste zehn bis sechzehn Seiten, am Wochenende 32 und kostete ebenfalls 20 Pfennig. Die einzelnen Ressorts wurden nicht betitelt, lassen sich jedoch inhaltlich zusammenfassen in: *Titelseite*, *Außenpolitik*, *Göttingen und Regionales* – darunter eine Rubrik mit dem Titel *Aus unseren Landgemeinden*, *Sport*, *Regionalsport*, *Feuilleton* meist auf einer halben Seite irgendwo im Blatt und Anzeigen auf den übrigen Seiten. Unregelmäßig fand man die Ressorts *Die Seite der Frau*, *Handel und Wirtschaft*, *Welt im Bild*, *Blick hinter den Eisernen Vorhang* und *Brücke zur Heimat*. Des Weiteren erschien regelmäßig die

Wochenendbeilage *Die bunte Kiste*. In unregelmäßigen Abständen wurden die Beilagen *Jagd und Hege in Wald und Flur*, *Reise und Erholung*, *Zwischen Harz und Weser* und *Feld*, *Hof und Garten* publiziert. Das GT berief sich bei seinen Meldungen nur selten direkt auf die Agenturen wie *Niedersächsischer Landesdienst* (nld) und *Deutsche Presseagentur* (dpa), sondern stellte häufig nur Städtenamen vor die Artikel.

Zunächst wurde durch Auszählung untersucht, welchen Umfang die Berichterstattung jeweils einnahm. Bei der Analyse wurde deutlich, dass sich die beiden Zeitungen im Umfang der Berichterstattung kaum unterschieden. Das GT beschäftigte sich in 102, die GP in 103 Artikeln mit dem Wahlkampf. Der Stellenwert des Themas Wahlkampf schien also, gemessen an der absoluten Artikelanzahl beider Zeitungen, derselbe gewesen zu sein. Diese Einschätzung kann jedoch trügen, betrachtet man die Erscheinung der Artikel auf einer Zeitleiste – ab wann haben oder wollten die Zeitungen das Thema Wahlkampf überhaupt wahrnehmen und darüber berichten? Tatsächlich ergeben sich hier deutlich Unterschiede:

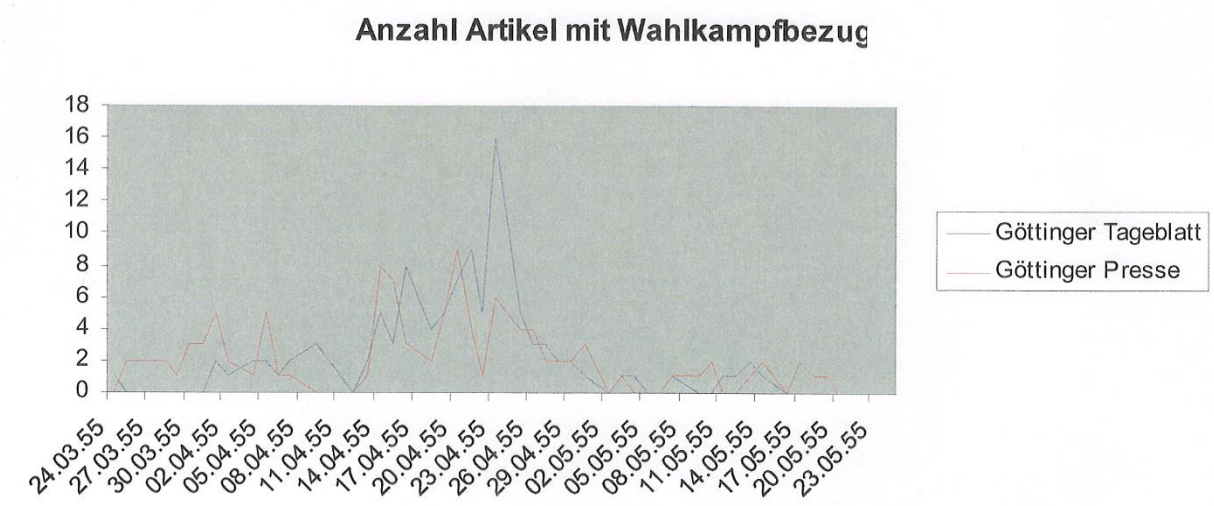


Abbildung 8: Niedersächsischer Landtagswahlkampf 1955, Anzahl der Artikel mit Wahlkampfbezug nach Tagen

Zu erkennen ist, dass die GP sich deutlich früher mit dem Thema Wahlkampf auseinandersetzte als das GT. Während beide Zeitungen in der Woche vor der Wahl, also ab dem 17. April 1955 die Berichterstattung ausweiteten und eine ähnliche Gewichtung aufzeigten, fiel auf, dass das GT vor allem am letzten Tag vor der Wahl die Berichterstattung stark ausweitete, gegenüber der GP sogar mehr als verdoppelte. Während im GT am 23. April 1955 sechzehn Artikel über die Wahl zu finden waren, druckte die GP an diesem Tag lediglich sechs Artikel ab.

Auffällig waren am letzten Tag vor der Wahl insbesondere die Titelseiten. Während der Wahlkampf im GT die ganze Seite einnahm, mit der Schlagzeile: „Auf jede Stimme kommt es an. Es geht um Niedersachsen“ aufmachte und in zwei Kommentaren direkt die Wahl ansprach, berichtete die GP zunächst lediglich in einem Artikel indirekt positiv über die SPD. Erst auf Seite drei wurde ein Kommentar von *Hinrich Wilhelm Kopf* abgedruckt, in dem dieser noch einmal für sich und gegen die Opposition argumentierte. Warum die SPD die parteinahe GP am letzten Tag vor der Wahl nicht noch einmal für ihre Interessen nutzte, ist unklar.

Göttinger Tageblatt

Göttinger Tageblatt Gebr. Wurm, Göttingen, Verlag und Redaktion: Prinzenstraße 10-12. Postfach 16. Ruf 3577/78/79 und 3362/63 – Postscheckkonto: (Bohrßen & Co., GmbH.: Hannover 16 04 77. Fernschreiber: 06 32 19

Niedersächsische Morgenpost und Göttinger Zeitung

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich außer sonntags. Bezugspreis monatlich: Durch den Austräger DM 3.20, zuzügl. 35 Pfg. Trägerlohn. Durch die Post: DM 3.21 zuzügl. 54 Pfg. Zustellgeld. Anzeigen-Preisliste Nr. 8.

67. Jahrgang — Sonnabend/Sonntag, den 23./24. April 1955 — Einzelpreis 25 Pfg. / Nr. 94

Auf jede Stimme kommt es an!

Es geht um Niedersachsen

Landtagswahl am Sonntag entscheidet über die nächsten vier Jahre - Kein Wahlberechtigter versäume seine Pflicht!

Göttingen, den 22. April 1955

Am Sonntag wählt das Land Niedersachsen zum dritten Male seinen Landtag. Rund 4,4 Millionen der über 6,7 Millionen Einwohner Niedersachsens sind wahlberechtigt. Sie sind aufgerufen, darüber zu entscheiden, ob die seit knapp zehn Jahren andauernde Vorherrschaft der Sozialdemokratie in der Regierung fortdauern soll oder nicht. Wer glaubt, sich nicht entscheiden zu können, und sich deshalb der Stimme enthält, muß sich darüber klar sein, daß er dadurch die Stellung der Sozialdemokratie stärkt. Der Ausgang der Wahl am Sonntag entscheidet auch über die fünf Stimmen, die Niedersachsen im Bundesrat hat. Bisher hat die Regierung Kopf im Bundesrat stets versucht, die Außenpolitik der Bundesregierung zu durchkreuzen.

Erreichtes und Erstrebtes

Zu den Landtagswahlen in Niedersachsen
Von
Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Bonn, den 22. April

DEN Landtagswahlen in Niedersachsen kommt große Bedeutung zu. Die Wähler in diesem Lande, das seit Jahren von der SPD regiert worden ist, werden bestimmen, von wem und wie das Land in den nächsten vier Jahren regiert werden soll. Diese Entscheidung ist aber auch wichtig im Hinblick darauf, daß Niedersachsen im Bundesrat auf die Bundespolitik unmittelbaren Einfluß nehmen kann.

Die CDU ist in der Lage, den Wählern Niedersachsens eine eindrucksvolle Bilanz ihrer Tätigkeit vorzulegen. Man darf nie vergessen, daß die Politik der Bundesregierung seit 1949, für welche die CDU die Hauptverantwortung trägt, die Aufbauarbeit der Länderregierungen überhaupt erst ermöglicht hat. Die Erfolge dieser Politik liegen klar zu Tage.

Das Gleiche gilt für die außenpolitische Arbeit der CDU im Bund. Die Verwirklichung der Pariser Verträge beendet das Besatzungsregime. Gleichzeitig begründen die Verträge die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Westeuropäischen Union und im Nordatlantikpakt. Das bedeutet den Schutz der Bundesrepublik gegen jede Aggression, das bedeutet die Unterstützung unserer Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit durch alle 14 Vertragspartner der NATO. Durch die Ratifizierung der Verträge ist die Bahn für neue Verhandlungen mit der Sowjetunion frei geworden, wie es sich bereits im Falle Österreich gezeigt hat. Der Westen will vor jeder Aggression sicher sein, aber er ist auch bereit, der Sowjetunion die gleiche Sicherheit zu verbürgen. Das beiderseitige Streben nach Sicherheit muß gerade durch die Entwicklung der Atomwaffen einen starken Auftrieb erhalten. Und da die Sowjetunion mit Sorgen im Innern, aber auch in Asien belastet ist, liegt es auch in ihrem Interesse, die europäischen Fragen im Wege eines loyalen Übereinkommens zu bereinigen.

Wiedervereinigung

Es wird, dessen bin ich gewiß, auch zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit kommen: Sie werden im Zuge einer allgemeinen Ost-West-Entspannung erfolgen. Wir werden die Wiedervereinigung unermüdlich immer wieder fordern und mit allen Kräften anstreben. Auf dem Wege zu diesem Ziel werden wir uns auch in Zukunft weder durch Drohungen noch durch Täuschungsmanöver beirren lassen. Die Entwicklung beweist mit jedem Tag mehr, daß wir den richtigen Kurs eingeschlagen haben. Daß aber das deutsche Volk im Falle von Ost-West-Verhandlungen heute nicht allein dasteht und auch nicht mehr zum Objekt solcher Verhandlungen werden kann, ist ein klarer Erfolg der Politik der Bundesregierung und der sie unterstützenden Parteien, weil diese Politik dem deutschen Volk gerade das wiedererworben hat, was es am dringendsten braucht: das Vertrauen der freien Völker und die Unterstützung durch sie.

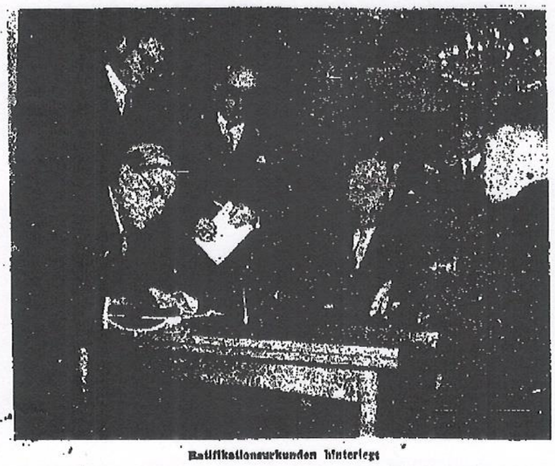
Was ist Bonn für Hannover?

Es ist viel zu wenig bekannt, wie viel die Bundesregierung für Niedersachsen getan hat. Die SPD verschweigt diese Tatsache nicht nur, sondern schreibt sich die Ergebnisse dieser Politik unbehelligt von Hemmungen auf ihr eigenes Konto. Ich darf daran erinnern, daß aus dem Steueraufkommen des Bundes viele Hunderte von Millionen Mark nach Niedersachsen geflossen sind — aus dem Länderfinanzausgleich, für den sozialen Wohnungsbau, an Wirtschaftskrediten, für die Kriegsopfer, für Salzgitter, für den Ausbau der Autobahn, für den Emsland-Plan, für die Okertalsperre. Es ist klar, daß die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land um so fruchtbarer wird, je intensiver sie gestaltet werden kann.

Die Christlich Demokratische Union im Bund wie in Niedersachsen ist bereit, im Rahmen eines gerechten Ausgleichs der Gesamtinteressen auch in Zukunft dem Lande Niedersachsen die Förderung zu sichern, deren es aus einer Reihe von Gründen (Zonenrandgebiete, Heimatvertriebene und Flüchtlinge) in besonderem Maße bedarf. Die CDU muß in Niedersachsen so stark werden, daß sie im Verein mit anderen nichtsozialistischen Parteien im Lande die notwendigen Reformen durchführen kann, wobei sie insbesondere auf die Sauberkeit des Beamtentums achten muß.

Die Christlich Demokratische Union weiß, daß die von ihr im Bund wie im Land geleistete Arbeit die beste Empfehlung für ihre Kandidaten ist. Sie kann sich auch darauf berufen, immer, wenn es notwendig war, in konstruktiver Kritik vor Fehlentwicklungen gewarnt zu haben. Sie hat deshalb allen Anlaß, dem Wahltag mit Zuversicht entgegenzusehen.

Geradlinige erfolgreiche Politik



Ratifikationsurkunden hinterlegt

Bundeskanzler Konrad Adenauer und der amerikanische Oberkommissar James B. Conant hinterlegten am 20. April in Bonn die deutschen und die amerikanischen Ratifikationsurkunden für das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik. Die Hinterlegung erfolgte im Rahmen eines feierlichen Aktes im Palais Schaumburg in Anwesenheit der Spitzen der Bundesregierung. Unser Bild zeigt den Oberkommissar Conant beim Unterzeichnen des Protokolls über die Hinterlegung. In der Mitte Bundeskanzler Konrad Adenauer. Rechts der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Hans Berger. Hinter Conant Baron von Herwarth, Chef des Protokolls des AA (links) und Staatssekretär Hallstein.

Es geht um Kopf und Kubel

Auf dem Weg zu einem besseren Landtag
Von
Dr. Viktor Wurm

Göttingen, den 22. April.

NUN ist es wieder einmal so weit: Die Landtagswahl am Sonntag wird darüber entscheiden, ob in den nächsten vier Jahren die Kopf-Kubel-Kessel-Gemeinschaft weiter am Ruder bleibt, oder ob es den niedersächsischen Oppositionsparteien endlich gelingt, die Voraussetzungen für eine echte und tragfähige Koalitionsregierung zu schaffen. Denn das ist das Erstaunliche: seit vier Jahren regiert in Hannover eine Minderheitsregierung, die sich seit 1951 nur auf 48,6 % und seit 1953 sogar nur auf 40.3 % der Wählerstimmen zu stützen vermag, während die Opposition seit zwei Jahren über fast 60 % aller Stimmen verfügt. Nur dem einseitigen und ungerechten bisherigen Wahlrecht hat es die Regierung Kopf zu verdanken, daß sie mandatsmäßig eine knappe Mehrheit erreichen und sich als legitime Regierung betrachten konnte.

Das ist nach dem neuen Landtagswahlgesetz nicht mehr möglich, so daß die Wahl am Sonntag unter besseren und gerechteren Vorzeichen stattfinden kann. Zwar hat die Kopf-Kessel-Gemeinschaft die nur allzu berechtigte Forderung der Opposition nach einer 5%-Klausel in der unverkennbaren Absicht abgelehnt, mit der wahlgesetzlichen Zulassung möglichst vieler Splitterparteien das Lager der Opposition zu schwächen und damit zugleich die eigene, fast aussichtslose Position doch noch um einiges zu verbessern; aber sie hat nicht mehr den Mut und den Willen aufzubringen vermocht, ihr bisheriges, einseitig die SPD begünstigendes Wahlrecht auch für die jetzige Wahl bestehen zu lassen. Bei den Wahlrechtsberatungen im Herbst vorigen Jahres hat allein schon die Drohung der Opposition, bei einer weiteren Beibehaltung dieses unmöglichen Wahlrechts nach dem Hamburger Vorbilde sich zu einem Wahlblock zusammenzuschließen, genügt, um die Sozialdemokratie und den Kesselschen Anhang zur Änderung des Wahlrechts zu zwingen. Und so hat sich die SPD auch bereits mit dem peinlichen Gedanken vertraut gemacht, die bisherige Vormachtstellung bei der morgigen Wahl auch mandatsmäßig zu verlieren: nach dem von einem sozialdemokratischen Wahldienst der Öffentlichkeit übergebenen Test werden die SPD im neuen Landtag nur noch über 33 % und der BHE über 10—12 %, insgesamt also bestenfalls über 45 % verfügen. Das aber bedeutet, daß nach der Wahl eine andere Koalition an die Stelle der bisherigen SPD-BHE-Partnerschaft treten wird, eine Koalition, die vermutlich dem Wählerwillen besser entspricht und sich auf eine breitere, tragfähige Mehrheit stützen kann.

Der Wahlkampf

selbst hat gezeigt, daß die Wählerfronten schon jetzt ziemlich festgefügt sind. Es wird also voraussichtlich kaum zu „Erdrutschen" kommen, sondern unter Umständen zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen, bei dem die CDU und die SPD die Favoriten sein dürften. Es kann schon jetzt als ziemlich sicher gelten, daß diese beiden Parteien die künftige Regierungsbildung weitgehend beeinflussen werden. Die auch in Opposition stehende FDP hat in allen ihren Wahlreden und Wahlpublikationen feierlich verkündet, daß sie unter keinen Umständen mit der SPD eine gemeinsame Regierung zu bilden gewillt ist. Ähnlich lauten die Erklärungen der CDU und der DP, der bei der

Keine STIMME den Splitterparteien

Abbildung 9: GÖTTINGER TAGEBLATT, 23. April 1955, S. 1: „Es geht um Niedersachsen"

Göttinger Presse

Das Heimatblatt der hp für Südhannover

9. Jahrgang / Nummer 94 — Preis 25 Pfennig — Sonnabend, 23. April 19

Der Kirchenvertrag ist bindendes Recht

Feierlicher Staatsakt in der Landeshauptstadt
Lilje dankte dem Ministerpräsidenten Kopf

hp HANNOVER.

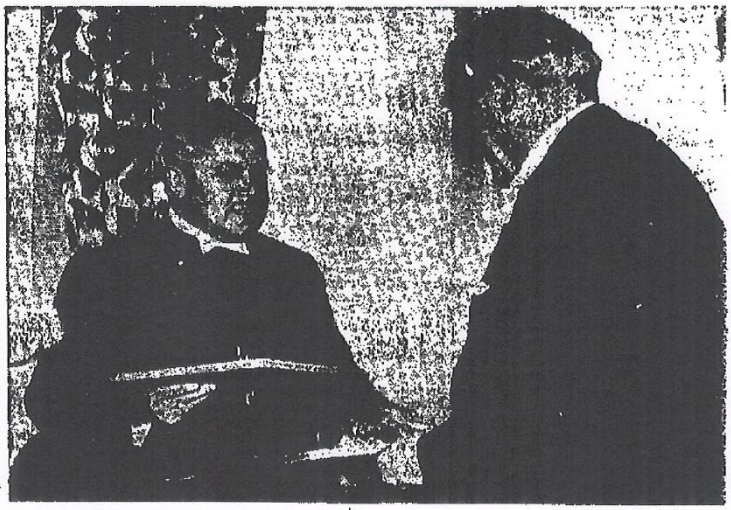
In einem feierlichen Staatsakt tauschten gestern der niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf und Landesbischof D. Dr. Lilje die Ratifikationsurkunden zum Staatsvertrag aus, der am 19. März in Loccum zwischen der niedersächsischen Landesregierung und den fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen abgeschlossen und unterzeichnet worden war. Der Niedersächsische Landtag, die Landessynoden und Landeskirchentage der evangelischen Landeskirchen hatten daraufhin den Staatsvertrag verabschiedet. Mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden ist der Vertrag bindendes Recht für Staat und Kirche geworden.

Neben Ministerpräsident Kopf und Landesbischof D. Dr. Lilje wohnten dem feierlichen Akt im Gästehaus der niedersächsischen Landesregierung fast alle Minister des Kabinetts bei, ferner die Bischöfe D. Erdmann (Braunschweig), D. Dr. Jacobi (Oldenburg) sowie Landesbischof Hanke für die vier lutherischen Kirchen und Kirchenpräsident Beltkamp, Präsident Dr. Fokken und Landessuperintendent Herrenbrück für die Evang.-Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland. Außerdem nahmen an dem feierlichen Staatsakt die Sachbearbeiter der fünf Landeskirchen und des Landes Niedersachsen teil.

In einer kurzen Ansprache würdigte Ministerpräsident Kopf das Vertragswerk. Er sagte, daß sich beide Partner mit diesem Vertrag freudig und überzeugt als gleichberechtigt anerkennen. Jeder habe sein eigenes, von Abhängigkeiten gelöstes Arbeitsfeld, aber beide seien verbunden durch den Geist, der ihre Arbeit trage, und beide leisteten Dienst am Menschen. Ministerpräsident Kopf fügte hinzu, er hoffe, daß dieser Vertrag auch für andere Länder beispielhaft werden möge.

Für die fünf Landeskirchen sprach Landesbischof D. Dr. Lilje. Er drückte seine Freude und Dankbarkeit für den Abschluß des Vertrages aus, durch den ein bedeutender Schritt auf dem Wege der Ordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche getan worden sei. Der Landesbischof schloß mit einem Wort des Dankes an den Ministerpräsidenten für seine Initiative und an die Mitarbeiter der beteiligten Ministerien.

Im Anschluß an den Staatsakt wurde den leitenden juristischen Beamten der fünf Landeskirchen für ihre maßgebende Mitarbeit am Vertragswerk die ihnen vom Bundespräsidenten verliehenen Bundesverdienstkreuze überreicht. Der Präsident des hannoverschen Landeskirchenamtes, Dr. Wagenmann, und Präsident Dr. Fokken von der Evang.-Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland erhielten das Große Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens, Oberkirchenrat Dr. Breust, Braunschweig, Abteilungspräsident Dr. Schmidt, Oldenburg, und Dr. Schwertfeger, Bückeburg, wurden mit dem Verdienstkreuz ausgezeichnet.



Der zwischen dem Lande Niedersachsen und den fünf evangelischen Landeskirchen abgeschlossene Staatsvertrag wurde rechtsgültig. Unser Bild zeigt den Austausch der Urkunden. Links: Landesbischof D. Dr. Lilje; rechts Ministerpräsident Kopf. Foto: Friedric

Industriemesse öffnet morgen ihre Tore

Messefläche um 20 Prozent vergrößert / USA, Ungarn und Hongkong erstmalig vertreten

hp HANNOVER.

Die Deutsche Industriemesse 1955 wird morgen um 9 Uhr in der niedersächsischen Landeshauptstadt ohne offizielle Eröffnungsfeierlichkeiten beginnen. Der Messe-AG. ist es gelungen, die Ausstellungsfläche um 20 Prozent auf 300 000 qm zu vergrößern. Insgesamt stellen 3820 Firmen in Hannover aus. Davon kommen 335 aus 18 ausländischen Staaten. Oesterreich, Frankreich und die Schweiz stellen die meisten ausländischen Aussteller. Zum ersten Male werden die USA, Luxemburg, Ungarn und Hongkong auf der Industriemesse vertreten sein.

50 Prozent der Aussteller entfallen auf die Investitionsgüterindustrie, der Rest auf die Konsumgüterindustrie. Die Elektroindustrie ist der Ausstellerzahl nach mit 973 Firmen der bedeutendste Industriezweig auf der Messe. Die Maschinenindustrie stellt 835 Aussteller. Mit 354 Firmen ist die Büroindustrie vertreten. Die Schmuck- und Silberwarenhersteller sowie Ausstellergruppen aus dem Kunstgewerbe, Uhren, Glas, Porzellan und Keramik, Küchengeräte, Schneid- und Spielwaren sind ebenfalls stark vertreten.

Der amerikanische Handelsminister Sinclair Weeks wird am 29. April zum Besuch der hannoverschen Messe eintreffen. Der finnische Handelsminister Simonen wird bereits morgen auf der Messe erwartet. 28 Wirtschaftssachverständige kommen aus der Sowjetunion. Sie wollen Import- und Exportmöglichkeiten für die Sowjetunion feststellen. Weitere Delegationen aus dem Ausland sind zu erwarten, darunter auch Einkäufer aus den

Die Messeleitung rechnet in die Jahre mit über einer Million ...uchern und mit über 100 000 aus ...blockstaaten.

Besuchertag wird nicht abgehalten

Berlinpakete billiger

dpa BERLI

Der Verwaltungsrat der Bundes... hat gestern beschlossen, die Pa...gebühren im Postverkehr zwisc... Berlin und der Bundesrepublik zu ...mäßigen. Für diese Gebühren ... vom 1. Mai an die sogenannte ... preußenregelung eingeführt. Da... wird der Gebühr jeweils eine ... fernungszone weniger zugrunde ... legt als bisher im Tarif vorgesehe...

Am 2. Mai Botschafter-Konferenz

Westmächte beantworten Moskaus Oesterreich-Vorschlag

dpa-ap-up LONDON.

Die drei Westmächte haben in gleichlautenden Noten an die Sowjetunion die sowjetische Einladung zu einer Viermächtekonferenz über den Staatsvertrag mit Oesterreich unter der Bedingung angenommen, daß zuvor eine Botschafterkonferenz unter Hinzuziehung Oesterreichs stattfindet. Die Noten wurden gestern in Moskau überreicht. Die Botschafterkonferenz soll am 2. Mai in Wien beginnen.

London, Washington und Paris geben in ihren Noten der Hoffnung Ausdruck, daß zu einem „frühestmöglichen Zeitpunkt" eine Konferenz der Außenminister der vier Mächte stattfinden könne, um den Vertrag zu unterzeichnen. Zuvor sei es allerdings erforderlich, noch „einige vorbereitende Arbeit" zu leisten. Hierbei sollen die Ergebnisse der österreich-sowjetischen Verhandlungen in Moskau geprüft werden. Einzelheiten darüber, welche Punkte die Botschafter behandeln sollen, sind in der Note nicht genannt.

Sozialreform weiter verzögert

ap BONN.

Die Beschlußfassung des Bundeskabinetts über die Sozialreform verzögert sich weiter. Ein Regierungssprecher teilte gestern in Bonn mit, daß das Kabinett voraussichtlich erst im Mai in einer Sondersitzung über die von Bundesarbeitsminister Storch ausgearbeiteten Grundsätze der Reform entscheiden werde. Diese Sondersitzung sollte ursprünglich in dieser Woche stattfinden.

Bonn will nicht auf Karlsruhe warten

hp-pp BONN.

Noch vor dem Zusammentritt der Westeuropäischen Union am 7. Mai wird der Prozeß der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zu den Pariser Verträgen beendet sein. Dies erklärte gestern ein Sprecher der Bundesregierung. Als voraussichtlich letzter Hinterlegungstermin wird der 5. Mai genannt.

Da die Koppelung zwischen den Pariser Verträgen und dem Saarstatut von der Bundesregierung besonders hervorgehoben wird, besteht die Befürchtung, daß die Bundesregierung die Notifizierung des Saarstatuts vor...nehmen wird, bevor Karlsruhe, ... die Verfassungsrechtlichkeit des S... abkommens entschieden hat. In K...sen der Opposition wird hierzu erk... daß ein solches Verfahren nicht ...unzulässig, sondern gegenüber ... Bundesverfassungsgericht auch „un... und unanständig sei".

Das Vorstandsmitglied der ... Heine, erklärte gestern, daß die a... kündigte endgültige Einbeziehung ... Bundesrepublik in den westlichen ...litärmechanismus verhängnisvoll ... müsse. Da noch nicht sicher sei, ... der Terminplan der Westmächte ... gehalten werden könne, wäre es ... Auffassung der Opposition zu ... sch..., daß die NATO-Konferenz ... erst hinausgeschoben würde.

Der Bundeskanzler versuche d... das schnelle Zusammenspiel mit ... Westmächten, vollendete Tatsachen ... schaffen, die der Wiedervereinig... hinderlich im Wege stehen könn... Heine wies besonders darauf hin, ... sich die französische Regierung ... auf eine Notifizierung des Saarabk... nens verlassen könne, ehe nicht ... die Ordnungsmäßigkeit des Abk... mens vom Bundesverfassungsg... entschieden sei.

Nicht beteiligt

ap-up LONDO...

Die Bundesrepublik wird an ... Vorbesprechungen der drei W... mächte für eine etwaige Viermäc... konferenz nicht teilnehmen. Die V... besprechungen sollen am 27 April ... London beginnen.

Kleinwagen zermalmt

dpa-ap-up MÜNCHEN.

Ein schwerer Lastzug zermalmte auf der Autobahn Nürnberg—München in der Nähe von Freising einen Kleinwagen. Drei Personen wurden auf der Stelle getötet. Der Fahrer des Lastkraftwagens gab an, er habe den Kleinwagen nicht gesehen.

Sein Fahrzeug überrollte am Fuße eines Berges den Kleinwagen von hinten zur Hälfte und schleifte ihn dann noch etwa 20 Meter weit mit. Zerquetscht blieb der kleine Personenkraftwagen zwischen den Achsen des Lastkraftwagens hängen.

Sechs H-Bomben genügen

ap OTTAWA

Der gegenwärtig in Kanada weilende Chef der britischen Zivilverteidigung, General Hickman, erklärte, sechs Wasserstoffbomben könnten ausreichen, um die militärische Macht Großbritanniens zu brechen.

Ministerpräsident Nehru warnt: Krieg steht vor der Tür

Erhitzte Worte in Bandung / Kolonialgebiete sollen aufgegeben werden

dpa-ap-up BANDUNG.

„Der Krieg steht vor der Tür", rief der indische Ministerpräsident Nehru gestern den Chefdelegierten der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung in einer leidenschaftlichen Rede zu. Er appellierte an die Großmächte, die Herstellung von Atom- und Wasserstoffwaffen zu verbieten und die Bestände dieser Waffen zu vernichten.

Nehru erklärte, der einzige Ausweg, um den drohenden Krieg zu verhindern, sei die Verringerung der Spannungen in der Welt durch die friedliche Koexistenz. Der indische Staatsmann hatte sich vorher kritisch zum Wort gemeldet, nachdem der türkische Chefdelegierte den Nordatlantikpakt verteidigt und erklärt hatte, sein Land stehe der Koexistenz skeptisch gegenüber. Indem er auf die türkischen Ansichten einging, sagte Nehru: „Diese Politik führt zum Krieg, weil zwei Weltblöcke miteinander wettrüsten." In Konferenzkreisen wurde erklärt, Nehru habe in einem ungewöhnlich erhitzten Ton gesprochen.

Den asiatisch-afrikanischen Staaten, sagte Nehru vor, an die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zu appellieren, die Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben aufzugeben.

Der chinesische Ministerpräsident Tschou En Lai verlangte von den Kolonialmächten eine Garantie, daß sie ihre Kolonialgebiete innerhalb von 15 Jahren verlassen. Ein entsprechender Entschließungsentwurf soll von einem Unterausschuß vorbereitet werden.

Die Konferenz der 29 asiatisch-afrikanischen Staaten in Bandung wird voraussichtlich am Wochenende mit der Annahme einer Reihe von Entschließungen beendet.

Abbildung 10: GÖTTINGER PRESSE, 23. April 1955, S. 1: „Der Kirchenvertrag ist bindendes Recht"

Nach der Wahl nahm die Berichterstattung bei beiden Zeitungen beständig ab und endete mit der Bekanntgabe der neuen Regierungsbildung.

Auch die Platzierung eines Artikels kann Aufschluss darüber geben, wie wichtig einer Zeitung ein bestimmtes Thema ist. Befinden sich die Artikel auf den ersten Seiten, räumt die jeweilige Zeitung dem Thema große Bedeutung ein. Besonders Artikel auf der Titelseite werden vom Leser wahrgenommen:

> „Die Wahl einer bestimmten Darstellungsform für die Behandlung eines Themas bedeutet meistens auch eine Entscheidung über die Dringlichkeit des Erscheinens und über die Platzierung in der Zeitung oder in der Sendefolge. Beim Einmaleins der Genres geht es also darum, welche Inhalte in welcher Form, mit welcher Dringlichkeit (Aktualität), in welchem Umfang und welcher Platzierung dem Leser, Hörer, Zuschauer angeboten."[136]

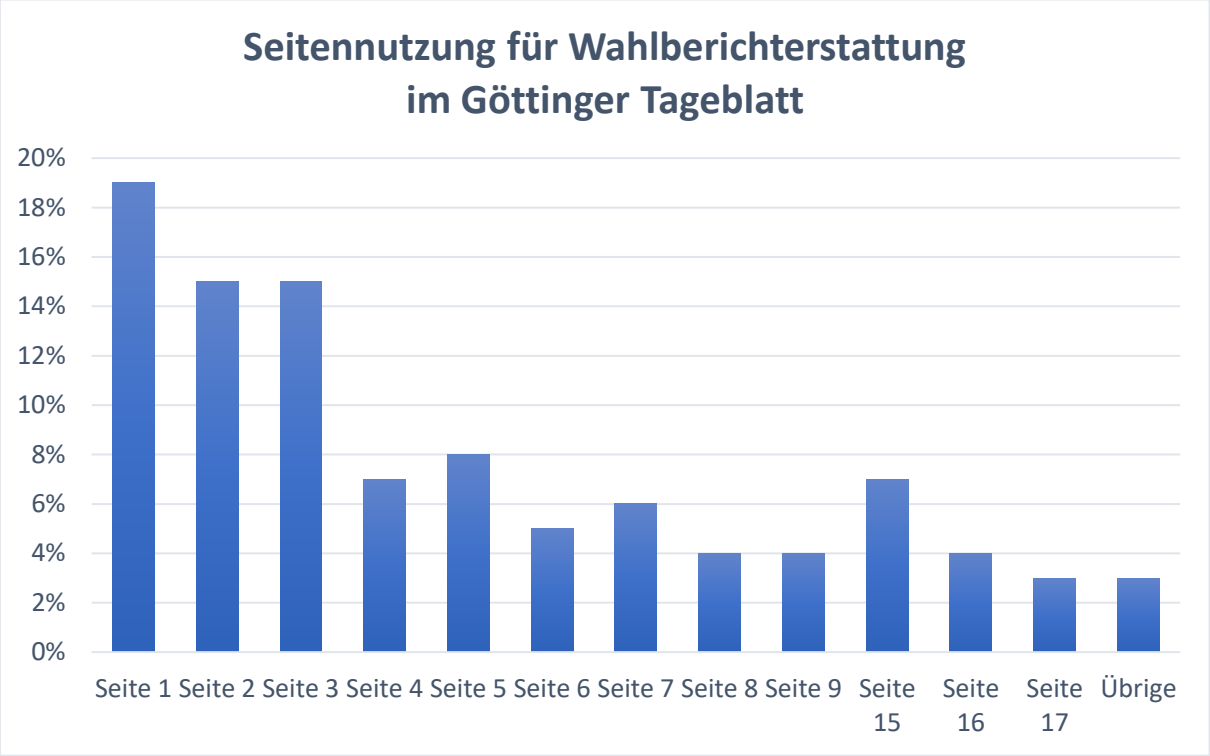


Abbildung 11: Prozentualer Anteil der verwendeten Seiten für die Wahlberichterstattung im GÖTTINGER TAGEBLATT im Niedersächsischen Landtagswahlkampf 1955

Es wird deutlich, dass das GT dem Thema Landtagswahl 1955 große Bedeutung zuerkannte. Neunzehn Prozent der Artikel zum Thema befanden sich auf der wichtigen Titelseite, wobei diese überwiegend in der Berichterstattung nach der Wahl herangezogen wurde. Insgesamt 64 Prozent der Artikel wurden auf die Seiten eins bis fünf platziert.

Auf der zweiten Seite der Zeitung wurde im Nachrichtenstil vom Wahlkampf berichtet, vereinzelt fanden sich zudem Kommentare, vor allem in den letzten zwei Tagen vor der Wahl. Die wichtigste Seite in der Wahlkampfberichterstattung des GT war jedoch die *Seite drei*. Hier richtete die Zeitung dem Landtagswahlkampf eine feste Sparte ein, die sie stets durch dieselbe Überschrift kennzeichnete: „Niedersachsen wählt am 24.4. einen besseren Landtag“.

Bundesminister Jakob Kaiser in Göttingen:

„Toleranz ist notwendig . . ."

. . . damit es auch in der Schulfrage in unserem Land zu einem guten Klange kommt" — Wahlkundgebung der CDU

GT Göttingen, den 22. April

Zum Abschluß des Wahlkampfes in Niedersachsen sprach am Donnerstagabend im vollbesetzten „Stadtpark" zu Göttingen der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, über „Zehn Jahre CDU". Die Versammlung, an die sich eine lebhafte Aussprache anschloß, die von Dr. Peter von Oertzen, dem Kandidaten der SPD für den Stadtkreis Göttingen, eingeleitet worden war, verlief bei großer Lebendigkeit weitgehend harmonisch.

Jakob Kaiser erwähnte eingangs scherzhaft eine Erinnerung an Göttingen, wo er von der Gestapo auf dem Transport nach Düsseldorf im Jahre 1938 mehrere Tage „einquartiert" worden war. Angesichts der Nähe der Zonengrenze sei es gerade hier eine Aufgabe der Parteien, daß sie nicht zuviel Pulver gegeneinander verschössen. Nach der Verabschiedung der Pariser Verträge sei die europäische Politik unstreitig in bewegteres Fahrwasser geraten. Umso mehr sei an die Tatsache zu erinnern, daß man mit Illusionen nun einmal nicht Politik machen könne. „Österreich ist kein sogenannter Modellfall. Ich bin der Auffassung, man sollte mit solchen Hinweisen vorsichtig sein. Aber Österreich darf uns ein Beispiel dafür sein, wie in der Sorge um die Existenz des Staates alle zusammenstehen müssen. In Österreich arbeiten die beiden großen Parteien seit Jahren vorbildlich zusammen", betonte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen unter lebhafter Zustimmung der Versammlung.

Zu viel Wählerei

„Die Länder hängen vom Schicksal Gesamtdeutschlands ab". So erklärt sich auch das Eingreifen der Bonner Verantwortlichen von Regierung und Opposition in den Wahlkampf um die niedersächsische Landtagswahl. „Wir treiben es freilich mit der Wählerei etwas zu lebhaft und zu weit", meinte Jakob Kaiser, und regte (wie neulich Dr. Mende von der FDP) an, die Landtagswahlen der Bundesrepublik auf einen oder zwei Termine zusammenzulegen.

Bei aller Bejahung des Föderalismus sei nicht zu verkennen, daß die heutigen Bundesländer auf die Alliierten zurückgingen. „So entstand auch Niedersachsen, ohne daß das Volk groß gefragt wurde. Der Sinn dieses schmerzlichen Nachkriegsschicksals kann nach meiner Erkenntnis nur sein, daß sich dieses deutsche Volk enger zusammenschließt", rief der Minister aus. Die Länder hätten unstreitig auch gewisse Verdienste, und auch Niedersachsen habe unter Kopf in treuer Solidarität vieles für die Flüchtlinge und Vertriebenen getan.

Zusammenhalt der Konfessionen

Auf die Entstehung der CDU eingehend, die Jakob Kaiser in den Jahren 1945 bis 1947 in Berlin geführt hat, betonte er die Bedeutung gerade seiner Partei für die Deutschen in der Zone, weil in der CDU die bewußten Christen beider Konfessionen zusammengeschlossen seien. In der Berliner CDU gebe es noch heute keine Dissonanzen. „Dort fragt man nicht, ist der Mann katholisch oder ist er evangelisch?" (Lebhafter Beifall.) „Dieser Zusammenhalt muß nicht nur erhalten werden, er muß gestärkt werden, er muß wachsen!"

Keine Verherrlichung des 19. Jahrhunderts

Jakob Kaiser betonte die Notwendigkeit einer Arbeiter- und einer Gewerkschaftsbewegung angesichts des übersteigerten Liberalismus des 19. Jahrhunderts. So sei auch das Mitspracherecht der Arbeiterschaft anzuerkennen. In der Frage der Wiedervereinigung müßten sich die wesentlichen Parteien zusammenfinden (nur SPD hin gesagt). Nur einer Volkspartei im wahren Sinne des Wortes gehöre die Zukunft. Kritik an der sozialpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik sei nicht ganz unberechtigt. „Die Sozialreform als Ganzes muß und wird kommen", unterstrich der Minister. „Aber echte Sozialreform setzt eine innere Gesinnungsreform voraus" — das sei die Meinung der Christlichen Demokraten.

Im Anschluß an die Ausspache faßte Jakob Kaiser seine Auffassung zum Schulstreit dahin zusammen: „Toleranz ist notwendig, damit es auch in dieser Frage in unserem Land zu einem guten Klange kommt."

Ein Staatskleid

Ihnen wie auf den Leib geschnitten, Frau Germania, — und so neutral im Dessäng . . .!

FDP für klare Rechtskoalition in Niedersachsen

GT Northeim, 23. April

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Freien Demokraten Niedersachsens, Moll, Hedergott, gab am Freitag in Northeim eine wichtige Erklärung zur bevorstehenden Landtagswahl ab. Er unterstrich die unbedingte Notwendigkeit der Ablösung der derzeitigen SPD - BHE - Regierung. Zum künftigen Kurs der FDP erklärte er, daß für seine Partei ein Zusammengehen mit der SPD nach dem 24. April auf keinen Fall in Frage komme. Hedergott befürworte eine Regierungskoalition von FDP, DP und CDU, wobei die FDP voraussetzt, daß das kürzlich verabschiedete Schulgesetz unverändert beibehalten wird. Er sprach ferner die Hoffnung aus, daß auch die übrigen großen niedersächsischen Oppositionsparteien alles etwaigen Versuchen der SPD, mit einzelnen von ihnen zusammen mit der SPD eine neue Regierung zu bilden, eine klare und eindeutige Absage erteilen.

Die FDP würde in einer zukünftigen niedersächsischen Landesregierung alles tun, um über den Bundesrat und auf anderen geeigneten Wegen dafür zu sorgen, daß die Initiative in der Frage der Wiedervereinigung, nachdem durch Österreich die Entwicklung in Fluß gekommen ist, von der Bundesrepublik ergriffen wird.

Ausschluß der Saarvertragskläger aus dem BHE?

rb Kiel, 22. April

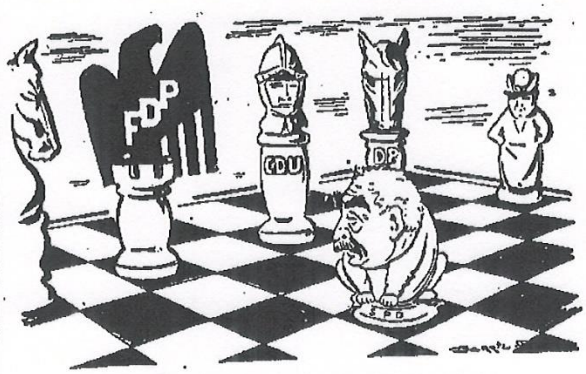
Es scheint, als ob der interne BHE-Zwist vor seiner endgültigen Klärung steht. Der in die Schlichtungskommission delegierte BHE-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Landesminister Asbach, äußerte sich in Kiel zuversichtlich. Er meinte: „der schleswig-holsteinische Standpunkt wird sich durchsetzen". Der BHE Schleswig-Holstein hatte den Parteiausschluß aller Politiker seiner Partei gefordert, die ihre Unterschrift zur Verfassungsklage gegen das Saarstatut gegeben und nicht zurückgezogen haben.

Berlin-Pakete billiger

dpa Berlin, 22. April

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost hat am Freitag beschlossen, die Paketgebühren im Postverkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik zu ermäßigen. Vom 1. Mai an wird die sogenannte Ostpreußenregelung eingeführt, wie sie im Fernsprechverkehr bereits seit einem halben Jahr besteht. Nach der neuen Regelung wird der Gebühr jeweils eine Entfernungszone weniger zugrunde gelegt, als der tatsächlichen Entfernung entspricht.

Niedersachsen wählt am 24. April einen besseren Landtag



Zur Zusammenarbeit bereit

Antwort auf Wählerfragen — Von Dr. Klaus Eickstedt, Landtagskandidat der CDU im Wahlkreis Göttingen-Stadt

SEIT ich aus der beruflichen Sphäre meiner Arbeit als Verwaltungsdirektor eines Krankenhauses und der praktischen Sozialarbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland auf Wunsch meiner Parteifreunde herausgetreten bin, um für den Niedersächsischen Landtag zu kandidieren, sind aus Wählerkreisen Fragen an mich gerichtet worden, deren Beantwortung mir am Herzen lieg:

Zur Bundes- und Landespolitik

Die CDU kämpft um die Beseitigung der SPD-Herrschaft in Niedersachsen.

Die CDU fordert eine Landesregierung, die sich hinter die Politik der Bundesregierung stellt und nicht im Bundesrat zu allen wichtigen Vorlagen und Entscheidungen „Nein" sagt. Das „Nein" hat sich bisher immer als falsch erwiesen, mag es sich um Außen- oder Innenpolitik, um Wirtschafts- oder Sozialpolitik gehandelt haben.

Wie denkt sich die CDU

zur Erreichung dieses Zieles die Zusammenarbeit mit anderen Parteien?

Die CDU ist selbstverständlich bereit, mit allen Parteien, die den gleichen Zielen dienen, zusammenzuarbeiten. Wir sind allerdings der Meinung, daß wenige große Parteien eine konstante Politik eher gewährleisten als eine Vielzahl kleiner und Splitterparteien.

Wir bedauern sehr, daß der BHE, im Gegensatz zur Haltung dieser Partei in Bonn, im Niedersächsischen Landtag Seite an Seite mit der SPD marschiert.

Wie stellt sich die CDU zu der bisherigen Personalpolitik der Landesregierung?

Wir lehnen es ab, die Landesregierung deshalb zu diffamieren, weil vielfach Mißgriffe in der Personalbesetzung vorgekommen sind.

Auf Deine Stimme kommt es an!

Wir müssen aber grundsätzlich fordern, endlich mit dem Grundübel aufzuräumen, daß für die Besetzung von Ämtern in Staat und Verwaltung das Parteibuch eine Rolle spielt und nicht ausschließlich charakterliche Eignung, Sach- und Fachkunde.

Es ist unmöglich,

ein sauberes Berufsbeamtentum zu schaffen und zu erhalten, wenn Beamtenstellen nach der Parteizugehörigkeit der jeweils herrschenden Partei besetzt werden. Bekannte Verwaltungsbeamte, unter ihnen Regierungspräsident a.D. Koch, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Freiherr v. Hodenberg und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Niedersachsen, Oberverwaltungsrat Schmidt, haben aus dieser Lage die Konsequenz gezogen. Sie kandidieren für die CDU.

Warum kritisiert die CDU

die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Landesregierung?

Die CDU sieht in der Beteiligung des Landes Niedersachsen an Wirtschaftsunternehmen eine Vorstufe der Sozialisierung der Privatwirtschaft auf kaltem Wege und eine Förderung des Staatskapitalismus. Solche Investierungen bedeuten eine Fehlleitung von Steuergeldern, die umso weniger verantwortet werden kann, als sie — wie bei der NTG — zu Millionenverlusten des Landes führen.

Die CDU ist der Meinung, daß der wirtschaftliche Aufschwung, den auch das Land Niedersachsen mitgemacht hat, — entgegen der Behauptung des Ministerpräsidenten Kopf — nicht wesentlich das Verdienst der SPD/BHE-Landesregierung ist; sondern eine Folge der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der von ihr dem Land zugewiesenen Mittel, deren Anteil weitaus größer ist als der, den das Land selbst aufgebracht hat. Die CDU fordert daher, daß die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, wie sie Bundeswirtschaftsminister Erhard proklamiert hat, auch in Niedersachsen von der Regierung angewendet werden. Wir sehen darin auch die beste Gewähr, einen gesunden Mittelstand zu erhalten, den wir als Fundament des Staates schützen müssen.

Konfessioneller Keil?

Der Versuch, in die CDU als politische Gemeinschaft der beiden christlichen Konfessionen einen Keil zu treiben, ist nichts als ein durchsichtiges Wahlmanöver unserer Gegner. In echter Toleranz achtet innerhalb der CDU eine jede Konfession Standpunkt und Lehre der anderen.

Wenn in schwerer Zeit, als die Kirchen beider Konfessionen sich gegen die Übergriffe des totalen Staates wehren wußten, eine brüderliche Kampffront entstand, so lassen wir uns diesen Fortschritt, der zur tragenden Idee der CDU geworden ist, nicht durch Schlagworte, wie „klerikale Machtansprüche" oder dergleichen Schlagworte, die aus dem Arsenal des alten Liberalismus stammen, rauben.

Zusammenfassend ist aber zu allen gestellten Fragen zu erklären: Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ist das vordringlichste Ziel jeder politischen Betätigung und die Sehnsucht aller Deutschen.

In der Politik der Bundesregierung sehen wir im Gegensatz zur Opposition gerade jetzt die Erreichung dieses Zieles herantreten.

Ergebnisse der letzten Wahlen

Von den gültigen Stimmen, die bei den Landtagswahlen 1947 und 1951 und bei der Bundestagswahl 1953 abgegeben worden sind, sind entfallen (in v. H.):

auf die Parteien	1947	1951	1953
SPD	43,4	33,7	30
BHE	—	14,5	10,8
CDU	19,9	—	35
DP	17,9	—	11,9
DP-CDU/Niederdeutsche Union	—	23,8	—
FDP	8,8	8,4	8,9
Zentrum	4,1	3,3	—
Deutsche Reichs-Partei (DRP)	—	2,2	3,4
KPD	6,6	1,8	1,1
Deutsche Rechts-Partei	0,3	—	—
Deutsche Soziale Partei	—	0,8	—
SRP	—	11,0	—
GVP	—	—	0,6

WÄHLERINNEN UND WÄHLER!

Euer demokratisches Recht ist es, durch die Abgabe Eurer Stimme auf die Geschicke Niedersachsens Einfluß zu nehmen

Entwertet nicht Eure Stimme durch die Abgabe für eine der Splitterparteien, die nur entstehen konnten, weil SPD und BHE die Einfügung jeglicher Sperrklausel im Wahlgesetz verhindert haben. Diese kleinen und kleinsten Parteien haben keine Aussicht, im Landtag vertreten zu sein.

Eure Stimme gehört einer der drei Parteien, die in der Lage sind, durch eine neue Regierung das SPD-Regime abzulösen, wenn jeder von Euch am 24. April ausnahmslos seine Wahlpflicht erfüllt.

Christlich-Demokratische Union / Deutsche Partei / Freie Demokratische Partei

Abbildung 12: GÖTTINGER TAGEBLATT, 23. April 1955, S. 3: „Niedersachsen wählt am 24. April einen besseren Landtag"

Aus heutiger publizistischer Sicht ungewöhnlich sind zahlreiche Kästchen, die über die Titelseiten des GT verteilt waren. Diese befanden sich häufig innerhalb von Artikeln, die keinen Zusammenhang mit der Wahl aufzeigten. In ihnen standen unmissverständliche Aufrufe des GT an die Wähler. Appelle wie „Neue Köpfe in die Landesregierung!“ oder „Niedersachsen wählt am 24. April einen besseren Landtag!“ machen mehr als deutlich, für welche Seite sich das GT stark machte: *Die SPD-geführte Landesregierung sollte ihre Mehrheit im Landtag verlieren.*

Auch in der GP[137] waren 69 Prozent der Artikel auf den ersten fünf Seiten untergebracht:

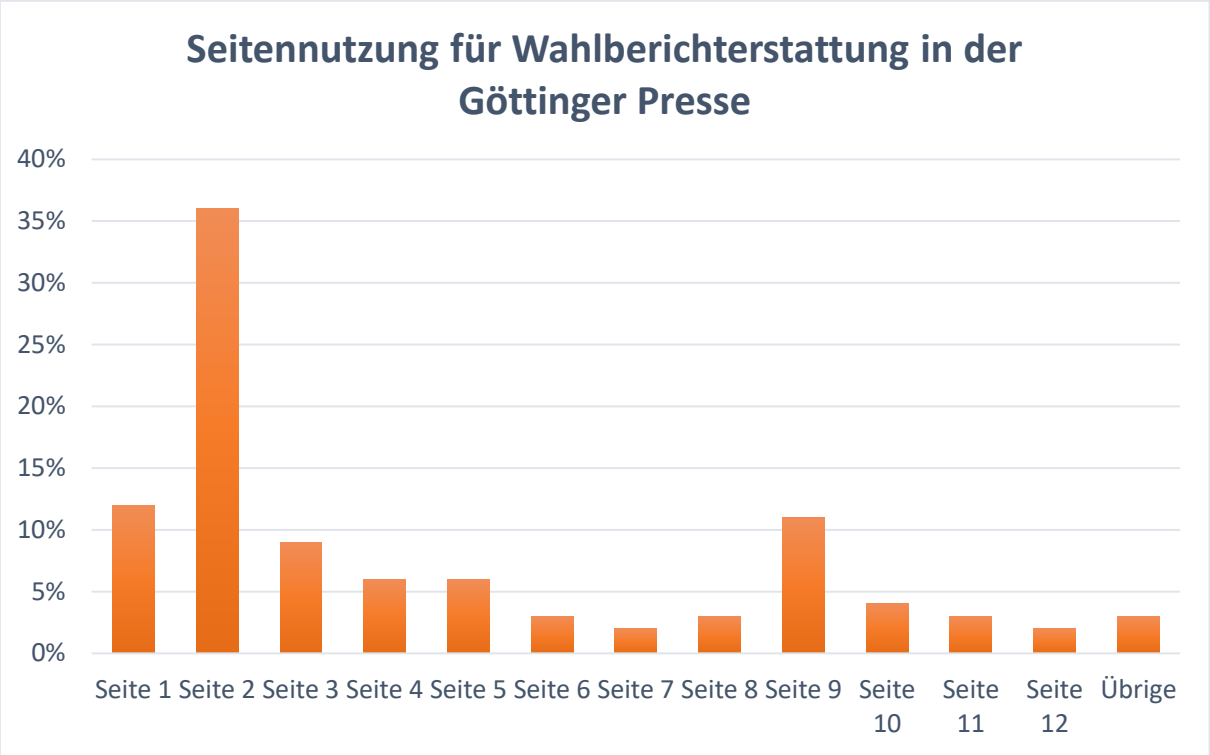


Abbildung 13: Prozentualer Anteil der verwendeten Seiten für die Wahlberichterstattung in der GÖTTINGER PRESSE im Niedersächsischen Landtagswahlkampf 1955

Die Seite zwei war eindeutig für die Berichterstattung über die Landtagswahl reserviert: Sie hatte die Ressortüberschrift *Bericht und Kommentar* und umfasste Nachrichten, Berichte und Hintergrundinformationen, aber auch Kommentare und abgedruckte Leserbriefe der Landtagskandidaten. Lokale Themen befanden sich nie auf der Titelseite. Durch ihre Eigenschaft als *Heimatblatt* war es dem GT möglich, lokale Themen aus Göttingen schon auf den ersten Seiten zu platzieren, während bei der GP hauptsächlich landespolitische Themen zu finden waren und die lokalen Ereignisse auf die Regionalteile hinten im Blatt platziert werden mussten. Bei lokalpolitisch interessierten Lesern bedeutete dieser Umstand einen

klaren Wettbewerbsvorteil für das GT. Die damalige Zeitungstechnik ließ eine Veränderung der als Matern angelieferten Mantelseiten nicht zu.

Die Seite neun der GP wurde mit der Rubrik: *Göttingen und Südhannover* besetzt und beinhaltete im Sinne des Wahlkampfes vor allem Artikel, die sich mit den Göttinger Kandidaten für die Landtagswahl auseinandersetzten.

Welche Wirkung die Gewichtung und Reihenfolge des Themas Wahlkampf auf die Leser hatte, kann durch das sogenannte *agenda-setting* Modell erklärt werden. Dieses aus den Medienwissenschaften stammende Modell von McCombs und Shaw besagt, dass Zeitungen mit ihrer eigenen Themengewichtung vorgeben, über welche Themen in der Gesellschaft überhaupt und vornehmlich gesprochen wird.[138] Des Weiteren kann eine Zeitung durch Darstellungsformen entscheidenden Einfluss auf ihre Leser nehmen. Unter journalistischen Darstellungsformen versteht man die Art, „in der ein zur Veröffentlichung in den Massenmedien bestimmter Stoff gestaltet wird“[139]. Die unterschiedlichen Formen lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Tatsachenbetonte (referierende) Formen: Nachricht (z.B. als Bericht oder Meldung);
2. Meinungsbetonte Formen: Politisch urteilende Leitartikel, Kommentar, Glosse, usw.;
3. Phantasiebetonte Formen: Zeitungsroman, Kurzgeschichte, Feuilleton usw.[140]

Die Grenzen zwischen den Darstellungsformen sind fließend, trotzdem gilt die journalistische Regel, dass die Nachricht strikt vom Kommentar getrennt werden muss. Diese Regel ist ein „Gradmesser für die Redlichkeit des Journalismus: ‚Facts are sacred, comment ist free.‘“[141]

Es hängt von den politischen Bedingungen, technischen Zwängen, Erwartungen des Publikums, aber auch Rollenverständnis der Journalisten ab, ob Zeitungen eher berichten oder eher kommentieren.[142] Charakteristisch für meinungsbetonte Darstellungsformen ist die Kennzeichnung des Artikels mit dem Namen oder zumindest dem Kürzel des Verfassers. Die Nachricht dagegen bezieht sich meist auf Nachrichtenagenturen. In der weiteren Analyse wurde untersucht, welche Darstellungsformen die beiden Göttinger Zeitungen verwendeten.

Dabei konnte festgestellt werden, dass in der Wahlkampfberichterstattung 1955 Meinungen und Nachrichten vermischt wurden. Zu erkennen war diese Vermischung unter anderem durch die Angabe einer Nachrichtenagentur einerseits, was Objektivität suggerierte, andererseits durch die Kommentierung innerhalb der Meldung.

Die folgenden Artikel geben einen Eindruck von dieser Vermischung:

Niedersachsen wählt am 24. April einen besseren Landtag

Was tat die Bundesregierung für Niedersachsen?

Neun Milliarden DM vom Bund

nsp Hannover, 14. April

Ganz erheblich sind die Bundesmittel, die der Wirtschaft des Landes Niedersachsen zur Verfügung gestellt wurden oder ihr unmittelbar zuflossen. Aus dem Haushalt der Bundesregierung und von den Sondervermögensträgern wurden Niedersachsen u.a. folgende Gelder zugewiesen:

Soziale Leistungen (Kriegsfolgehilfe, Umsiedlung und Auswanderung, Versorgung der 131er, Kriegsopferversorgung, Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung, 1951 bis 1953)	DM 3 450 000 000.—
Subventionen und Vorratshaltung (1951 bis 1954)	DM 149 000 000.—
Förderung der Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Siedlung, Landeskultur im Küstengebiet, des Fremdenverkehrs, des Schiffsbaues, für Straßenbahn und Brückenbau, für den Emslandplan, für Handwerk und Industrie in Notstandsgebieten, für Grenzlandhilfe usw.	DM 431 000 000.—
Für Soforthilfe und Lastenausgleich	DM 2 500 000 000.—
Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung	DM 117 000 000.—
Schwerpunktprogramm für Arbeitsbeschaffung	DM 109 000 000.—
Zuteilung von Krediten an Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Bergbau	DM 448 000 000.—
Ausgleichszuschuß für Kriegsfolge- und Sozialaufwendungen	DM 66 000 000.—
Finanzausgleichsbeträge	DM 186 000 000.—
Investitionshilfe für die gewerbliche Wirtschaft	DM 70 000 000.—
Besatzungskosten (bis 1953)	DM 1 426 000 000.—

Ohne die Mittel für den sozialen Wohnungsbau, die fast eine Milliarde DM betragen, und größtenteils ohne die im Jahr 1954 an Niedersachsen gezahlten Beträge hat die Bundesregierung dem Lande Niedersachsen, seiner schaffenden Bevölkerung und seinen Kriegsopfern rund neun Milliarden DM zugewendet. Allerdings machte die Landesregierung davon bisher keinerlei Aufhebens. Sie begnügte sich damit, den Eindruck zu erwecken, als ob der Wirtschaftsaufschwung des Landes ihr ureigenstes Verdienst und durchaus nicht das der Bundesregierung sei. Im übrigen machte die niedersächsische Regierung der Bundesregierung Schwierigkeiten, wo sie nur konnte, und bezichtigte sie immer wieder, sie täte nichts für die Wirtschaft, nichts für die Kriegsopfer, nichts für die Vertriebenen und anderen Notleidenden.

Abbildung 14: GÖTTINGER TAGEBLATT, 15. April 1955, S. 3: „Neun Milliarden DM vom Bund“

Koalitionsverhandlungen gehen weiter

hp HANNOVER.

Die Verhandlungen über eine Regierungsbildung in Niedersachsen wurden gestern fortgeführt. Die Verhandlungsbevollmächtigten des BHE hatten zuerst eine Unterredung mit Ministerpräsident Kopf und Vertretern der SPD und später mit den Vertretern der drei Parteien CDU, DP und FDP. Wie verlautet, hat sich der BHE noch nicht festgelegt, sondern in der nächsten Woche eine neue Unterredung mit der SPD vereinbart.

Innerhalb des BHE sollen starke Strömungen gegen eine Koalition unter Hellwege bestehen, obwohl angeblich der BHE-Landesvorsitzende von Kessel einer solchen Regierung zuneigt.

CDU, FDP und DP sollen bereit sein, für eine Regierung nach Bonner Muster jeden Preis zu zahlen. Die Forderungen des BHE auf drei Ministerien und einen Staatssekretär sollen nicht mehr auf Ablehnung stoßen. Das würde bedeuten, daß bei einem Kabinett Hellwege die Zahl der Ministerien von neun auf mindestens elf erhöht werden müßte.

Im Anschluß an die Besprechungen zwischen dem BHE und der CDU, DP und FDP wurde in einem Kommuniqué erklärt, daß die „Bemühungen" des Bundesministers Hellwege um eine Regierungsbildung „gute Fortschritte" gemacht hätten. Die Verhandlungen würden fortgesetzt.

Abbildung 15: GÖTTINGER PRESSE, 7. Mai 1955, S. 1: „Koalitionsverhandlungen gehen weiter"

Vergleicht man beide Artikel, ist zu erkennen, dass das GT die Vermischung von Meinung und Nachricht sehr offensichtlich betrieb, während die GP die Vermischung zurückhaltender handhabte.

Im Artikel aus der GP wurde als Herkunft hp, also HANNOVERSCHE PRESSE, die Mantelzeitung der GP, und Hannover genannt, während die übrigen Artikel der Titelseite von der dpa, ap, up oder pp stammten. Bei den Artikeln mit dem Kürzel hp handelte es sich also nicht um Nachrichtenmeldungen einer Agentur, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte, sondern um Eigenberichte der HP.

Die Meldung begann zunächst mit dem Bericht über die Fortführung von Verhandlungen, bereits im dritten Absatz wurden diese jedoch kommentiert: „CDU, FDP und DP sollen bereit

sein, für eine Regierung nach Bonner Muster jeden Preis zu zahlen“. Entgegen der üblichen Praxis bei Kommentaren fehlt die Namensangabe des Verfassers.

Im Artikel des GT dagegen wurde als Agentur die nsp Hannover angegeben, es folgten Zahlen der Ausgaben der Bundesregierung für das Land Niedersachsen, die auf den ersten Blick objektiv wirkten. Danach wurden die Daten jedoch meinungsbetont interpretiert, gefolgt von dem Vorwurf, die Landesregierung habe der Bundesregierung „Schwierigkeiten“ bereitet, „wo sie nur konnte“. Auch hier wurde der Verfasser nicht genannt und der Artikel nicht als Kommentar gekennzeichnet.

Die folgenden Grafiken verdeutlichen, welcher Darstellungsformen sich die Zeitungen im Zuge ihrer Berichterstattung über den Wahlkampf bedienten:

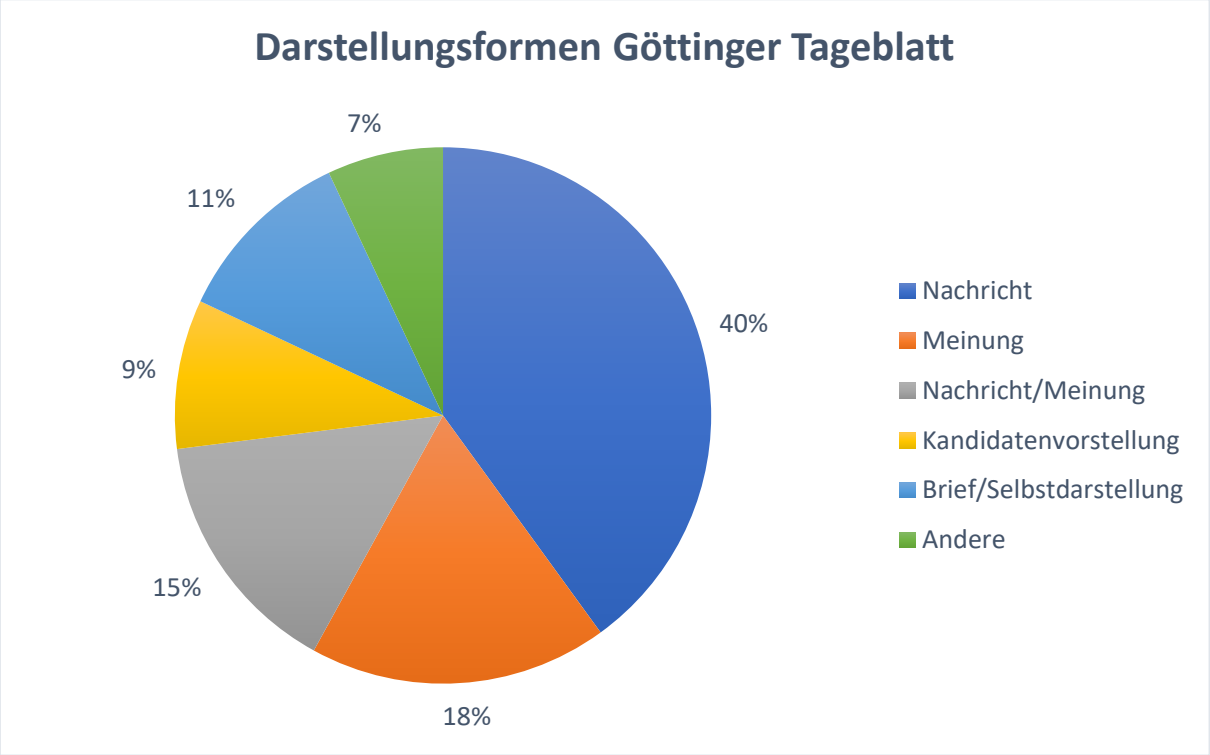


Abbildung 16: Journalistische Darstellungsformen im GÖTTINGER TAGEBLATT im Niedersächsischen Landtagswahlkampf 1955

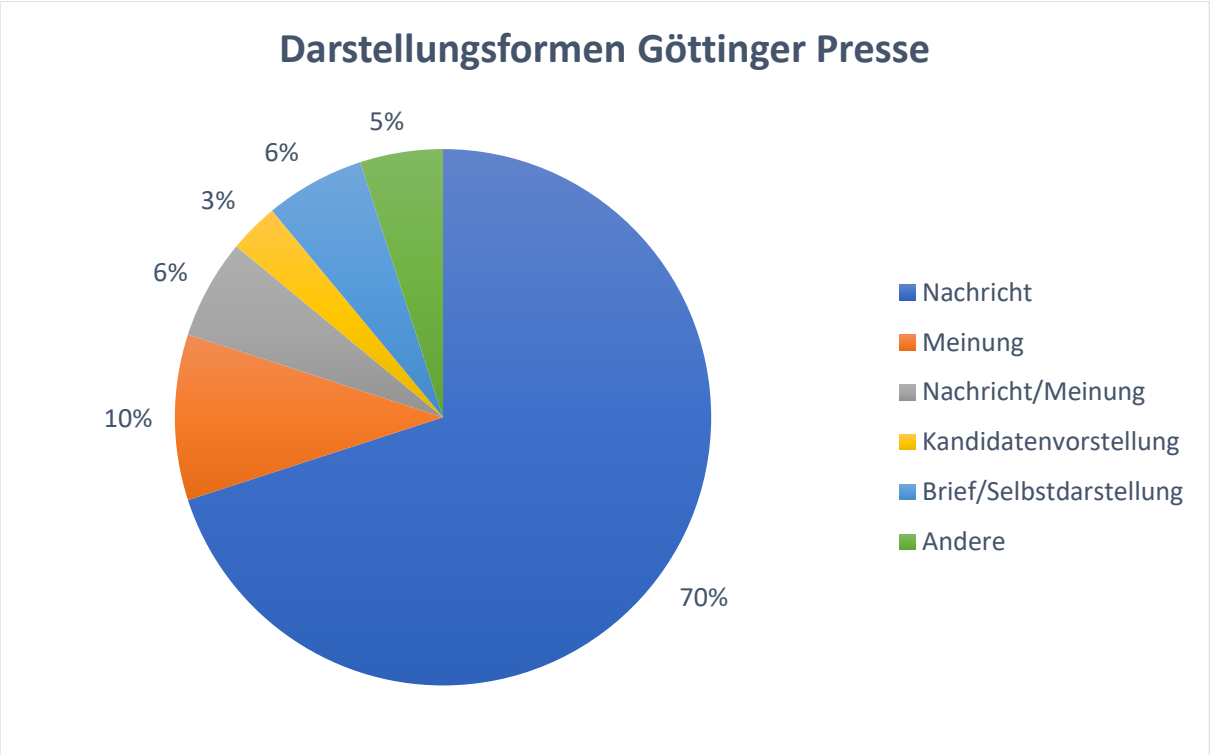


Abbildung 17: Journalistische Darstellungsformen in der GÖTTINGER PRESSE im Niedersächsischen Landtagswahlkampf 1955

Auf den ersten Blick wird augenscheinlich, dass die GP wesentlich häufiger die Form der reinen Nachricht verwendete als das GT. Der Unterschied macht 30 Prozent aus. Dagegen setzte das GT häufiger meinungsbetonte Formen wie den Kommentar oder die Vermischung von Meinung und Nachricht ein. Fasst man alle Artikel zusammen, die Meinung beinhalteten, also auch abgedruckte Leserbriefe und Selbstdarstellungen der Kandidaten, verwendete das GT zu 44 Prozent diese meinungsbetonten Formen, während die GP die Hälfte davon, also 22 Prozent erreichte.

Dieses Ergebnis überrascht, da man durch die Eigentumsverhältnisse der GP (SPD) eher annehmen könnte, diese würde gerade im Wahlkampf ihre Meinung nach außen tragen. Tatsächlich war dies auch der Fall, jedoch in einer subtileren Art als beim GT. Das Vorgehen erinnerte hier mehr an das Konzept des sogenannten *gate-keeping*, das in der modernen Massenkommunikationsforschung von *Kurt Lewin* 1943 im Rahmen von Kleingruppenuntersuchungen erforscht wurde.[143]

Beim *gate-keeping* wird davon ausgegangen, dass Journalisten eine Art *Pförtner-Funktion* übernehmen und bewusst oder unbewusst nur bestimmte Themen für ihre Zeitung zu- und somit *durchs Tor lassen*, andere dagegen aussieben. Zudem spielen auch andere exogene

Faktoren bei der Nachrichten- und Themenauswahl eine Rolle. Hierzu können politische und rechtliche Faktoren gehören, aber auch Zensurvorschriften und/oder ökonomische Bedingungen oder Beschränkungen, z.B. durch Subventionierungen.[144] Bei der GP wurde auffällig oft und ausschließlich von Themen berichtet, die die SPD-Landesregierung in ein positives Bild rückten. Gegenpositionen wurden meist gar nicht abgedruckt oder ironisch/polemisch kommentiert. Von ausgeglichenem Journalismus konnte man hier nicht sprechen.

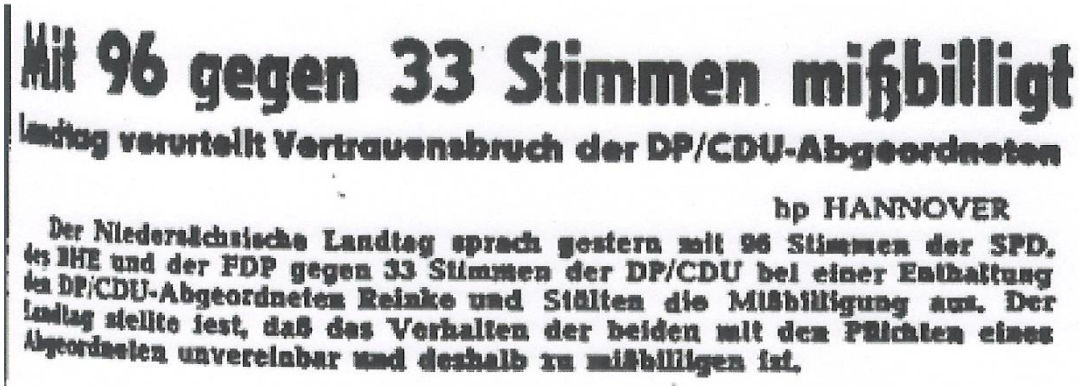
Auch das GT traf eine einseitige Nachrichtenauswahl, rückte im Gegensatz zur GP die Landesregierung ins schlechte, die Bundesregierung, vor allem Adenauer, in außerordentlich gutes Licht. Beim GT wurde zudem deutlich, dass selbst bei den objektiveren Nachrichtenformen auch Meinungen wiedergegeben wurden. Durch Zitieren einer dritten Person fällt ein Bericht unter die Darstellungsform *Nachricht*, beinhaltete jedoch auch eine Wertung. Es muss jedoch festgehalten werden, dass sich das GT dieses Mittels vor allem unmittelbar vor und nach der Wahl bediente, danach ging die Zeitung wieder zu vermehrt objektiveren Darstellungsformen über.

Folglich lässt sich zusammenfassen, dass sowohl die GP als auch das GT im Landtagswahlkampf eindeutig meinungsbetonte Zeitungen waren, von Überparteilichkeit konnte weder bei der einen noch bei der anderen Zeitung gesprochen werden.

Das GT griff häufiger zum Mittel der Vermischung von Meinung und Nachricht, da es durchaus auch politische und wirtschaftliche Interessen verfolgte. Diese konnte es als selbsternannte unabhängige Zeitung jedoch nicht so eindeutig vertreten wie die GP als bekannte SPD-nahe Zeitung. Deshalb griffen die Redakteure des GT zu vermeintlich unauffälligeren Mitteln – eben der Vermischung von Meinung und Nachricht.

Mit Hilfe der Untersuchung der Artikelüberschriften, den sogenannten *Schlagzeilen*, kann festgestellt werden, in welchem Umfang beide Zeitungen versucht haben, ihre Leser zur emotionalisieren. Generell gilt: Je länger eine Überschrift ist, umso sachlicher kann sie über Thema und Personen informieren. Kurze Schlagzeilen dagegen beinhalten meist einen kurzen Ausruf, der bereits kommentierend wirken kann. Zudem gilt, dass je größer der Schriftgrad der Schlagzeile ist, desto weniger Wörter fasst sie, sie emotionalisiert dadurch noch stärker.[145]

Besonders Boulevardzeitungen bedienen sich dieser Emotionalisierung durch Verknappung und Schriftgröße. Im Untersuchungszeitraum bedienten sich auch die Göttinger Zeitungen dieser Methode. Einige Beispiele bei der GP:



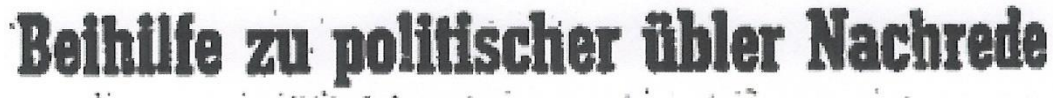
Mit 96 gegen 33 Stimmen mißbilligt

Landtag verurteilt Vertrauensbruch der DP/CDU-Abgeordneten

hp HANNOVER

Der Niedersächsische Landtag sprach gestern mit 96 Stimmen der SPD, des BHE und der FDP gegen 33 Stimmen der DP/CDU bei einer Enthaltung den DP/CDU-Abgeordneten Reinke und Stälten die Mißbilligung aus. Der Landtag stellte fest, daß das Verhalten der beiden mit den Pflichten eines Abgeordneten unvereinbar und deshalb zu mißbilligen ist.

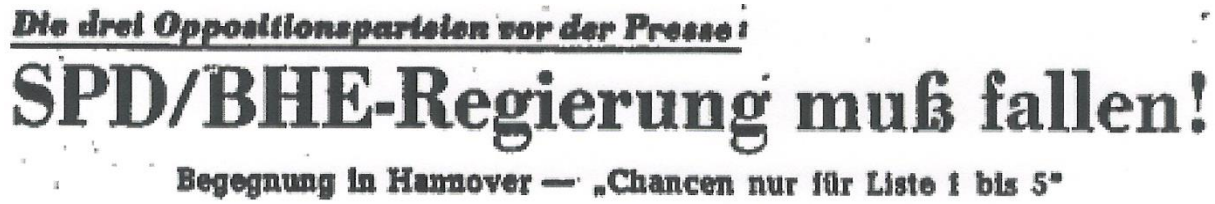
Abbildung 18: GÖTTINGER PRESSE, 16. April 1955, S. 2: „Mit 96 gegen 33 Stimmen mißbilligt“



Beihilfe zu politischer übler Nachrede

Abbildung 19: GÖTTINGER PRESSE, 16. April 1955, S. 2: „Beihilfe zu politischer übler Nachrede“

Ebenso das GÖTTINGER TAGEBLATT:



Die drei Oppositionsparteien vor der Presse:

SPD/BHE-Regierung muß fallen!

Begegnung in Hannover — „Chancen nur für Liste 1 bis 5“

Abbildung 20: GÖTTINGER TAGEBLATT, 9. April 1955, S. 2: „SPD/BHE-Regierung muß fallen!“

Gerade die letzte Schlagzeile kann wiederum als eindeutiger Appell des GT an seine Leser verstanden werden. Auf den ersten Blick fallen dem Leser die vergrößerte Schrift und der Nachdruck durch das Ausrufezeichen auf. Dass es sich bei der Aussage um ein Zitat einer Oppositionspartei handelt, erfuhr der Leser erst auf den zweiten Blick.

Wahlanzeigen

Zur Untersuchung der Wahlanzeigen wurden alle Anzeigen berücksichtigt, die durch eine eindeutige Handlungsanweisung gekennzeichnet waren, einen bestimmten Kandidaten bzw. eine bestimmte Partei zu wählen. Zudem waren diese Anzeigen im Stil von Werbeanzeigen, durch einen Kasten umrandet. Zunächst wurde die Anzahl dieser Wahlanzeigen festgestellt:

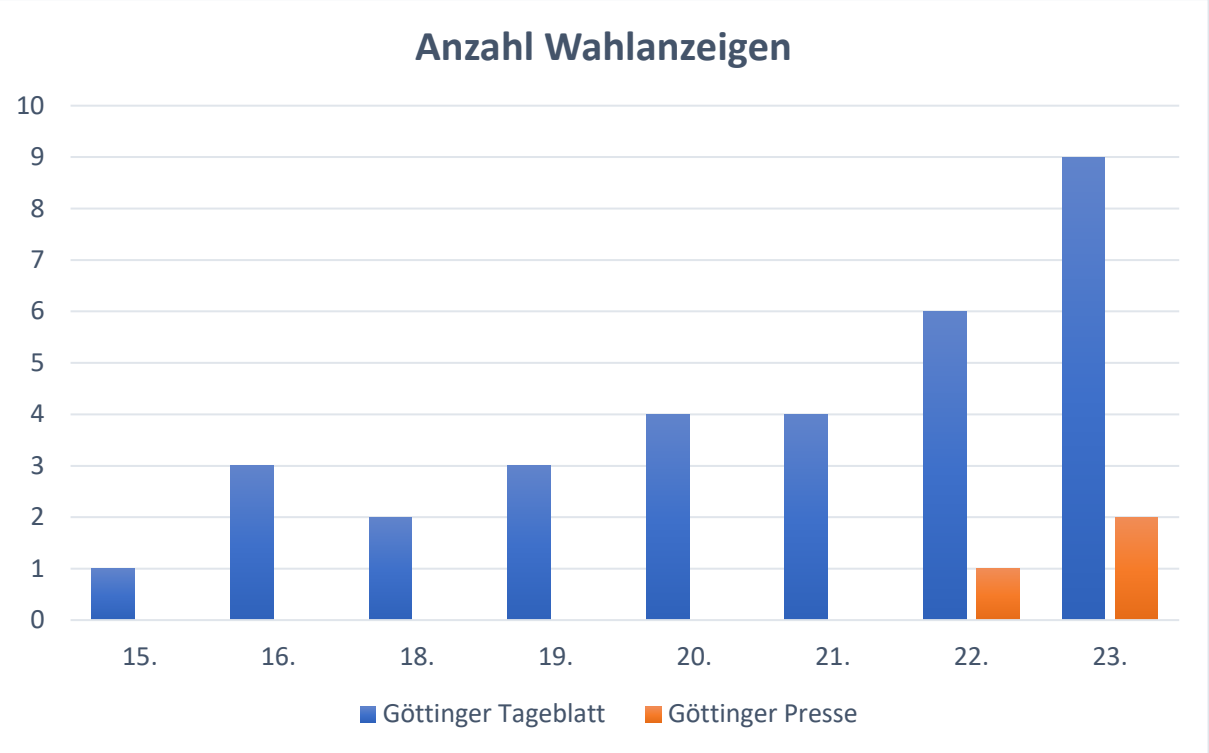


Abbildung 21: Anzahl Wahlanzeigen im Niedersächsischen Landtagswahlkampf 1955

Während in der GP lediglich Wahlanzeigen der SPD erschienen, fand sich im GÖTTINGER TAGEBLATT die Werbung unterschiedlicher Parteien, wie folgende Abbildung zeigt:

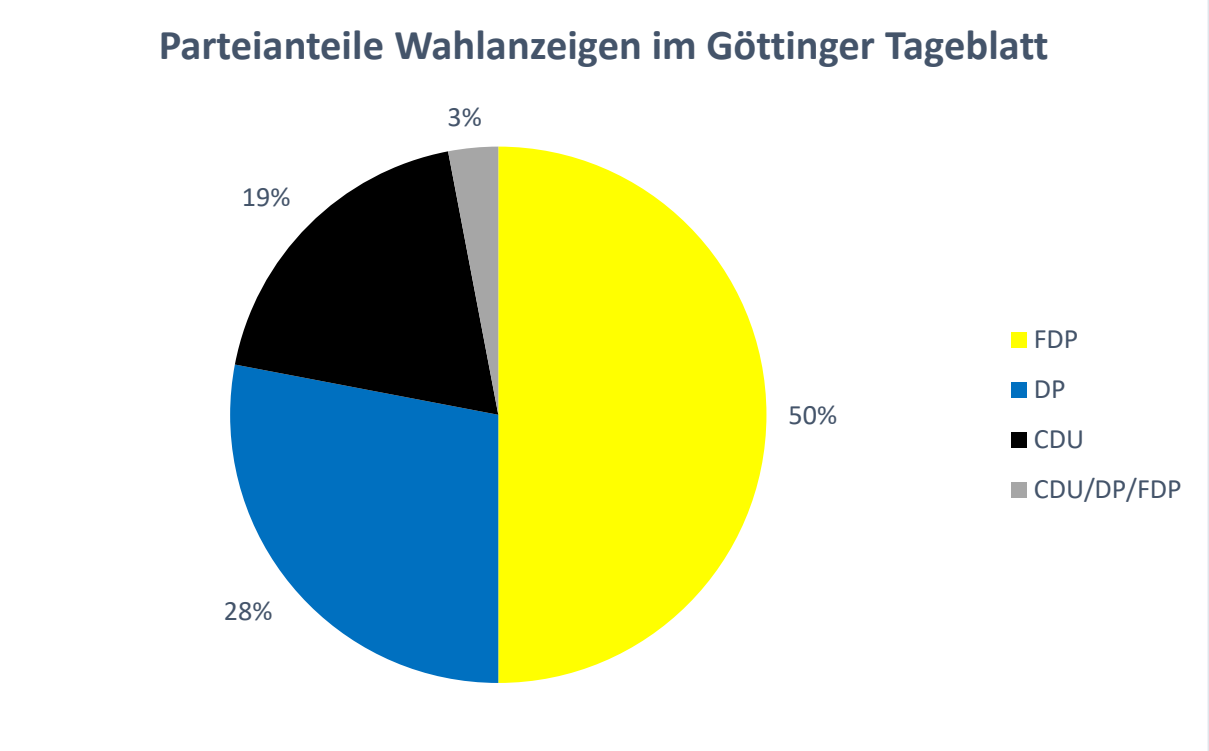


Abbildung 22: Wahlanzeigen nach Partei im GÖTTINGER TAGEBLATT im Niedersächsischen Landtagswahlkampf 1955

Es verwundert, dass in der GP kaum Wahlanzeigen der SPD erschienen. Vermutlich Folge der hohen Anzeigenpreise, die sich die SPD selbst in ihrer Zeitung nicht leisten konnte.

Im GT wurden insgesamt 32 Anzeigen sowohl in den Anzeigenteilen, aber auch auf Textseiten abgedruckt. Hier befanden sie sich häufig auf den ersten Seiten der jeweiligen Ausgabe, dadurch erreichte man mehr Aufmerksamkeit als bei einer Platzierung ausschließlich im Anzeigenteil.

Besonders die FDP und die CDU, aber auch die *Deutsche Partei* (DP) schalteten große und zahlreiche Wahlanzeigen im GT, was vermuten lässt, dass sie über reiche Parteimittel gute Sponsoren verfügten. Tatsächlich schien die GP das Geheimnis der Geldgeber zu lüften:

> „Es ist in Niedersachsen kein Geheimnis, dass dieses Institut [Institut für die niedersächsische Wirtschaft e.V.] nicht weiter ist als das Finanzierungsinstitut der drei Parteien CDU, DP und FDP. Zur Bundestagswahl hat es bereits ganze Arbeit geleistet, wofür der Dank des Bundeskanzlers nicht ausblieb. Der Präsident des niedersächsischen Instituts, der Zementindustrielle Kuhlemann, erklärte damals, dass Adenauer, der die Gründung der Institute in den einzelnen Ländern angeregt habe, mit der Arbeit in Niedersachsen zufrieden sei.“[146]

Wirtschaftsunternehmen würden vom Institut „im Hinblick auf den Ernst der Lage“ aufgefordert, eine Sonderumlage in Höhe von drei zusätzlichen Monatsbeiträgen zu zahlen. In der Satzung, die sich das Institut bei seiner Gründung im April 1952 gegeben hat, werde der Zweck jedoch als parteipolitisch neutral dargestellt, sie diene nur der Lösung wirtschaftspolitischer und wirtschaftswissenschaftlicher Aufgaben.[147]

Die Wahlkampfthemen

In beiden Göttinger Zeitungen kamen insbesondere die Differenzen der Parteien bezüglich der Schulpolitik deutlich zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit dem *Niedersächsischen Schulgesetz* war in der Landespolitik ein Kampf um die Schulform entbrannt, wobei sich die Konfessionsschule als ein Modell der CDU auf der einen und die Gemeinschaftsschule als Modell der SPD auf der anderen Seite gegenüberstanden. Während des Nationalsozialismus waren Konfessionsschulen entweder aufgelöst oder stark behindert worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte die Britische Militärregierung den deutschen Behörden, Konfessionsschulen dort wieder einzurichten, wo sie vor der *Machtergreifung* Hitlers bis 1933 bestanden hatten, soweit dies von Eltern gewünscht und die Unterrichtsversorgung

dadurch nicht gravierend beeinträchtigt wurde. Eine weitere Problematik war die Zersplitterung des Schulrechts. Diese hatte ihre Ursache in der Entstehung des Landes Niedersachsen, das 1946 aus der früheren preußischen Provinz Hannover und den eigenständigen Ländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zusammengelegt worden war. Die in diesen Ländern geltenden Rechte galten als partikulares Landesrecht fort. Die einzelnen Rechtsnormen widersprachen sich jedoch in Verwaltungsfragen häufig und führten zu zahlreichen Konflikten, wodurch eine Neuregelung des Schulrechts notwendig wurde.[148]

Kandidat Hermann Föge (FDP) kritisierte in einem Artikel die ebenfalls beschlossene Schulgeldfreiheit von Mittelschulen (Realschulen) und den vierjährigen Abbau des Schulgeldes für höhere Schulen. Föge warf der SPD vor, mit dem Schulgesetz vor allem Propagandazwecke beabsichtigt zu haben. Dabei habe die SPD laut Föge das eigentliche Problem, nämlich die Schulraumknappheit nicht bedacht:

> „Wäre die Schulgelderhebung, so wie sie war, nur auf eine Reihe von Jahren noch bestehen geblieben, so wäre es gerade im Augenblick der Verhandlungen möglich gewesen, das ganze Kapital für Schulneubauten auf dem Geldmarkt anzuleihen und das eingehende Schulgeld, das mindestens 20 Millionen jährlich betragen haben würde, zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe zu verwenden.“[149]

Des Weiteren beschuldigte er die SPD, eine Umverteilung zu Lasten der Ärmeren vorzunehmen, da „die Eltern der Kinder, welche die Volksschule besuchen, in ihrer Lohnsteuer das Schulgeld für die Schüler der mittleren und höheren Schulen mittragen.“[150]

Föge kritisierte vor allem den sozialen Standpunkt der SPD und schloss sarkastisch: „Es geht nicht über die sture Durchsetzung eines Parteiprogramms ohne Rücksicht auf Zeitverhältnisse!“[151]

Es wurde deutlich, wie Föge hier das *Stammklientel* der SPD, die Arbeiterschaft, ansprach, diese für sich zu gewinnen oder sie zumindest von der SPD zu entfremden versuchte.

Der Bundestagsabgeordnete *Dr. Erich Mende* (FDP) setzte auf einer Wahlkundgebung in Göttingen einen liberalen Akzent gegen die Katholische Kirche. Das GT zitierte ihn: „Es kommt im religiösen Raum nicht so sehr auf das Bekenntnis an, sondern auf die Betätigung des Bekenntnisses in einem Tatchristentum.“[152]

Man solle den „Namen des Gottessohnes“ aus dem Wahlkampf herauslassen und sich eher, angesichts der „Bedrohung durch den Antichristen“, zusammenschließen. Die FDP trete daher für die christliche Gemeinschaftsschule ein. Und weiter: „Wenn man in er CDU in der Führung beide Konfessionen zusammenführe, sei es widersinnig, die Kinder in der Schule konfessionell zu trennen.“

Am 14. Mai 1955 berichtete die GP über eine repräsentative Befragung des *Deutschen Institutes für Volksumfragen* (DIVO) im Auftrag der Niedersächsischen Landesregierung.[153] Die Erhebung habe ergeben, dass die niedersächsische Bevölkerung Gemeinschaftsschulen wünsche. Zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) hätten sich für diesen Schultyp ausgesprochen. Nur 24 Prozent wünschten die Bekenntnisschule, während sich zehn Prozent gleichgültig verhielten. Damit zeige sich deutlich, dass das neue Schulgesetz und damit die Gemeinschaftsschule als Regelschule von den Einwohnern Niedersachsens in ihrer überwiegenden Mehrheit gebilligt würde. Einen noch größeren Widerhall finde das Gesetz über die Einführung der Schulgeldfreiheit, nachdem das Schulgeld an den höheren Schulen sowie an den Berufs- und Berufsfachschulen innerhalb von fünf Jahren abgebaut werden solle. Für die Einführung der Schulgeldfreiheit hätten 73 Prozent der Befragten gestimmt, während nur acht Prozent dagegen waren. Die GP unterstützte mit dieser Meldung die Politik der SPD.

Ein weiterer Artikel in derselben Ausgabe der GP meldete, dass die Bundesregierung Verfassungsklage gegen das Schulgesetz erhebe, da es gegen das „mit Hitler abgeschlossene Reichskonkordat“ verstoße. Die Landesregierung denke derzeit über eine entsprechende Antwort nach.[154] Durch die Wortwahl wird der Bundesregierung unterstellt, sie richte sich nach Geboten des Nazi-Regimes. Am 19. April 1955 wurde wiederum in der GP berichtet, die Konkordatsklage gehe nicht auf einen Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zurück, zuständige FDP-Minister seien nicht über die Klage informiert gewesen. Dies ließe auf einen Alleingang Adenauers schließen.[155]

Die direkte Konkurrenz zur CDU in dieser Frage kam dann noch einmal in einem Artikel vom 19. April 1955 zum Vorschein, in dem von einem Pfarrer berichtet wurde. Die GP verurteilte den Artikel als massive Wahlbeeinflussung zugunsten der CDU:[156]

Wahlbeeinflussung durch Jenseits-Drohung

Katholischer Stadtpfarrer mißbraucht sein Amt

pp HANNOVER.

Der katholische Stadtpfarrer der Volkswagenstadt Wolfsburg, Holling, hat sich mit einem Rundbrief an seine Pfarrangehörigen in einer Weise in den niedersächsischen Landtagswahlkampf eingeschaltet, die eine bisher beispiellose Wahlbeeinflussung durch die Kirche und einen geradezu unglaublichen Fall des Mißbrauchs eines geistlichen Amtes darstellt.

Pfarrer Holling schrieb in seinem vervielfältigten Rundbrief vom 15. April 1955 wörtlich: „Wir brauchen keinen roten Kopf. Die Bischöfe haben am vergangenen Sonntag klargemacht, daß die Männer zu wählen sind, die die christlichen Grundsätze vertreten, und daß jeder vor Gott die Pflicht hat, zu wählen. Wir brauchen einen klaren Verstand, um dementsprechend zu handeln. Wir wissen, daß der Herrgott uns am letzten Tage unseres Lebens auch diesen von uns ausgefüllten Stimmzettel vorhalten wird. Füllen wir den Stimmzettel so aus, daß wir vor Gott bestehen können. Drücken wir uns nicht vor der Wahl und Entscheidung. Vor Gott gelten keine Feiglinge."

Dieser Rundbrief des Pfarrers von Wolfsburg, Holling, ist eine der massivsten Wahlbeeinflussungen zugunsten der CDU von der Kanzel herab, die sich jemals ein katholischer Geistlicher erlaubt hat. Dieser Rundbrief des Pfarrers Holling zerrt auch Gott in den parteipolitischen Kampf hinein und mißbraucht seinen Namen zu parteipolitischen Druckmaßnahmen in Uebertretung des 2. Gebots.

Abbildung 23: GÖTTINGER PRESSE, 19. April 1955, S. 2: „Wahlbeeinflussung durch Jenseits-Drohung"

Auch bundespolitische Diskussionen wurden in den Göttinger Zeitungen widergespiegelt. Im Wahlkampf argumentierten sowohl die GP als auch das GT mit der Wirtschaftspolitik Adenauers, allerdings in unterschiedlichen Richtungen. Die GP betonte, wie wenig die Bundesregierung das Land Niedersachsen unterstützt habe. Oft wurden Zahlen genannt, die belegen sollten, dass die Bundesregierung dem Land Niedersachsen Gelder kürzte. Im Gegensatz dazu wurde hervorgehoben, welche Leistungen die niedersächsische Landesregierung für das Land erbracht hatte. Unmissverständlich waren die Schlagzeilen aus der GP bereits zu Anfang des Untersuchungszeitraumes: „Bund gibt 90 Millionen weniger. Das Eichsfeld ist davon doppelt betroffen"[157]; „Land gab 300-Mill.-DM-Kredit an Wirtschaft. Allein 58,2 Mill. DM aus Haushaltsmitteln bereitgestellt / Nur 4,9 Mill. DM Verluste"[158]; „Das Land gibt hundert Millionen"[159] und „5,6 Mill. DM für freie Wohlfahrtsverbände. Niedersachsen steht bei diesen Leistungen an der Spitze"[160].

Das GT reagierte mit folgenden Schlagzeilen: „Was tat die Bundesregierung für Niedersachsen? Neun Milliarden DM vom Bund"[161]; „Was tat die Bundesregierung für Niedersachsen? 280 000 neue Arbeitsplätze"[162]; „CDU-Kandidat von Eickstedt stellt sich vor. Gegen Schlagworte und Versprechungen – ‚An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen'"[163].

Ein besonderer Konflikt flammte auf, als das GT berichtete, man habe es allein Adenauer zu verdanken, dass die Wohnungsnot in Niedersachsen und in Göttingen zurückgegangen sei. Während das GT diesen Erfolg ausschließlich der Bundesregierung zuschrieb, war die GP der Meinung, dass der Erfolg vor allem auch Ministerpräsident Kopf (SPD) zu verdanken sei. Die GP räumte zwar ein, dass auch Gelder der Bundesregierung zum Erfolg beigetragen hätten, konnte aber scheinbar nicht verstehen, warum Adenauer Kopfs Leistung nicht anerkannte und unterschlug. Kopf in einem Artikel in der GP:

> „Wir können hierbei schon auf manchen Erfolg hinweisen, auch wenn die Opposition in Niedersachsen sich seit Wochen krampfhaft bemüht, alles, was in Niedersachsen geschehen ist, einzig und allein zum Verdienst des Bundes zu erklären. Seit 1952 sind in unserem Lande so viele Wohnungen gebaut worden, dass praktisch alle zehn Minuten eine Familie in eine neue Wohnung einziehen konnte. […] Die Behauptung, dass alles habe der Bund allein ermöglicht und finanziert, hat offensichtlich den Zweck, der niedersächsischen Landesregierung das Verdienst abzusprechen, am Wiederaufbau mitgeholfen zu haben. ich bedaure, dass auch der Herr Bundeskanzler auf seinen Wahlkundgebungen in Niedersachsen sich dieser unrichtigen Behauptung als Argument gegen die Landesregierung bedienen zu müssen geglaubt hat. Die niedersächsische Landesregierung hat niemals in einer ihrer Veröffentlichungen das Verdienst des Wiederaufbaus für sich allein beansprucht. Wir haben immer sehr deutlich ausgesprochen, dass die Wiederaufbauerfolge weitgehend das Resultat einer großen Gemeinschaftsleistung sind. An dieser Gemeinschaftsleistung aber hat Niedersachsen, haben die niedersächsische Landesregierung und der niedersächsische Landtag einen erheblichen Anteil.“[164]

THEMA DER WOCHE

Den friedlichen Aufbau fortsetzen

Von Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf

Es ist nur zu natürlich, daß in Niedersachsen mit 560 Kilometern Landesgrenze, die zur Frontlinie zwischen West und Ost geworden sind, auch bei einer Landtagswahl außenpolitische Probleme, insbesondere aber auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung, im Vordergrund der Auseinandersetzungen und des Interesses stehen. Die niedersächsische Regierung aber nimmt für sich in Anspruch, daß sie trotz der drängenden außenpolitischen Fragen die innenpolitischen Aufgaben nicht vernachlässigt hat. Wir unterscheiden uns dadurch wesentlich von der Bundesregierung. Wir treten auch am 24. April mit der Erklärung vor die Wähler, daß wir den friedlichen Aufbau unseres Landes im Innern unermüdlich und unverdrossen fortsetzen wollen.

Alle zehn Minuten eine neue Wohnung

Wir können hierbei schon auf manchen Erfolg hinweisen, auch wenn die Opposition in Niedersachsen sich seit Wochen krampfhaft bemüht, alles, aber auch alles, was in Niedersachsen geschehen ist, einzig und allein zum Verdienst des Bundes zu erklären. Seit 1951 sind in unserem Lande so viele Wohnungen gebaut worden, daß praktisch alle zehn Minuten eine Familie in eine neue Wohnung einziehen konnte. Die Zahl der Beschäftigten ist um 227 000 gestiegen. Mehr als 20 000 Bauern, Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Einheimische wurden angesiedelt und erhielten eine neue bäuerliche Existenz. Das bedeutet, daß mehr als 60 000 Menschen wieder dem Boden verwurzelt wurden. Wir haben 5800 neue Klassenräume geschaffen, indem wir 2250 Schulen entweder neu bauten, wiederherstellten oder erweiterten.

Adenauers unrichtige Behauptung

Die Behauptung, das alles habe der Bund allein ermöglicht und finanziert, hat offensichtlich den Zweck, der niedersächsischen Landesregierung das Verdienst abzusprechen, am Wiederaufbau mitgeholfen zu haben. Ich bedaure, daß auch der Herr Bundeskanzler auf seinen Wahlkundgebungen in Niedersachsen sich dieser unrichtigen Behauptung als Argument gegen die Landesregierung bedienen zu müssen geglaubt hat. Die niedersächsische Landesregierung hat niemals in einer ihrer Veröffentlichungen das Verdienst des Wiederaufbaus für sich allein beansprucht. Wir haben immer und sehr deutlich ausgesprochen, daß die Wiederaufbauerfolge weitgehend das Resultat einer großen Gemeinschaftsleistung sind. An dieser Gemeinschaftsleistung aber hat Niedersachsen, haben die niedersächsische Landesregierung und der Niedersächsische Landtag einen erheblichen Anteil.

Der Aufbau in Niedersachsen ist augenfällig. Und der geifernde Streit, anders kann man das Verhalten gewisser Stimmen in der Opposition Niedersachsens nicht nennen, vermag dieses Werk, an dem alle verantwortungsbewußten und aufbauwilligen Kräfte teilhaben, nicht zu schmälern. Ich weiß, daß angesichts der großen Not, die für Hunderttausende unserer Menschen aus der Vergangenheit immer noch in die Gegenwart herübergreift, auf dem Erreichten nicht ausgeruht werden kann, sondern weitergebaut werden muß. Und gerade das wollen wir in Niedersachsen: weiterbauen, aufbauen, bis jedes Dasein wirklich lebenswert geworden ist.

Vergewaltigung der Eltern?

Dieser Wiederaufbau in Niedersachsen verlangt von uns nicht nur die Lösung wirtschaftlicher und sozialpolitischen Fragen. Der Mensch lebt, so wichtig die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz auch ist, nicht vom Brot allein. Wir stehen auch in einer geistigen Auseinandersetzung, insbesondere im konfessionellen Raum. Die Ereignisse um das niedersächsische Schulgesetz sind ein Beispiel dafür.

Dieses Gesetz ist besonders von katholischer Seite angegriffen worden. Man äußerte die Befürchtung oder stellte gar die Behauptung auf, daß sich in Niedersachsen die Schule gegenüber dem Christentum zukünftig etwa gleichgültig oder gar ablehnend verhalten würde. Das ist einfach nicht wahr. Unsere Schulen sind nach Wortlaut und Geist des Gesetzes grundsätzlich christliche Schulen.

Wir haben uns in unserem Schulgesetz allerdings davon leiten lassen, daß die Schüler ohne Unterschied des Bekenntnisses gemeinsam erzogen werden sollen. Darob vor allem von katholischen Würdenträgern großes Geschrei: Man spricht von Vergewaltigung der Eltern durch eine „unchristliche Mehrheit" des Landtages, man pocht auf das Konkordat. Nun, das Bundesverfassungsgericht wird sich mit diesem Problem befassen. Wir sehen der Entscheidung in Ruhe und Zuversicht entgegen. Wir tun es um so mehr, als wir wissen, daß unsere evangelischen Landeskirchen, die etwa 80 Prozent unserer Bevölkerung repräsentieren, den Bestimmungen unseres Schulgesetzes grundsätzlich zustimmen.

Staat und Kirche

Im Zuge der, sagen wir einmal, Befriedung im geistigen Raum habe ich immer besonderen Wert auf ein klares Verhältnis zwischen Staat und Kirche gelegt. Was wir in Niedersachsen hier in der letzten Zeit präsentierten, kann sich sehen lassen: Wir haben durch den Vertrag zwischen dem Lande und den evangelischen Landeskirchen nicht nur Rechtszersplitterung und Ungleichheit beseitigt, wir haben auch alles das an staatlichen Kontrollen und Eingriffsmöglichkeiten in das Leben der Kirche endgültig aufgegeben, was der Vertrag zwischen Preußen und der Evangelischen Kirche von 1931 noch nicht überwunden hatte.

Dieser Vertrag, der gestern mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden rechtswirksam wurde, hat in der Bevölkerung ein nachhaltiges und tiefes Echo gefunden. Er gibt ein Beispiel für eine moderne, der Gemeinschaft dienende Zusammenarbeit von Staat und Kirche. In Kenntnis dieser Bedeutung des Vertrages sprachen maßgebliche Repräsentanten der Evangelischen Kirche bei der Unterzeichnung im altehrwürdigen Kloster Loccum von einer „historischen Stunde".

Beklommene CDU und DP

In den Kreisen unserer politischen Gegner, insbesondere bei der CDU und DP, nennt man diesen Vertrag, diesen Fortschritt beim Aufbau unserer Gemeinschaft am liebsten nicht. Man gönnt es mir und der Landesregierung nicht, gerade im kirchlichen Bereich eine bessere Ordnung in den Beziehungen zum Staat geschaffen zu haben. Offensichtlich darf ein Sozialdemokrat so etwas nicht, weil er sonst das Primat der alleinseligmachenden christlichen Partei verletzt.

Wir werden uns im Rahmen der geistigen Beziehungen ebensowenig verwirren lassen wie in unserem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wollen. Auf unseren Schultern ruhte zehn Jahre lang die größte Last des Wiederaufbaus. Es gibt auch nach dem 24. April nur das eine Ziel: den friedlichen Aufbau fortzusetzen.

Abbildung 24: GÖTTINGER PRESSE, 15. April 1955, S. 8: „Den friedlichen Aufbau fortsetzen"

Nicht nur die CDU, sondern auch die FDP versuchte, mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im Wahlkampf zu punkten. Das GT berichtete von einer Aussage *Erich Mendes* (FDP):

> „Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehe die FDP voll mit der CDU einig; schließlich sei es ja die FDP gewesen, die den jetzigen Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard (CDU) auf den Stuhl gehoben habe.“[165]

Die Fragen der deutschen Teilung und der Wiederaufrüstung spielten im Wahlkampf eine wichtige Rolle. Dabei stand die CDU hinter der Politik der Bundesregierung, die SPD dagegen hielt an der Forderung der Wiedervereinigung fest. Der hessische Kultusminister *Arno Hennig* – zwischen 1949 und 1953 direktgewählter Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Göttingen-Münden – forderte auf einer Wahlkundgebung in Duderstadt, dass man gerade an der Zonengrenze Verständnis für die Forderung nach Wiedervereinigung haben müsse. Unterstützung bekam die SPD von einem *alten Welfen*, der aber bekennend kein Sozialdemokrat sei. Sein Brief an *Hinrich Wilhelm Kopf* wurde in der GP abgedruckt:

> „Denn es geht um Deutschland selbst, um dessen Sein oder Nichtsein, um den Abzug der Siegersoldateska, um die deutsche Souveränität, um die Vereinigung von West- und Mitteldeutschland, um die Wiedergewinnung des deutschen Ostens und um die Verhinderung der Amerikanisierung und Sowjetisierung der Lande rechts und links der Elbe.
>
> Wiederum wie um 1500 fürchtet die Menschheit den Untergang der Erde, diesmal im finsteren Glaube des Mittelalters an das jüngste Gericht, sondern in der Angst vor dem Wahnwitz moderner Scheinstaatsmänner von Eintagsfliegenformat, die erpresserisch noch immer glauben, die Weltordnung auf der unsittlichen Grundlage der Gewalt… aufbauen zu können.“[166]

Am Ende des Briefes ruft Hermann Grumme zum Handeln auf:

> „Wer als bürgerlicher Gegner Dr. Adenauers am Wahltage zu Hause bleibt oder seine Stimme einer der Splitterparteien gibt, die infolge ihrer Uneinigkeit dich nicht zum Zuge kommen, unterstützt die Bonner Katastrophenpolitik. Möge jeder Niedersachse sich klar werden, wozu die Taten der Vorfahren und die Liebe zur Heimat verpflichten. Dann wird er keinem Römling, keinem Bourgeoisling und keinem Amerikanerling seine Stimme geben, sondern deutsch, aber nicht die Parteien der CDU, der DP und der FDP wählen.“[167]

Ein alter Welfe schreibt an Hinrich Wilhelm Kopf

„Immer waren die Konrade das Unglück des deutschen Volkes"

Rechtsanwalt und Notar Hermann Grumme, ein alter und angesehener Jurist in der Landeshauptstadt, hat dem niedersächsischen Ministerpräsidenten eine Stellungnahme zur Landtagswahl am 24. April 1955 geschrieben. In einem Anschreiben stellt er fest, daß er kein Sozialdemokrat sei und es auch nie werde, „ich bin Welfe, Monarchist und Konservativer". Von seinem langen Artikel veröffentlichen wir nachstehend unter Weglassung der historischen Parallelen die folgenden Auszüge:

„Bei der Landtagswahl vom 24. April handelt es sich nicht darum, ob Hinrich Wilhelm Kopf Ministerpräsident bleibt oder ein Bürgerlicher an seine Stelle tritt, der es vermutlich auch nicht besser macht, nicht um rechts oder links, nicht um Monarchie oder Republik, nicht um Schwarzweißrot oder Schwarzrotgold, nicht um Zentralismus oder Föderalismus, nicht um Katholizismus oder Protestantismus, das alles ist nur Zeit von untergeordneter Bedeutung.

Denn es geht um Deutschland selbst, um dessen Sein oder Nichtsein, um den Abzug der Siegersoldateska, um die deutsche Souveränität, um die Vereinigung von West- und Mitteldeutschland, um die Wiedergewinnung des deutschen Ostens und um die Verhinderung der Amerikanisierung und Sowjetisierung der Lande rechts und links der Elbe.

Wiederum wie um 1300 fürchtet die Menschheit den Untergang der Erde, diesmal nicht im finsteren Glauben des Mittelalters an das Jüngste Gericht, sondern in der Angst vor dem Wahnwitz moderner Scheinstaatsmänner von Eintagsfliegenformat, die erpresserisch noch immer glauben, die Weltordnung auf der unsittlichen Grundlage der Gewalt . . . aufbauen zu können.

Sie irren, diese Ewiggestrigen, die die Zeichen der Zeit verkennend, nichts vergessen und nichts gelernt haben. Die dritte Welterneuerung ist auf dem Marsche, und nichts hält sie auf. Die Völker der Erde bilden heute eine Gemeinschaft, und das erste, was eine Gemeinschaft tut, ist das Verbot des Faustrechts, der Gewalt, des Unrechts in letzter Uebersptzung, und deren Erhaltung durch das Recht der Gemeinschaft, das im Abendland nichts anderes sein kann als christliche Nächstenliebe. Dieses Recht kennt keine Sieger und Besiegte, keine Großmächte und andere, keine Völker größeren und minderen Rechts, keine ‚freien' und ‚unfreien' Länder, keine ‚friedliebenden' Menschen und andere, keine Aggressoren und Defensoren und was sonst noch alles geschwindelt wird.

Eingedenk der Taten zweier Sachsen, eines Otto des Großen und eines Luther, sind die heutigen Niedersachsen berufen und gewillt, bei der dritten Welterneuerung mitzuwirken. Immer waren die Konrade das Unglück des deutschen Volkes, die beiden ersten Kurfranken, der dritte und vierte aus Schwaben.

Nicht um den niedersächsischen Ministerpräsidentenposten, sondern um das donnernde Halt aus dem alten Sachsenlande gegenüber Konrad, dem Franken, geht es am 24. April.

Das mögen die bürgerlichen Gegner der Koalitionsparteien bedenken und dementsprechend ihre Stimme abgeben, gleichgültig ob und wieweit sie rechts stehen und ob sie alte Welfen und Monarchisten sind. Wer als bürgerlicher Gegner Dr. Adenauers am Wahltage zu Hause bleibt oder seine Stimme einer der Splitterparteien gibt, die infolge ihrer Uneinigkeit doch nicht zum Zuge kommen, unterstützt die Bonner Katastrophenpolitik. Möge jeder Niedersachse sich klarwerden, wozu die Taten der Vorfahren und die Liebe zur Heimat verpflichten. Dann wird er keinem Römling, keinem Bourgeoisling und keinem Amerikanerling seine Stimme geben, sondern deutsch, aber nicht die . . . Parteien der CDU, der DP und der FDP wählen."

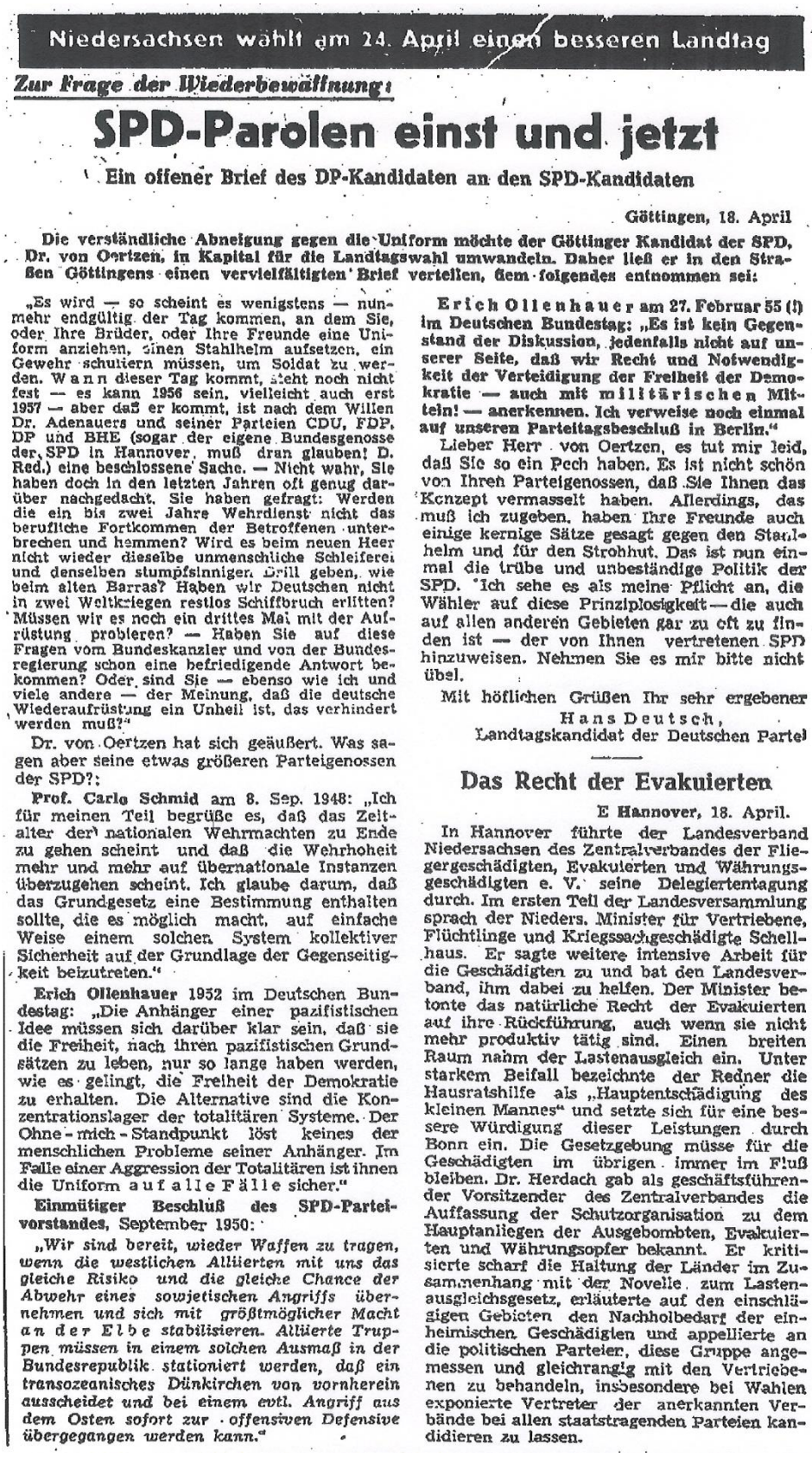
Abbildung 25: GÖTTINGER PRESSE, 21. April 1955, S. 5: „Ein alter Welfe schreibt an Hinrich Wilhelm Kopf"

Auf einer Wahlkundgebung versicherte Bundeswirtschaftsminister *Ludwig Erhard* (CDU) den Göttingern, die Wiederaufrüstung werde den Lebensstandard des Einzelnen nicht beeinträchtigen. Außerdem sprach er die Position der Sozialdemokraten direkt an: „Wir bemühen uns in Europa den Geist der sozialistischen Planwirtschaft allmählich zurückzudrängen und dem Geist freiheitlicher Grundsätze zum Durchbruch zu verhelfen." Er glaube, dass die Bundesrepublik zu diesem Thema der Welt bereits ein Beispiel gegeben habe. Umso unverständlicher sei es, wenn man morgen durch eine Wahl wieder einen Schritt rückwärts, in die nationale Isolierung ginge – einen Weg, den die Sozialdemokratie zu gehen bereit sei.[168]

Auch wenn das GT über die FDP berichtete, bezogen sich die Artikel immer wieder auf die Außenpolitik. *Thomas Dehler*, damals Bundes- und Fraktionsvorsitzender der FDP, forderte:

„Wählen Sie nicht so sehr nach landespolitischen Gesichtspunkten, sondern nach der Frage, welche Partei ist für das deutsche Schicksal die richtige!“[169]

Das Schicksal Niedersachsens werde in Bonn entschieden und die Politik der FDP sei die einzig richtige. Wichtig für die Bundesrepublik sei vor allem die Sitzverteilung im Bundesrat. *Erich Mende* hielt laut GT Verhandlungen für eine Wiedervereinigung für möglich, des Weiteren sagte er bereits für 1957 gesamtdeutsche Wahlen zu einer Gesamtdeutschen Nationalversammlung voraus. Ende 1959 seien Wahlen zum Deutschen Reichstag denkbar, „so dass 1960 Friedensverhandlungen geführt werden könnten.“[170]



Niedersachsen wählt am 24. April einen besseren Landtag

Zur Frage der Wiederbewaffnung:

SPD-Parolen einst und jetzt

Ein offener Brief des DP-Kandidaten an den SPD-Kandidaten

Göttingen, 18. April

Die verständliche Abneigung gegen die Uniform möchte der Göttinger Kandidat der SPD, Dr. von Oertzen, in Kapital für die Landtagswahl umwandeln. Daher ließ er in den Straßen Göttingens einen vervielfältigten Brief verteilen, dem folgendes entnommen sei:

„Es wird — so scheint es wenigstens — nunmehr endgültig der Tag kommen, an dem Sie, oder Ihre Brüder, oder Ihre Freunde eine Uniform anziehen, einen Stahlhelm aufsetzen, ein Gewehr schultern müssen, um Soldat zu werden. W a n n dieser Tag kommt, steht noch nicht fest — es kann 1956 sein, vielleicht auch erst 1957 — aber daß er kommt, ist nach dem Willen Dr. Adenauers und seiner Parteien CDU, FDP, DP und BHE (sogar der eigene Bundesgenosse der SPD in Hannover, muß dran glauben! D. Red.) eine beschlossene Sache. — Nicht wahr, Sie haben doch in den letzten Jahren oft genug darüber nachgedacht. Sie haben gefragt: Werden die ein bis zwei Jahre Wehrdienst nicht das berufliche Fortkommen der Betroffenen unterbrechen und hemmen? Wird es beim neuen Heer nicht wieder dieselbe unmenschliche Schleiferei und denselben stumpfsinnigen Drill geben, wie beim alten Barras? Haben wir Deutschen nicht in zwei Weltkriegen restlos Schiffbruch erlitten? Müssen wir es noch ein drittes Mal mit der Aufrüstung probieren? — Haben Sie auf diese Fragen vom Bundeskanzler und von der Bundesregierung schon eine befriedigende Antwort bekommen? Oder sind Sie — ebenso wie ich und viele andere — der Meinung, daß die deutsche Wiederaufrüstung ein Unheil ist, das verhindert werden muß?"

Dr. von Oertzen hat sich geäußert. Was sagen aber seine etwas größeren Parteigenossen der SPD?:

Prof. Carlo Schmid am 8. Sep. 1948: „Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen scheint und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten."

Erich Ollenhauer 1952 im Deutschen Bundestag: „Die Anhänger einer pazifistischen Idee müssen sich darüber klar sein, daß sie die Freiheit, nach ihren pazifistischen Grundsätzen zu leben, nur so lange haben werden, wie es gelingt, die Freiheit der Demokratie zu erhalten. Die Alternative sind die Konzentrationslager der totalitären Systeme. Der Ohne-mich-Standpunkt löst keines der menschlichen Probleme seiner Anhänger. Im Falle einer Aggression der Totalitären ist ihnen die Uniform a u f a l l e F ä l l e sicher."

Einmütiger Beschluß des SPD-Parteivorstandes, September 1950:

„Wir sind bereit, wieder Waffen zu tragen, wenn die westlichen Alliierten mit uns das gleiche Risiko und die gleiche Chance der Abwehr eines sowjetischen Angriffs übernehmen und sich mit größtmöglicher Macht a n d e r E l b e stabilisieren. Alliierte Truppen müssen in einem solchen Ausmaß in der Bundesrepublik stationiert werden, daß ein transozeanisches Dünkirchen von vornherein ausscheidet und bei einem evtl. Angriff aus dem Osten sofort zur offensiven Defensive übergegangen werden kann."

E r i c h O l l e n h a u e r am 27. Februar 55 (!) im Deutschen Bundestag: „Es ist kein Gegenstand der Diskussion, jedenfalls nicht auf unserer Seite, daß wir Recht und Notwendigkeit der Verteidigung der Freiheit der Demokratie — auch mit m i l i t ä r i s c h e n Mitteln! — anerkennen. Ich verweise noch einmal auf unseren Parteitagsbeschluß in Berlin."

Lieber Herr von Oertzen, es tut mir leid, daß Sie so ein Pech haben. Es ist nicht schön von Ihren Parteigenossen, daß Sie Ihnen das Konzept vermasselt haben. Allerdings, das muß ich zugeben, haben Ihre Freunde auch einige kernige Sätze gesagt gegen den Stahlhelm und für den Strohhut. Das ist nun einmal die trübe und unbeständige Politik der SPD. Ich sehe es als meine Pflicht an, die Wähler auf diese Prinziplosigkeit — die auch auf allen anderen Gebieten gar zu oft zu finden ist — der von Ihnen vertretenen SPD hinzuweisen. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel.

Mit höflichen Grüßen Ihr sehr ergebener
H a n s D e u t s c h ,
Landtagskandidat der Deutschen Partei

Das Recht der Evakuierten

E Hannover, 18. April.

In Hannover führte der Landesverband Niedersachsen des Zentralverbandes der Fliegergeschädigten, Evakuierten und Währungsgeschädigten e. V. seine Delegiertentagung durch. Im ersten Teil der Landesversammlung sprach der Nieders. Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte Schellhaus. Er sagte weitere intensive Arbeit für die Geschädigten zu und bat den Landesverband, ihm dabei zu helfen. Der Minister betonte das natürliche Recht der Evakuierten auf ihre Rückführung, auch wenn sie nicht mehr produktiv tätig sind. Einen breiten Raum nahm der Lastenausgleich ein. Unter starkem Beifall bezeichnte der Redner die Hausratshilfe als „Hauptentschädigung des kleinen Mannes" und setzte sich für eine bessere Würdigung dieser Leistungen durch Bonn ein. Die Gesetzgebung müsse für die Geschädigten im übrigen immer im Fluß bleiben. Dr. Herdach gab als geschäftsführender Vorsitzender des Zentralverbandes die Auffassung der Schutzorganisation zu dem Hauptanliegen der Ausgebombten, Evakuierten und Währungsopfer bekannt. Er kritisierte scharf die Haltung der Länder im Zusammenhang mit der Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, erläuterte auf den einschlägigen Gebieten den Nachholbedarf der einheimischen Geschädigten und appellierte an die politischen Parteien, diese Gruppe angemessen und gleichrangig mit den Vertriebenen zu behandeln, insbesondere bei Wahlen exponierte Vertreter der anerkannten Verbände bei allen staatstragenden Parteien kandidieren zu lassen.

Abbildung 26: GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1955, S. 3: „SPD-Parolen einst und jetzt"

DP-Kandidat *Hans Deutsch* beschäftigte sich mit dem Thema Aufrüstung und machte es zu seinem Wahlkampfthema. Er schrieb einen Brief über seine Ansichten, ließ ihn als Flugblatt in Göttingen verteilen und im GT abdrucken.

DP-Spitzenkandidat *Heinrich Hellwege* relativierte auf einer Kundgebung – das GT berichtete – die Bedenken gegen die Wiederaufrüstung. Diese diene lediglich dazu „gegen die größte Gefahr gewappnet zu sein".[171] Viel wichtiger sei ihm die Schaffung eines „moralisch gerüsteten Volkes". Die DP bejahe die Außenpolitik des Bundeskanzlers aus „Gewissensgründen". Danach betonte *Dr. Hans-Joachim von Merkatz*, Fraktionsvorsitzender der Partei, dass eine Alternative „Aufrüstung oder Wiedervereinigung", wie sie von der Opposition aufgezeigt werde, nicht existiere.

Das GT wies immer wieder nachdrücklich auf vergangene Wahlergebnisse hin. So wurde versucht, die SPD schon vor der Wahl als Verliererin darzustellen. Erwähnt wurden vor allem die Ergebnisse der Landtagswahl von 1951 und der Bundestagswahl von 1953, vereinzelt wurden auch beide Resultate miteinander verglichen.[172]

Bezeichnend war der Umgang mit diesen Wahlergebnissen seitens des Chefredakteurs *Viktor Wurm*, der am Tag vor der Wahl in einem Kommentar auf der Titelseite schrieb:

> „Denn das ist das Erstaunliche: seit vier Jahren regiert in Hannover eine Minderheitsregierung, die sich seit 1951 nur auf 48,6% und seit 1953 sogar nur auf 40,3% der Wählerstimmen zu stützen vermag, während die Opposition seit zwei Jahren über fast 60% aller Stimmen verfügt. Nur dem einseitigen und ungerechten bisherigen Wahlrecht hat es die Regierung Kopf zu verdanken, dass sie mandatsmäßig eine knappe Mehrheit erreichen und sich als legitime Regierung betrachten konnte."[173]

Hier wurde ein Ergebnis aus einer Bundestagswahl auf die Verhältnisse im Landtag übertragen. Offensichtlich sollte versucht werden, den so genannten *Band-Waggon-Effekt* auszulösen.

Diese Theorie wird häufig von Wahlforschern zitiert und besagt, dass Menschen stets dahinlaufen, „wo die Musik am lautesten ist". In der Realität bedeutet dies, dass Wähler häufig ihre eigentliche Meinung unterdrücken, um zu den potenziellen Siegern zu gehören. Wurden die bisherigen Wahlergebnisse demnach so dargestellt, als habe sich die CDU in einem stetigen Aufwind befunden, konnte der Eindruck entstehen, die Partei habe die Wahl

schon so gut wie gewonnen. Dass die CDU jedoch im Lande Niedersachsen in den 1950er Jahren kein so großes Gewicht wie in der Bundespolitik innehatte, wurde systematisch verschwiegen.

Vergleichszahlen für die Landtagswahl

Rückgang der SPD-Stimmen von rund 43 auf 30 Prozent

Um unseren Lesern für das Landtagswahlergebnis in Niedersachsen Vergleichsmaßstäbe an die Hand zu geben, bringen wir hier eine Übersicht über die Wahlresultate des Landes von 1947 bis 1953. Dabei fällt vor allem der Rückgang der SPD-Stimmen von rund 43 Prozent bei der Landtagswahl des Jahres 1947 auf 33,4 Prozent bei der Bundestagswahl vom 14. August 1949, auf 33,7 Prozent bei der Landtagswahl von 1951 und auf rund 30 Prozent bei der Bundestagswahl vom 6. September 1953 auf. An Erststimmen erhielt die SPD bei dieser Wahl 31,0 und an Zweitstimmen 30,1 Prozent.

Die KPD schmolz in der gleichen Zeit von 5,6 Prozent (1947) auf 3,1 Prozent (1949), auf 1,8 Prozent (1951), auf 1,1 Prozent (1953) zusammen. Ihr parlamentarischer Tod ist also auch in Niedersachsen seit Jahren besiegelt.

Auf die DP Hellweges, deren Ursprungsland Niedersachsen ist, entfielen bei der Bundestagswahl von 1949 17,8 Prozent der Wählerstimmen, während die CDU damals nur 17,6 Prozent zu gewinnen vermochte. Die Deutsche Partei wurde damit nach der SPD mit ihren 33,4 Prozent die zweitstärkste Partei des Landes. Bei der Bundestagswahl von 1953, die sich

Der Nichtwähler zahlt die Zeche

als ein durchschlagendes Vertrauensvotum des deutschen Volkes in der Bundesrepublik Deutschland für Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer darstellte, gewann die CDU 28 Prozent Erststimmen und 35,2 Prozent Zweitstimmen, während die DP einen entsprechenden Rückgang auf 16,5 Prozent Erststimmen und 11,9 Prozent Zweitstimmen zu verzeichnen hatte.

Erlangten CDU und DP 1953 zusammen also die absolute Mehrheit der Wählerstimmen Niedersachsens, so hatten sie, zusammengefaßt und zur „Niedersächsischen Union" verbunden, 1947 knapp 38 Prozent und bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1951 weniger als 24 Prozent auf ihre Listen zu verbuchen gehabt.

Die FDP erzielte 1947 fast 9 Prozent, 1949 bei der Bundestagswahl 7,5 Prozent, 1951 bei der letzten Landtagswahl 8,4 und bei der letzten Bundestagswahl 8,2 Prozent an Erst- sowie 6,9 Prozent an Zweitstimmen.

Der BHE, der in Niedersachsen 1951 bei der Landtagswahl zum erstenmal auftrat, gewann damals 14,9 Prozent. Seine Stimmen gingen bei der Bundestagswahl 1953 auf 11,5 Prozent Erststimmen und 10,6 Zweitstimmen zurück.

Eine Einzelaufstellung mit den genauen Zahlen für alle beteiligten Parteien folgt auf amtlicher Grundlage im Nachstehenden:

Verteilung der Stimmen nach den Landtagswahlen von 1947 und 1951:

SPD	43,4 %	1947	DRP	0,3 %
SPD	33,7 %	1951	DRP	2,2 %
DP/CDU	37,8 %	1947	BHE	— %
DP/CDU	23,8 %	1951	BHE	14,9 %
FDP	8,8 %	1947	DSP	— %
FDP	8,4 %	1951	DSP	0,8 %
KPD	5,6 %	1947	SRP	— %
KPD	1,8 %	1951	SRP	11,0 %
Z	4,1 %	1947	RP	— %
Z	3,3 %	1951	RP	0,1 %

Verteilung der Stimmen bei der Bundestagswahl von 1949:

CDU	17,6 %	DP	17,8 %
SPD	33,4 %	DRP	8,1 %
FDP	7,5 %	RSF	1,0 %
KPD	3,1 %	Z	3,4 %

Verteilung der Stimmen der Bundestagswahl von 1953:

CDU	28,0 %	Erststimmen	DP	16,5 %
CDU	35,2 %	Zweitstimmen	DP	11,9 %
SPD	31,0 %	Erststimmen	KPD	1,1 %
SPD	30,1 %	Zweitstimmen	KPD	1,1 %
FDP	8,2 %	Erststimmen	GVP	0,6 %
FDP	6,9 %	Zweitstimmen	GVP	0,6 %
BHE	11,5 %	Erststimmen	DRP	3,0 %
BHE	10,6 %	Zweitstimmen	DRP	3,5 %

Wichtig für 131er

Ehemalige Angehörige der früheren Kreishandwerkerschaften aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945, die nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz bisher keine Rechte in Anspruch nehmen konnten, können nunmehr auf Grund der Elften Durchführungsverordnung zum Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz vom 25. März 1955 Ansprüche geltend machen. Anträge auf Zahlungen müssen bis zum 24. Juni 1955 bei den entsprechenden Versorgungsbehörden eingereicht sein. Bei Einhaltung dieses Termins müssen Zahlungen ab 1. September 1953 geleistet werden, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind. Zur Wahrung der Rechte ist es notwendig, daß diejenigen Personen, die sich bisher noch nicht als 131er gemeldet haben und unter den vorgenannten Personenkreis fallen, dies nunmehr noch bis zum 30. Sptember 1955 nachholen können. Auch können vom gleichen Personenkreis Anträge auf Rückzahlung der Arbeitnehmeranteile aus der Rentenversicherung (§ 74 Gesetz 131) gestellt werden. Diese Anträge müssen ebenfalls bis zum 30. September 1955 eingereicht sein. Alle genannten Termine sind sogen. Ausschluß-Fristen und müssen unbedingt eingehalten werden, da sonst keinerlei Ansprüche nach Ablauf dieser Zeit geltend gemacht werden können.

Kubel gibt keine Auskunft

nid Hannover, 19. April

Die vielfach aufgetretene Ansicht, daß die Zahl der Betriebsprüfer und der Steuerfahndungsbeamten in Niedersachsen höher sei als in Nordrhein-Westfalen, ist vom niedersächsischen Finanzministerium bisher nicht widerlegt worden. Minister Kubel (SPD) hat einen Antrag des Bundes der Steuerzahler, die Zahl dieser Beamten bekannt zu geben, abgelehnt. Die Ablehnung des am 13. Dezember 1954 eingereichten Antrages traf am 17. März 1955 ein. Eine Begründung zu dieser Ablehnung wurde vom Bund der Steuerzahler nicht bekanntgegeben.

Niedersachsen wählt am 24. April einen besseren Landtag

„Der Staat fängt für uns erst bei Deutschland an!"

Bundestagsabgeordneter Dr. Erich Mende (FDP) sprach in Göttingen

Im Rahmen des auf dem Höhepunkt angelangten Wahlkampfes sprach für die Freien Demokraten am Montagabend in der Göttinger Oberschule für Jungen vor vollbesetzter Aula Dr. Erich Mende, Ritterkreuzträger des Zweiten Weltkrieges und einer der bekannteren Bundestagsabgeordneten der FDP, der besonders durch seine sachkundige Beurteilung der Wehrfragen hervorgetreten ist.

Dr. Mende beklagte eingangs das Übermaß von Wahlen in der Bundesrepublik: 1953 Bundestagswahl, 1954 Wahlen zu vier Landtagen, 1955 Wahlen zu zwei Landtagen usw. Leider sei der Vorschlag der FDP, die Wahlen zu sämtlichen zehn Landtagen auf einen Tag in den Jahren mitten zwischen den alle vier Jahre stattfindenden Bundestagswahlen zu legen, bisher nur eine Anregung geblieben. Dann ging der Redner über zu der Frage, ob in Niedersachsen die Chance zu einer „Wachablösung" gegeben sei, die er bejahte.

Bei der Darlegung der staatspolitischen Grundsätze der FDP bekannte sich Dr. Mende zum „dezentralisierten Einheitsstaat" unter Ablehnung eines überspitzten Föderalismus. „Wir haben über 120 Minister und über 2000 Abgeordnete in der Bundesrepublik", und unsere Repräsentationswut sei oft grotesk. Wenn der Bundeskanzler 60 Kilometer von Bonn entfernt, in Düsseldorf, einen „Staatsempfang" erlebe, so sei dies nicht mehr zu rechtfertigen. „Für uns sind die Länder nicht Staaten, sondern notwendige Verwaltungseinheiten. Der Staat fängt für uns Freie Demokraten erst bei Deutschland an!", rief Dr. Mende unter dem lebhaften Beifall der Zuhörer aus. „Wir wollen nur eine Reichshauptstadt Berlin, nicht eine Bundeshauptstadt Bonn mit ihrem provinziellen Charakter!" Darum sei eine Neuordnung des Bundes schon jetzt nötig, Hand in Hand mit einer Rationalisierung, die die kommunale Selbstverwaltung stärke. Auf diese Weise könnten jährlich drei Milliarden eingespart werden. Und wenn man an die Stelle von zehn Länderfinanzministerien ein einziges Bundesfinanzministerium setze, könnte noch eine weitere Milliarde jährlich eingespart werden.

Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehe die FDP voll mit der CDU einig; schließlich sei es ja die FDP gewesen, die den jetzigen Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard (CDU) auf den Stuhl gehoben habe. Die FDP sei entschiedener Gegner aller Bestrebungen, das Eigentum auszuhöhlen und sie bekämpfe daher die Neigung des Staates, die auch bei uns in der Bundesrepublik — in Bonn wie in Hannover beispielsweise — ständig spürbar sei, sich immer mehr in das Wirtschaftsleben einzuschalten. Die Sozialpolitik brenne der FDP heute auf den Nägeln. Das Rentenwesen sei zu einem undurchdringlichen Dschungel geworden: 21 Millionen einzelne Renten, die derzeit bezahlt werden, müßten übersichtlicher und einfacher gestaltet werden, unter Bevorzugung der Witwen, Waisen und Schwerstbeschädigten.

Zur Kulturpolitik nahm Dr. Mende mit ein paar scharf umrissenen Sätzen Stellung. „Es kommt im religiösen Raum nicht so sehr auf das Bekenntnis an, sondern auf die Betätigung des Bekenntnisses, in einem Tatchristentum. Man sollte den Namen des Gottessohnes tunlichst aus dem Wahlkampf heraus lassen. Ist es nicht an der Zeit, angesichts der Bedrohung durch den Antichristen sich zusammenzuschließen?", fragte Dr. Mende unter lebhafter Zustimmung der Versammlung. Daher trete die FDP für die christliche Gemeinschaftsschule ein. Wenn man in der CDU in der Führung beide Konfessionen zusammenführe, sei es widersinnig, die Kinder in der Schule konfessionell zu trennen.

Den Schluß der Ausführungen Dr. Mendes bildete die Außenpolitik, die dem Redner besonders ans Herz gewachsen ist. Er rechtfertigte die Haltung der Freien Demokraten zu den vier Pariser Verträgen. Die Saarentscheidung sei nun gefallen und werde von der FDP in demokratischer Weise hingenommen, doch ohne Schmälerung des Rechtes zur Kritik. Die Nachkriegszeit empfinde er, Mende, als drei Phasen: bis 1950 als Phase des Überlebens, bis 1955 als Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs, und die jetzige Zeit als Phase der Verhandlungen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung. Zwar sei das Modell Österreich nicht einfach auf Deutschland zu übertragen, aber in der Zeit zwischen der Verabschiedung der Verträge und ihrer Verwirklichung (der Aufstellung der 12 westdeutschen Divisionen), die Mende auf drei bis sechs Jahre veranschlagt, sei Gelegenheit genug zu Verhandlungen. Noch in diesem Jahr könne ein optimistischer Prophet ein Treffen der vier Außenminister erwarten, die eine Kommission für die Vorarbeiten einer gesamtdeutschen Wahl einsetzen; für 1956 könne eine neue Außenministerkonferenz erwartet werden, für 1957 die Wahl zu einer Gesamtdeutschen Nationalversammlung mit dem Ergebnis einer provisorischen Reichsregierung, die beide die gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten hätten; Ende 1958 könne diese Verfassung fertig sein, und Ende 1959 wären Wahlen zum ersten Deutschen Reichstag denkbar, so daß 1960 Friedensverhandlungen geführt werden könnten.

Der wäre ein Zeitplan der Optimisten.

Im ganzen hatte Dr. Mende ein vollständiges Bild dessen entworfen, was die FDP erstrebt und wie sie sich die Verwirklichung denkt.

Für den Magen Nervogastrol Hermann Heilmittel

Verkäufe

Kleiderschränke in allen Größen sehr preisgünstig **Möbel-Körber** Stumpfebiel 6

Bett mit Spiralrahmen, 3teil. Matr., passend, Nachttisch, preisw. zu verk. Geismar, Hauptstraße 6, I. links

Neuzeitl. Schlaufer-Garnituren Bello-Quentin, Telefon 6050 Stumpfebiel 7, neben Möbel-Körber

Zu verkaufen, auch einzeln: Büfett, Credenz, runder Tisch, 6 Stühle, Eiche, gut erhalten, Schreibkommode, Kirschbaum, runder Rechentisch. Wiesenstraße 7, Hinterhaus

Korbkinderwagen zu verkf. Zu erfr. im Gött. Tgbl.

Gebr. Gartengeräte zu verkaufen, Rosdorfer Weg 15, I.

Polstermöbel u. Matratzen immer gut u. am preisgünstigsten direkt a. unser. Fabrikationsbetrieb. Auf Wunsch Teilzahlung! E. Michalski, E. Hennigs, Göttingen, Berthaustr. 4, Bushaltestelle: Kreuzbergring

SCHREIBTISCHE in Qualität ungewöhnlich niedrige Preise ODA Jüdenstraße 18, Hofgb.

Fuder Mist zu verkaufen. Weende, Klosterweg 4

HOB-Tabak echt amerikanischer Zigaretten-Tabak-Bruch 50 g nur 50 Dpf. Pfeifen-Düttmann, Weender Str. 55

Wegen Umzug zu verkf.: Paidibettchen 60×100, Fahrradsitzchen, mod. elfb. Küchenschrank, Elektro-Kleinherd, Deckenlampe, Brotschneidemaschine. Rein, Feuerschanzengraben 11

Heu verkauft Spanbeck Nr. 20

GRITZNER Nähmaschinen Caspari & Co. Göttingen, Goethe-Allee

Mädchen-Samtkleid und Blusen Alter 15—17 J., Valmelin-Mantel, Gr. 44, äußerst billig zu verkauf. Zu erfragen im Göttinger Tagebl.

1 Gartentisch, 3 Gartenstühle, 1 Flurgarderobe zu verkaufen. Zu erfragen im Göttinger Tagebl.

Sofa, 1,50 m lang gut erh., preiswert zu verkaufen. Zu erfragen im Göttinger Tagebl.

Gebr. Schlafzimmer (rosé) 450,— DM, zu verkaufen. Telefon 2800

Bl. Complet, Wolle Diagonal, m. Rock u. Kleid, Beige-Kostüm m. hell. Streifen, Kleider, Blusen, Mäntel, Gr. 46/48, zu verk. Zu bes. Don. u. Freitag vorm. bis 13 Uhr Am Steinsgraben 24 ptr. I.

Liege, 30 DM zu verkauf. Dr. F., Theaterplatz 8

Nähmaschine zu verkaufen. Besichtig. 13-14 Uhr. Nikolausberger Weg 30, I.

Mehrere Chaiselongues preiswert Karl Ehelebe, Polstermeister, Lange Geismarstraße 40

3 kompl. Garnituren fast neu, f. 14-15jähr. Kommunion, Größe 42-43, für 30 DM zu verkauf. Adresse im Göttinger Tageblatt.

Korbkinderwagen m. Matratze sehr gut erh., für 50 DM zu verk. Adresse im Göttinger Tageblatt.

Gr. Korbkinderwagen gut erh., zu verkaufen, Preis 45.-. Zu erfragen im Göttinger Tagebl.

Kaufgesuche

Deuerlich kauft ständig wissenschaftliche Literatur (Einzelwerke u. Bibliotheken) Weender Str. 33 · Ruf 2247

Kaufe laufend zu hohen Preisen! Antike Möbel, Kommoden, Sekretäre, Schränke, Kleinmöbel usw., Zinn-, Messing- u. Kupfergegenstände, Perser-Teppiche und Silbersachen, gute Gemälde, Barockspiegel, Granat, Brillantschmuck u.a.m. Antiquitätenhandl. S. BOHM, Göttingen, Barfüßerstr. 13 Tel. 4860

Ballon-Roller gesucht. Ang. unt. N 5283 an G. T.

Brutapparat zu kaufen gesucht. Angebote unter H 5364 an Göttinger Tageblatt.

Damenfahrrad zu kaufen gesucht. Angebote unt. G 5285 an Göttinger Tageblatt.

Kantholz, Bretter auch Platten zu kaufen gesucht. Angeb. unt. U 5365 an Gött. Tgbl.

Suche sofort 20 Zentner mittelfrühe Speise-Pflanzkartoffeln (Heida od. andere) aus ges. Bestand). Angeb. unt. C 5361 an Gött. Tgbl.

Ein 8—10fach **Zigarettenautomat** und 4 fach Gefachautomat zu kaufen gesucht, Angebote unt. K 5356 an Göttinger Tageblatt.

Über 100 Jahre alte Möbel (auch beschädigt), Kristallkronen, lose Prismen, Gläser, Porzellane, Zinn usw. von Privat gesucht. Zuschriften erb. unt. H 5322 an G. T.

Versteigerungen

Zwangsversteigerung

Donnerstag, den 21. April 55, um 11 Uhr, versteigere ich im Pfandlokal, Bahnhofstraße 8, öffentlich gegen Barzahlung: 1 Staubsauger, Herrensocken, Damen- u. Kinderstrümpfe, Sporthemden, Strickwolle, 1 Vitrine, 2 Sessel, 1 Wohnzimmerschrank, 1 Teppich, 1 Couch, 1 Chaiselongue, 1 Radiogerät.

Um 15 Uhr in Weende, Treffpunkt Gasthaus Koch: (Voraussichtlich) 2 Schreibtische, 5 Sessel, 1 Vitrine, 1 Kacheltisch, 1 Wohnzimmerschrank, 1 Couch, 1 Anrichte, 1 Kofferschreibmaschine, 1 Filmkamera, 1 Büfett, 1 elektr. Kochherd, 1 Frisiertoilette.

Freitag, den 22. 4. 55, um 10 Uhr in Waake, Treffpunkt Tankstelle: 1 Wohnzimmerschrank, 1 Küchenbüfett, 1 Sofa, 1 elektr. Kochherd.

Um 11 Uhr in Bösinghausen: 1 Couch, 1 Büfett, 1 Nähmaschine, 1 Schreibmaschine, 1 Sofa.

13 Uhr in Ebergötzen, Treffpunkt Gasthaus Koch: 1 Schnellwaage.

Martens, OGV.

Ehewünsche

Schuldl. gesch. Mann, in sicherer Position, 36 Jahre, 1,70 groß, evgl., mit viel Herzensgüte, sucht eine gute Mutter für seine beiden Kinder. Zuschr. erb. unt. F 5345 an GT.

Verdingungen

Verdingung

Für die Erweiterung des Stadthauses in Göttingen sollen die
1. Zimmererarbeiten,
2. Dachdeckerarbeiten,
3. Klempnerarbeiten
öffentlich vergeben werden.

Angebotsmuster können ab Donnerstag, den 21. April 1955, 10 Uhr, im Stadtbauamt, Zimmer 66, gegen Erstattung der Unkosten abgeholt werden. Aufschläge werden in Zimmer 64 des Stadtbauamtes erteilt.

Die Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, am Montag, dem 2. Mai 1955
zu 1. um 9.00 Uhr,
zu 2. um 9.10 Uhr,
zu 3. um 9.20 Uhr
an das Stadtbauamt, Zimmer 16, zurückzureichen.

Die Öffnung der Angebote erfolgt in Gegenwart der erschienenen Bieter.

Göttingen, am 18. April 1955.
Stadt Göttingen
— Stadtbauamt —

Abbildung 27: GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1955, S. 3: „Vergleichszahlen für die Landtagswahl"

Auch Ereignisse der Lokalpolitik wurden zum Thema gemacht. Keinen guten Eindruck hinterließ die FDP bei der Göttinger Senatorenwahl. In der Ratssitzung, in der der Oberbürgermeister und Senatoren – ehrenamtliche Mitglieder des Verwaltungsausschusses – gewählt wurden, stellten sich FDP-Politiker bei den Abstimmungen gegen eigene Kandidaten. Was war passiert? Laut GP hatte sich ein Flügel um den FDP-Politiker *Dr. Hans Reichardt* gebildet, der den ehemaligen Oberstadtdirektor *Dr. Erich Schmidt* als neuen Oberbürgermeister an Stelle von Föge durchsetzen wollte. Die FDP-Fraktion spaltete sich in zwei Lager, die einerseits aus den Anhängern Föges und andererseits aus den Gegnern Föges bestanden. Da man „den Feind in den eigenen Reihen" nicht wählen wollte, vermutete die GP, hätten einige Ratsmitglieder den Kandidaten des *Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten* (BHE) anstatt ihren eigenen gewählt.[174]

Sowohl GT als auch GP berichteten zunächst negativ über das Geschehen:

Nicht alle neun Senatoren trugen die für solche Gelegenheiten passenden Mienen zur Schau, als sie sich im Anschluß an die letzte öffentliche Ratssitzung dem Photographen stellten. Einige Mitglieder des neuen Verwaltungsausschusses blicken sogar recht sorgenvoll wegen des Ergebnisses der Senatorenwahl in die Kamera und in die nächste Zukunft. Unser Bild zeigt von links die Senatoren Jeep, Kraft (Bürgermeister), Dr. Brettschneider, Föge (Oberbürgermeister), von Thadden, Dr. Harmsen, Förster, Jünemann und Peuster.

Abbildung 28: GÖTTINGER TAGEBLATT, 7. April 1955, S. 9: Göttinger Senatoren 1955

Dr. Reichardt wurde ausgeschlossen

Bei der Göttinger FDP gibt es Überraschungen am laufenden Band

Die verhängnisvolle Senatorenwahl stand wieder einmal zur Debatte

Wie uns gestern Oberbürgermeister Föge auf Anruf bestätigte, ist der langjährige Vorsitzende der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Göttinger, Dr. Hans Reichardt, aus der Fraktion der FDP ausgeschlossen worden. Anlaß für diesen Ausschluß war die sensationelle Wahl der Göttinger Senatoren, bei der sich die FDP spaltete und zum Teil ihre Stimmen der Deutschen Reichspartei gab. Unbekannt blieb, welche parteilichen Disziplinarmaßnahmen die FDP gegen ihre drei weiteren Ratsmitglieder, die sich wie Dr. Reichardt ebenfalls zur DRP geschlagen haben müssen, unternimmt. Dr. Reichardt hat Göttingen verlassen und ist verreist.

Bei der Göttinger FDP haben die Überraschungen in den letzten Jahren nicht aufgehört. Bereits lange Zeit schwelt und knistert es nicht nur in der Fraktion dieser Partei, sondern auch in der örtlichen Organisation.

Immer wieder wurde versucht, die Spannungen zu beseitigen, und sie zumindest nicht in aller Öffentlichkeit auszutragen.

Bekanntlich gelang es jedoch den Schlichtern bei der Göttinger Senatorenwahl am 5. April dieses Jahres nicht mehr, die offene Rebellion des sogenannten Reichardt-Flügels zu verhindern.

Bei der Stimmabgabe für die zu wählenden Göttinger Senatoren schlugen sich offensichtlich vier Mitglieder der FDP, deren Namen jetzt überall bekannt sind, zur Deutschen Reichs-Partei, die mit dem BHE zusammen im Göttinger Rat eine Fraktion bildet.

Deshalb trat der bemerkenswerte Zustand ein, daß die FDP trotz ihrer 14 Sitze im Rat nur zwei Senatoren zugesprochen bekam, während die Deutsche Reichs-Partei zusammen mit dem BHE bei acht Ratssitzen drei Senatoren erhielt.

*

Diese Spaltung der FDP-Fraktion schlug hohe Wellen, die innerhalb der Partei zu heftigen Auseinandersetzungen führte. In kommunalpolitischen Kreisen wurde bekannt, daß Dr. Reichardt der Initiator der Rebellion gewesen sein soll.

Inwieweit die drei anderen Mitglieder der FDP auch „tätig" waren, oder Dr. Reichardt gegen den Flügel Föge-Jünemann verteidigten, blieb unbekannt.

Jedenfalls war Dr. Reichardt langjähriger Vorsitzender der FDP-Fraktion, einer ihrer maßgeblichen Männer und einer derjenigen Ratsherren, ohne den in Göttingen kaum etwas in der Kommunalpolitik unternommen werden konnte.

Da es aber im Verwaltungsausschuß der Stadt nun praktisch so ist, daß die Deutsche Reichspartei zusammen mit dem BHE über alle Vorgänge entscheidend mitbestimmt, obwohl die Sitzzahl dieser Fraktion verhältnismäßig gering ist, drang man offenbar in der FDP darauf, „klare Fronten" zu schaffen. Man wollte lieber einen heftigen Knall, als noch weitere Überraschungen dieser Art.

*

Dr. Reichardt soll der Sitzung der FDP-Fraktion, in dem sein Ausschluß beschlossen wurde, nicht mehr beigewohnt haben. Ein sehr „scharfer Brief", den er an die Fraktion richtete, wurde verlesen.

Was mit den anderen drei Fraktionsmitgliedern geschehen soll, ist noch unklar. Offenbar wird Dr. Reichardt auch weiterhin der FDP als Parteimitglied angehören. Ob er sein Mandat als Ratsherr niederlegt, ist fraglich. Er kann auch als fraktionsloses Mitglied dem Rat angehören.

Kommunalpolitische Kreise erklärten gestern, daß der Ausschluß von Dr. Reichardt offenbar deshalb aus der FDP-Fraktion erfolgt sei, um jetzt vor der Landtagswahl nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die FDP mit der Deutschen Reichs-Partei paktiere. Ob allerdings, wie gestern eine lancierte Nachricht lautete, die „FDP-Fraktion nunmehr wieder geschlossen in der Ratsarbeit" steht, wird die Zukunft erst erweisen. Es erscheint sehr zweifelhaft.

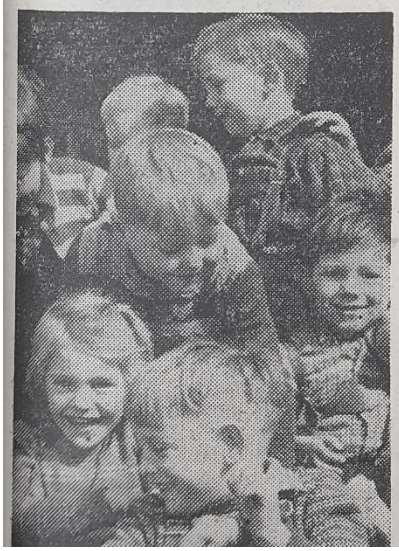


Abbildung 29: GÖTTINGER PRESSE, 15. April 1955, S. 4: „Bei der Göttinger FDP gibt es Überraschungen am laufenden Band"

In den darauffolgenden Tagen lieferte die Göttinger FDP das Bild einer zerstrittenen Partei. Zehn Tage später hatten die Diskussionen zur Folge, dass Reichardt aus der FDP-Fraktion ausgeschlossen wurde. Die GP folgerte:

> „Bei der Göttinger FDP haben die Überraschungen in den letzten Jahren nicht aufgehört. Bereits lange Zeit schwelt und knistert es nicht nur in der Fraktion dieser Partei, sondern auch in der örtlichen Organisation. […] Immer wieder wurde versucht, die Spannungen zu beseitigen, und sie zumindest nicht in aller Öffentlichkeit

auszutragen. […] Kommunalpolitische Kreise erklärten gestern, dass der Ausschluss von Dr. Reichardt offenbar deshalb aus der FDP-Fraktion erfolgt sei, um jetzt vor der Landtagswahl nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die FDP mit der Deutschen Reichs-Partei paktiere. Ob allerdings, wie gestern eine lancierte Nachricht lautete, die ‚FDP-Fraktion nunmehr wieder geschlossen in der Ratsarbeit' steht, wird die Zukunft erweisen. Es erscheint sehr zweifelhaft."[175]

Während selbst das GT anfangs die Senatorenwahl und die Rolle der FDP überwiegend negativ darstellte,[176] versuchte es jedoch später, die Geschlossenheit der liberalen Partei zu demonstrieren, indem sie Briefe von Föge von Reichardt abdruckte:

Die FDP steht geschlossen hinter Hermann Föge

Durch die Berichterstattung in der Presse über Meinungsverschiedenheiten in der hiesigen FDP-Fraktion betr. Wahlen zum Verwaltungsausschuß, den uns die neue Gemeindeordnung beschert hat, ist leider der Eindruck erweckt worden, daß es innerhalb der hiesigen Freien Demokratischen Partei zu grundsätzlichen politischen Meinungsverschiedenheiten gekommen sei. Davon kann aber keine Rede sein! Bei den Auseinandersetzungen handelt es sich lediglich um persönliche Differenzen über personelle Fragen innerhalb der Fraktion, die zum Teil von Personen, die gar nicht der FDP angehören, hineingetragen worden sind. Diese Dinge spielen aber bei den bevorstehenden Landtagswahlen gar keine Rolle. In der hiesigen Demokratischen Partei, der ich seit den zwanziger Jahren angehöre, haben noch niemals „Richtungskämpfe" zwischen „Fronten" stattgefunden und die wird es auch in Zukunft nicht geben! Die Haltung der Partei ist stets klar und eindeutig gewesen, vor allem auch hinsichtlich der Landespolitik. Und diese Politik wurde und wird vertreten und repräsentiert durch unseren langjährigen Partei-Vorsitzenden und Landtagsabgeordneten Hermann Föge, den die FDP auch dieses Mal wieder einstimmig für den Niedersächsischen Landtag nominiert hat.

Dr. H. Reichardt

Abbildung 30: GÖTTINGER TAGEBLATT, 16. April 1955, S. 15: „Die FDP steht geschlossen hinter Hermann Föge"

Die Spannungen in der Göttinger FDP könnten sich auf das Wahlverhalten der Göttinger Bürger ausgewirkt haben.

Bevölkerungsgruppen und Parteien

In diesem Kapitel wird untersucht, welche Milieus beim Landtagswahlkampf 1955 von den einzelnen Parteien in den untersuchten Zeitungen ausgesprochen wurden. Hier steht die Frage im Vordergrund, inwieweit sich unter diesem Aspekt Unterschiede zur Bundesebene finden ließen. Herangezogen wurden bei der Untersuchung Wahlanzeigen, Kommentare der Parteien und die Vorstellung ihrer Kandidaten in den Zeitungen. Zur allgemeinen Übersicht zunächst eine Zusammenfassung aller aufgestellten Kandidaten:

Name	**Partei**	**Funktionen**	**Geboren**	**Beruf**	**Wahlkreis**
Hermann Föge	FDP	- Oberbürgermeister Göttingen - Landtagsabgeordneter	1878	Rechtsanwalt und Notar	Göttingen-Stadt
Georg Grothey	FDP	- Mitglied des Kreistags - Landrat	1891	Schmied, Schlosser, Dreher Landwirt	Göttingen-Land
Peter von Oertzen	SPD		1925	Wiss. Mitarbeiter am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen	Göttingen-Stadt
Ernst Fahlbusch	SPD	- Mitglied des Niedersächsischen Landtags seit 1947 - Landrat - Vorsitzender des SPD-Unterbezirks	1894	Redakteur (VOLKSBLATT) Feinmechaniker, Werkmeister	Göttingen-Land
Klaus von Eickstedt	CDU	- Bezirksgruppen- und Kreisverbands-vorsitzender - Beauftragter der Männerarbeit des EkiD in Südhannover	1891	Leiter Ev. Hilfswerk und Innere Mission Südhannover	Göttingen-Stadt
Theodor Deppe	CDU	- Kreisvorsitzender	1894	Landwirt	Göttingen-Land
Hans Deutsch	DP		1928	Maschinen-schlosser, Techn. Zeichner,	Göttingen-Stadt

				Herausgeber Segelflug-Zeitschrift THERMIK	
Hermann Häsemeyer	DP		1895	Rechtsanwalt	Göttingen-Land
Alfred Förster	GB/BHE	- Kreisvorsitzender BHE - Ratsherr, Senator, stv. Bürgermeister Göttingen	1900	Verwaltungs-beamter	Göttingen-Stadt
Heinrich Herbold	GB/BHE	- Erster Kreisvorsitzender BHE - Mitglied des Kreistags	1907	Unternehmer	Göttingen-Land
Adolf von Thadden	DRP	- Ehem. Mitglied des Bundestags - Ratsherr, Senator	1921	Vor dem Krieg: Landwirt. Lehre	Göttingen-Stadt

Tabelle 2: Kandidaten Niedersächsische Landtagwahl 1955

Die Göttinger FDP legte ihren Schwerpunkt im GT unter anderem in Kommentaren zur Entnazifizierungsdebatte. Ausdrücklich betonten die Kritiker des nationalliberalen Flügels der FDP, dass nichts gegen ehemalige NSDAP-Mitglieder zu sagen sei, die der „Unmenschlichkeit und Würdelosigkeit der Diktatur innerlich abgeschworen haben“.[177] Scharf verurteilt werde jedoch, wenn „politische Ambitionen“ nicht als „zufälliger Fehlschritt“ zu werten waren. Auch Landtagskandidat *Hermann Föge* vertrat diese Ansicht und äußerte sich im Wahlkampf dazu. In einem Kommentar im GT wurde er aufgrund seiner Einstellung sowohl gegen die Entnazifizierung als auch gegen das *Nazi-Unrecht* positiv dargestellt:

Es geht um die „innere Wiedervereinigung“

OB Föge war gegen das Nazi-Unrecht wie gegen das der Entnazifizierung

Die West-Alliierten — von den Sowjets wollen wir gar nicht erst reden! — waren sehr schlecht beraten, als sie uns nach der bedingungslosen Kapitulation die sogenannte Entnazifizierung bescherten. Dieses Verfahren war nicht nur rechtswidrig, sondern auch völlig wirkungslos. Es konnte nicht wirksam werden, weil eine Umerziehung von einer Gesinnung zu einer anderen niemals durch Gesetze und Strafmaßnahmen erreicht wird. Die Rechtswidrigkeit bestand darin, 1. daß man keine Gesinnung bestrafen kann, 2. daß es den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht, wenn man von einem Beschuldigten verlangt, daß er selbst seine Unschuld nachweist, anstatt daß die Anklage seine Schuld beweist, 3. daß es den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht, eine Tat zu bestrafen, die zum Zeitpunkt ihres Begehens nach dem geltenden Recht straffrei war, 4. daß es den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht, Kollektivurteile zu fällen.

Die Freien Demokraten haben die Entnazifizierung von Anfang an abgelehnt. Da in vielen Fällen das Entnazifizierungsverfahren darüber hinaus von der SPD dazu mißbraucht wurde, um bestimmte Beamte aus ihren Stellungen zu werfen, um Platz für die eigenen Anhänger zu schaffen, haben die FDP-Vertreter dies mit allen Mitteln zu verhindern versucht. Sofern eine Opposition hiergegen aussichtslos war, verließen die FDP-Angehörigen unter Protest die Entnazifizierungsausschüsse. Auf der anderen Seite hat die FDP stets den Standpunkt vertreten, daß die wirklich Schuldigen und die Verbrecher des dritten Reiches nach den Strafgesetzen in ordentlichen Gerichtsverfahren verurteilt werden. Es sollten ferner alle die aus ihren Stellungen entfernt werden, denen die fachliche Qualifikation fehlte und die nur durch ihre nationalsozialistische Einstellung zu Amt und Würden gekommen sind.

Als erste brachten die Freien Demokraten — ihnen allen voran OB Föge — den Mut auf, das Entnazifizierungsverfahren gegenüber der Militär-Regierung abzulehnen. Föge selbst hat so oft und so nachdrücklich gegen das Entnazifizierungunrecht Stellung genommen, daß sein Eintreten nur mit dem klassischen „ceterum censeo . . .“, „Im übrigen meine ich . . .“ zu vergleichen ist. Außerdem hat Föge durch seinen energischen persönlichen Einsatz vielen geholfen, die durch das Entnazifizierungsverfahren bedroht waren. Als dann endlich der Gesetzentwurf zur Beendigung der Entnazifizierung im Landtag vorlag, waren es wieder die Freien Demokraten Föge und Hedergott, die den Entwurf am nachhaltigsten unterstützten, während z. B. Abgeordnete des BHE und die beiden Abg. der DRP dem Gesetz ihre Zustimmung versagten.

Inzwischen ist die Entnazifizierung — Gott sei Dank — zu Grabe getragen. Aber ist damit das Problem schon gelöst? Machen wir uns doch nichts vor: Wenn nach außen hin auch alles beendet ist, im Stillen schwelt dieser Gegensatz zwischen denen, die — wirklich oder scheinbar — „pro“ oder „anti“ waren, weiter. Diese Kluft im Innern unseres Volkes vom Nationalsozialismus aufgerissen und durch die unglückselige Entnazifizierung verstärkt, muß endlich überbrückt werden. Unsere Aufgabe ist es, hier eine Versöhnung, eine innere Wiedervereinigung — wenn man so will — herbeizuführen. Dabei ist vor allem die kollektive Denkweise — das Urübel aller politischen Übel — zu verdammen. Wir sollten das Problem vom menschlich-persönlichen her sehen. Jeder, der im dritten Reich keine Verbrechen begangen hat und den heutigen Staat ehrlich bejaht, soll ein völlig gleichberechtigtes Mitglied unserer Gesellschaft sein, und wir wollen vergessen, daß er früher einmal einen Dienstgrad in der Partei hatte. Das Recht auf einen politischen Irrtum muß gewahrt bleiben, wobei allerdings ein solcher Irrtum keineswegs ein politischer Befähigungsnachweis ist, wie manche meinen.

Das heißt nun aber nicht, daß wir neonazistische Tendenzen übersehen oder dulden wollen. Es gibt noch genug Leute, bei denen man das „Blut-und-Boden-Denken“ aus jedem Satz herausspürt. Diese sollten wir in ihre Schranken weisen und verhindern — allerdings ohne allgemeine diskriminierende Bestimmungen, sondern von Fall zu Fall — daß sie sich wieder an den entscheidenden Stellen unseres Staates einnisten. Den ewig Unbelehrbaren, die noch immer von ihrem „Tausendjährigen Reich“ träumen, sei kein Pardon gewährt. Doch alle, die guten Willens sind, sollen auf Grund dessen, was sie einmal waren, weder benachteiligt noch bevorzugt werden. Nur so kommen wir zu dem inneren Frieden, den wir für die kommende Entwicklung zu einem vereinigten Deutschland hin brauchen.

Oberbürgermeister Föge, der stets unentwegt und unbeirrt für das Recht eingetreten ist, und dem nationalsozialistischen Unrecht ebenso die Stirn bot, wie später dem Unrecht der Entnazifizierung, scheint uns ein Garant einer solchen inneren Wiedervereinigung zu sein.

W. D. Ekkehard Bini

Wähle!

Pomm Fritz, zu wiederholten Malen,
hört hier und dort in puncto Wahlen
von manchem Bürger, wo auch immer:
„O nein, ich wähle nie und nimmer!“
Und just im selben Atemhauche
leert weiter er nach altem Brauche
gleich seinen ganzen Zorneskübel:
die Steuern seien sehr vom Übel...
daß man den kleinen Mann vergäße...
wenn er in der Regierung säße,
dann würde er schon Ordnung schaffen...
Nun kurz: er schießt mit schwersten Waffen
auf alle staatlichen Gebilde.
Pomm Fritz hört zu und lächelt milde.
Dann weist er sanft ihn in die Schranken
und bringt ihn erst auf den Gedanken,
daß Kritik ohne Tatenstütze
ihm sozusagen gar nichts nütze!
Doch seine Stimme, das sei's eben,
die könnte mal den Ausschlag geben!
Pomm Fritz mit Argumenten wuchtet.
Wir hoffen alle, daß es fruchtet
und er es nicht umsonst erzähle.
Drum: Wähle wen du willst — doch wähle!

Abbildung 31: GÖTTINGER TAGEBLATT, 23. April 1955, S. 16: „Es geht um die ‚innere Wiedervereinigung‘“

In diesem Kommentar wurde der SPD der *Vorwurf* gemacht, die Entnazifizierung nur deshalb gefordert zu haben, um ihren eigenen Vorteil daraus zu ziehen:

> „Da in vielen Fällen das Entnazifizierungsverfahren darüber hinaus von der SPD dazu missbraucht wurde, um bestimmte Beamte aus ihren Stellungen zu werfen, um Platz für die eigenen Anhänger zu schaffen, haben die FDP-Vertreter dies mit allen Mitteln zu verhindern versucht.“[178]

Nur die „wirklich Schuldigen des Dritten Reiches“ sollten nach Meinung der FDP in ordentlichen Gerichtsverfahren verurteilt werden. Weiter hieß es:

> „Inzwischen ist die Entnazifizierung – Gott sei Dank – zu Grabe getragen. Aber ist damit auch das Problem schon gelöst? Machen wir uns doch nichts vor: Wenn nach außen hin auch alles beendet ist, im Stillen schwelt dieser Gegensatz zwischen denen die – wirklich oder scheinbar – ‚pro‘ oder ‚anti‘ waren, weiter. Diese Kluft im Innern unseres Volkes vom Nationalsozialismus aufgerissen und durch die unglückselige Entnazifizierung verstärkt, muss endlich überbrückt werden. Unsere Aufgabe ist es, hier eine Versöhnung, eine innere Wiedervereinigung – wenn man so will – herbeizuführen. Dabei ist vor allem die kollektive Denkweise – das Urübel aller politischen Übel – zu verdammen. Wir sollten das Problem vom menschlich-persönlichen her sehen. Jeder, der im dritten Reich keine Verbrechen begangen hat und den heutigen Staat ehrlich bejaht, soll ein völlig gleichberechtigtes Mitglied unserer Gesellschaft sein, und wir wollen vergessen, dass er früher einmal einen Dienstgraf in der Partei hatte. Das Recht auf einen politischen Irrtum muss gewahrt bleiben, wobei allerdings ein solcher Irrtum keineswegs ein politischer Befähigungsnachweis ist, wie manche meinen.“[179]

Obwohl später hinzugefügt wurde, dass neonazistische Tendenzen in der Partei nicht geduldet würden und Hermann Föge den Nationalsozialismus bekämpft habe, wird dennoch deutlich, dass die FDP das im ersten Nachkriegsjahrzehnt in Göttingen starke rechte Milieu an sich binden wollte, bei dem die Antipathie gegen britische Besatzungsmacht und Entnazifizierung negativ verankert war. Auch Föges Antipathie gegenüber der britischen Militärregierung kam im GT zur Sprache:

> „Hermann Föge hat in den langen Jahren seines Wirkens im öffentlichen und politischen Leben seinen Mann gestanden, sowohl den Nationalsozialisten wie auch den Besatzungsmächten gegenüber. Die Göttinger haben nicht vergessen, wie energisch er in öffentlicher Sitzung im Beisein des damaligen alliierten Stadtkommandanten die Bestimmungen der Haager Konvention der Militärregierung gegenüber vertreten und wie entschieden er sich auch für die zu Unrecht Entnazifizierten und für das Ansehen der Soldaten eingesetzt hat.“[180]

Die britische Militärregierung wurde von Föge oft als „aus britischen Sozis – bestenfalls – bestehend“ bezeichnet.[181]

In der weiteren Vorstellung wurde auf Föges Erfahrungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg eingegangen: Im Ersten Weltkrieg war er im Infanterie-Regiment Hannover und Landessturmbataillon Emden. Besonders ausgiebig würdigte das GT seine langjährigen politischen Erfahrungen.

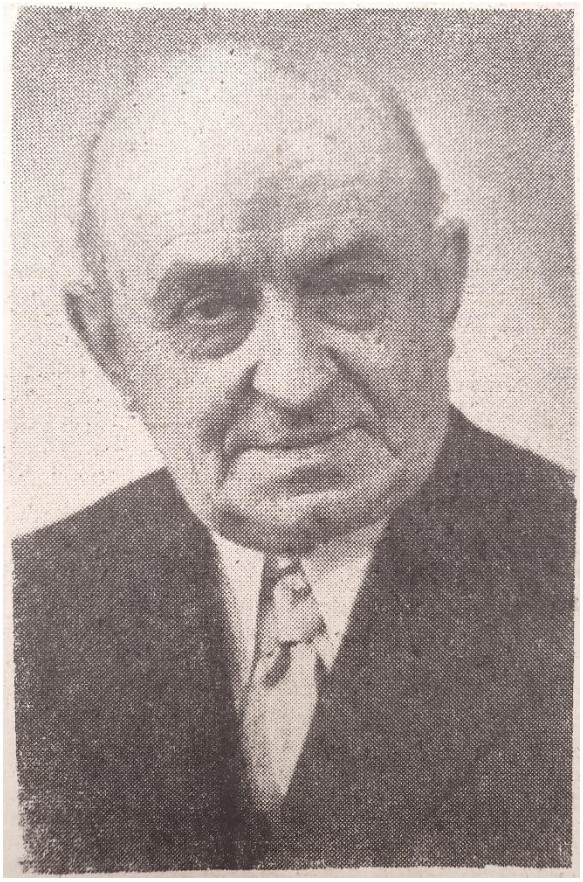
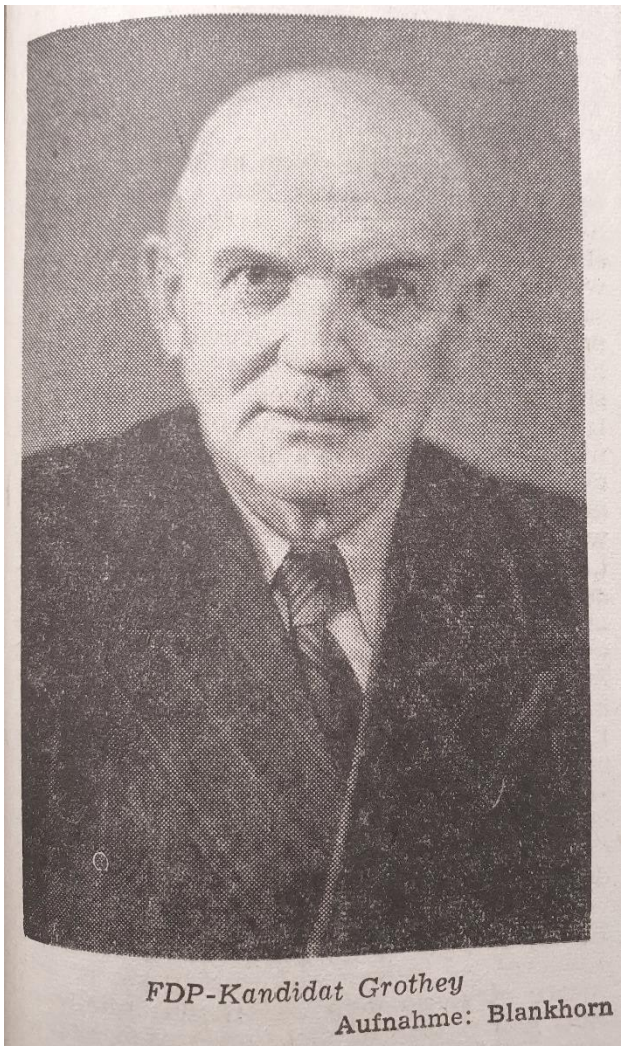


Abbildung 32: Hermann Föge im GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1955, S. 7

Seine politischen Gegner sah Föge vor allem in der SPD, „weil den Herren Genossen der Blick für wirtschaftspolitische Chancen (man muss hinzufügen: in Göttingen) fehlt.“[182] Die Abneigung war unter anderem begründet durch seine Vorbehalte gegen die britische Militärregierung – durch sie sah er die SPD deutlich bevorzugt.[183]



FDP-Kandidat Grothey
Aufnahme: Blankhorn

Abbildung 33: Georg Grothey im GÖTTINGER TAGEBLATT, 16. April 1955, S. 17

Der FDP-Landtagskandidat im Wahlkreis Göttingen-Land *Georg Grothey* wurde im GT beschrieben als „gerader Charakter“ mit „aufrechtem Wesen“, der durch „zielbewusstes Streben größte Sympathien in allen Kreisen der Bevölkerung des Landkreises Göttingen“ erworben habe. Besonders betont wurden seine „aktive“ Teilnahme am Ersten Weltkrieg und davor seine „aktive“ Dienstzeit bei der Kaiserlichen Marine. Zudem wies das GT bewusst auf seine Herkunft hin: Er stamme aus einer Familie, deren Vorfahren seit dem 15. Jahrhundert in Herberhausen ansässig waren und die „im Laufe der Zeit viele ehrenamtliche Stellen in der Heimatgemeinde innehatten.“[184]

Auch auf Georg Grotheys zahlreiche ehrenamtliche Tätigkeiten, vor allem beim Niedersächsischen Landvolk, wurde eingehend hingewiesen.

In ihren Wahlanzeigen wandte sich die FDP vor allem gegen die SPD und rief dazu auf, keine Splitterparteien zu wählen. Gemeint war hier insbesondere die DRP, die mit der FDP am rechten Rand um die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten konkurrierte.

Abbildung 34: GÖTTINGER TAGEBLATT, 23./24. April 1955, S. 16: Wahlanzeige der FDP

Die FDP selbst schien der CDU und DP Wählerstimmen streitig machen zu wollen. In einem Bericht über eine Kundgebung des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion forderte Föge die Rückkehr der „alten preußischen Sauberkeit und Korrektheit" in der Verwaltung Niedersachsens.[185] Diese konservativen Werte sprach eher die Klientel der CDU bzw. DP an. Föge besänftigte die Parteien jedoch gleich wieder, indem er sich zur Koalitionsbildung mit CDU und DP bereit erklärte.[186]

Doch nicht nur die FDP, auch der Mittelstand setzte sich für Hermann Föge ein. Im GT wurde deutlich spürbar, wie die Partei das Klischee der katholischen Milieupartei zu durchbrechen versuchte:

> „Die Zeiten konfessioneller Parteien sei vorüber. Die Christlich Demokratische Union (CDU) ist mit ihren Wählern, Mitgliedern und Führungskräften eine politische Gemeinschaft von Männern und Frauen beider christlichen Konfessionen, die in gegenseitiger Achtung ihres Bekenntnisses im Interesse unseres ganzen Volkes den konfessionellen Frieden fördern und erhalten wollen."[187]

Bei der Vorstellung und Werbung des CDU-Kandidaten für Göttingen-Stadt *Klaus von Eickstedt* wurde nochmals deutlich auf die Überkonfessionalität hingewiesen:

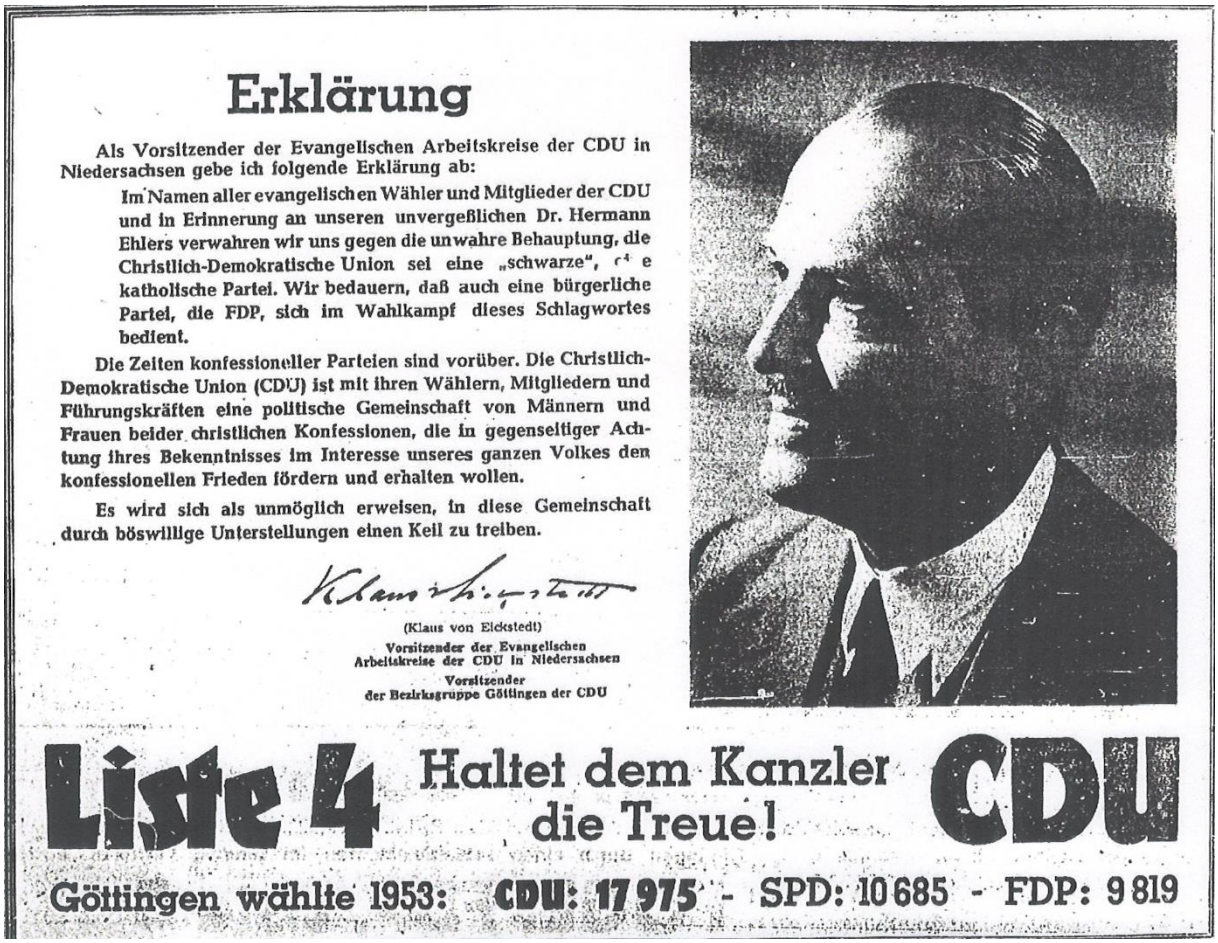


Abbildung 35: GÖTTINGER TAGEBLATT, 23. April 1955, S. 15: Wahlanzeige der CDU: „Haltet dem Kanzler die Treue"

Auch in den Wahlanzeigen wurde häufig auf die erfolgreiche Bundespartei CDU aufmerksam gemacht, klarer Gegner war die Sozialdemokratie:

Abbildung 36: GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1955, S. 9: Wahlanzeige der CDU: „gegen die sozialistische Herrschaft"

Immer wieder wurde zudem Bezug auf die Bundespartei CDU genommen und versucht, das Renommee Adenauers zu nutzen. Auch hier spielten wieder die Wahlergebnisse von 1953 eine Rolle.

Abbildung 37: GÖTTINGER TAGEBLATT, 23. April 1955, S. 32: Wahlanzeige der CDU: „Nur mit einer starken CDU"

Abbildung 38: Klaus von Eickstedt im GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1955, S. 3

In Artikeln über *Klaus von Eickstedt* wurde sein christliches Engagement betont, besonders seine Tätigkeit als Vorsitzender beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Niedersachsen.

Ein Amt, das vorher der verstorbene ehemalige Bundestagspräsident *Dr. Hermann Ehlers* innegehabt hatte.[188]

In einer halbseitigen Wahlanzeige gab Klaus von Eickstedt im GT folgende Erklärung ab:

> „Im Namen aller evangelischen Wähler und Mitglieder der CDU und in Erinnerung an unseren unvergesslichen Dr. Hermann Ehlers verwahren wir uns gegen die unwahre Behauptung, die Christlich-Demokratische Union sei eine ‚schwarze', die katholische Partei. Wir bedauern, dass auch eine bürgerliche Partei, die FDP, sich im Wahlkampf dieses Schlagwortes bedient.“[189]

Die Zeiten konfessioneller Parteien seien vorüber.[190] Zudem wurde auf seine Kriegsgefangenschaft hingewiesen und in diesem Zusammenhang auch auf seine „weit verbreitete“ Schrift: *Christus unter Internierten* aufmerksam gemacht. Danach berichtete das GT über seine Tätigkeiten als Leiter des Evangelischen Hilfswerks und der Inneren Mission, sowie als Beauftragter der Männerarbeit der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EkiD). In einem kleinen Abschnitt wurde am Ende des Artikels außerdem auf seine „verwaltungstechnischen Fähigkeiten“ hingewiesen, die in „verschiedene leitende Stellungen der Verwaltung der Landwirtschaft und des Ernährungswesens in Pommern“ mündete.[191]

Abbildung 39: Theodor Deppe im GÖTTINGER TAGEBLATT, 16. April 1055, S. 17

Theodor Deppe, CDU-Kandidat für Göttingen-Land, wurde vom GT als überall bekannter „Mann von nebenan" gepriesen, dessen Familie seit Generationen in Groß Schneen ansässig sei. Er lege vor allem Wert auf „persönlichen Kontakt von Mensch zu Mensch". Deppe schien vor allem Landwirte ansprechen zu wollen: Das GT betonte, dass er zweiter Vorsitzender des Landvolkes sei, zudem stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schweinezüchter. Zudem sei sein Anliegen:

> „die Gesundung der dörflichen Lebensgemeinschaft, die, wie er sagt, nur erreicht werden kann, wenn eine gesunde Landwirtschaft gerechte Löhne zahlen und für das dörfliche Handwerk und den Kaufmann auf dem Lande als guter Auftraggeber wirken kann."[192]

Ein „neues, ernsthaftes Problem" sei für die Dörfer durch die „Vertriebenen und Flüchtlinge" entstanden. Zudem berichtete das GT, Deppe kandidiere für die CDU in der Überzeugung, „dass die sozialistische Herrschaft nur durch eine Partei von der Stärke, wie sie die CDU bei der letzten Bundestagswahl errungen hat, gebrochen werden kann."[193]

Die Wahlanzeigen der Deutschen Partei konzentrierten sich auf die Berufsgruppen der Bauern, Landwirte, Handwerker, Gewerbetreibenden und Haus- und Grundbesitzer. Sie werden direkt angesprochen: „Wählt Männer aus Eurem Berufsstand, die unser Vertrauen haben.“[194] Des Weiteren präsentierte sich die DP als „Heimatpartei“ und rief zur „Einigkeit“ auf.[195]

Abbildung 40: GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1955, S. 8: „Einigkeit“

Die Wahlanzeigen spiegelten die Programmatik der Deutschen Partei wider, die sich vorgenommen hatte, die Landwirtschaft, mittlere und kleine Betriebe in Handel, Handwerk und Industrie zu unterstützen und zu fördern. Im Landtag vertraten vor allem Landwirte die Partei, ihre Hochburg hatte die DP vornehmlich im ländlichen Teil des ehemaligen Königreichs Hannover, das 1866 von Preußen annektiert wurde, seitdem preußische Provinz war. In der Bundestagsfraktion dagegen waren insbesondere die Vertreter der Industrie und des Handels vertreten. Der Politikwissenschaftler *Peter Lösche* vermutet, dass der „sozialstrukturelle Widerspruch zwischen ‚landwirtschaftlich-agrarischen und bürgerlich-industriellen Interessen‘ zum Scheitern der Partei beigetragen hat.“[196]

Spitzenkandidat der Deutschen Partei war ihr Bundesvorsitzender *Heinrich Hellwege*, vom GT nur *Der Niedersachse* genannt. Zunächst befand sich für den Spitzenkandidaten der DP vor der Wahl lediglich eine halbseitige Wahlanzeige, auf dem ein Bild von ihm zu sehen war, außerdem aber auch die anderen Kandidaten der Deutschen Partei aufgezählt wurden:

Nummer 93 GÖTTINGER TAGEBLATT

2000 Bakterien auf jeder Banknote

Hartgeld macht Krankheitserreger arbeitslos

Die vor einigen Jahren vorgenommene Herausgabe neuer Münzen aus mexikanischem Silber verfolgte nicht nur einen währungstechnischen, sondern gleichfalls einen medizinischen Zweck. Banknoten sind in kaum bekanntem Umfange Bakterienträger. Man hat auf ausländischen Geldscheinen, die bereits durch viele Hände gelaufen waren, bis zu 75 000 Bakterien festgestellt, die in den winzigen Falten und in den fettigen Fingerabdrucken verborgen sind. Am schlimmsten waren während der Kriegszeit die deutschen 50-Pfennig- und Eine-Markscheine verseucht. Der radikale Notenumtausch in fast allen europäischen Ländern nach Beendigung der Feindseligkeiten hat neben anderem den guten Erfolg gehabt, daß damals schon Milliarden von Krankheitserregern wirkungslos gemacht wurden. In Westdeutschland brachte erst die Währungsreform diese längst erwartete Säuberung.

In medizinischen Forschungsanstalten hat man alte Banknoten mit Diphterlebazillen in enge Berührung gebracht und ermittelt, daß diese gefährlichen Krankheitserreger bis zu fünf Wochen in den winzigen Unebenheiten am Leben blieben. Im Zuge der weiteren Forschungen wurde festgestellt, daß auf einer Zehnpfennigmünze durchweg nur bis zu 20 Bakterien leben. Keimfrei sind also auch Münzen keineswegs. Immerhin wurden auf verhältnismäßig sauberen Banknoten durchweg 2000 Bazillen gefunden. Eine Münze ist also im Durchschnitt nur 1/100 so gefährlich wie eine mittelmäßig gebrauchte Banknote.

Ist erst eine Banknote mit Klebestreifen repariert, so wird sie geradezu zu einem höchst gefährlichen Bakterienträger. Schon vor etwa 30 Jahren hat der ungarische Botaniker Schwarschmidt nachgewiesen, daß unter den aufgeklebten Streifen ein gefährlicher Parasit haust, der sich nicht selten auf der menschlichen Zunge aufhält. Selbst der Laie kann sich sehr rasch ein Bild von dem Leben auf den Banknoten in seiner Tasche machen, wenn er ein mittelmäßiges Mikroskop besitzt. Kratzt man den Belag eines Geldscheines etwas ab und vermischt ihn dann mit Wasser, so zeigt ein Tropfen dieser trüben Flüssigkeit unter dem Mikroskop meist Tausende von Spaltpilzen und Mikroben, die munter durcheinander wimmeln. Natürlich sind bei weitem nicht alle diese Kleinstlebewesen gefährliche Krankheitserreger. Um diese zu ermitteln, bedarf es meist besserer Vergrößerungsapparate.

In den USA hat man, um Ansteckungsgefahren durch Banknoten zu vermindern, regelrechte Banknoten-Waschmaschinen aufgestellt, die auf laufenden Bändern die Noten durch Seifenschaum gleiten lassen. Ein Bad in Desinfektionsmitteln folgt. Nach dieser Dusche kommt die Dollarnote in eine Trockenvorrichtung, um endlich wieder geglättet zu werden. 3000 Noten werden auf diese Weise in der Stunde nahezu keimfrei, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Dollarscheine teilweise ein recht stattliches Alter haben und oft über 50 Jahre im Verkehr sind.

Geistesgegenwart

Wien, 21. April

Ein österreichischer Lokomotivheizer hat am Mittwoch in der Nähe der Tiroler Ortschaft Jenbach durch seine Geistesgegenwart und Entschlossenheit einer Frau und deren Kind das Leben gerettet. Der Heizer sah plötzlich in einer Kurve eine Frau vor dem Zug, die sich vergeblich bemühte, ihr auf den Gleisen spielendes Kind vom Bahndamm zu zerren. Als er erkannte, daß der Lokomotivführer den Zug nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen würde, sprang er von der fahrenden Lok, erreichte die beiden, ehe der Zug durch die Kurve kam, und riß Mutter und Kind im letzten Augenblick von den Schienen.

Berliner Appetit

Berlin, 21. April.

Arg unterschätzt hatten die Veranstalter einer Ausstellung „Die Küche" im Zoo den Appetit der Berliner. Wie vorher schon in Hamburg, errichteten sie auch hier ein „Kaltes Büffet auf skandinavische Art", an dem jeder Besucher für fünf Mark von 90 Gerichten soviel essen konnte, wie er wollte. Nach vier „Schlaraffentagen" sahen sich die Veranstalter am Mittwoch bereits genötigt, die tägliche „Fütterung" wegen des unerwartet starken Andrangs auf drei Stunden zu beschränken. Noch am Abend des gleichen Tages aber mußten sie das kalte Büffet wegen Erschöpfung der Vorräte schließen. Sie hatten bis Sonntag reichen sollen.

Niedersachsen wählt am 24. April einen besseren Landtag

Schnell ein neuer Vizepräsident!

Vor ihrem Abtritt will die SPD-Regierung noch einen hohen Beamten einsetzen

(nsp) Hannover, 21. April

Nachdem der bisherige Vizepräsident beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg, Professor Dr. Ule, auf eigenen Wunsch ausgeschieden und als ordentlicher Professor an die Verwaltungshochschule in Speyer gegangen ist, soll Ministerpräsident Kopf beabsichtigen, den bisherigen Senatspräsidenten Groß zum Vizepräsidenten zu ernennen. Diese

Neue Köpfe in die Landesregierung!

Ernennung soll noch vor dem Rücktritt der Regierung nach der Landtagswahl erfolgen. Da eine Zustimmung der Landesregierung von Schleswig-Holstein, mit der Niedersachsen gemeinsam das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg unterhält, nicht erforderlich ist, hätte das Kabinett in Hannover freie Bahn. In parlamentarischen Kreisen der Opposition weist man aber darauf hin, daß diese Ernennung kurz vor der neuen Legislaturperiode einen besonders unerfreulichen Akt darstelle und jeder politischen Gepflogenheit Hohn sprechen würde.

Bei dem in Aussicht genommenen Senatspräsidenten Groß handelt es sich zudem um einen Mann, der in den Untersuchungen des Beyer-Ausschusses eine recht unerquickliche Rolle gespielt hat. Nachdem nämlich Kopf vom Parteivorstand der SPD jenen berühmten Brief erhalten hatte, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die SPD am Oberverwaltungsgericht als Partei zu wenig Einfluß auf die Rechtsprechung habe, und in dem verlangt wurde, Kopf solle die kurze Zeit vor der Landtagswahl 1951 noch schnell ausnutzen, um an das Oberverwaltungsgericht SPD-Leute zu berufen, wurde dann bald Herr Groß zum Senatspräsidenten ernannt. Groß war bis zum Herbst 1950 in Schleswig-Holstein tätig gewesen und zusammen mit Lauritzen und einigen andern Herren der SPD nach Niedersachsen gekommen, als es mit der Herrschaft der SPD in Schleswig-Holstein zu Ende war. Man würde es in Kreisen der Opposition als einen unerträglichen Affront empfinden, wenn das Kabinett wieder kurz vor der Landtagswahl oder vor der Neubildung der Landesregierung einen Mann befördern würde, der schon einmal in ganz ähnlicher Situation in skandalöser Weise protegiert wurde.

Vergeblicher Appell

nsp Bonn, 21. April

Die Vorstandsmitglieder des DGB sahen sich anläßlich einer Sondersitzung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel einer geschlossenen Front der Gewerkschaftsvertreter aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg gegenüber, die eindringlich an den DGB appellierten, seine Obstruktionspolitik gegen die Außenpolitik der Bundesrepublik endlich aufzugeben. Der DGB soll insbesondere darauf hingewiesen worden sein, daß seine ständige Weigerung, an den nationalen und internationalen Führungsaufgaben verantwortlich mitzuarbeiten, auch negative Auswirkungen auf die Stellung der freien

Auf Deine Stimme kommt es an!

Gewerkschaften in den übrigen Ländern der westlichen Welt haben müßte. Die DGB-Vorstandsmitglieder wiesen dagegen erneut auf die Beschlüsse des Frankfurter DGB-Kongresses hin, die ihnen keine Zugeständnisse erlaubten.

In einem Topf

nsp Hannover, 21. April

Die sozialdemokratische „Hannoversche Presse" befaßt sich in einem ausführlichen Artikel „Schlaglichter aus den Tagen vor der Wahl" mit den Aussichten der einzelnen Parteien und schreibt zum Schluß, indem sie auf die Kommunisten eingeht, unter anderem: „Über die beiden letzten der elf Parteien, die auf dem Wahlzettel verzeichnet sind, lohnt sich nicht zu reden. Die KP ist schon längst zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, und der mit ihr sympathisierende Bund der Deutschen dürfte ein ähnliches Schicksal erleben."

Heinrich Hellwege / Der Niedersachse / Der Mann Eures Vertrauens!

Heinrich Hellwege, Export- und Einzelhandelskaufmann, geb. am 18. August 1908 in Neuenkirchen, Kreis Stade
Bundesminister, Bundes- und Landesvorsitzender der Deutschen Partei
führt die Landesliste der Deutschen Partei (Liste 3).

Die folgenden Kandidaten stehen nach ihm auf der Landesliste:

2. Richard Langeheine, Rechtsanwalt, Bürgermeister der Stadt Peine,
3. Werner Schönfelder, Pastor, Woltersdorf, Kreis Dannenberg,
4. Dr. Hermann Neddenriep, Bauer, Vorsitzender des Niedersächsischen Landkreistages, Landrat im Kreis Fallingbostel,
5. Ilse Reinhardt, Hausfrau, Stade,
6. Dr. Willy Steinmetz, Fabrikdirektor, Vizepräsident der IHK-Braunschweig,
7. Hans Helmers, Landwirt, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes, Brinkum,
8. Wolfgang Heuer, Pharmazierat, Apotheker, Osnabrück,
9. Dr. Erich Rocholl, Hauptgeschäftsführer des Baugewerbeverbandes Niedersachsen, Hannover,
10. Alfred Richter, Senator a. D., Oldenburg i. O.

usw.

In unserem Wahlkreis kandidieren für die Deutsche Partei:

Nr. 26 (Northeim) Fritz Meinshausen, Moringen,
Nr. 27 (Hann. Münden) Karl Ludewig, Schmiedeobermeister, Dransfeld,
Nr. 28 (Göttingen-Stadt) Hans Deutsch, Verleger, Göttingen,
Nr. 29 (Göttingen-Land) Dr. Hermann Mässemeyer, Rechtsanwalt und Notar, Lenglern,
Nr. 30 (Duderstadt) Julius Glasse, Fabrikant, Duderstadt,
Nr. 31 (Osterode) August Mißling, Landwirt, Wulften,
Nr. 32 (Zellerfeld) Karl Dannenberg, Ober-Regierungsrat, Clausthal-Zellerfeld.

Wer den Kandidaten der Deutschen Partei seine Stimme gibt, wählt damit zugleich Heinrich Hellwege und die Bewerber auf der Landesliste der Deutschen Partei. „Heinrich Hellwege — vom Vertrauen der niedersächsischen Wähler emporgetragen — wird dafür bürgen, daß Niedersachsen gesundet und seine deutsche Aufgabe erfüllt.

Wählt die Deutsche Partei - Liste 3!

Abbildung 41: GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1955, S. 3: „Der Niedersachse“

Erst nach der Wahl widmete das GT dem potentiellen neuen Ministerpräsidenten einen eigenen Artikel, in dem er als Mann mit „wachem, geschichtlich-politischen Bewusstsein“, der einen „leidenschaftlichen Drang nach Anteilnahme am öffentlichen Leben“ verspüre beschrieben wurde. In der Tagespolitik könne Hellwege versöhnungsbereit und nachgiebig sein, aber in Grundsatzfragen kenne er keine Kompromisse.[197]

Bei ihrem Kandidaten für Göttingen-Stadt *Hans Deutsch*, versuchte die DP vor allem das persönliche Schicksal des 26-Jährigen hervorzuheben, da er offensichtlich nicht über politisches Profil verfügte. Vor allem wurde auf seine Kriegsbeteiligung und seine Aktivitäten nach dem Krieg hingewiesen:

> „Der Kriegsgefangenschaft entging er und hütete bis zu seiner Verhaftung durch die Antifa das Einfamilienhaus seiner Eltern. Die Wohnung wurde Parteibüro der Kommunisten, während Hans Deutsch elf Wochen wegen angeblicher Gefährdung der alliierten Front inhaftiert war.“[198]

Zudem wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der DP-Kreisverband die Wähler bitte, Hans Deutsch „Vertrauen“ entgegenzubringen. Damit gebe die DP den „Willen zum Ausdruck, der Jugend größeren Einfluss in die politische Arbeit zu gewähren.“ Am Ende des Artikels wurde darauf hingewiesen, „dass mit dem Göttinger DP-Kandidaten im politischen Leben auf alle Fälle noch zu rechnen ist.“[199] Dem war jedoch nicht so – Hans Deutsch verließ Göttingen nach den Wahlen fluchtartig und für immer. Ungeklärte finanzielle Verpflichtungen sollen diese Flucht ausgelöst haben.[200]

DP-Kandidat für Göttingen-Land war der Rechtsanwalt *Hermann Häsemeyer*, der sein Wort an die Wähler in einem Kommentar im GT richtete. Speziell wandte er sich an die Landwirte, aber auch an alle anderen Berufsgruppen: Namentlich an die Arbeitnehmer und Angestellten, Handwerker und Beamten, freie Berufe sowie Gewerbetreibende. Diese Gruppen sollen laut Häsemeyer „auskömmliche Beschäftigung und gerechten Lohn finden“. Er wies noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass er sich „allen Mitmenschen in meinem Gewissen in gleicher Weise verpflichtet“ fühle. Er versprach seinen Wählern, sich nicht von Interessengruppen beeinflussen zu lassen, so dass er verantwortungsbewusste Politik machen könne. Am Ende des Artikels machte er seinen Standpunkt noch mal in einem Zitat deutlich: „Alle Ständ’ in unsrem Land; Segne Gott mit seiner Hand.“[201]

Für die Kandidaten des *Gesamtdeutschen Blocks* (GB/BHE) erschienen keine Wahlanzeigen im GT. In einem kurzen Artikel wurde der Kandidat für Göttingen-Stadt, *Alfred Förster*, vorgestellt:

> „Als Göttinger Landtagskandidat des Gesamtdeutschen Blocks/BHE tritt Senator Förster für die Wiedervereinigung und die Beseitigung des Unrechts von Jalta und Potsdam ein, sowie auf innenpolitischem Gebiet aus seiner preußischen Grundhaltung heraus für Sauberkeit und Sparsamkeit in der Verwaltung, für eine den Bedürfnissen des Mittelstandes angepasste Steuer- und Kreditpolitik, für wirksamen Schutz der geistigen Berufe, gerechte Renten und Unterstützung und damit für eine soziale Gesundung als Grundlage eines geordneten Staatswesens.“[202]

Das GT stellte auch bei *Heinrich Herbold*, BHE-Kandidat für Göttingen-Land, vor allem das persönliche Schicksal heraus:

> „Auf Grund der bitteren Erfahrung des Volkstumkampfes ist Herbold zum unerbittlichen Verfechter der Verwirklichung des gleichen Rechts für alle deutschen Menschen geworden.“[203]

Des Weiteren wurde angegeben, Herbold sei Zeuge der Grenzschutzkämpfe 1919/20 und anschließender Besetzung durch die Polen gewesen. Dort sei er dann in der größten Volkstumsorganisation der deutschen Minderheit im Raum Bromberg tätig geworden.[204]

Die DRP schaltete keine Wahlanzeigen, erhielt jedoch vom GT die Möglichkeit, ihren Kandidaten für Göttingen-Stadt, *Adolf von Thadden*, vorzustellen. In dem Artikel wurden vor allem auf seine Militärzeit und „mehrere schwere Verwundungen“ hingewiesen. Am Ende folgten sieben Punkte, die er als „dringlichste“ Aufgaben für den neuen Landtag bezeichnete. Darunter unter anderem „Radikale Beschneidung der Aufwendungen der öffentlichen Hand für den Verwaltungsapparat. Die Kosten haben sich von 1950-1955 verdoppelt!“ und „Aufrechterhaltung des derzeitigen niedersächsischen Schulgesetzes.“[205]

Die Kandidaten der SPD für die Wahlkreise Göttingen-Stadt und Göttingen-Land stellte das GT nicht vor, obwohl der Wahlkreis Göttingen-Land seit 1947 fest in der Hand des SPD-Kandidaten Ernst Fahlbusch war, der auch 1955 klar gewann.
In der GP wurden ausschließlich Kandidaten der SPD vorgestellt. Insgesamt kamen die Kandidaten in Form von Selbstdarstellungen und abgedruckten Briefen sehr viel weniger zu Wort als die Kandidaten der anderen Parteien im GT, das sich als Transmissionsriemen für die SPD-Konkurrenten engagierte.

Die GP stellte den Spitzenkandidaten der SPD, Ministerpräsident *Hinrich Wilhelm Kopf* im Ressort *Niedersächsische Heimat* vor und versuchte dabei dessen Menschlichkeit hervorzuheben, ihn als den „Hinnerk von nebenan“ zu verkaufen. Dabei wurde der Autor nahezu poetisch: Biographische Daten, wie Geburtsjahr, politischer Werdegang usw. wurden vollkommen weggelassen. Stattdessen erfuhr der Leser, dass Kopf ein Mensch sei, „der seit zehn Jahren an einem Platz steht, den die Stürme der Zeit nicht weniger umtosen als Wind und Wellen der Nordsee den Leuchtturm auf Neuwerk.“[206]

Immer wieder wurde Bezug genommen auf eine Meinungsumfrage, die ein paar Tage vorher veröffentlicht wurde, nachdem die Niedersachsen mit Kopfs Arbeit zufrieden seien. Dennoch war der Verfasser der Meinung, Kopf brauche solche Umfragen eigentlich gar nicht, da er

> „auch am Regierungsschreibtisch in Hannover nicht aufgehört hat, einer von allen in Niedersachsen zu sein, und nie vergaß, dass die Amtsgeschäfte und die Politik sinnlos wären und überflüssig, gelte beides nicht den Menschen, sähe man nicht hinter jedem Gesetz und jeder Verordnung die Auswirkungen auf den einzelnen gerade so gut wie auf die Gesamtheit der Bevölkerung.“[207]

Zudem wurde die Geschichte erzählt, wie Kopf in den ersten Nachkriegsjahren von US-General *Lucius D. Clay* eingesperrt werden sollte, weil der neue Regierungspräsident von Hannover zwei Zentner Kartoffeln anstatt der vorgeschriebenen hundert Pfund an die Bevölkerung ausgeben ließ und es damit begründete, er könne seine Landsleute nicht verhungern lassen.

Dann beschrieb der Verfasser Ereignisse aus dem Wahlkampf des *Landesvaters*, die deutlich machen sollten, dass seine zehnjährige Arbeit überall auf Zustimmung stieß. Der Verfasser schloss: „Wenn Hinrich Wilhelm Kopf hinausführt in die Dörfer und in die Städte, dann ist er eigentlich gar nicht unterwegs, weil er überall zu Hause ist in Niedersachsen.“[208]

Bei der Beschreibung des SPD-Kandidaten für Göttingen-Stadt, *Peter von Oertzen*, wurde vor allem darauf aufmerksam gemacht, dass dieser trotz seiner Jugend bereits Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg gemacht hatte und dort verwundet worden war. Herausgestellt wurde die schwere Zeit, die der junge Politiker nach dem Krieg durchgemacht hatte.

Sein Blick geht über das Seminar hinaus

Dr. Peter von Oertzen könnte es leichter haben / Er fühlt sich mitverantwortlich

Der Mann ist noch jung. Aber hinter ihm liegt das Erlebnis der Kriegsgeneration. Er ist Vater von zwei Kindern, die er zärtlich liebt und mit denen er in der Ausgelassenheit eines Bruders herumtollen kann. Der Mann war schwer verwundet. Er hat in den letzten Jahren schwer gearbeitet und heute gehört der größte Teil seines Tages der Tätigkeit in einem Göttinger Seminar. Der Mann könnte es sich leicht machen, nach allem, was hinter ihm liegt.

Er könnte die ihm verbleibenden Stunden nutzen, seinen privaten Neigungen nachgehen und sich um die Umwelt sonst herzlich wenig kümmern. Der Mann tut das nicht, trotz des Erlebten, oder wohl gerade deshalb. Er fühlt sich für seine Mitmenschen mit verantwortlich.

Dr. Peter von Oertzen, 30 Jahre alt, Sohn eines Schriftstellers und einer Krankenschwester, konnte nach dem Krieg nicht nach Berlin zurück. Die Jahre nach 1945 waren erfüllt von Arbeit und den Beschwerden der an der Ostfront erlittenen Verwundungen. Aber er schaffte es trotz aller Schwierigkeiten. Im Frühjahr 1953 bestand Peter von Oertzen das Doktor-Examen in den Fächern Soziologie, Staatsrecht und Geschichte mit Auszeichnung.

Dr. Peter von Oertzen

Heute ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dienst des Soziologischen Seminars der Universität Göttingen tätig und arbeitet mit an einer Untersuchung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, durch die man die Aussichten des wissenschaftlichen Nachwuchses an den deutschen Hochschulen untersuchen will.

Der junge Wissenschaftler blickt über den Rahmen seines Seminars hinaus. Er ist der Ansicht, daß es nicht genügt, das alles nur theoretisch festzulegen. Er meint, daß ein Mann, der als Angehöriger der jüngeren Generation mit offenen Augen die letzten Jahrzehnte erlebte, daraus seine Schlüsse zog, der die Natur der wissenschaftlichen Assistenten ebenso kennt wie die unheilvollen Folgen der Arbeitslosigkeit weitester Bevölkerungsschichten, mehr tun müßte.

Deshalb hat dieser Dr. Peter von Oertzen, der an und für sich durch seine wissenschaftliche Aufgabe schon ausgefüllt war, sich für die am 24. April stattfindende Neuwahl zum Niedersächsischen Landtag als Kandidat der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt. Er möchte im Landtag die Anliegen aller Göttinger Bevölkerungsschichten vertreten.

Abbildung 42: GÖTTINGER PRESSE, 14. April 1955, S. 9: „Sein Blick geht über das Seminar hinaus“

Ernst Fahlbusch, einstiger Redakteur des sozialdemokratischen VOLKSBLATTES und SPD-Kandidat für Göttingen-Land wurde von der GP folgendermaßen charakterisiert:

In jedem Dorf ist er bekannt

Wenn am Sonntag, 24. April, die Wahlzettel zur Wahl des Niedersächsischen Landtages ausgegeben werden, dann wird an der Spitze der Zettel im Wahlkreis Göttingen-Land ein Name stehen, der in keinem Dorf und in keiner Familie unbekannt ist. Es ist Ernst Fahlbusch, der langjährige Landrat des Landkreises Göttingen und der jetzige Landtagsabgeordnete, der den Landkreis Göttingen mit all seinen vielen Wünschen, Forderungen und Belangen im Niedersächsischen Landtag nun acht Jahre vertreten hat.

Zum dritten Male kandidiert der 60-jährige Ernst Fahlbusch aus Weende, der dort geboren ist und die Menschen ebenso wie die kommunalen Belange des Landkreises Göttingen wie kaum ein zweiter kennt, auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei für die Landtagswahl. Nachdem er 1946 in den Bezirkslandtag des Regierungsbezirks Hildesheim berufen war und Anfang Dezember 1946 in den ernannten Niedersächsischen Landtag einzog, wurde er im April 1947 mit überwältigender Mehrheit als Abgeordneter des Landkreises Göttingen in den ersten ordentlichen Landtag gewählt und vier Jahre später, am 6. Mai 1951, ebenfalls mit überwiegender Mehrheit wiedergewählt.

Es nimmt nicht Wunder, daß die Bevölkerung des Landkreises Göttingen Ernst Fahlbusch, der seit 1925 in der Kommunalpolitik tätig ist, großes Vertrauen entgegenbringt. Nachdem er von 1925 bis 1933 im Weender Gemeinderat und von 1929 bis 1933 im Kreistag tätig war, wurde er nach dem Zusammenbruch Deutschlands 1945 gleich zum Bürgermeister von Weende eingesetzt, wo er einen Beirat als Gemeindevertretung berief, wurde in den ersten ernannten Kreistag berufen, der ihn im Januar 1946 zum Vorsitzenden wählte. Ab 1. April 1946 war Fahlbusch Landrat. Seit der Zeit ist Ernst Fahlbusch neunmal, davon achtmal einstimmig, zum Landrat wiedergewählt worden. Was könnte besser für Ernst Fahlbuschs

Verdienste sprechen als die Worte seines Nachfolgers, des jetzigen Landrats, der ihn vor aller Öffentlichkeit im Kreistag als fähigsten und besten Kommunalpolitiker des Kreises bezeichnete.

Immer fühlte sich der Landtagsabgeordnete Ernst Fahlbusch für seine Wähler und für den gesamten Landkreis Göttingen verantwortlich und verpflichtet, stets hatte er das Wohl des gesamten Landkreises im Auge. Das wurde wiederholt gerade auch von seinen politischen Gegnern anerkannt und bestätigt. Zum dritten Male bittet der SPD-Kandidat Ernst Fahlbusch nun um das Vertrauen des Landkreises Göttingen für den Niedersächsischen Landtag.

Geismar wählt den Bürgermeister

Rat diskutiert über die Neuregelung der Müllabfuhr

GEISMAR. Nachdem die neue niedersächsische Gemeindeordnung seit dem 1. April dieses Jahres in Kraft getreten ist, finden in diesen Wochen in allen Gemeinden die Ratssitzungen statt, um den Bürgermeister — nun bis zum Ende der Wahlperiode im November 1956 — sowie einen ihm zur Seite stehenden Verwaltungsausschuß, den ersten Beigeordneten und den Schriftführer zu wählen. In Geismar findet die öffentliche Ratssitzung am Montag, 18. April, 20 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindeamtes statt. Neben den Berichten des Bürgermeisters und Gemeindedirektors wird ferner über den Ausbau der Straßenbeleuchtung, über den Ankauf von neuen Schulmöbeln und über die Neuregelung der Müllabfuhr Beschluß gefaßt.

Alter Brauch hochgehalten

GROSS-LENGDEN. Trotz des ungünstigen Wetters wurde auch in diesem Jahre in Groß-Lengden der von den Vorvätern überlieferte Brauch aufrechterhalten, daß man am zweiten Ostertag hinauszog an den Waldrand oder auch in geschützte Weideschuppen, eine große Bratpfanne mitnahm und mit dem allgemeinen Eierbraten begann. Da auch der Alkohol wie üblich nicht vergessen wurde, gab es vielerorts recht lebhafte, fröhliche, singende und eieressende Gruppen.

Tauben und Kaninchen gestohlen

WEENDE. Aus einem Laubengrundstück am Weender Bahnhof wurden einem Göttinger Signalmechaniker in der Zeit vom 11. April, 14 Uhr, bis 12. April, sieben Uhr, zehn Tauben und vier Kaninchen gestohlen. Die Beute des Täters, der bis zur Stunde noch nicht gefaßt ist, hat einen Wert von etwa 30 Mark.

Morgen ist Ratssitzung

HOLZERODE. Die nächste öffentliche Sitzung des Holzeroder Gemeinderates findet morgen abend, 16. April, 20 Uhr in der Gastwirtschaft Fahlbusch statt. Neben der Neuwahl des Bürgermeisters und des Verwaltungsausschusses nach der neuen Niedersächsischen Gemeindeordnung wird der Rat zum Prüfungsbericht der letzten Jahresrechnung Stellung nehmen.

Lehrerwechsel in Groß-Lengden

GROSS-LENGDEN. Der zweite Lehrer an der Schule, Brinkmann, hat Groß-Lengden verlassen, um in Geismar an der Schule eine neue Stelle anzutreten. Groß-Lengden sieht diesen befähigten Lehrer nur ungern scheiden. An seiner Stelle soll eine junge Lehrerin den Unterricht aufnehmen.

Straße wieder freigegeben

he ist vorbei

ränkung aufgehoben

dieses Jahr für den Straßenbau bereitgestellten Mittel fast ausschließlich zur Ausbügelung der Frostschäden aufgewendet werden müssen.

Konfirmanden gingen auf Fahrt

HETTENSEN. Die diesjährigen Hettenser Konfirmanden unternahmen unter der Leitung des Pastors Kro-

Abbildung 43: GÖTTINGER PRESSE, 15. April 1955, S. 8: „In jedem Dorf ist er bekannt“

„Immer fühlte sich der Landtagsabgeordnete Ernst Fahlbusch für seine Wähler und für den gesamten Landkreis Göttingen verantwortlich und verpflichtet, stets hatte er das Wort des gesamten Landkreises im Auge. Das wurde wiederholt gerade auch von seinen politischen Gegnern anerkannt und bestätigt.“[209]

Die GP argumentierte insbesondere mit der Bekanntheit und langjährigen Erfahrung Fahlbuschs, der bereits zum dritten Mal für den Landtag kandidierte, dem er seit 1947 angehörte. Zudem wurde erwähnt, dass Fahlbusch auch von oppositionellen Politikern geschätzt wurde:

> „Was könnte besser für Ernst Fahlbuschs Verdienste sprechen, als die Worte seines Nachfolgers, des jetzigen Landrats, der ihn vor aller Öffentlichkeit im Kreistag als fähigsten und besten Kommunalpolitiker des Kreises bezeichnete.“[210]

In einer anderen Wahlanzeige fasste die SPD ihre Werte noch einmal zusammen:

Abbildung 44: GÖTTINGER PRESSE, 23. April 1955, S. 11: Wahlanzeige SPD

In der Darstellung der Kandidaten ließen sich neben politischen auch gesellschaftliche Unterschiede erkennen. Die Kandidaten, die sich im GT vorstellten, setzten auf ihre Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg und machten ihre positive Einstellung zur Wiederaufrüstung deutlich. Das geht einher mit dem in den 1950er Jahren verbreiteten Mythos der *sauberen* Wehrmacht. Während *Hermann Föge* im GT populistisch gegen die britische Besatzungsmacht und deren Entnazifizierungspolitik wetterte, obwohl diese bereits Jahre zurücklag, legte die SPD in ihren Wahlanzeigen in der GP vor allem Wert darauf, ihre Kandidaten als „Menschen von nebenan“ zu verkaufen.

Die Darstellung der Wahlergebnisse

Die Landtagswahl 1955 hatte folgende Ergebnisse:[211]

	SPD	**CDU**	**DP**	**GB/BHE**	**FDP**	**DRP**	**KPD**	**Sonstige**
Prozent	35,2	26,5	12,4	11,0	7,9	3,8	1,3	0,7
Sitze	59	43	19	17	12	6	2	1 (Zentrum)

Tabelle 4: Ergebnisse der Niedersächsischen Landtagswahl 1955

Die SPD konnte ihr Wahlergebnis von 33,7 Prozent der Gesamtstimmen auf 35,2 Prozent steigern und wurde wieder stärkste Partei im Landtag. *Peter von Oertzen* gelang überraschend, *Hermann Föge* das Direktmandat abzunehmen. Dennoch reichte das Wahlergebnis der SPD nicht aus, um eine bürgerliche Koalition im Landtag zu verhindern: Den 59 sozialdemokratischen Abgeordneten standen 100 der anderen Parteien gegenüber.[212] Die FDP verlor fünf Prozent ihrer Stimmen, die Anzahl ihrer Mandate blieb jedoch mit zwölf Sitzen konstant. Die Ergebnisse von DP und CDU lassen sich nicht mit der vorherigen Landtagswahl vergleichen, da sie 1951 zusammen als *Niederdeutsche Union* angetreten waren. Dennoch kann gefolgert werden, dass die CDU mit einem Wahlergebnis von 26,6 Prozent einen deutlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und die DP im Vergleich mit der CDU an Bedeutung verloren hatte.[213] DP, CDU, BHE und FDP bildeten unter Hellwege die neue Landesregierung.[214] Diese Viel-Fraktionen-Koalition entstand unter deutlichem Druck aus Bonn, denn für die notwendigen Änderungen des Grundgesetzes, um die Wiederaufrüstung zu ermöglichen, benötigte die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat. Ein SPD-geführtes Niedersachsen hätte die Zweidrittel-Mehrheit blockieren können.

Die Göttinger Zeitungen gingen sehr unterschiedlich mit dem Wahlausgang um: Das GT erwähnte mit keinem Wort den Sieg Peter von Oertzens, stellte stattdessen den möglichen Regierungswechsel in den Vordergrund. Die GP dagegen betonte die Tatsache, dass die SPD die stärkste Partei im Lande blieb und die CDU große Stimmenverluste im Vergleich mit der Bundestagswahl 1953 hinnehmen musste. In diesem Fall verglich die GP nicht die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen, sondern bediente sich dem Vergleich der Ergebnisse mit der Bundestagswahl von 1953. Den achtprozentigen Rückstand der CDU auf die SPD begründete sie mit der Ablehnung der Bevölkerung gegenüber Wiederaufrüstung und der CDU-Politik in Sachen Wiedervereinigung. Die GP folgerte, dass sich die CDU-Wähler der Bundestagswahl

von 1953 korrigiert hatten.[215] Peter von Oertzens Wahlsieg fand große Beachtung im Lokalteil, jedoch noch nicht auf der Titelseite, auf der wie gewohnt keine lokalen Meldungen zu finden waren.

Göttinger Tageblatt

Göttinger Tageblatt Gebr. Wurm, Göttingen. Verlag und Redaktion: Prinzenstraße 10/12. Postfach 16. Ruf 3377/78/79 und 5053/59 — Postscheckkonto: (Bohrßen & Co., GmbH.) Hannover 10 44 77. Fernschreiber: 06 33 10

Niedersächsische Morgenpost und Göttinger Zeitung

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich, außer sonntags. Bezugspreis monatlich: Durch den Austräger DM 3.30, zuzügl. 30 Pfg. Trägerlohn. Durch die Post: DM 3.21, zuzügl. 54 Pfg. Zustellgeld. Anzeigen-Preisliste Nr. 9.

67. Jahrgang — Montag, den 25. April 1955 — Einzelpreis 20 Pfg. / Nr. 95

Das wichtigste Ergebnis des gestrigen Sonntags:

SPD-BHE-Mehrheit im Landtag gestürzt

Große Gewinne der CDU im Vergleich zur Landtagswahl 1951 — Leichte Gewinne der SPD — Verluste fast aller übrigen Parteien — Ruhiger Wahlverlauf — Welche Parteien werden die neue niedersächsische Regierung bilden?

Hannover, den 25. April 1955

Für die am Sonntag in Niedersachsen abgehaltene Wahl zum dritten Landtag gab das Landeswahlamt am Montagmorgen um 2,55 Uhr das vorläufige amtliche Endresultat bekannt.

Wahlberechtigte: 4 398 660
Abgegebene Stimmen: 3 410 451
Wahlbeteiligung: 77,5 Prozent
Gültige Stimmen: 3 357 872

Davon entfielen auf:
SPD 1 182 066 (35,2 %)
BHE 376 432 (11 %)
DP 415 184 (12,4 %)
CDU 893 917 (26,6 %)
FDP 264 862 (7,9 %)
Zentrum 37 612 (1,1 %)
DRP 126 699 (3,8 %)
KPD 44 783 (1,3 %)
Landwirte-Partei 2708 (0,1 %)
BDD 8650 (0,3 %)
Deutsch-Hannoversche Partei 10 821 (0,3)
Unabhängige 132 (0)

Der Wahltag war im ganzen Lande ruhig verlaufen. Ein heiteres Zwischenspiel ereignete sich nach Abschluß der Auszählung in der Gemeinde Bündorf bei Lüneburg, wo der Bürgermeister es versäumte, das ermittelte Wahlergebnis weiterzuleiten, weil er seinen Geburtstag feierte. Das Ergebnis mußte ihm nach zweistündigem vergeblichem Warten schließlich mit Unterstützung der Polizei „entlockt“ werden.

Der Wahl wurde in politischen Kreisen des In- und Auslandes ungewöhnlich großes Interesse entgegengebracht, nachdem der vorausgegangene Wahlkampf fast ganz im Zeichen der außenpolitischen Lebensfragen des deutschen Volkes gestanden hatte und die Diskussion um diese Fragen durch die jetzt bevorstehende Inkraftsetzung der Pariser Verträge und die erfolgreichen österreichisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau wieder besonders lebhaft geworden ist. Für die Situation in Bonn ist die Wahl insofern bedeutungsvoll, als durch eine bürgerliche Vorherrschaft in Niedersachsen die nach der bayerischen Landtagswahl im November vergangenen Jahres unsicher gewordene Zwei-Drittel-Mehrheit der Koalition im Bundesrat wieder gesichert werden könnte.

Voraussichtliche Zusammensetzung des Landtages:

Nach einer privaten, um 4 Uhr früh vorliegenden Rechnung dürfte der neue Niedersächsische Landtag aus insgesamt 159 Abgeordneten bestehen. Die Sitze würden sich nach dieser Rechnung wie folgt verteilen: SPD 59, CDU 42, DP 20, BHE 17, FDP 12, Zentrum 1, DRP 6, KPD 2.

Kiel ging der SPD verloren

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein ohne Zwischenfälle

Kiel, 24. April

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat am Sonntag neue Gemeinde-Vertretungen und Kreistage gewählt. Die Wahlen zu den Ortsparlamenten fanden in 696 Gemeinden statt, während man sich in 678 Gemeinden ohne Wahlauseinandersetzung mit sogenannten „Friedenslisten“ auf die Sitze geeinigt hatte. Außerdem wurden 21 Kreistage gewählt.

Bei launischem, teilweise stürmischem Wetter verlief die Wahl ohne Zwischenfälle bei schwankender Beteiligung. In Kiel und Neumünster wurde die Wahlbeteiligung mit etwa 75 Prozent, in Lübeck zwischen 60 und 70 Prozent angegeben. Wahlberechtigt waren rund 1,52 Millionen Schleswig-Holsteiner, etwa 200 000 weniger als bei den Kommunalwahlen 1951. Diese Abnahme ist im wesentlichen auf die Umsiedlung von Heimatvertriebenen zurückzuführen.

Im neuen Kieler Stadtparlament wird der „Kieler Block“ mit 24 Sitzen (davon 16 Direktmandate) für die nächsten viereinhalb Jahre die stärkste Fraktion sein. Er löst die SPD ab, die sich mit 21 Sitzen (davon 11 Direktmandate) begnügen mußte. Bisher hatte die SPD von den 45 Sitzen im Kieler Stadtparlament 29 inne. Der Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtages, Karl Ratz (SPD), wurde in seinem Stimmbezirk nicht wieder in das Stadtparlament gewählt.

Dankspende

Washington, 24. April

Die deutsche Bundesregierung hat in Washington als Gegengabe für das amerikanische Volk eine Sammlung von 84 Zeichnungen zeitgenössischer deutscher Künstler überreicht, die aus Mitteln der von Bundespräsident Heuss ins Leben gerufenen Dankspende des deutschen Volkes für die private amerikanische Nachkriegshilfe angekauft worden waren.

Sowjets geben Österreicher frei

Beschluß des Obersten Sowjets — 613 Mann werden entlassen

London, 24. April.

Die sowjetische Nachrichtenagentur „TASS“ hat am Sonntag die Entlassung von 613 noch in der Sowjetunion festgehaltenen österreichischen Gefangenen bekanntgegeben. Weitere 74 Österreicher, die die sowjetischen Behörden „wegen der von ihnen auf dem Gebiet der Sowjetunion begangenen Verbrechen nicht freigeben könnten“, würden von der Sowjetunion als „Kriegsverbrecher“ an Österreich übergeben werden.

Weitere 39 Österreicher, die erst kürzlich wegen Spionage verurteilt worden seien, würden ihre Strafen weiterhin in der Sowjetunion verbüßen müssen, würden aber beim Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Österreich an Österreich übergeben werden.

Die Freilassung der österreichischen Gefangenen wurde vom Präsidium des Obersten Sowjet beschlossen, nachdem Bundeskanzler Raab bei seinem Besuch in Moskau den Vorsitzenden des Präsidiums, Marschall Woroschilow, um die Freilassung gebeten hatte.

Du, glückliches Österreich, heirate nie mehr . . .!

„Fragen Sie Eisenhower und Eden!“

Marschall Bulganin für eine Konferenz der Regierungschefs

Moskau, 24. April

Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin erklärte am Sonnabend, er sei für ein Gespräch auf höchster Ebene, doch hänge der Zeitpunkt hierfür von Präsident Eisenhower und Premierminister Eden ab.

Bulganin gab diese Antwort auf eine Frage des Korrespondenten der Associated Press in Moskau, Richard Kasischke, bei einem Empfang, den Außenminister Molotow für eine polnische Regierungsabordnung anläßlich des zehnten Jahrestages des polnisch-sowjetischen Beistandspaktes im Spirodonowka-Palast veranstaltete.

An einer der großen Tafeln

wurde Bulganin von westlichen Korrespondenten gefragt, ob der Außenministerkonferenz zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages ein Treffen der vier Regierungschefs folgen werde? Bulganin antwortete: „Fragen Sie Eisenhower und Eden über den Zeitpunkt! Ich habe meine Ansicht bereits klar gemacht.“ Kasischke fragte darauf: „Wollen Sie durch diese Erklärung sagen, daß Ihre Haltung zu einem Treffen der Großen Vier positiv ist?“ Bulganin nickte bejahend.

Bulganin, der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz und Außenminister Molotow waren den westlichen Korrespondenten gegenüber wiederum sehr aufgeschlossen und betont freundlich. Der stellvertretende Ministerpräsident Mikojan hatte das Amt des Mundschenks übernommen. Der polnische Ministerpräsident betonte, Polen fürchte ein wiederbewaffnetes Westdeutschland, wohingegen es vor seinen „Freunden“ Ulbricht und Grotewohl keine Angst zu haben brauche.

An dem Empfang

nahmen zahlreiche hohe sowjetische und polnische Funktionäre, unter ihnen auch der sowjetische Generalstabschef Marschall Sokolowski, teil. Der amerikanische Botschafter Bohlen und der britische Botschafter Sir William Hayter waren nicht anwesend. Beide sind zur Zeit auf Reisen in Rußland.

Westliche Reaktionen

Das Weiße Haus und das US-Außenministerium lehnten einen Kommentar zu der Bemerkung Bulganins ab. Beamte des State Departement betonten jedoch, daß der Westen selbst Viermächteverhandlungen anstrebe, daß eine Erörterung des Zeitpunktes jedoch verfrüht sei.

SIEG DER MITTE

Göttingen, den 24. April

NIEDERSACHSEN hat seinen Landtag gewählt. Er ist, wie wir meinen, ein besserer Landtag als der von 1951. Die Vorherrschaft der SPD ist dank dem veränderten Wahlgesetz gebrochen. Zwar hat sie ihren Stand von 1951 (33,7 Prozent) auf 35,2 Prozent zu erhöhen vermocht; aber ihr Partner, der BHE, ist von 14,9 auf 11 Prozent abgesunken, und das Zentrum, bis 1954 Teilhaber an der Regierung Kopf, ist auf ein Drittel zusammengeschmolzen (von 3,3 auf 1,1 Prozent). Die bisherige niedersächsische Regierungskoalition SPD-BHE-Fraktion Mitte ist am gestrigen Sonntag gestürzt worden.

Im Lager der Oppositionsparteien ist der Anteil der Stimmen von 32,2 Prozent auf 46,9 Prozent angewachsen. Es ist daher gerechtfertigt, von einem Sieg der Mitte in Niedersachsen zu sprechen. Im Jahre 1951 hatte die vereinigte CDU/DP (Niederdeutsche Union) 23,8 Prozent der Wählerstimmen errungen; diesmal entfiel auf die CDU allein 26,6 Prozent, auf die DP 12,4 Prozent. Die FDP ist von 8,4 auf 7,9 Prozent abgestiegen, hat sich aber im ganzen gut gehalten.

Die CDU ist in Niedersachsen jetzt die zweitstärkste Partei geworden. Zusammen mit der SPD würde sich ein Stimmenanteil von 61,8 Prozent errechnen, also eine sehr achtbare Regierungsmehrheit, wenn es wie in Westberlin auch in Niedersachsen zu einer Koalition SPD-CDU käme. In diesem Falle würde der Ministerpräsident wieder Hinrich Wilhelm Kopf sein.

Wahrscheinlicher ist aber, daß die seitherige Opposition im niedersächsischen Landtag versuchen wird, die Regierung Kopf ganz aus dem Sattel zu heben. Allerdings vereinigen CDU, DP und FDP zusammen nicht ganz die Hälfte der Sitze im neuen Landtag auf sich, nämlich nur 46,9 Prozent. Als ergänzender Partner kommt die DRP nicht in Betracht: zwar hat sie sich von 2,2 auf 3,8 Prozent emporgearbeitet, aber die Mehrheit würde so nicht erreicht. Der vierte Partner der bisherigen Opposition müßte zwangsläufig der BHE mit seinen 11 Prozent Stimmen sein, wodurch eine Mehrheit von 57,9 Prozent erzielt würde.

Man wird annehmen dürfen, daß der Bundeskanzler im Hinblick auf seine Mehrheit im Bundesrat, in dem Niedersachsen mit fünf Stimmen vertreten ist, diese Koalition nach Bonner Muster anstreben wird. Der BHE dürfte sich diesem Vorschlag um so weniger entziehen, als er für die SPD als Partner nicht mehr interessant genug ist: SPD und BHE zusammen erreichen nur 46,2 Prozent, mit dem Zentrum 47,3 Prozent, und eine Hereinnahme der DRP ergäbe theoretisch zwar 51,1 Prozent, aber praktisch doch keine Grundlage für eine Regierung.

Im Augenblick, da diese Zeilen in Druck gehen, liegen allerdings die Sitzzahlen des neuen Landtages noch nicht vor, und so sind kleine Abweichungen in dem oben gezeichneten Bild denkbar. Im wesentlichen dürften aber nur die beiden Lösungen in Frage kommen: entweder eine „Berliner“ Koalition SPD—CDU oder eine „Bonner“ Koalition CDU—DP—FDP—BHE.

Welche Kombination schließlich auch zustandekommen mag — und es ist recht wahrscheinlich, daß die Verhandlungen über die künftige Regierungsbildung in Niedersachsen geraume Zeit in Anspruch nehmen werden —, eines dürfte schon jetzt feststehen: das Schulgesetz bleibt bestehen, falls es nicht durch einen Spruch aus Karlsruhe in Teilen aufgehoben wird, die mit dem Reichskonkordat nicht in Einklang zu bringen sind. Für das Schulgesetz sind offen die SPD, der BHE, die DP, die DRP und die FDP, uneingestanden die protestantischen Teile der CDU, die bisher nur Rücksicht auf ihre katholischen Partner nahmen. In jeder denkbar künftigen Regierung wird eine Mehrheit für das Schulgesetz sein, das vielleicht durch eine Novelle dem katholischen Wunsch nach Konfessionsschulen angepaßt werden könnte, um so auf einem heiklen Gebiet endlich den inneren Frieden zu sichern. Dr. W. H.

Abbildung 45: GÖTTINGER TAGEBLATT, 25. April 1955, S. 1: „SPD-BHE-Mehrheit im Landtag gestürzt“

Göttinger Presse

Das Heimatblatt der hp für Südhannover

10. Jahrgang / Nummer 96 — Preis 20 Pfennig — Montag, 25. April 1955

CDU verlor über 450 000 Stimmen

SPD bleibt die stärkste Partei des Landes

hp HANNOVER.

Die Bevölkerung des Landes Niedersachsen wählte gestern einen neuen Landtag. Nach dem vorläufigen Endergebnis konnte die SPD prozentual das bisher höchste Stimmenergebnis für sich buchen. 1 181 030 Wähler, das sind 35,2 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, wählten die SPD. 59 Kandidaten der SPD werden im neuen Landtag vertreten sein. Erhebliche Verluste erlitt die CDU gegenüber dem Ergebnis der Bundestagswahl des Jahres 1953. Sie verlor über 450 000 Stimmen und erzielte 26,2 Prozent. Ihr folgt die DP mit 415 192 Stimmen, das sind 12,7 Prozent. Der BHE errang 370 432 Stimmen, das sind 11,1 Prozent. Die FDP hielt sich in etwa mit 7,9 Prozent.

Von den kleineren Parteien errang die DRP 126 695 Stimmen (3,8 Prozent). Kommunisten, Landwirtepartei, Bund der Deutschen und Deutsch-Hannoversche Partei gingen als bedeutungslos aus den Wahlen hervor. Nach Verrechnung der Stimmen für die Landesliste wird sich der neue Landtag mit 159 Abgeordneten voraussichtlich wie folgt zusammensetzen: SPD 59, CDU 42, DP 21, BHE 18, FDP 14, DRP 5, KP 2 und Zentrum 2.

Zu einem Teil gab es in den Wahlkreisen größere Verschiebungen. Ueber 20 Wahlkreise wechselten den Besitzer. Die DRP konnte in einigen Wahlkreisen die Stimmen der SRP des Jahres 1951 auffangen, jedoch erreichte sie bei weitem nicht die 11 Prozent der SRP. Sämtliche Landesminister der SPD wurden wiedergewählt bis auf Finanzminister Kubel, der in Goslar dem CDU-Kandidaten Dr. Fricke unterlag.

Das Wahlergebnis hat gezeigt, erklärten führende Kreise der SPD in Niedersachsen, daß die SPD ihre Position als stärkste Partei in Niedersachsen nicht nur gehalten, sondern noch verbessert habe. Hierbei verwies man insbesondere auf den bisher höchsten Prozentsatz, den die SPD seit der ersten Wahl im Jahre 1948 erreichte. Das Bundestagswahlergebnis von 1953 habe sie um rund 41 000 Stimmen übertroffen. Die SPD sehe darin nicht nur eine Bestätigung der von der Regierung Kopf geführten Politik, sondern auch eine Unterstreichung der außenpolitischen Linie der SPD. Die vom Bundeskanzler geforderte Volksbefragung habe gezeigt, daß der Anteil seiner Partei für Niedersachsen seit der Bundestagswahl von rund 35 auf 26 Prozent zurückgegangen sei.

Sitzverteilung im Landtag

	Landtagswahl 1955 direkt	Landtagswahl 1955 Landesliste	Landtagswahl 1955 gesamt	Landtagswahl 1951 direkt	Landtagswahl 1951 Landesliste	Landtagswahl 1951 gesamt	Am Schluß d. Wahlperiode
SPD	59	—	59	64	—	64	59
BHE	—	18	18	1	20	21	20
DP	15	6	21	} 23	12	35	} 43
CDU	20	22	42				
FDP	1	13	14	3	9	12	15
Z	—	2	2	—	4	4	2
DRP	—	5	5	—	3	3	2
KP	—	2	2		2	2	3
LP	—	—	—				
BdD	—	—	—				
DHP							
SRP				4	12	16	—
Sonst.				—	1	1	10

Anmerkung: Die Verschiebung in der Sitzverteilung im Landtag der Wahlperiode 1951/55 ergab sich durch Auflösung der SRP-Fraktion, sowie durch Uebertritt von Abgeordneten in andere Fraktionen, beziehungsweise durch Abspaltierungen und Neugründungen politischer Gruppen im Landtag.

Bereits der erste Tag der Deutschen Industriemesse 1955 in der niedersächsischen Landeshauptstadt verzeichnete einen regen Besuch. Unser Bild vermittelt hiervon einen Eindruck. Foto: Koberg

Erster Messetag bereits ein Erfolg

Reger Besuch trotz schlechten Wetters

hp HANNOVER.

Trotz des kalten und regnerischen Wetters wurde die Deutsche Industriemesse 1955 in Hannover bereits in den ersten Stunden von über 30 000 Einkäufern besucht. Wie die Messeleitung mitteilt, war die Zahl der Auslandsgäste am ersten Messetage weit höher als im Vorjahr.

Ministerpräsident Kopf machte in Begleitung des Landesfinanzministers Kubel bereits in den frühen Vormittagsstunden einen Messerundgang. Er wünschte Ausstellern und Einkäufern einen guten Geschäftsablauf.

Der finnische Handelsminister Simmonen traf gestern in Hannover ein und besuchte mit einer großen Delegation die Messe. Zu den ersten Messebesuchern zählten am Eröffnungstage ferner die 26 Wirtschaftssachverständigen aus der Sowjetunion, um sich über den Stand der westdeutschen Industrieerzeugung zu orientieren und Geschäftsanbahnungen größeren Stils vorzubereiten. Leiter der sowjetischen Delegation ist der Präsident der „Maschino-Import", Jeromin. Die sowjetische Delegation will sich bis zum 3. Mai in Hannover aufhalten.

(Siehe auch im Innern der Zeitung.

Aussichten für Formosa-Lösung gebessert

Chinesisches Verhandlungsangebot an die USA erregt großes Aufsehen

dpa-ap-up BANDUNG.

Die Hoffnung auf eine friedliche Regelung des Formosa-Konfliktes ist am Wochenende gestärkt worden. Völlig überraschend erklärte sich der chinesische Ministerpräsident Tschou En Lai in Bandung bereit, mit den Vereinigten Staaten über eine Verminderung der Spannungen in Ostasien zu verhandeln. Dieses Angebot hat in der ganzen Welt und besonders in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen erregt.

In einer ersten amtlichen Stellungnahme der amerikanischen Regierung wurde gefordert, daß Nationalchina an den Verhandlungen beteiligt werden müsse. Außerdem solle Peking die internierten amerikanischen Flieger freilassen und der sofortigen Waffenruhe im Gebiet von Formosa zustimmen.

Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats, der Demokrat George, sprach sich für die Annahme des Angebots aus. Die Vereinigten Staaten seien stark genug, um sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Sie müßten zu einer Entspannung beitragen, wenn dies möglich sei. Der Führer der Republikaner im Senat, Knowland, erklärte dagegen, er werde seinen ganzen Einfluß geltend machen, um die Verhandlungen nicht stattfinden zu lassen.

In Paris und London wird das chinesische Angebot, das als wichtigstes Ergebnis der Bandung-Konferenz angesehen wird, mit großer Aufmerksamkeit geprüft.

Tschou En Lai machte das Angebot nach Geheimverhandlungen zwischen mehreren Konferenzdelegationen. D[…] pakistanische Ministerpräsident M[…]hammed Ali übermittelte die chine[…]sche Erklärung an Washington.

Mit 1300 Mann gesunke[…]

ap HONGKONG.

Das chinesische Schiff „Mingtse"[…] ist in der Bai von Hang Tschou a[…] einen Felsen gelaufen und mit 13[…] Mann gesunken, berichtete die Man[…]schaft des holländischen Frachte[…] „Houtman", die am Wochenende […] Hongkong eintraf. Der Frachter w[…] auf einen SOS-Ruf des Schiffes z[…] Unglücksstelle geeilt, kam jedoch fü[…] Stunden zu spät. Man sah nur no[…] den Schornstein des Unglücksschif[…] aus dem Wasser ragen. Eine größe[…] Anzahl chinesischer Schiffe suchte d[…] Wasser ab.

Kanzler lehnt „dritte Lösung" ab

pp-dpa-ap-up BONN.

Bundeskanzler Adenauer wandte sich am Wochenende in Bonn entschieden gegen eine sogenannte „dritte Lösung" für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bundesregierung stehe zu den Pariser Verträgen. „Ueber eine dritte Lösung machen wir uns keine Gedanken", erklärte Adenauer. Als „dritte Lösung" wird eine Möglichkeit bezeichnet, die einen Mittelweg zwischen einer Bündnisfreiheit und einer von der Sowjetunion als aggressiv empfundenen Gestaltung des Westbündnisses darstellt. Die gestern von der FDP erhobene Forderung nach einer solchen Lösung hat in Bonner CDU-Kreisen Verärgerung hervorgerufen.

Ein Baugerüst stürzte zusammen

Zehn Handwerker verletzt / Unglück in belebter Straße

hp HANNOVER.

In einer belebten Straße der hannoverschen Innenstadt stürzte am Sonnabendvormittag ein tonnenschweres, stählernes Baugerüst mit donnerndem Getöse zusammen. Zehn Handwerker, die auf dem Gerüst mit Maurerarbeiten und Fliesenlegen beschäftigt waren, wurden mit in die Tiefe gerissen. Fußgänger wurden nicht verletzt, weil sich der Einsturz durch lautes Knistern und Knirschen in den Holzbrettern weithin ankündigte.

Das Gerüst neigte sich zur Straße und zerbrach. Die meterlangen Verbindungsstangen aus Stahlrohr zerknickten wie Streichhölzer.

Sekunden später war die Straße mit einem riesigen Trümmerhaufen bedeckt. Schaufensterscheiben und Auslagen benachbarter Geschäftshäuser waren zertrümmert. Fah[…]räder und ein Lieferwagen, die v[…] der Baustelle abgestellt waren, wu[…]den von den stürzenden Gerüstmass[…] zermalmt.

Eine unmittelbare Folge dieses U[…]glücks war ein Verkehrsunfall. D[…] Fahrer eines Personenkraftwage[…] bremste vor den herabfallenden Trü[…]mmermassen so scharf, daß drei na[…]folgende Personenkraftwagen auf se[…] Fahrzeug auffuhren. Fünf Poliz[…]beamte mußten Ordnung in dem ve[…]wirrten Verkehr schaffen, der kı[…] vor Messebeginn sehr umfangrei[…] war.

Feuerwehr und Polizei bargen […] zehn unter den Trümmern begraben[…] Handwerker und schafften sie i[…] Krankenhaus. Drei von ihnen erlitt[…] schwere Verletzungen. Die Ursac[…] des Unglücks ist noch nicht bekan[…] Vermutungen, nach denen ein üb[…]eilter Abbruch eines Teiles des Ba[…]gerüstes zum Einsturz des angebli[…] nicht richtig verankerten, Restteil[…] geführt haben soll, wurden bish[…] nicht bestätigt.

613 Oesterreicher kehren heim

ap LONDON.

Die sowjetische Nachrichtenagentur „Tass" hat gestern die Entlassung von 613 noch in der Sowjetunion festgehaltenen österreichischen Gefangenen bekanntgegeben. Weitere 74 Oesterreicher, die die sowjetischen Behörden „wegen der von ihnen auf dem Gebiet der Sowjetunion begangenen Verbrechen nicht freigeben könnten", wurden von der Sowjetunion als „Kriegsverbrecher" an Oesterreich übergeben.

Asiatisch-afrikanische Konferenz in Bandung beendet

Verbot der Atomwaffenherstellung gefordert / Kolonialismus verurteilt

dpa-ap-up BANDUNG.

Die Konferenz der 29 Nationen in Bandung, ein historisches Ereignis im Leben der afrikanischen und asiatischen Länder, wurde gestern mit der einstimmigen Billigung mehrerer Entschließungen beendet.

Die Delegationen legten darin ihre Haltung zu einer Reihe von weltpolitischen Problemen nieder. Außerdem einigten sie sich über die Grundsätze ihrer künftigen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Die Entschließung forderte ein Verbot der Herstellung, Lagerung und Verwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen. An die Vereinten Nationen wurde appelliert, ihre Bemühungen um die Herbeiführung einer Begrenzung, Kontrolle und Verringerung der Streitkräfte und Waffen in der Welt fortzusetzen. Ferner wurde eine baldige Beendigung des Kolonialismus und dessen Folgen für das Leben der Völker, die unter ausländischer Herrschaft existieren müssen, verlangt.

Die Konferenz vertrat die Ansicht, daß alle Nationen der Welt in die UNO aufgenommen werden müßten.

Auf ihrer Schlußsitzung kamen die Delegierten überein, eine zweite Konferenz abzuhalten. Ort und Zeitpunkt wurden jedoch nicht bestimmt.

Der chinesische Ministerpräsident Tschou En Lai sprach sich für Verhandlungen zwischen Süd- und Nordkorea mit dem Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung des Landes aus. Tschou bleibt zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Indonesien.

Abbildung 46: GÖTTINGER PRESSE, 25. April 1955, S. 1: „CDU verlor über 450.000 Stimmen"

Die für die SPD unbefriedigende Wahl führte dazu, dass der linke Flügel der Partei der HP vorwarf, parteipolitische Anschauungen zu vernachlässigen und stattdessen zu sehr auf eine breite Leserschaft zu spekulieren. *Fritz Sänger*, 1946 Chefredakteur des Sozialdemokratischen Pressedienstes und später Chefredakteur der Deutschen Presseagentur (dpa), ermahnte die SPD-Zeitung 1956, sich mehr als bisher zur Haltungs- und Gesinnungspresse zu entwickeln. SPD-Pressechef *Fritz Heine* dagegen wollte das Blatt dadurch attraktiver machen, indem man das Layout und die Themenwahl änderte und sie boulevardisierte. 1956 musste Chefredakteur *Wilhelm Korspeter* seinen Posten verlassen, da er sich gegen diese Vorschläge aussprach, stattdessen die Zeitung zu einer parteiunabhängigen demokratischen *Links-Zeitung* machen wollte. Elke Schröder kommt in ihrer Studie über die HANNOVERSCHE PRESSE zu dem Schluss, dass die Mischung aus Boulevard und Parteipresse nicht gegen das eindeutige Boulevardblatt und die überparteiliche und regionale Konkurrenz konkurrieren konnte und deshalb weniger erfolgreich war.[216]

Neuer Chefredakteur wurde *Fried Wesemann*, der die Auflage innerhalb eines Jahres anheben und die Verluste verringern konnte. Er richtete sich nach Heines Vorschlägen, boulevardisierte das Blatt und änderte das Erscheinungsbild: Die Titelseite wurde zweispaltig, um die Zeitung optisch zu strecken. Sie beinhaltete vor allem plakativere Schlagzeilen und eine übersichtlichere Aufteilung, indem auf die vielen Kurzmeldungen verzichtet wurde. Stattdessen gab es nun die regelmäßige Rubrik *Kurz berichtet*. Das Politikressort beinhaltete nun mehr Nachrichten, die *Niedersachsen-Seite* wurde gestrichen, sie wurde ersetzt durch die Rubrik *Vermischtes* mit leichtem Lesestoff. Außerdem gab es eine vielseitige Beilage für Frauen und Kinder, die *Kleine hp-Illustrierte*. Generell wurden nun vermehrt Fotos verwendet, hinzukam das Horoskop. Trotz erster Erfolge gab es auch mit Wesemann Probleme, vor allem durch seine Mitarbeiterführung, aufgrund der es immer wieder zu schweren Konflikten und Machtkämpfen kam. Schließlich musste er zurücktreten.[217]

Ergebnisse der Analyse

Betrachtet man die Göttinger Zeitungen im Untersuchungszeitraum, kann man sowohl bei der GP als auch beim GT eine hohe Priorität des Themas Landtagswahlkampf feststellen. Die Anzahl der Artikel glich sich nahezu und befanden sich jeweils hauptsächlich auf den ersten

Seiten der Ausgaben. Die ersten großen Unterschiede waren zunächst in der Anzahl der Wahlanzeigen und dem Umfang des Themas am Vortag der Wahl festzustellen. Es überrascht, dass in der parteinahen GP lediglich drei Wahlanzeigen für die SPD erschienen, gegenüber 32 für die anderen Parteien im GT. Das GT wiederum nahm keine SPD-Anzeigen an. Eine Praxis, die das GT bis zur Bundestagswahl 1969 beibehielt. Nahm die Anzahl der Artikel im GT am Vortag der Wahl rapide zu, nahm sie in der GP stark ab.

Eindeutig und als parteinahe Zeitung wesenseigen war die GP in den 1950er Jahren das Sprachrohr für die SPD-geführte Landesregierung, schon 1953 hatte die HP, die Mantelzeitung der GP, zur Wahl beigetragen, indem sie ihre Redakteure anwies, „systematisch und indirekte Werbung“ für die SPD zu machen.[218] Andere Parteien, insbesondere die CDU, wurden ins schlechte Licht gerückt. Die einzige positive Bewertung der FDP stammte von *Peter von Oertzen*, der sich nach der Wahl bei Föge für die vergangene Arbeit bedankte und den Konkurrenten als erfahrenen und verdienten Mann bezeichnete.

Das GT war das Sprachrohr der bürgerlichen Parteien, insbesondere der FDP. Ausgeprägt war vor allem der wesentlich häufigere Gebrauch der journalistisch verpönten Vermischung von Meinung und Nachricht. Über Politiker der SPD wurde nahezu ausschließlich negativ berichtet, ihre Kandidaten nicht vorgestellt und der Erfolg Peter von Oertzens nach der Wahl unterschlagen. Hier fand sich lediglich ein kleiner Hinweis in einer Tabelle. Der erneute Erfolg Ernst Fahlbuschs wurde am Rande vermerkt. Die Kandidaten der bürgerlichen Parteien bekamen im GT großen Raum für ihre Vorstellungen.

Von beiden Zeitungen wurden Fakten unterschlagen, inkompatible Wahlergebnisse miteinander verglichen und Meinung und Nachricht vermischt. Dies erfolgte jedoch bei der GP subtiler als beim GT – unmissverständlich waren im GT die Appelle durch Kästchen und Schlagzeilen, in denen die Leser direkt aufgefordert wurden, die alte Landesregierung abzuwählen.

Die CDU in Niedersachsen wurde im Gegensatz zur Bundespartei, die sich immer mehr zur Volkspartei entwickelte, als eine Nachfolgerin des Zentrums wahrgenommen. Die Bemühungen, das Klischee der Katholikenpartei auch in Niedersachsen abzustoßen, wurden in den Wahlanzeigen und in den Vorstellungen der Kandidaten deutlich. Die Diskussionen über die Schulpolitik zeichneten allerdings ein anderes Bild. Hier forderte die CDU vehement die Konfessionsschule und fand Unterstützung unter anderem in radikalen katholischen

Kreisen. Unmissverständlich versuchte die CDU zudem mit dem Erfolg der Partei auf Bundesebene zu punkten, argumentierte mit der Bilanz Adenauers und den Ergebnissen der Bundestagswahlen von 1953.

Auch die SPD in Niedersachsen versuchte, ihr traditionelles Milieu für andere Schichten zu öffnen – durch ihren Kandidaten *Peter von Oertzen* sprach sie vor allem das Universitätsmilieu und das Bildungsbürgertum an. Damit ließ sich in Göttingen der Trend zu einer Volkspartei erkennen, früher als bei der Bundespartei. Mit der erfolgreichen Landtagswahl von 1955 gelang es der SPD, in Göttingen Fuß zu fassen und eine ernsthafte Konkurrentin für die FDP zu werden. Die Landtagswahl 1955 wurde zum ersten Wahlerfolg der Göttinger SPD nach 1945[219].

Die FDP in Göttingen, die kommunalpolitisch erfolgreichste Partei seit 1948, sprach insbesondere den Mittelstand an. Außerdem stellte man sich offen gegen die Entnazifizierung und versuchte mit der generellen Unbeliebtheit der britischen Besatzungsmacht zu punkten.

Generell lässt sich vermuten, dass das GT mit seinem größeren Angebot an Göttinger Lokalpolitik die Bedürfnisse der Leser eher befriedigen konnte als die GP. Zudem ist festzustellen, dass die Konkurrenz beider Blätter nicht zu einem Wettbewerb nach publizistischer Qualität geführt hat, sondern lediglich die Interessenvertretungen der Parteien auf beide Blätter aufgeteilt hat. Um eine überparteiliche Zeitung hat es sich bei keiner der beiden Zeitungen gehandelt.

Die Studentenbewegung 1968

Die frühen 1960er Jahre standen außenpolitisch noch im Zeichen des Kalten Krieges: Der Mauerbau 1961, die Kubakrise 1962, der fortdauernde Krieg in Vietnam bestimmten die Blockkonfrontation, das Verhältnis von Ost und West. Nur langsam entwickelte sich die Politik der *friedlichen Koexistenz*. Innenpolitisch und gesellschaftlich jedoch gab es heftige Auseinandersetzungen um gesellschaftlichen Wandel und Erneuerung.

Die *68er-Unuhen* begannen bereits Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre. Ihre Wurzeln hatten sie in der Entstehung der sogenannten *Neuen Linken* in London, Paris, Rom und Berkeley.[220] Der Begriff *Neue Linke* stammt von Philosoph C. W. Milles und umschreibt sozialistische und marxistische Gruppen, die in den hochindustrialisierten Demokratien Europas und Nordeuropas auftraten. Innerhalb der *Neuen Linken* gab es zahlreiche unterschiedliche Strömungen, gemein hatten sie die Kritik an einer marktwirtschaftlich orientierten Konsumwelt. Die *Neue Linke* strebte eine Revolution an, die von den Studenten und Randgruppen und nicht von der Arbeiterschaft getragen werden sollte. Diese habe ihren Willen zur Revolution verloren, da sie inzwischen in die Gesellschaft integriert sei.[221] Die 68er-Bewegung wurde durch Studenten an den Hochschulen dominiert, wodurch sie im Allgemeinen auch als *Studentenbewegung* bezeichnet wird. Da auch andere Bevölkerungsgruppen an den Protesten beteiligt waren, ist der Begriff jedoch nicht ganz gerechtfertigt. Auch in der Wissenschaft gibt es keinen Konsens in der Definition.

Die deutsche Studentenbewegung fühlte sich neben der *Neuen Linken* auch einer linken bis ultra-linken internationalen Jugendbewegung zugehörig, zu der die südamerikanischen Stadtguerillas, die *Black Panther* der USA oder die tschechischen Studenten des Prager Frühlings zählten.[222] Die *Neue Linke* dagegen war als Teil der *Außerparlamentarischen Opposition* (APO) zu betrachten. Diese war als Reaktion auf die Bildung der Großen Koalition 1966 entstanden und bestand aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die sich von den Parteien des Bundestages nicht vertreten fühlten, darunter unter anderem Bürgerrechtsorganisationen, Studentenverbände und Abrüstungskampagnen.[223] Kern der APO war wiederum der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS), dieser führte die vorhandenen Protestströmungen zusammen. Der SDS war 1946 in Hamburg als parteiunabhängiger, jedoch der SPD nahestehender Studentenverband gegründet worden. Als ab Mitte der 1950er Jahre zunehmend Spannungen zwischen SDS und SPD auftraten

(insbesondere in der Frage um die Wiederbewaffnung, der Anti-Atomtod-Bewegung sowie dem Godesberger Programm), fasste die SPD-Führung 1961 einen Unvereinbarkeitsbeschluss und schloss SDS-Mitglieder und -Sympathisanten aus der Partei aus. Fortan wurde der SDS Sammelbecken für die *Neue Linke* und Kern der *Außerparlamentarischen Opposition* (APO). Einer ihrer Wortführer war *Rudi Dutschke*.

Insbesondere die nicht stattfindende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mobilisierte. Bereits in den 1950er und frühen 1960er Jahren hatten viele Intellektuelle die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, die ihrer Meinung nach geprägt war durch Verdrängung und Verleugnung, als *zweite Schuld* der Deutschen bezeichnet. In der Wissenschaft setzten Thesen und Theorien von Adorno, Bloch, Elias, Horkheimer, Kracauer, Löwenthal, Marcuse und Sohn-Rethel Akzente.[224] Besonders in der *Adenauer-Ära* hatte es nur wenige öffentliche Debatten zu diesem Thema gegeben und auch in Schulbüchern fehlte das Thema *Holocaust*.[225]

Rudi Dutschke wollte wie seine Mitstreiter durch antiautoritäres Handeln nicht nur Strukturen von Institutionen, sondern auch von Persönlichkeiten verändern. Besonders in der Erziehung lag laut Dutschke das Übel, denn der Faschismus läge nicht mehr in einer Partei oder Person manifestiert, sondern in der „Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten".[226] Besorgniserregend war für die Studenten der Mythos der *sauberen Wehrmacht*, der in der deutschen Bevölkerung gepflegt wurde. Dieser Gründungsmythos half bei der Zustimmung zum Aufbau der *Bundeswehr*.

Besonders scharf wurde über die Verjährung von Kriegsverbrechen während des Nationalsozialismus diskutiert. Auch die Laufbahnen von ehemaligen Nationalsozialisten in herausragenden Stellungen wurden aufgedeckt. Besonders in den Verwaltungen sowie in der Justiz gab es die Kontinuität des Personals. In den Universitäten verschwieg man die Vergangenheit, man wollte zur *Normalität* zurückkehren, man bemühte sich nicht, emigrierte Wissenschaftler zurückzugewinnen.[227] In Göttingen deckten Studierende Belege für die Verstrickung der Universität und ihrer Professoren im Nationalsozialismus auf und veröffentlichten diese in der Zeitschrift POLITIKON.[228] Spätestens seit den Ausstellungen *Ungesühnte Nazijustiz* des SDS-Mitglieds *Reinhard Strecker* in verschiedenen Städten forderte die Bewegung die gezielte Strafverfolgung von NS-Tätern.[229] Mit Schrecken blickte man Mitte der 1960er Jahre auf Landtagswahlen, bei denen die *Nationaldemokratische*

Partei Deutschlands (NPD) in mehrere Landesparlamente einzog, so auch in Niedersachsen 1967.

In der Hochschulpolitik kämpften die Studierenden bereits seit Ende der 1950er Jahre um eine Studienreform und kritisierten die sogenannte *Ordinarien-Universität*. Die Intention war, Bildung für alle Schichten zu öffnen, Forschung und Lehre zu einen, die Freiheit des akademischen Studiums zu gewährleisten, sowie die Autonomie der Universität zu garantieren. Bei ihren Bemühungen sahen die Studenten einen deutlichen Zusammenhang zwischen Hochschulreform und Demokratie.[230] Besonders das soziale Ungleichgewicht in der Zusammensetzung der Studierenden und die Unfähigkeit des Bildungswesens, Begabte auch aus Arbeiterfamilien zu fördern, wurden angeprangert. Nach und nach konnten sich schließlich auch Parteien und Parlamente der Kritik nicht mehr entziehen und begannen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.[231]

In Göttingen gab es seit Ende der 1950er Jahre Veränderungen an der Universität: 1959 begannen die baulichen Planungen für den naturwissenschaftlichen und medizinischen Nordbereich, sowie das Geisteswissenschaftliche Zentrum. Die Studentenzahl verdoppelte sich bis 1965 auf 10.000, neben diesen Maßnahmen wurden neue Professoren- sowie Mittelbaustellen geschaffen. Doch die innere Reform der Universität war vernachlässigt worden. Mitte der 1960er Jahre verschärften sich die Diskussionen, nun war auch in Göttingen die Rede von *Bildungsnotstand* und *Ralf Dahrendorfs* (FDP) Forderung nach *Bildung als Bürgerrecht* in aller Munde.[232] 1965 fand die erste Demonstration zur Bildungspolitik statt.[233]

Umstritten war in Göttingen später die *Übergangssatzung*, die die Zeit bis zur Fertigstellung eines Niedersächsischen Hochschulgesetzes überbrücken sollte. Die in der Satzung angestrebte Paritätenregelung für die akademischen Kollegialorgane fanden weder die Zustimmung der Studenten oder des Mittelbaus noch der konservativen Professoren-Mehrheit. Auch die Gliederung der Fachbereiche war umstritten.

Auch die Medien wurden Zielscheibe der 68er-Bewegung, dabei richtete sich die Kritik besonders gegen den Springer-Konzern. 1968 hatte das Unternehmen auf dem Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt einen hohen Marktanteil erzielt – bei überregionalen Zeitungen lag dieser bei 81 Prozent. Insbesondere die studentischen Kreise betrachteten diese Entwicklung als eine Bedrohung für die Pressefreiheit und die öffentliche Meinungsbildung.[234] Auch die

Informationspolitik der Springer-Presse war den Demonstranten ein Dorn im Auge: Unzufrieden waren sie mit der Berichterstattung über den Vietnamkrieg, die ihrer Meinung nach nicht nur falsch, sondern zudem voreingenommen war.

Am Besuch des Schahs von Persien im Juni 1967 entzündete sich die Pressekritik. Er war begleitet von einer Verharmlosung der Zustände im Iran durch die deutsche Presse. Die Studenten hatten auf Hunger, Elend, Folter und Analphabetismus aufmerksam machen wollen, doch die deutsche Öffentlichkeit, die Presse und die Politik ignorierten ihre Argumente. Dafür verbreitete die BERLINER MORGENPOST des Springer-Verlages, der bei der Demonstration gegen den Schah-Besuch von einem Polizisten erschossene *Benno Ohnesorg* sei in Wirklichkeit von einem Mitdemonstranten getötet worden.

Besonders die BILD-ZEITUNG hetzte gegen den SDS-Politiker *Rudi Dutschke* und setzte unfaire Mittel ein. Mit Schlagzeilen wie „Unruhestifter unter Studenten ausmerzen“ oder auch „Jetzt wird aufgeräumt“ fiel man über den 28-jährigen Studenten her. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 verschärften sich die Aktionen gegen den Springer-Konzern, denn diesen hielt man für mitschuldig an der Bluttat:

> „Die wirklichen Täter sind diejenigen, die Rudi Dutschke zum Staatsfeind Nr. 1 gestempelt haben. Diese Täter sitzen in den Redaktionsstuben des Springerkonzerns, im Senat und im Abgeordnetenhaus. Die Dreckschleuder von Franz Josef Strauß, die Durchhaltebefehle des Herrn Jäger und die Hetzparolen des Wehner haben das Attentat vorbereitet.“ Und weiter: „Der systematische Aufbau eines inneren Feindes – früher die Juden, heute die Studenten – ist das Mittel der autoritären Politiker, ihre Ziele durchzusetzen. Sei weinen jetzt Krokodilstränen, sie heucheln Entsetzen und Menschlichkeit. In Wahrheit beruht ihre Stellung selbst auf Gewalt; und sie verschärfen diese gegen die außerparlamentarische Bewegung, die überhaupt erst demokratische, menschliche Verhältnisse schaffen will. Weitere Gewaltmittel sollen mit den Notstandsgesetzen bereitgestellt werden, die in den nächsten Wochen im Bundestag durchgepeitscht werden sollen.“[235]

Sowohl die Springer-Presse als auch die APO verschärften die Auseinandersetzung, indem sie die jeweils andere Seite mit Nationalsozialisten gleichsetzten. Im Februar 1968 wurde die Zerstörung von Schaufenstern des Springer-Verlages von ihrer Presse mit der Reichskristallnacht von 1938 verglichen – die APO dagegen verglich in einem Flugblatt *Axel Springer* mit dem Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes DER STÜRMER, *Julius Streicher*. In ihrer Kritik an Springer fanden die Demonstranten vielfache Unterstützung. Der Autor

Heinrich Böll kritisierte in seiner Erzählung *Die verlorene Ehre der Katharina Blum* die Methoden der Springerpresse und deren Umgang mit den Studenten.[236] In der Folgezeit wurden Springer-Druckereien in der gesamten BRD regelmäßig von Studenten blockiert, um die Auslieferung der Zeitungen zu verhindern.

Die Göttinger Demonstranten beschäftigten sich neben der Springer-Presse auch mit dem GT, dessen „lückenhafte und polemische Berichterstattung" führte man auf dessen Vorgeschichte in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus zurück.[237] Bei verschiedenen Anlässen kam es zu *sit ins* und Demonstrationen gegen das spätere Göttinger Monopolblatt.

Die links einzuordnende Tagespresse in der Bundesrepublik zeigte sich in gewisser Weise fasziniert von der 68er-Bewegung. Dabei wurden Parolen und neue Begrifflichkeiten wie *teach in*, *go in* oder *sit in* auffällig platziert und auf diese Weise weit verbreitet. Außerdem trug die Berichterstattung zu einem sich verstärkenden politischen Interesse der Bevölkerung bei.

Neben der linken und der Regenbogenpresse gab es zudem eine konservative Presse, die sich im Zusammenhang mit den Studentenunruhen autoritär gab und deren Redakteure oftmals ein „kaltes Soziologen- bzw. Politologendeutsch" an den Tag legten.[238] Stilistisch wurde auf allen Seiten immer boulevardisierter gearbeitet – an die Stelle von sachlichen Informationen traten nun oft skandalisierte Nachrichten.[239]

Weitere Themen der zahlreichen Demonstrationen in West-Berlin waren unter anderem der Vietnam-Krieg. die Wiederbewaffnung, die Westintegration und die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Den Höhepunkt der Studentenunruhen im *Heißen Frühling* 1968 bildeten die Proteste gegen die Notstandsgesetzgebung. Diese erreichten im Vergleich mit anderen Inhalten die höchste Mobilisierung.[240]

Die Notstandsgesetze waren nach dem Zweiten Weltkrieg eine Bedingung der Alliierten vor der Übergabe der vollständigen Souveränität, man wollte die in Deutschland stationierten Truppen geschützt wissen. Ursprünglich enthielt das Grundgesetz auf Grund der schlechten Erfahrungen mit Artikel 48 der Weimarer Verfassung keine Regelungen für Krisensituationen wie einen Angriff oder einen Putschversuch. 1955 wurde mit der Wehrverfassung der Schutz gegen einen Angriff ermöglicht. Die ersten Pläne für Notstandsgesetze wurden bereits 1958

vom Bundesinnenministerium vorgelegt, weitere gab es 1960 und 1963. Diese Entwürfe sahen eine Ausweitung der Macht der Exekutive vor, fanden jedoch nicht die notwendige Mehrheit. Die Große Koalition brachte die notwendige Zweidrittelmehrheit zustande und nahm die Arbeit an den Notstandsgesetzen wieder auf. Vor wichtigen Abstimmungen gab es heftige Auseinandersetzungen mit den Gegnern der Gesetze –mit der FDP, Studentengruppen, dem „Kuratorium Notstand der Demokratie“ und den Gewerkschaften.

Kritisiert wurde neben inhaltlichen Punkten das Beschlussverfahren. Als im Mai 1968 die dritte Lesung und somit die Verabschiedung der Gesetze anstanden, war bei vielen Menschen der Eindruck entstanden, die Öffentlichkeit solle ausgeschlossen und vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Jahrelang hatten sich die Debatten um die Notstandsgesetze hingezogen, doch im Frühjahr 1968 fanden die Beratungen plötzlich in schneller Reihenfolge und in nichtöffentlichen Sitzungen statt und boten so kaum Raum für weitere Diskussionen.[241] Diese Handlungsweise untermauerte die Parlamentarismuskritik der 68er-Bewegung, die eine unkontrollierbare Machtpolitik befürchtete.[242] Inhaltlich kritisiert wurden vorzugsweise folgende Punkte:[243]

- Für den Fall eines NATO-Beschlusses und somit eines Bündnisfalles war im Rechtsausschussbericht keine parlamentarische Entscheidung mehr vorgesehen. Nach Art. 80 Abs. 3 sollten Dienstverpflichtungen auch dann möglich sein, „wenn ein internationales Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages eine bestimmte Maßnahme beschließt, für deren Wirksamkeit auch Dienstverpflichtungen notwendig werden“[244].
- Theoretische Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr gegen Streikende
- Aufhebung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit im Notstand
- Abschaffung des Streikrechts im Notstand

Zwischen der zweiten und dritten Lesung der Gesetze im Bundestag im Mai 1968 kam es zu zahlreichen Protestaktionen, mit einem Schwerpunkt in 25 Universitätsstädten.

Die Bündelung der Proteste gegen die Notstandsgesetze übernahm das so genannte Kuratorium *Notstand der Demokratie*, zu dem sich Studentenbewegung und die Gewerkschaften vereinigt hatten. Eine der größten Aktionen bildete ein *Sternmarsch* nach Bonn, der am 11. Mai 1968 stattfand, friedlich verlief, ein großes Presseecho fand und

zwischen 3.000 und 7.000 Teilnehmer anzog – die Zahlen variierten in der Berichterstattung je nach politischem Standpunkt.[245]

Auch in Göttingen ging ein Großteil der Studenten auf die Straße. In der Zeit vom 1. April bis zum 1. Juni 1968 finden sich in der Chronik des Göttinger Stadtarchivs folgende Eintragungen:[246]

> *„13. April 1968*
>
> Rund 2000 Studenten der Universität demonstrierten mit Trauerfahnen und Transparenten vor dem Rathaus gegen das Attentat auf den Berliner Studenten und leitendes Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes Rudi Dutschke. […]
>
> *16. April 1968*
>
> Wie die erste, verlief auch eine zweite, von rund 3000 Studenten veranstaltete Demonstration vor dem Rathaus ruhig. Der Rektor der Universität, Professor Dr. Joachim-Ernst Meyer, verlas eine Resolution des Senates der Universität. […]
>
> *18. April 1968*
>
> An einem Schweigemarsch vom Auditorium zum Wilhelmsplatz gegen das bei den in letzter Zeit an vielen Orten ausgebrochenen Demonstrationen und Unruhen offenbarte "Klima der Gewalt" nahmen rund 1200 Studenten und Bürger Teil. […]
>
> *15. Mai 1968*
>
> Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität schloß sich dem Aufruf des Verbandes Deutscher Studentenschaften an und verkündete als Protestaktion gegen die geplante Notstands-Gesetzgebung für heute einen allgemeinen Vorlesungsstreik. Im Auditorien-Gebäude veranstalteten Professoren, Assistenten und etwa 1500 Studenten eine Protestkundgebung. Danach demonstrierten Teilnehmer auf den Straßen und blockierten an einigen Verkehrsknotenpunkten vorübergehend den Verkehr.
>
> Die Immatrikulations-Feier in der Aula der Universität wurde von demonstrierenden Studenten gesprengt, der Rektor vom Mikrophon gedrängt, worauf die Professoren und die meisten Studenten den Saal verließen. […]
>
> *27. Mai 1968*
>
> Wie in allen Hochschulen der Bundesrepublik hat auch hier der Studentenrat der Universität zu einem dreitägigen Vorlesungsstreik als Protest gegen die geplante Notstandsgesetzgebung aufgerufen. Das Auditorien-Gebäude war mit Bänken, Türen und Plakaten verbarrikadiert, über dem Eingang wehte eine rote Fahne.

Streikunwillige Studenten durchbrachen die Blockade, nur wenige Vorlesungen und Übungen fielen aus.

28. Mai 1968

Die studentischen Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung dauerten heute an. Das Auditorium maximum war Tag und Nacht Aktionszentrum. Studenten drangen in das Rathaus ein, wobei die Polizei drei Demonstranten vorläufig festnahm; auf dem Marktplatz diskutierten Studenten mit dem Oberbürgermeister. - Auch an der Pädagogischen Hochschule beschloß die Studentenvollversammlung einen Vorlesungsstreilc, in einem offenen Brief an alle Abgeordneten des Bundestages wurde die Aussetzung der dritten Lesung der Notstandsgesetze gefordert. Die juristische Fachschaft an der Universität appellierte an alle Abgeordneten, den Artikel 20, Absatz 4 (Widerstandsrecht) ersatzlos aus dem Entwurf zu streichen, um eine Scheinlegalisierung des politischen Straßenkampfes zu vermeiden.

29. Mai 1968

Fortdauer des Vorlesungsstreikes, dem sich auch Teile der Oberklassen-Schüler der Realschulen und Gymnasien anschlossen. Rund 1000 Studenten demonstrierten vor dem Verlagsgebäude des "Göttinger Tageblattes" und erreichten dort, wie in der Redaktion der "Göttinger Presse", Zusicherungen über Aufnahme von studentischen Stellungnahmen zu den Problemen der Notstandsgesetzgebung wie der Hochschulreform.“

Göttingen nahm im Vergleich zu anderen Städten eine Sonderrolle ein. Der Soziologe *Hans-Joachim Dahms* spricht von einer *Göttinger Linie*, die sich gerade in den Tagen des Notstandsprotestes gezeigt habe: Es sei ein gewisses Einvernehmen zwischen den protestierenden Studenten und der Polizei zu beobachten gewesen. So hätten etwa die Protesttage gegen die Notstandsgesetze im Frühjahr 1968 an ihrem Höhepunkt Ende Mai zwar zu einer mehrtägigen Besetzung des alten Auditoriumsgebäudes und des alten Rathauses geführt, die Polizei hätte sich jedoch zurückgehalten.[247] Ferner konnte man innerhalb der Universität ein anderes Verhalten der Professoren beobachten als in anderen Städten. Anders als etwa in Frankfurt oder Berlin beteiligten sich einige an Diskussionen mit den Studenten. Der Umgang zwischen protestierenden Studierenden und Lehrenden verschlechterte sich allerdings als immer öfter Lehrveranstaltungen durch *sit ins* gestört wurden. Diese trafen nicht etwa Vorlesungen konservativer Professoren, sondern solche, „die wegen ihres wissenschaftlichen Renommees und/oder ihrer Rednergabe besonders großen Zulauf hatten.“[248] Über die Themen der 68er-Bewegung hinaus gab es auch Anlässe aus der Göttinger Kommunalpolitik, die die Studenten mobilisierten. Allen voran der

geplante Abriss des Göttinger Reitstalls, einer der ersten Universitätsbauten der Stadt. Trotz alternativer Nutzungsvorschläge, Unterschriftenaktion und Sitzstreik wurde das Gebäude im Sommer 1968 abgerissen.[249]

Die 68er-Bewegung in der Göttinger Berichterstattung

Im April und Mai 1968 erschienen in Göttingen das GT sowie die GP. Ihre Berichterstattung über die 68er-Bewegung im *Heißen Frühling 68* wird im folgenden Kapitel mittels einer Vollerhebung der Berichterstattung in den Monaten April und Mai 1968 untersucht.

Das Attentat auf Rudi Dutschke

In der Berichterstattung über das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 lässt sich die GP zum einen durch starke Boulevardisierung in der Beschreibung des Attentats charakterisieren, andererseits durch den Versuch, Verständnis für die anschließend stattfindenden Demonstrationen aufzubringen. Das GT, das ebenfalls das Attentat verurteilte, war dagegen weniger tolerant. Die Zeitung verurteilte den SDS scharf und forderte härtere Maßnahmen gegen die Demonstranten.

Die unterschiedlichen Tendenzen wurden bei der Betrachtung der Darstellung des Tathergangs, der Ursachen des Attentats, sowie Berichte über Rudi Dutschke und den SDS erkennbar: Am Tag nach dem Attentat auf Rudi Dutschke fand sich in beiden Zeitungen jeweils ein Bild vom Opfer. Dabei zeigte die Fotografie im GT einen eher aggressiven, das Bild in der GP einen lächelnden, eher schüchtern dreinblickenden Dutschke:

Die DDR ließ ihn nicht studieren

Dutschkes Lebenslauf in Stichworten

Rudi Dutschke, 28 Jahre alt, stammt aus der Mark Brandenburg. Als Schüler war er in der DDR engagiertes Mitglied der evangelischen „Jungen Gemeinde" und der Staatsjugend FDJ. Weil er nach dem Abitur den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee verweigerte, durfte er in der DDR nicht studieren. Er legte 1960 in Westberlin das Abitur noch einmal ab und konnte danach wegen des Baues der Berliner Mauer nicht mehr in die DDR zurückkehren.

Im November 1961 begann Dutschke mit einem Soziologiestudium an der Freien Universität Berlin. Er arbeitete in den letzten Monaten an einer Doktorarbeit über eine Zeitschrift der ungarischen kommunistischen Emigration mit dem Namen „Der Kommunismus". Dutschke trat erstmals im November 1966 in einer Veranstaltung gegen die große Koalition ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Die Demonstrationen beim Schah-Besuch im Juni 1967 in Berlin mit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg und der Frankfurter SDS-Kongreß im September 1967 waren Höhepunkte seines Aufbegehrens gegen die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik.

Heiligabend 1967 stand er im Mittelpunkt des turbulenten Weihnachtsgottesdienstes in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Ende Januar 1968 führte er ein scharfes Rededuell vor dem Gebäude des FDP-Parteitages in Freiburg mit Professor Dahrendorf. Zum Beginn des von ihm angekündigten „heißen Frühlings" organisierte er

den Berliner Vietnam-Kongreß. Bei zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen wurde Dutschke von der Polizei in mehreren Städten der Bundesrepublik wiederholt vorübergehend festgenommen.

Dutschke ist mit der 24jährigen amerikanischen Theologiestudentin Gretchen, geborene Klotz, verheiratet und hat seit Mitte Januar einen Sohn, der mit dem zweiten Vornamen nach dem gefallenen latein-amerikanischen Revolutionär Guevara „Che" heißt.

dpa

Abbildung 47: GÖTTINGER PRESSE, 13./14. April 1968, S. 4: „Dutschkes Lebenslauf in Stichworten"

Warnung vor Gewalttätigkeiten

Der Bundeskanzler betonte, daß es in der Bevölkerung selber die Unruhe nicht gebe. Sie beschränke sich auf ganz bestimmte Herde in den Hochschulen, die eine bewußt intelligente Kampfführung praktizierten. Man könne nur hoffen, daß die Ereignisse der nächsten Wochen nicht zu einer Kettenreaktion von Gewalttätigkeiten führen. Kiesinger meinte, man hätte die militanten Gruppen da und dort etwas ernster nehmen sollen in ihrem revolutionären Willen. Man habe schon ein wenig mit dem Feuer gespielt, obwohl er den Eindruck habe, daß auch bei den militan-

Abbildung 48: GÖTTINGER TAGEBLATT, 13. April 1968, S. 2: „Warnung vor Gewalttätigkeiten“

Im Ressort Bericht und Kommentar der GP berichtete die Zeitung ausschließlich über das Attentat: Im Boulevard-Stil wurde sehr bildlich, detailliert und mit Hilfe gleich mehrerer Bilder der Tathergang beschrieben.[250]

„Wo wohnt Rudi Dutschke?“

Der Ablauf des Berliner Attentats

Bericht unserer Nachrichtendienste BERLIN

Über den Hergang des Attentats auf den 28jährigen SDS-Ideologen Rudi Dutschke am Donnerstagnachmittag in Berlin ergibt sich nach Berichten von der Polizei, von Augenzeugen und aus Kreisen um den SDS folgendes vorläufiges Bild:

Ein Unbekannter erkundigt sich bei dem „Kommunarden“ Rainer Langhans in dessen Wohnung, wo er Dutschke erreichen könne. Später stellt ein Unbekannter, wahrscheinlich derselbe, in der SDS-Zentrale am Kurfürstendamm, Ecke Joachim-Friedrich-Straße die gleiche Frage und erfährt, daß Dutschke im Hause sei.

Gegen 16.30 Uhr verläßt Dutschke die SDS-Zentrale, besteigt ein rotes Damenfahrrad und fährt in Richtung Gedächtniskirche. Nach knapp hundert Metern wird er von einem etwa 25jährigen Mann vom Rad gestoßen. Der Attentäter feuert aus nächster Nähe mit einem 9-mm-Trommelrevolver auf Dutschke und trifft ihn in die rechte Wange, die rechte Brustseite und in den Kopf. Dutschke stürzt, rafft sich wieder auf und taumelt in Richtung SDS-Zentrale zurück. An einer Bank vor dem Hause bricht er zusammen, wird aber von Passanten auf die Bank gesetzt. Dutschke ist bei Bewußtsein, redet aber wirr: „Soldaten, Soldaten.“

Die gegen 16.39 Uhr von drei Anrufern alarmierte Funkbetriebszentrale der Polizei schickt drei Funkwagen und die Feuerwehr zum Tatort. Als Feuerwehrmänner Dutschke in den Krankenwagen betten, fordert er sie auf: „Schneller, schneller.“ Er wird zunächst in das nahegelegene Albrecht-Achilles-Krankenhaus, später ins Westend-Krankenhaus transportiert.

Der Attentäter flüchtet unmittelbar nach den Schüssen in Richtung Gedächtniskirche. Mehrere Passanten verfolgen ihn. An der nächsten Querstraße, der Nestorstraße, biegt der Schütze in südlicher Richtung ein, überquert die Fahrbahn und sucht auf einer Baustelle auf dem Grundstück Nestorstraße 54 Zuflucht. Im Keller des Neubaus, des einzigen fertig betonierten Teiles, verbirgt sich der Attentäter. Drei Funkwagen und ein Einsatzwagen der Polizei rücken an. Das Gelände läßt dem Täter keinen Fluchtweg. Mit Schüssen wehrt er die Polizeibeamten zunächst ab, die ihn festnehmen wollen. Auch Tränengas treibt ihn nicht heraus.

Bei dem Schußwechsel mit Funkstreifen-Beamten der Polizei wird der Täter in die rechte Brustseite und in einen Arm getroffen. Drei Beamte überwältigen ihn darauf im Keller. Die Feuerwehr bringt ihn ins Westend-Krankenhaus, wo auch sein Opfer liegt.

Bei der Schießerei hat der Täter 15, die Polizei 20 Schüsse abgefeuert. Außerdem warf die Polizei 30 Tränengaspatronen, die der Attentäter zum Teil ins Freie zurückschleuderte. Er hat keine Personalpapiere bei sich. Erst am Freitagvormittag konnte er mit Hilfe des Bundeskriminalamtes als der 23jährige Josef Bachmann identifiziert werden.

Dutschke sprach mit Vater und Bruder

dpa BERLIN

Der schwerverletzte Rudi Dutschke hat am Freitagvormittag im Berliner Westend-Krankenhaus nach Mitteilung eines Studenten beim Aufwachen die Krankenschwester mit den Worten „Guten Morgen“ begrüßt. Er habe ferner mit seinem Vater und seinem Bruder, die er beide erkannte, gesprochen. Der Student teilte dies nach Rücksprache mit einem der Ärzte des Westend-Krankenhauses mit. Der Arzt habe gesagt, es bestehe zwar immer noch Lebensgefahr für Dutschke, die Gefahr werde aber geringer. Der Schwerverletzte wird gegenwärtig künstlich ernährt.

Der Polizei schon bekannt

ER HANNOVER

Der Dutschke-Attentäter Josef Erwin Bachmann, der am 12. Oktober 1944 in Reichenbach (Schlesien) geboren wurde und als Beruf Montagehelfer angibt, ist bei der Polizei kein Unbekannter. Er ist bereits wegen Einbruchs und Diebstahls vorbestraft. Schon einmal — 1966 — wurde über ihn in den deutschen Zeitungen berichtet: Damals wurde er mit Einbruchswerkzeug im Auto von der französischen Polizei in Nizza gestellt und von Interpol in Paris wegen schweren Diebstahls, unbefugten Waffentragens und Widerstandes gegen die Staatsgewalt festgenommen. Am 24. Januar 1966 verzog er nach Peine, wo seine Mutter heute noch lebt. Bachmann selbst ging im Januar 1968 nach München. Was er dort getan hat, ist bisher ungeklärt.

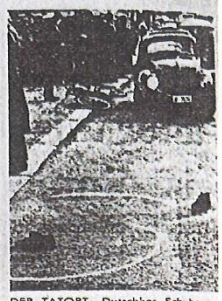
Nach einer Mitteilung des Niedersächsischen Innenministeriums wurde die Mutter Bachmanns am Karfreitag in Peine verhört. Dabei hat sie einen Nervenzusammenbruch erlitten.

„Ein Wahnsinniger . . .“

dpa BERLIN

Kurz vor dem Attentat hatte Rudi Dutschke am Donnerstag in einem Gespräch mit Mitarbeitern einer Fernseh-Produktionsgesellschaft unter anderem zu der Möglichkeit eines Anschlages Stellung genommen. Auf die Frage, ob er nicht damit rechnen müsse, daß ihn jemand tätlich angreife, antwortete Dutschke: „Natürlich kann immer mal ein Wahnsinniger oder ein Neurotiker auf mich was verüben. Aber ich habe keine Angst.“ Die Bedrohung liege in der internationalen Luft der Reaktion und des Establishment.

DIE TATWAFFE: Ein Trommelrevolver



DER TATORT: Dutschkes Schuhe und Fahrrad

DER ATTENTÄTER nach dem Feuerwechsel mit der Polizei

„Empört und erschüttert“

Telegramm Kiesingers an Frau Dutschke

Bericht unserer Nachrichtendienste BONN

Der Mordanschlag auf Dutschke hat im ganzen Bundesgebiet Empörung und heftige Kritik hervorgerufen. Die Bundesregierung appellierte an die Bundesbürger und besonders die Studenten, alle Gewalttätigkeit zu vermeiden. Die Gewalt dürfe nicht zum Mittel werden, politische Gegensätze auszutragen.

Bundeskanzler Kiesinger sprach in einem Telegramm an Frau Dutschke seine „tiefste Empörung“ über das Attentat aus und erklärte, daß es in der Bundesrepublik nicht dazu kommen dürfe, daß Meinungsverschiedenheiten durch brutale Gewalt ausgetragen würden.

„Verbrecherischer Anschlag“

Das geschäftsführende Präsidiumsmitglied der SPD, Alfred Nau, erklärte, seine Partei habe die Nachricht von dem „verbrecherischen Anschlag“ mit „Abscheu“ entgegengenommen. Angesichts dieser scheußlichen Tat verlören alle politischen Auffassungsunterschiede zwischen dem SDS und Dutschke einerseits und einem großen Teil der politischen Öffentlichkeit andererseits jegliche Bedeutung.

Auch die FDP hat die Ereignisse in Berlin bedauert. Der CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Strauß zeigte sich über den Mordanschlag „erschüttert“. Strauß erklärte, es wäre erschreckend, wenn bei uns auf diese Weise politische Meinungsverschiedenheiten ausgetragen würden“.

Der Regierende Berliner Bürgermeister Schütz hat Frau Dutschke in einem Telegramm im Namen der Berliner und des Senats von Berlin seine „tiefempfundene Anteilnahme“ ausgesprochen.

Ein Sprecher des Bundesvorstandes des SDS erklärte, die „hemmungslose Hetzkampagne des Westberliner Senats und der Springer-Presse“ gegen die Minderheiten habe alle Oppositionellen zum ‚Freiwild‘ gemacht“. Der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) äußerte sich ähnlich und betonte, daß politische Mordversuche stets nur in einem entsprechenden Klima stattfänden. Die gegenwärtige politische Situation sei das Ergebnis des Versagens der politischen Führung.

Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) bezeichnete den Anschlag ebenfalls als eine Tat, die nur in dem von dem „größten Teil der Berliner Presse und Politiker“ geschaffenen Klima des Hasses auf die Studenten und ihre Vertreter habe geschehen können.

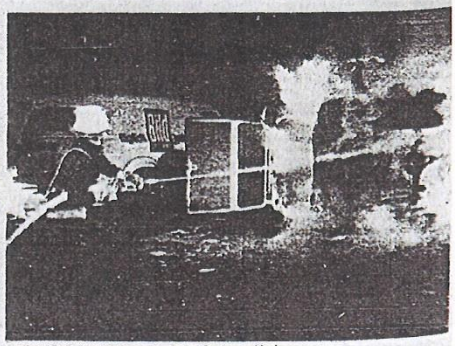
Das Verlagshaus Axel Springer hat die Gewalttat gegen Rudi Dutschke mit aller Schärfe verurteilt, ebenso aber die durch das Attentat ausgelösten Vorgänge in Berlin mißbilligt. In einer Stellungnahme heißt es, die Zerstörungen des Hauses Springer hätten radikale Auswüchse jeder Art — ob sie von links- oder rechtsradikaler Seite gekommen seien — stets verurteilt. „Die Ausschreitungen gegen das Verlagshaus Springer in Berlin in der Nacht zum Karfreitag — eingeschlagene Fensterscheiben, ausgebrannte Verlagsfahrzeuge und Brandstiftung — sind in unseren Augen keine Argumente. Hier handelt es sich um nackten Aufruhr und um reine Zerstörungslust.“

Der Berliner Senat hat das Attentat auf Dutschke aufs schärfste verurteilt. Wie Bürgermeister und Innensenator Kurt Neubauer erklärte, verstehe der Senat jede Empörung, die in der Bevölkerung über diesen Anschlag herrsche. Nachdrücklich verurteilte Neubauer jegliche Form von Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung. Dutschke sei nicht der Freund des Senats gewesen, sagte Neubauer, es bedürfe aber schärfster Ahndung für solche Mittel politischer Auseinandersetzung.

„Unverantwortlich“

„Es ist unverantwortlich, wenn jetzt demokratische Parteien oder der Berliner Senat beschuldigt werden, sie hätten das Attentat möglich gemacht“, erklärte ein Sprecher der Bundesregierung zu den Kommentaren von SDS-Sprechern und anderen Vertretern der außerparlamentarischen Opposition. Derartige Beschuldigungen könnten nur zu einer weiteren Radikalisierung der innenpolitischen Verhältnisse führen.

BERLINER STUDENTEN beschließen einen Protestmarsch zum Springer-Verla



BRENNENDE AUTOS im Hof des Springer-Verlages

Alle Fotos: Eigener Funkdienst/ap-Fotofax

Die DDR ließ ihn nicht studieren

Dutschkes Lebenslauf in Stichworten

Rudi Dutschke, 28 Jahre alt, stammt aus der Mark Brandenburg. Als Schüler war er in der DDR engagiertes Mitglied der evangelischen „Jungen Gemeinde“ und der Staatsjugend FDJ. Weil er nach dem Abitur den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee verweigerte, durfte er in der DDR nicht studieren. Er legte 1960 in Westberlin das Abitur noch einmal ab und konnte danach wegen des Baues der Berliner Mauer nicht mehr in die DDR zurückkehren.

Im November 1961 begann Dutschke mit einem Soziologiestudium an der Freien Universität Berlin. Er arbeitete in den letzten Monaten an einer Doktorarbeit über eine Zeitschrift der ungarischen kommunistischen Emigration mit dem Namen „Der Kommunismus“. Dutschke trat erstmals im November 1966 in einer Veranstaltung gegen die große Koalition ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Die Demonstrationen beim Schah-Besuch im Juni 1967 in Berlin mit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg und der Frankfurter SDS-Kongreß im September 1967 waren Höhepunkte seines Aufbegehrens gegen die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik.

Heiligabend 1967 stand er im Mittelpunkt des turbulenten Weihnachtsgottesdienstes in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Ende Januar 1968 führte er ein scharfes Rededuell vor dem Gebäude des FDP-Parteitages in Freiburg mit Professor Dahrendorf. Zum Beginn des von ihm angekündigten „heißen Frühlings“ organisierte er

den Berliner Vietnam-Kongreß. Bei zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen wurde Dutschke von der Polizei in mehreren Städten der Bundesrepublik wiederholt vorübergehend festgenommen.

Dutschke ist mit der 24jährigen amerikanischen Theologiestudentin Gretchen, geborene Klotz, verheiratet und hat seit Mitte Januar einen Sohn, der mit dem zweiten Vornamen nach dem gefallenen latein-amerikanischen Revolutionär Guevara „Che“ heißt. dpa

Abbildung 49: GÖTTINGER PRESSE, 13./14. April 1968, S. 4: „Wo wohnt Rudi Dutschke?“

Folgender Vergleich mit den Beschreibungen des Tathergangs durch das GT macht die angewachsene Boulevardisierung der GP deutlich:

Nach dem Attentat auf Dutschke

Demonstrationen und Ausschreitungen

Lebenschancen für Dutschke steigen — Schwere Zusammenstöße in Berlin und anderen Großstädten

Kiesinger mahnt zur Besonnenheit

Von unseren Redaktionen in Bonn und Berlin

Berlin/Hamburg/Bonn, 12. April

Die Demonstrations- und Protestwelle nach dem Attentat auf den SDS-Ideologen Rudi Dutschke hat am Karfreitag auf fast alle größeren Städte im Bundesgebiet übergegriffen. Ihren Höhepunkt erreichte sie am Nachmittag in Berlin mit schweren Zusammenstößen zwischen mehreren tausend Demonstranten und der Polizei.

Bundeskanzler Kiesinger, der am Freitag wegen der Vorfälle nach dem Attentat seinen Urlaub unterbrach und von Bebenhausen nach Bonn zurückkehrte, hat alle demokratischen Kräfte zu Wachsamkeit und souveräner Ruhe aufgerufen. Er erklärte, der Mordanschlag auf Dutschke erfülle jeden mit Abscheu. Gleichzeitig verurteilte Kiesinger jedoch die Ausschreitungen — vor allem gegen den Springer-Konzern. Man müsse wissen, daß hier eine planmäßige politische Aktion im Gange sei, die revolutionären Charakter habe.

Vor Journalisten äußerte Kiesinger die Hoffnung, daß die Ereignisse nicht zu einer Kettenreaktion von Gewalttätigkeiten führen. Wenn brutale Gewalt gegen brutale Gewalt stehe und politischer Mord wieder zur Tagesordnung werde, wäre das eine schlimme Sache.

Warnung vor Gewalttätigkeiten

Der Bundeskanzler betonte, daß es in der Bevölkerung selber die Unruhe nicht gebe. Sie beschränke sich auf ganz bestimmte Herde in den Hochschulen, die eine bewußt intelligente Kampfführung praktizierten. Man könne nur hoffen, daß die Ereignisse der nächsten Wochen nicht zu einer Kettenreaktion von Gewalttätigkeiten führen. Kiesinger meinte, man hätte die militanten Gruppen da und dort etwas ernster nehmen sollen in ihrem revolutionären Willen. Man habe schon ein wenig mit dem Feuer gespielt, obwohl er den Eindruck habe, daß auch bei den militanten Gruppen die Einsicht gewachsen sei, daß Gewaltsamkeit schädlich sei.

Kiesinger warnte auch davor, die Schuld auf die NPD abzuschieben, so sehr er gegen die NPD sei. Zunächst müsse man die Motive kennen. Je ruhiger man jetzt den Fall behandle, und je klarer man den Mordanschlag auf Dutschke verurteile, desto besser.

Der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers äußerte die Ansicht, daß sich eine gewisse Kooperation zwischen dem SDS und anderen radikalen Studentengruppen sowie den Ostermarschierern abzeichne. Ahlers teilte mit, daß sich Bundesinnenminister Benda in Berlin befinde und engen Kontakt mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz halte. Die Sozialdemokraten haben am Freitag den Anschlag auf Dutschke, aber auch die „ungesetzlichen Handlungen" verurteilt, zu denen sich verschiedene Gruppen in Berlin, München und anderen Städten hätten hinreißen lassen. Das geschäftsführende SPD-Präsidiumsmitglied Nau wies entschieden die summarischen Beschuldigungen zurück die von Studentenverbänden gegen Regierungen, Parlamente und Parteien erhoben worden sind. Die CSU bezeichnete am Freitag den Anschlag auf Dutschke als ein Verbrechen, das in der Geschichte der Bundesrepublik von makabrer Einmaligkeit sei. Bereits am Donnerstag hatten CDU und FDP die Tat als verabscheuungswürdig und als „bedenkliches Zeichen des Radikalismus" gekennzeichnet.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften hat alle Studentenverbände zu Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit der Bevölkerung während der Osterfeiertage aufgerufen. Dabei solle der Öffentlichkeit klargemacht werden, daß es nicht um ein studentisches Problem gehe, sondern um ein „Symptom des zunehmenden Verfalls der Demokratie".

Vorbedachter Mordversuch

„Es ist unverantwortlich, wenn jetzt demokratische Parteien oder der Berliner Senat beschuldigt werden, sie hätten das Attentat möglich gemacht", erklärte ein Sprecher der Bundesregierung zu Kommentaren von SDS-Sprechern und anderen Vertretern der außerparlamentarischen Opposition zum Mordanschlag auf Dutschke. Derartige Beschuldigungen könnten nur zu einer weiteren Radikalisierung der innenpolitischen Verhältnisse führen, mit denen der SDS selbst einen Anfang gemacht hat und die von manchem prominenten Parteigänger der außerparlamentarischen Opposition gebilligt wurde". Es sei bedauerlich, daß politische Kräfte aus diesem schrecklichen Ereignis Kapital in einem Augenblick zu schlagen versuchten, in denen die Ärzte um das Leben von Dutschke ringen.

Die westdeutsche Rektorenkonferenz beklage und verurteile die Gewalttat gegen Dutschke ebenso wie sie den Mord an Martin Luther King beklagt habe, erklärte ein Sprecher der Konferenz am Donnerstag. Die willkürliche Ausübung von Gewalt durch einzelne oder durch Gruppen zerstöre die Grundlagen der Demokratie und hebe die Prinzipien der Humanität auf.

Der Soziologie-Professor und FDP-Politiker Prof. Ralf Dahrendorf, erklärte, er sei schockiert und erschüttert. „Dutschke ist für mich immer einer der humansten Vertreter der radikalen Studenten gewesen", sagte Dahrendorf.

Der 23jährige Dutschke-Attentäter Josef Erwin Bachmann, der sich nach dem Attentat in einen Keller geflüchtet hatte und der Polizei ein Feuergefecht lieferte, hat am Freitag gestanden, daß er den SDS-Ideologen ermorden wollte. Bei seiner ersten kurzen Vernehmung im Berliner Westend-Krankenhaus erklärte er, er habe von der Ermordung des Negerführers Dr. Martin Luther King gelesen, „und da habe ich gedacht, das mußt du auch machen".

Er habe Dutschke nicht leiden können, weil der ein Kommunist sei, und beschlossen, ihn zu ermorden. In München, wo Bachmann zuletzt wohnte und arbeitete, habe er sich eine Waffe gekauft und sei nach Berlin gefahren. Dort habe er die Anschrift des SDS-Ideologen nicht bekommen können, sei dann aber Dutschke zufällig auf der Straße begegnet und habe auf ihn geschossen.

Bachmann sagte ferner aus, er habe bei seinem Feuergefecht mit der Polizei nicht gezielt geschossen, sondern beabsichtigt, von den Polizeibeamten erschossen zu werden, da er habe sterben wollen. Kurz bevor er verletzt worden sei, habe er 20 Schlaftabletten eingenommen. Eine Blutalkoholprobe ergab, daß Bachmann zur Tatzeit nicht unter Alkoholeinfluß stand.

In den Nachrichtensendungen im Ausland standen die Berichte über das Attentat auf Rudi Dutschke und die damit verbundenen Demonstrationen am Freitag mit an erster Stelle. Verschiedene Studentengruppen veröffentlichten Erklärungen, in denen zum Teil die Gesellschaftsform in der Bundesrepublik kritisiert wurde. In Amsterdam demonstrierten in der Nacht zum Freitag etwa 200 Menschen vor dem deutschen Generalkonsulat. Sie riefen „Tod dem Faschismus". Bei einer Demonstration von etwa 200 Studenten vor der Wiener Universität am Freitagnachmittag wurde der Zeitungsverleger Axel Springer auf Plakaten als Hauptverantwortlicher für das Attentat bezeichnet. In Rom und Paris wurden große Demonstrationen für Sonnabend angekündigt.

Nach dem Attentat auf Dutschke am Donnerstagnachmittag begannen sich die Ereignisse dramatisch zu überstürzen. Bachmann hatte sich gegen 16.30 Uhr auf Dutschke gestürzt, als dieser die SDS-Geschäftsstelle am Kurfürstendamm verließ. Er zerrte ihn vom Rad und streckte ihn mit drei Schüssen aus dem Revolver nieder. Während Dutschke schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde, flüchtete der Attentäter in den Keller eines Neubaus in der Nähe des Kurfürstendamms. Erst nach einem Schußwechsel mit der Polizei konnte Bachmann, der dabei schwer verletzt wurde, von drei Polizisten überwältigt werden. Sowohl Dutschke als auch der Attentäter wurden im Westend-Krankenhaus sofort operiert. Bei Dutschke entfernten die Ärzte in einer fast fünfstündigen Operation um Leben und Tod zwei Kugeln aus dem Kopf, davon eine aus dem Gehirn. Das dritte Geschoß, das den 28jährigen in die Schulter traf, soll später entfernt werden. Die Ärzte geben Dutschke trotz der schweren Verletzungen von Stunde zu Stunde bessere Überlebenschancen.

Die Nachricht von dem Attentat löste in der Bundesrepublik und im Ausland Bestürzung aus. Wenige Stunden später wurden aus zahlreichen Städten erste Demonstrationen gemel-

Allen unseren Lesern und Geschäftsfreunden wünschen wir ein

gesegnetes Osterfest

Göttinger Tageblatt

Verlag und Redaktion

Abbildung 50: GÖTTINGER TAGEBLATT, 13. April 1968, S. 2: „Demonstrationen und Ausschreitungen"

In der GP vom 13. April 1968 wurde berichtet:

> „Die gegen 16.39 Uhr von drei Anrufern alarmierte Funkbetriebszentrale der Polizei schickt drei Funkwagen und die Feuerwehr zum Tatort. Als Feuerwehrmänner Dutschke in den Krankenwagen betten, fordert er sie auf: ‚Schneller, schneller'."[251]

Dagegen hielt sich das GT eher kurz und sachlicher in der Beschreibung des Attentats:

> „Bachmann hatte sich gegen 16.30 Uhr auf Dutschke gestürzt, als dieser die SDS-Geschäftsstelle am Kurfürstendamm verließ. Er zerrte ihn vom Rad und streckte ihn mit drei Schüssen aus dem Revolver nieder. Während Dutschke schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde, flüchtete der Attentäter in den Keller eines Neubaus in der Nähe des Kurfürstendamms."[252]

Über die Ursachen des Attentates setzten sich beide Blätter in den Tagen darauf in Kommentaren auseinander. Aber auch die Auswahl der Berichte im Sinne der *gate-keeper* Funktion machte zwei unterschiedliche Grundpositionen deutlich:

In einem Kommentar in der GP setzte sich Verfasser *Peter Raunau* mit den Jugendlichen auf der Demonstration gegen die Springer Presse genauer auseinander. Dabei war ein gewisses Verständnis für das Verhalten der Demonstranten zu erkennen:

> „Die so verfuhren, waren der in vieler Hinsicht richtigen Meinung, dass man ohne kräftigste Impulse, durch Kundgebungen nachdrücklichster Art nicht aus der gegenwärtigen Stagnation allen politischen Lebens, wie sie sie sehen, herauskommen könne."[253]

Auch bei der Beschreibung von Rudi Dutschke war eine positive Tendenz unübersehbar:

> „Er hat in seiner revolutionären Grundhaltung auch die bei Menschen seiner Art immer wieder beobachtete Fähigkeit, in zweierlei Gestalt aufzutreten, als Anführer aufrüttelnder Demonstrationen, als großer Vereinfacher und auch Demagoge, aber auch als hochgescheiter Sprecher auf dem Bildschirm etwa oder vor einem Forum von Wissenschaftlern."[254]

Zur Springer-Presse äußerte sich Raunau nicht direkt, doch indirekt räumte er ihr eine gewisse Mitschuld ein:

> „Die Schüsse des Attentäters sind nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine extreme Dummheit, weil sie genau das Gegenteil dessen erreichen werden, was Dutschkes Gegner beabsichtigen. Der Name dieses jungen Revolutionärs war nicht zuletzt durch die Möglichkeiten und Arbeitsmethoden der modernsten

> Nachrichtenmedien und eine ganz bestimmte Berichterstattung so populär worden, wie er es selbst nach eigenem Eingeständnis nie erwartet hatte."[255]

Generell wurde auch im GT das Attentat auf Dutschke verurteilt, im gleichen Atemzug jedoch kritisierte das Blatt die Aktionen gegen den Springer-Konzern und ungesetzliche Handlungen, zu denen sich verschiedene Gruppen hätten hinreißen lassen.[256]

Das GT machte indirekt auch den SDS für das Attentat verantwortlich, indem es den regierenden Bürgermeister von Berlin zitierte: „Solche Leute schießen nur, wenn die Verhältnisse sie dazu ermutigen".[257] Gegen solche Äußerungen wehrte sich der *Verband deutscher Studentenschaften*, seine Äußerungen wurden in der GP veröffentlicht: „Die Versuche, Dutschke selbst nachträglich für das Attentat verantwortlich zu machen, zeugten von einem beispiellosen Zynismus".[258] Generell zeigte das GT wenig Verständnis für die Demonstrationen als Reaktion auf das Attentat. Am 19. April 1968 berichtete die Zeitung über eine Forderung des Assistentenrates der Universität Göttingen, die sowohl den Mordanschlag auf Dutschke, als auch die Gewaltanwendungen verurteilte und darauf hinwies, dass „Forschung und Lehre nur in einem Klima geistiger und politischer Freiheit betrieben werden könnten." Dabei müsse die Universität jedoch der „Einschränkung und Verfälschung der im Grundgesetz garantierten Freiheiten und der Diffamierung andersdenkender Minderheiten entschieden entgegentreten."[259] Das GT berichtete im Gegensatz zur GP nicht über die weitere Aussage des Assistentenrates. Die GP schrieb:

> „Die oft falsche und politisch einseitige Darstellung der Unruhe unter der jüngeren Generation hat nach Auffassung des Assistentenrates in einem einflussreichen Teil der Presse zu einer kaum verhüllten Hetze gegen bestimmte studentische Gruppen als Vertreter einer radikalen Opposition geführt, die jetzt katastrophale Folgen gehabt habe."[260]

Des Weiteren wurde die Forderung des Assistentenrates, die Parlamente und die Öffentlichkeit müssten sich nun ernsthaft mit den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen beschäftigen, „die die Gewaltanwendung gegen unliebsame Minderheiten in der Bundesrepublik ermöglicht hat", nur in der GP abgedruckt.[261]

Als eine Sondersitzung des Bundestages zu den Unruhen einberufen werden sollte, meldete das GT lediglich das anstehende Diskussionsthema. Die GP dagegen kündigte nicht nur die Sondersitzung an, sondern meldete zudem, dass die Bundesregierung ihre Gesprächsbereitschaft mit allen Studentenvertretungen erklärt habe, „die sich bisher auf

den Boden der Verfassung gestellt hätten oder willens seien, sich darauf zurückzubegeben".[262] Diese Gesprächsbereitschaft wurde im GT nicht erwähnt. Stattdessen beschäftigte sich das Blatt mit einer möglichen härteren Gangart gegenüber Demonstranten:

> „Als Sprecher der Innenminister der Länder verkündete der bayrische Innenminister Dr. Bruno Merk am Dienstag in der Sondersitzung des Bundestages eine Politik der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in den Bundesländern auch durch die volle Härte des Gesetzes. Merk sagte: ‚Wer jetzt noch nicht gemerkt hat und wer es jetzt noch nicht wahrhaben will, dass Kräfte am Werk sind, die unsere parlamentarische Demokratie zerstören wollen, dem ist, weiß Gott, nicht zu helfen.' Der SDS, so sagte er, rufe heute zur Hochschulreform auf, morgen demonstriere er gegen den Schah, den Krieg in Vietnam, die Notstandsgesetze, für die Grundrechte oder gegen Springer. Das alles seien Vorwürfe, die Studenten zu Gewaltaktionen und zur Revolution zu solidarisieren. ‚Es sind alles nur Angriffsprojekte, deren man sich wechselweise bedient'. Merk sprach auch die Studenten, die sich vom SDS als Mitläufer einspannen ließen, nicht von Schuld frei. Allen Versuchen der Provokation durch die ‚antiparlamentarische Opposition' müsse daher rasch und entschieden entgegengetreten werden."[263]

Auch in der Rubrik *Meinung der Anderen*[264] im GT, in der Stellungnahmen anderer Zeitungen aus dem In- und Ausland abgedruckt wurden, wurden von der Bundesregierung Maßnahmen gegen „diese SDS-Leute" gefordert. Ließe man „die Dinge weiter laufen", vermutete man eine Reihe von Gefahren, die sich einstellen könnten.[265] Die Schwäche der „links-extremistischen Bewegung" sah der konservative französische LE FIGARO darin, „dass sie sich unter einem rein anarchistischen Aspekt darbietet und den Massen weder neue Ideen noch originelle oder interessante Gedanken anbietet".[266] Zeitungsartikel mit einer verständnisvollen oder positiven Grundeinstellung den Protestlern gegenüber fanden sich in der Rubrik nicht.

Die Berichterstattung in der GP am Tag nach dem Attentat dagegen zeigt, wie sich die Zeitung auch auf die Argumente der Jugendlichen einließ:

> „‚Es ist unverantwortlich, wenn jetzt demokratische Parteien oder der Berliner Senat beschuldigt werden, sie hätten das Attentat möglich gemacht', erklärt ein Sprecher der Bundesregierung zu Kommentaren von SDS-Sprechern und anderen Vertretern der außerparlamentarischen Opposition zum Mordanschlag auf Dutschke. Derartige Beschuldigungen könnten nur zu einer weiteren Radikalisierung der innenpolitischen Verhältnisse führen, mit denen der SDS selbst einen Anfang gemacht hat und die von

> manchem prominenten Parteigänger der außerparlamentarischen Opposition gebilligt wurde.“[267]

Als der Pressefotograf *Klaus Frings* bei Demonstrationen durch einen Steinwurf getötet wurde, druckte nur die GP eine Erklärung des Göttinger AStA dazu ab. In dieser Erklärung verurteilte der AStA die Gewaltanwendung und betonte weiterhin, nur passiven Widerstand und Gewaltlosigkeit anzuerkennen. Zusätzlich forderte das Studentengremium, dass Frings Tod nicht zum Anlass für zunehmende Polizeigewalt gegen die Mitglieder der APO gemacht werde. Stattdessen verlangten sie:

> „Vielmehr sollte endlich der Versuch unternommen werden, in die Diskussion über die Ursachen der legitimen Unruhe einzutreten und damit die Möglichkeit zur gewaltlosen Auseinandersetzung zu schaffen.“[268]

In einem weiteren Artikel derselben Seite rief der AStA zu einem Schweigemarsch für den getöteten Pressefotografen auf.

Als im Bundestag abgelehnt wurde, den SDS zu verbieten, verwies das GT ohne weitere Kommentierung lediglich auf eine Aussage von Bundesjustizminister *Gustav Heinemann*, ein Verbot könne die Atmosphäre weitererhitzen und bei der Mehrheit der Studenten einen Solidarisierungs-Effekt auslösen.[269] Die GP dagegen berichtete zudem über zusätzliche Äußerungen Heinemanns. Danach müsse es

> „als legitimes Anliegen der jungen Generation betrachtet werden, auf Veränderungen in der Gesellschaft zu drängen. Doch sollte sich dies in der fairen Diskussion und in der parlamentarischen Behandlung abspielen. Der Minister bejahte grundsätzlich die Berechtigung einer außerparlamentarischen Opposition und stellte mit Bedauern fest, dass in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Ländern noch kein rechtes Verhältnis zu kritischen Minderheiten bestehe.“[270]

Über die Forderungen nach Annäherungen an die Demonstranten fiel im GT-Artikel kein Wort. Auch über eine Aktion evangelischer Pastoren aus Hamburg, die bei Gottesdiensten durch die Verlesung eines Flugblattes der Evangelischen Studentengemeinde um Verständnis für demonstrierende Studenten baten und die Pressekonzentration kritisierten,[271] erfuhr man lediglich in der GP.

Während das GT zunächst den Beweggründen der Demonstranten keinen Platz einräumte, erfuhr man davon umso mehr aus der GP.

Worum es dem SDS in Göttingen (und wohl auch anderswo ging) beschrieb *Hartwig Heine* (SDS) in einem Kurzreferat, dass er in einer vom AStA und der Pädagogischen Hochschule organisierten Diskussion hielt. Die GP berichtete:

> „1. Die demokratische Verfassung unserer Gesellschaft ist durch die ökonomische Grundlage zerstört (kurzfristiges Profitinteresse der Unternehmer, fehlende demokratische Kontrolle des Produktionsprozesses, Abhängigkeit der Parteien von Großindustrie und Presse.
>
> 2. Bewusstseinsmanipulation durch eine marktbeherrschende Presse, die die Aggressionen der Bevölkerung umlenkt, früher auf die Kommunisten, jetzt auf die oppositionellen Studenten.
>
> 3. Da jede Gesetzesinitiative zur Beseitigung der umfunktionalisierten Willensbildung nicht mehr als ein ‚symbolischer Akt' ist, sind die demokratischen Spielregeln paralysiert. Es bleibt nur der Weg auf die Straße und in die Betriebe, um den Widerspruch des Systems bewusst zu machen.
>
> 4. Die unverhältnismäßige und brutale Reaktion der Ordnungsgewalten zeigt den irrationalen Charakter unserer Gesellschaft. Gewalt als Gegengewalt ist berechtigt und notwendig."[272]

Im Folgenden kommentierte und interpretierte die GP weiterhin die Reaktionen der Studenten: „Die folgende Diskussion zeigte, dass die revolutionswilligen Studenten für die folgenden Auseinandersetzungen, ob im Hörsaal, auf der Straße oder forensischer Bühne, gerüstet sind."[273]

Der Generationenkonflikt

Während des Untersuchungszeitraums beschäftigen sich beide Göttinger Zeitungen mit dem Verhältnis der Jugend zur Elterngeneration. Am Wochenende des 20./21. April 1968 widmete sich das GT mit dem Titel: „Alt und jung: Was trennt die heutigen Generationen? Autorität, Zeitgeist und Erziehung – Der Ruf nach Leitsätzen und Vorbildern" dem Thema. Geschrieben wurde der eine Seite umfassende Artikel von Chefredakteur *Dr. Viktor Wurm*, der sich mit einem soziologischen Erklärungsversuch dem Verhältnis der Generationen untereinander widmete. Im Artikel, der Verständnis für die Jugend suggerierte, wurde deutlich, wie wenig das GT die demonstrierende Jugend tatsächlich durchschaute. Aussagekräftig waren bereits die Begriffe, mit welchen Wurm die junge Generation beschrieb: Bezeichnungen wie „Halbstarke", „halbwüchsige Töchter" und „schwierige Söhne" zeichneten ein negatives Bild.

Später stellte der Verfasser Einstellungen der Elterngeneration denen der Jugend gegenüber. Wurm bat die Jugend um Verständnis für ihre Eltern. Man dürfe nicht vergessen, dass diese ganz ähnlich wie auch sie mal zur „aufsässigen Jugend“ gehört hätten. Zudem sei ihr schweres Schicksal zu bedenken, hätten sie doch während der Inflation sehr viel verloren, zwei Weltkriege und zwei Revolutionen mitgemacht. Diese Erfahrungen und die „entsetzlichen Opfer“ und damit verbundenen „starken seelischen Belastungen“ erforderten ein „gewisses Maß an Achtung“. Nicht erwähnt wurde zum Beispiel das Verdrängen und teilweise sogar Verleugnen des Holocaust durch einen Teil der Elterngeneration. Stattdessen war weiterhin die Rede von „seelischen Belastungen [...], die den um die Jahrhundertwende herum Geborenen – meist unverschuldet – zuteil geworden sei.“[274] Wurm brachte die jüngsten Demonstrationen als eine weitere schlimme Erfahrung für die Elterngeneration ins Spiel, indem er sie als die „dritte Revolution“ bezeichnete. Und wieder rechtfertigte er die Elterngeneration: Diese seien im „preußischen Geist“ erzogen worden, der durch ein „Subordinationsverhältnis“ gekennzeichnet war. Es sei ungerecht,

> „die Schrecken und Nöte des Krieges und der Inflation dieser Generation allein anlasten zu wollen: die Wurzeln dieser unseligen Jahrzehnte liegen weit zurück und reichen soziologisch betrachtet bis in das vorvorige Jahrhundert.“[275]

An diese „Notzeiten“ erinnerten sich die Erwachsenen nicht nur mit Schmerz, sondern teilweise auch mit Stolz. Zudem müsse man bedenken, dass

> „die Besten dieser heute so oft zu Unrecht geschmähten Generation auf den Schlachtfeldern der Somme und der Marne, in Flandern und vor Verdun, in den Eiswüsten der Karpathen und den Sümpfen Weißrusslands verblutet seien.“[276]

Hier kam wieder der Mythos „saubere Wehrmacht“ zur Sprache – „die Besten“ seien im Krieg gefallen. Es folgte der Versuch Wurms, das Verhalten der Jugendlichen zu erklären. Im Großen und Ganzen hielt er das Benehmen der Jugendlichen für eine normale pubertäre Ausprägung, für einen „naturgegebenen Gegensatz zur älteren Generation“. Ein solcher Konflikt sei bekanntlich nicht neu, „er wurde nur gemildert und teilweise verdeckt, so lange sich alt und jung einer höheren Ordnung unterordneten und hierin das Gemeinsame fanden.“[277]

Aufgrund der Vorgeschichte des GT, sowie dessen Chefredakteurs, kann vermutet werden, dass *Viktor Wurm* mit der „höheren Ordnung“ auf den Nationalsozialismus hindeutete.

Den Grund für die „erschwerte Ich-Findung der Jugend“ sah Wurm im „differenzierten Spezialistentum“, in den „bürokratischen Organisationsprinzipien“, in einer „Welt der geistigen Zersplitterung“ und des „ethischen Nonkonformismus“. Für Wurm waren die direkten Folgen klar:

> „Die Folgeerscheinungen erleben wir heute in dem zunächst unbegreiflichen Unbehagen, im Halbstarkenkrawall und einer geistigen Resignation, die zum Neutralismus oder dem nihilistischen Aufbegehren einer extremistischen Studentenschaft führen: beides Erscheinungen, die sich häufig nur im Negativen erschöpfen, ohne selbst einen Ausweg zu wissen.“[278]

Schließlich schlug Wurm den Erwachsenen vor, einen „konsequenteren Standpunkt“ mit einem auf die Jugendlichen betonten Konzept zu vertreten, Leitsätze für die Jugend zu verfassen und Vorbilder zu schaffen. Zum Schluss appellierte er nochmals an die Jugend, viel Verständnis für die Elterngeneration aufzubringen: Für die älteren Generationen sei es nicht leicht, „mit einer Jugend leben und auskommen zu müssen, die jeder Tradition fern steht und sich etwas reichlich und voller Wollust in Extremen und Exzessen gefällt.“ Anschließend beruhigte er die Elterngeneration – es sei doch beruhigend zu wissen, „dass bei geschichtlicher Rückschau aus jugendlichen Revolutionären und Progressivsten im Alter immer noch traditionsbewusste Konservative wurden.“[279]

Diese Einstellung Wurms ähnelte der vieler Altersgenossen, unter anderem der von *Kurt Georg Kiesinger*. Der Bundeskanzler sah laut GP die Ursache für die Unruhen darin, dass die studentische Generation sich nach 1945 nicht an der Erneuerung der Wirtschaft von Grund auf habe beteiligen müssen. Damit müsse man sich abfinden und sich mit einer Generation verständigen, die nach vorne blicke. Das Verständnis der Jugend für die Demokratie sei ein ganz anderes als das ihrer Väter. Man habe sich zu wenig angestrengt, „um das Leben der parlamentarischen Demokratie deutlich genug zu machen.“ Vieles an dem staatsbürgerlichen Unterricht an den Schulen sei in bloßer „Institutionskunde“ stecken geblieben.[280]

Beachtlich waren auch die Fotografien auf dieser *Generationen-Seite* des GT, mit denen versucht wurde, die Göttinger Jugend zu charakterisieren. Insbesondere zwei Bilder stachen dabei heraus. Auf dem ersten war eine farbentragende Verbindung in Reih und Glied zu sehen, mit dem der wohl positiv zu bewertende *traditionsbewusste* Teil der Göttinger Jugend versinnbildlicht werden sollte. Im Foto darunter sah man einen Brunnen und

Jugendliche, die mit Kleidung hineinsteigen – für das GT ein Zeichen für die *experimentierfreudige* Jugend Göttingens.

Nummer 93 JUGENDSEITE Sonnabend/Sonntag, den 20./21. April 1968

Alt und jung:

Was trennt die heutigen Generationen?

Autorität, Zeitgeist und Erziehung — Der Ruf nach Leitsätzen und Vorbildern

DER STREIT zwischen alt und jung ist in der ganzen Welt zum Problem Nr. 1 geworden. Zwischen Erwachsenen und Jugendlichen scheint es heute — wenn man der Tagesmeinung Glauben schenken darf — mehr Konflikte und Reibereien zu geben denn je. Sie beginnen bereits im engsten Familienkreise, wo indignierte Eltern ihre „halbflüggen" Töchter und ihre „schwierigen" Söhne nicht mehr verstehen und laut lamentierend die Undankbarkeit der Jugend beklagen. Sie nehmen ihren Fortgang in der Schule und im Beruf, wo junge Menschen selbstbewußter als früher auftreten, und gipfeln in den teilweise schon recht kriminellen Auswüchsen eines üppig wuchernden Halbstarkentums, in dessen Augen die über Dreißigjährigen bereits unmodern oder gar vertrottelt erscheinen. Die Vorgänge an den Universitäten und Schulen der ganzen Welt sind die auffälligsten Beispiele dieser zur Zeit recht eruptiven, wenn auch naturbedingten Gegensätzlichkeit.

Tradition und Fortschritt

Keine unüberwindlichen Gegensätze

Göttingen, den 20. April 1968

Die Welle gewalttätiger Demonstrationen und das Unbehagen, das heute weite Kreise erfaßt, läßt die Frage nach dem Weshalb und Woher berechtigt erscheinen. Neben rein politischen Motiven, die in ihrer Tendenz unverkennbar sind, spielt noch ein soziologisches Motiv mit hinein: Das Generationsproblem! Das ist nicht neu, aber es muß einmal gesagt werden, daß die Schuld an den turbulenten Zuständen nicht einer Partei allein zur Last gelegt werden kann. Tradition und Fortschritt sind keine unüberwindlichen Gegensätze. Im Gegenteil: Sie gehören zusammen!

Schriftleitung des „Göttinger Tageblatt"

Die Auffassung der Eltern

Der Standpunkt der Erwachsenen erscheint zunächst durchaus verständlich, weil ihnen die nicht immer dankenswerte Aufgabe zufällt, auf dem Gebiet der Kultur und der Sitte die Kontinuität überlieferter Formen zu wahren und zu erhalten. Ihre „Empörung" scheint in vielen Punkten berechtigt zu sein. Sie sind der Meinung, daß es auf allen Gebieten so weitergehen müsse wie bisher, vergessen jedoch nur zu oft, daß sie in ihrer Jugend auch aufsässig und oppositionell waren. In den deutschen Gefilden tritt dieser Zug der Erwachsenen zur Rechthaberei um so stärker in Erscheinung, als die Generation der heute Fünfzig- bis Siebzigjährigen ein besonders schweres Schicksal zu meistern hatte: zwei Weltkriege, zwei Inflationen und zwei Revolutionen (oder sind es bereits drei?) in einer Generation, das ist etwas viel! Ist etwas, was zwar keine Bewunderung, wohl aber ein gewisses Maß an Achtung erfordern sollte. Kein Jugendlicher der heutigen Zeit kann sich die starke seelische Belastung vorstellen, die den um die Jahrhundertwende herum Geborenen [illegible] zuteil wurde. Die [illegible] der Kriegszeiten, die Sorgen der beiden großen Inflationen, die alle mühselig erarbeiteten Werte hinfällig machten, und die Schrecken der beiden Weltkriege mit ihren entsetzlichen Opfern sind an keinem der heute Sechzig- und Siebzigjährigen spurlos vorübergegangen. Hinzukommt, daß diese Generation im „preußischen Geist" erzogen wurde, der das Subordinationsverhältnis als etwas Selbstverständliches hinnahm. Darüber hinaus sollte man nicht vergessen, daß die Besten dieser heute so oft zu Unrecht geschmähten Generation auf den Schlachtfeldern der Somme und der Marne, in Flandern und vor Verdun, in den Eiswüsten der Karpathen und den Sümpfen Weißrußlands verblutet sind. Es wäre — historisch gesehen — ein bitteres Unrecht, die Schrecken und Nöte des Krieges und der Inflation dieser Generation allein anlasten zu wollen; die Wurzeln dieser unseligen Jahrzehnte liegen weit zurück und reichen soziologisch betrachtet bis in das vorvorige Jahrhundert. Die mit Schmerz oder gar mit Stolz empfundene Erinnerung an diese Notzeiten verhältet naturgemäß den von der heutigen Jugend zu oft als „stur und eigensinnig" bezeichneten Standpunkt der Alten. Dafür sollte man in den Kreisen der Jugend gerechterweise mehr Verständnis aufbringen.

Der Standpunkt der Jugend

Jede Jugend, wenn sie nicht gerade vermikkert ist, tritt mit neuen Gedanken und Empfindungen auf den Plan und gerät damit in den naturgegebenen Gegensatz zur älteren Generation. Der Konflikt zwischen alt und jung ist nicht neu, er ist der wesentliche Kern des ewig schwelenden Generationsproblems, mit dem die Völker zu allen Zeiten zu kämpfen hatten. Er wurde nur gemildert und teilweise verdeckt, so lange sich alt und jung einer höheren Ordnung unterordneten und hierin das Gemeinsame fanden. Wo diese gemeinsame Bindung verloren geht, tritt ein Tatbestand ein, den die moderne Soziologie treffend mit dem nicht gerade sehr schönen Ausdruck der „Ungleichzeitigkeit der Gleichzeitigen" bezeichnet.

Man kann es andererseits der Jugend nicht übel nehmen, wenn sie von sich aus der Überzeugung ist, daß die Welt mit ihr, jedenfalls aber für sie einen Neubeginn darstellt. Muß nicht die Jugend — und das liegt in ihrem Wesen begründet — der Motor einer neuen Entwicklung und der Garant für die, wie sie meint, bessere Zukunft sein? Es gehört nun einmal zum Wesen der Jugend, daß der Abbau der bisherigen kindlichen Beziehung zur Autorität der Erwachsenen mitunter recht krisenhaft und überstürzt erfolgt. Dieser Anspruch wird um so brutaler und anspruchsvoller vertreten, je mehr die Eltern glauben, ihr häufig fragwürdig gewordenes Lebensmonopol durch autoritäre Geltungsansprüche und institutionelle Barrikaden aufrechterhalten und verteidigen zu können. Die Jugend will sich beweisen und empfindet es als Unrecht, wenn die Elterngeneration nicht bereit ist, ihr jenes Vertrauen zu schenken, das sie selbst für sich beansprucht.

Hinzu kommt noch eins: die Welt unseres heutigen differenzierten Spezialistentums und unserer bürokratischen Organisationsprinzipien, aber auch eine Welt der geistigen Zersplitterung und des ethischen Nonkonformismus erschwert die Ich-Findung der Jugendlichen. Die Folgeerscheinungen erleben wir heute in dem zunächst unbegreiflichen Unbehagen, im Halbstarkenkrawall und einer geistigen Resignation, die zum Neutralismus oder dem nihilistischen Aufbegehren einer extremistischen Studentenschaft führen: beides Erscheinungen, die sich häufig nur im Negativen erschöpfen, ohne selbst einen Ausweg zu wissen.

Der Ruf nach Vorbildern

Hier nun — so meinen wir — setzt das Versagen der Erwachsenen ein. Ihre mitunter etwas antiquierten Argumente verblassen vor der Schwungkraft der Jugend, ihre Rollen sind häufig schlecht besetzt. Sie, die Erwachsenen, müßten, um erfolgreicher auftreten zu können, in ihrer Gesamtheit einen konsequenteren Standpunkt einnehmen mit starker Betonung eines Konzeptes, das dem Wesen der Jugend gerecht wird und durch die das Erarbeiten von Leitsätzen Vorbilder schafft, die der Jugend erstrebenswert erscheinen. Es nützt nicht viel, wenn auf Spezialgebieten Großes geleistet wird, die Fähigkeit zur Mitmenschlichkeit aber darüber verloren geht (vergl. „GT" vom 12. April: „Die Welt der Jugend in Bewegung"). Sicherlich ist es für die ältere Generation nicht leicht, mit einer Jugend leben und auskommen zu müssen, die jeder Tradition fernsteht und sich etwas reichlich und voller Wollust in Extremen und Exzessen gefällt. Hier eine Synthese zu finden, ist des Schweißes der Edlen wert. Dabei ist es beruhigend zu wissen, daß bei geschichtlicher Rückschau aus jugendlichen Revolutionären und Progressisten im Alter immer noch traditionsbewußte Konservative wurden. Das gilt für den Einzelnen, für unsere Parteien und für alle Völker der Welt. Denn trotz allem, was heute die Generationen trennt, sie gehören zusammen: die Tradition und der Fortschritt!

Dr. Viktor Wurm

DEMONSTRANTEN

Fotos: Müller (2), Wilder

Jugend in Göttingen — traditionsbewußt und ...

... experimentierfreudig

Sohn wider Willy

Zu einem der prominentesten und zugleich radikalsten Protestler hat sich Peter Brandt, 19 Jahre alt, Sohn des Bundesaußenministers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, herausgemausert. Ostern wurde bekannt, daß er während einer Demonstration in Berlin vorläufig festgenommen wurde, drei Tage später ließ er den Berliner Korrespondenten der Londoner Zeitung „Sun" wissen, sein Vater sei für ihn „ein Politiker, der mithalf, den deutschen Sozialismus durch die Koalition mit den Christlichen Demokraten zu verraten". Konsequent, wie ein jugendlicher Rebell einmal zu sein hat, forderte er dann auch, die gesamte gegenwärtige politische Führungsspitze — somit auch sein Vater — sollten „mit der Wurzel ausgerissen werden".

Vater Willy Brandt reagierte mit der entsprechenden Weisheit des Älteren: Er lehnte es ab, sich wegen der Demonstration seines Sohnes in einen öffentlichen Familienzwist verwickeln zu lassen. Ob es zu einer „privaten" Vater-Sohn-Auseinandersetzung kam, ist unbekannt. Nach Angaben der SPD in Bonn aber, so war zu hören, hat Peter seinen Vater wissen lassen, „daß die Darstellung in der Sun falsch sei".

Bleibt zu rätseln, ob der 19jährige einem cleveren Reporter auf den Leim ging (das Interview soll während einer Busfahrt stattgefunden haben), ob doch ein väterliches Machtwort gefallen ist, oder ob der mutige Umstürzler plötzlich Angst vor der eigenen Courage bekam?

Abbildung 51: GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1968, S. 29: „Was trennt die heutigen Generationen?"

Alles in allem war die Intention des Verfassers Wurm, die Generationen allein soziologisch zu betrachten und auf fehlende Autoritäten im Lande hinzuweisen. Die politischen Argumente der Demonstranten etwa zur Notstandsgesetzgebung oder zur Hochschulpolitik nahm das GT nicht war, geschweige denn setzte sich die Zeitung mit ihnen auseinander. *Viktor Wurm* gehörte selbst zu den Vertretern der Verdrängung und auch des Verschweigens, gegen die die 68er-Bewegung ankämpfte. Das GT setzte sich nicht mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander.

Das Pendant zur Seite von Wurm stellte eine Seite in der GP im Ressort *Blick in die Zeit* vom 26. April 1968 dar. Interessant ist bereits der Vergleich der Überschriften. Im GT hieß es: „Was trennt die Generationen? – Autorität, Zeitgeist und Erziehung – Der Ruf nach Leitsätzen und Vorbildern“.[281] Dagegen in der GP: „Gelingt der Brückenschlag zur unruhigen Jugend? Wenn Autorität respektiert werden soll, muss sie sich der Kritik stellen“.

Schon im Einleitungstext erwähnte *Hartmut Miegel*, die „unruhige Jugend“ werde nicht nur durch den linksradikalen SDS repräsentiert, vielmehr seien die wenigsten Jugendlichen Radikale. Auch wenn sich die Mehrheit der Studenten und der anderen Jugendlichen „in der Hitze der Osterdemonstrationen“ vorübergehend solidarisch gefühlt hätten, seien sie doch in der Lage, „Rowdies“ und „Terroristen“ aus ihrer Gruppe zu isolieren. Miegel nahm deshalb etwas naiv an, dass bei künftigen Demonstrationen Terror und Gewalt nicht mehr vorkommen würden.

Miegel verurteilte die Forderung, schnelle und harte Strafmaßnahmen gegen Demonstranten einzurichten als zu „drastisch“ und „pauschalisiert“. Stattdessen zitierte er Bundesjustizminister *Gustav Heinemann*:

> „Damit will ich sagen, dass wir alle uns zu fragen haben, was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, dass ein Antikommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte, und dass Demonstranten sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben. Sowohl der Attentäter, der Rudi Dutschke nach dem Leben trachtete, als auch die 11000 Studenten, die sich an den Demonstrationen vor Zeitungshäusern beteiligten, sind junge Menschen. Heißt das nicht, dass wir Älteren den Kontakt mit Teilen der Jugend verloren haben oder ihnen unglaubwürdig wurden? Heißt das nicht, dass wir Kritik ernst nehmen müssen, auch wenn sie aus der jungen Generation laut wird?“[282]

Miegel bezeichnet es weiterhin als legitim, Veränderungen der Hochschulen, in der Gesellschaft und die Anpassung an die Moderne zu fordern. Zudem werde die Ablehnung des Vietnamkrieges in anderen demokratischen Staaten noch viel entschiedener vertreten. Die Jugend sei weiterhin jahrelang mit unerfüllten Versprechungen hingehalten worden.

Zur Kritik an der Springer Presse zitierte Miegel den sozialdemokratischen VORWÄRTS und dessen Autor *Jesco von Puttkamer*. Dieser hatte festgestellt, dass die

> „emotionell so wirkungsvolle Verteufelung Rudi Dutschkes und seiner fanatisierten Anhänger, ihre Abstempelung zu Untermenschen und Außenseitern der Gesellschaft, nicht unwesentlich auf die Schlagzeilen und Kommentare von Zeitungen des Springerkonzerns zurückzuführen ist.“[283]

Die Jugend, so Miegel weiter, fordere mit Recht ein vorausschauendes Denken anstelle von taktischen Manövern. Außerdem Zivilcourage und Mut zur Unpopularität anstelle von bequemem Opportunismus. Es sei ein gutes Zeichen für die Chancen der Demokratie, dass die Jugend nicht länger dazu bereit sei, bestehende Autoritäten kritiklos hinzunehmen.

Betrachtet man die Fotografien auf der Seite, sieht man zum einen eine Demonstration in Berlin und zum anderen eine Gruppe von diskutierenden Demonstranten und Hochschuldozenten, vielleicht auch Professoren – eine eher positiv besetzte Szenerie.

In Miegels Artikel wurde der Eindruck erweckt, die SPD stehe vollkommen hinter den Demonstranten. Dazu wurde nicht nur Heinemann, sondern auch der SPD-Politiker *Herbert Wehner* zitiert, der forderte, zuzuhören und darauf zu verzichten, anderen eigene Schlussfolgerungen aufzuzwingen.[284] Dass es jedoch auch in der SPD Generationenkonflikte gab, wurde nicht erwähnt. Zudem war die Annahme der Harmlosigkeit der Demonstranten etwas zu gutgläubig, schließlich gab es bei weiteren Ausschreitungen auch Gewalt.

Freitag, 26. April 1968 BLICK IN DIE ZEIT Presse / Nummer 93

Dienstag: Osterzwischenfälle vor dem Bundestag

Gelingt der Brückenschlag zur unruhigen Jugend?

„Wenn Autorität respektiert werden soll, muß sie sich der Kritik stellen"

VON HARTMUT MIEGEL

Die Unruhen der Jugend, die nach dem Attentat auf den SDS-Ideologen Rudi Dutschke über Ostern deutsche Großstädte in Atem hielten, sind abgeflaut. Doch die Diskussionen darüber dauern an, und am Dienstag wird sich der Deutsche Bundestag mit der bundesdeutschen Jugend beschäftigen — zum zweitenmal in diesem Jahr. Diese Sondersitzung wird gewiß keine Patentrezepte bringen, aber an ihr muß sich erweisen, wie das Parlament mit den Problemen der unruhigen Jugend — die nicht nur durch den linksradikalen SDS repräsentiert wird — fertig werden will, mit Problemen, die uns alle angehen.

An Ratschlägen hat es in den letzten Tagen nicht gefehlt. Sie reichen von der drastischen und pauschalisierenden Forderung vieler Bürger: „Wir lassen unsere Ruhe und Ordnung nicht stören und verlangen schärfste schnellste Strafmaßnahmen gegen Unruhestifter", bis zu der verständnisvollen und verständigen Mahnung des sozialdemokratischen Bundesministers der Justiz, Dr. Dr. Gustav Heinemann:

„Diese Tage erschütternder Vorgänge und gesteigerter Unruhe rufen uns alle zu einer Besinnung. Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, daß in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen. Damit will ich sagen, daß wir alle uns zu fragen haben, was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, daß ein Antikommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte, und daß Demonstranten sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben.

Sowohl der Attentäter, der Rudi Dutschke nach dem Leben trachtete, als auch die 11 000 Studenten, die sich an den Demonstrationen vor Zeitungshäusern beteiligten, sind junge Menschen. Heißt das nicht, daß wir Alteren den Kontakt mit Teilen der Jugend verloren haben oder ihnen unglaubwürdig wurden? Heißt das nicht, daß wir Kritik ernst nehmen müssen, auch wenn sie aus der jungen Generation laut wird?"

Keine Kontakte gefunden

Kontakte zum sogenannten Etablishment und Verständnis der älteren Generation hatten die Studenten, aber auch viele andere junge Bürger vor den vom SDS initiierten ästetischen Gewaltakten vermißt. Sie hatten bei des auch nach der ersten Jugendaussprache des Bundestages am 8. Februar 1968 nicht gefunden, in der allerdings viel die Rede davon war.

Dabei sind die wenigsten dieser jungen Bundesbürger Radikale. Ihre Forderungen nach Hochschulreform, nach gesellschaftlichen Veränderungen und Anpassung an die moderne Entwicklung sind legitim, und ihre Ablehnung des Vietnamkrieges oder des griechischen Militärregimes wird in anderen demokratischen Staaten noch entschiedener vertreten.

Schließlich war es keine Überraschung, daß die jungen Leute — jahrelang mit immer wieder unerfüllten Versprechungen hingehalten — nach dem Attentat auf Dutschke mit ihren Protesten gegen die Meinungsfreiheit gefährdende Pressekonzentration und gegen gewisse Zeitungstypen auf die Straße gingen. Der gewiß des Radikalismus unverdächtige Chefredakteur der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts", Jesco von Puttkamer, schrieb dazu:

„Hier ist die Erkenntnis unerläßlich, daß es hierzulande jahrzehntelang die Förderung und Propagierung eines blinden militanten Antikommunismus gegeben hat... Damit rechtfertigen wir keinen der Terrorakte gegen Springers Verlagshäuser in der Bundesrepublik. Sie sind ebenso erbärmlich wie das Attentat auf dem Kurfürstendamm. Aber es gehört zur schonungslosen Analyse unserer politischen Situation einfach dazu, festzustellen, daß die emotionell so wirkungsvolle Verteufelung Rudi Dutschkes und seiner fanatisierten Anhänger, ihre Abstempelung zu Unmenschen und Außenseitern der Gesellschaft, nicht unwesentlich auf die Schlagzeilen und Kommentare von Zeitungen des Springerkonzerns zurückzuführen ist."

Nüchterne politische Beobachter wissen inzwischen immerhin, daß Kommunisten jede Demonstration in der Bundesrepublik angesichts unserer politischen und geographischen Lage für ihre Zwecke auszunutzen versuchen. Aber diese Tatsache allein gibt niemandem das Recht, Demonstrationen verantwortungslos zu schimpfen. Die Methoden des verdeckten Kampfes, der hierzulande seit dem zweiten Weltkrieg täglich im Gange ist, sind den Verantwortlichen bekannt.

Rowdys und Terroristen werden isoliert

Polizei und Justiz in der Bundesrepublik sind durchaus in der Lage, die Spreu vom Weizen zu trennen und ernsthafte umstürzlerische Aktionen zu verhindern. Und die Mehrheit der Studenten und der anderen jungen Bundesbürger ist ebenso dazu imstande wie willens, Rowdies und Terroristen, mit denen sie sich vielleicht in der Hitze der Osterdemonstrationen vorübergehend solidarisch fühlten, zu isolieren.

Terror und Gewalt werden wohl künftige Demonstrationen der unruhigen Jugend nicht mehr kennzeichnen. In diesem Zusammenhang sollte auch eine Stellungnahme des Organs der Gewerkschaft der Polizei, „Blickpunkt", nicht übersehen werden.

Darin heißt es: „Nur eine kleine radikale Minderheit nutzt, wie so oft in der Vergangenheit, die Gunst der Stunde, um die Fackel der Empörung immer wieder zu entfachen und das lodernde Feuer für ihre eigenen durchsichtigen Zwecke zu mißbrauchen. Es ist gut, sich mitten in der Turbulenz des Geschehens daran zu erinnern, daß die übergroße Mehrzahl der deutschen Studenten mit jener radikalen Minderheit nur eins gemeinsam hat: den Anlaß für ihre Empörung."

„Überall dort", so heißt es weiter im 'Blickpunkt', „wo Polizeibeamte gelassen und ruhig reagieren, setzen sich die radikalen Kräfte ganz von selbst ins Unrecht. Ihnen kommt es darauf an, die Polizei zu provozieren. Daß diese Rechnung nicht aufgeht, liegt mit an jedem einzelnen von uns."

Daß solche Stimmen der Vernunft lauter und einflußreicher werden mögen, ist Sache jedes Bürgers. Justizminister Heinemann meint aber auch: „Noch wichtiger ist es, uns gegenseitig zu dem demokratischen Verhalten zu verhelfen, das den Einsatz von Polizei und Justiz erübrigt." Demokratie erfordert auch ständige Diskussion — und richtige Diskussion will gelernt sein.

„Demokratie ist Diskussion"

Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD, erläutert das so: „Zur Diskussion gehört zuhören zu wollen und zuhören zu können. Zur Diskussion gehört auch, sich in die Auffassungen des anderen hineinversetzen zu wollen, damit man schließlich zum Kern der Sache kommen kann . . . Viele fangen damit an, den anderen ihre eigenen Schlußfolgerungen aufnötigen zu wollen, ehe überhaupt diskutiert werden konnte . . . Demokratie ist Diskussion. Aber Diskussion setzt die Achtung vor dem anderen voraus."

„Demokratischer Terror" jedoch, wie ihn der SDS Ostern übte und gewiß weiter versuchen wird, soll nicht Andersdenkende überzeugen, er soll Andersdenkende „verändern". Er richtet sich stets nach Mao Tse-tungs Grundsatz: „Die Revolution ist keine Abendgesellschaft, kein literarisches Kunstwerk, kein Gemälde und keine Stickerei. Sie kann nicht so vornehm sein, so gelassen und maßvoll, sie ist weder wohlausgewogen noch milde."

Daß die meisten der Studenten im Grunde bessere Demokraten sind als viele Bürger glauben wollen, hat nicht zuletzt dieser Tage die Umfrage des Mannheimer Instituts für Politische Wissenschaft erwiesen, über die wir bereits berichteten. Daraus ergibt sich unter anderem, daß sich die Studenten in allen wesentlichen Punkten zahlenmäßig stärker zu den demokratischen Grundideen bekennen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Mao Tse-tungs Thesen werden also bei ihnen am wenigsten auf fruchtbaren Boden fallen — womit nicht gesagt sein soll, daß alle Ideen des chinesischen Staatsmannes verwerflich sind.

Wir alle leben mit unseren Studenten, mit unserer arbeitenden Jugend in einer sich immer schneller verändernden Welt, über die Jean-Jacques Servan-Schreiber — kein Kommunist übrigens — in seinem brillanten Buch „Die amerikanische Herausforderung" schreibt: „Unsere Probleme lassen sich auf ein einziges reduzieren, nämlich die Umwandlung der tief verkalkten europäischen Gesellschaftssysteme, die alle Mühe haben, sich Neuem zu öffnen."

Die deutschen Sozialdemokraten kann dieser Vorwurf nicht treffen. Immerhin haben sie schon auf ihrem Parteitag in Nürnberg in ihren „Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" formuliert: „Die Demokratie in unserem Lande hat ihre Bewährungsprobe noch vor sich. Ob wir sie bestehen, hängt in hohem Maße vom Engagement der Jugend, von ihrer Bereitschaft zu verantwortungsbewußter Mitarbeit ab.

Die Jugend fordert mit Recht vorausschauendes Denken anstelle von taktischen Manövern, Zivilcourage und Mut zur Unpopularität anstelle von bequemem Opportunismus. Daß die Jugend nicht länger bereit ist, bestehende Autoritäten kritiklos hinzunehmen, ist ein gutes Zeichen für die Chancen unserer Demokratie. Wenn Autorität respektiert werden soll, so muß sie sich der Kritik stellen. Sie muß stets von neuem begründet werden. Demokratie setzt Kritik — Kritik setzt aber auch Demokratie voraus."

Am Dienstag im Bundestag werden die Bürger und die Studenten weiterhören.

Harte Konfrontation . . .

DEMONSTRATION nach dem Attentat auf Dutschke in Berlin. Foto: Schirner

. . . oder sachliche Gespräche?

DISKUSSION in München: Oberbürgermeister Dr. Vogel im Gespräch mit Studenten. dp-Foto

Abbildung 52: GÖTTINGER PRESSE, 26. April 1968, S. 3: „Gelingt der Brückenschlag zur unruhigen Jugend?"

Unterstützung fand die GP in ihrer Einstellung zu den Studenten in einer Umfrage des Lehrstuhls für politische Wissenschaft der Universität Mannheim, bei der unter anderem 3.000 Studenten aller deutschen Universitäten befragt wurden. Finanziert wurde die Umfrage von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Bundesfamilienministerium. Sowohl GT als auch GP berichteten darüber. Das Ergebnis der Studie: Studenten bekannten sich in allen Fragen stärker und eindeutiger zu den demokratischen Grundwerten als der

Durchschnitt der Bevölkerung. Wie deutlich dieser Unterschied war, kann an folgendem Beispiel festgemacht werden:

> „Auf die Frage, ob der Nationalsozialismus eine gute Idee gewesen sei, die nur schlecht ausgeführt wurde, antwortete 50 Prozent der Bevölkerung und 43 Prozent der Jugendlichen mit ‚ja', jedoch 91 Prozent der Studenten mit ‚nein'. Dass mit den Fragen nach der nationalsozialistischen Vergangenheit einzelner Mitbürger Schluss gemacht werden sollte, befürworteten 74 Prozent der Bevölkerung und 70 Prozent der befragten Jugendlichen, aber nur 37 Prozent der Studenten. 39 Prozent der Bevölkerung und 25 Prozent der Jugendlichen sind der Meinung, dass wir wieder ‚eine einzige starke Partei brauchen, die wirklich die Interessen aller Schichten unseres Volkes vertritt'. 95 Prozent der Studenten verneinen dies."[285]

„Unverständlich" fand die GP zudem die Einstellung der Jugendlichen zur Frage, ob die Opposition die Aufgabe habe, „die Regierung zu unterstützen". Dabei hatten 61 Prozent der Jugendlichen mit „ja" geantwortet, die Studenten allerdings zu 73 Prozent mit „nein". Während das GT die Umfrageergebnisse unkommentiert abduckte, sah die GP im Ergebnis eine Rehabilitation der deutschen Studentenschaft. Die Einschätzung des Ergebnisses durch den Forschungsleiter Professor *Rudolf Wildenmann* bestätigte diese Meinung und wurde demnach auch in der GP abgedruckt. Der Wissenschaftler bezeichnete „das starke politische Interesse der studentischen Jugend" als ein Meinungsbild, wie es kurz nach dem Krieg vorhanden gewesen sei. Dieses Interesse und das „starke demokratische Potential" müssten die politischen Parteien für sich nutzen, indem sie das Interesse aufgriffen.[286]

Das GT konterte auf dieses positive Umfrageergebnis mit dem Bericht einer weiteren Umfrage, die vom *Institut für angewandte Sozialwissenschaft* (INFAS) durchgeführt worden war und das Ansehen der Studenten nach außen deutlich machte. Aus den Ergebnissen ließe sich laut GT ableiten,

> „dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins zum Teil nicht nur Vorurteile gegenüber den Studenten hat, sondern sogar studentenfeindlich eingestellt ist. Nach den blutigen Demonstrationen zu Ostern dürfte sich diese Studentenfeindlichkeit noch verstärkt haben."[287]

Weiter berichtete das GT:

> „Das INFAS-Institut folgert besorgt, dass die Zahl der Studentengegner ‚schnell' auf drei Viertel anwachsen werde, wenn sich ‚die Studenten nicht wohl verhalten'."[288]

Eine „Studentenfeindlichkeit“ ließ sich jedoch tatsächlich aus den reellen Umfrageergebnissen nicht herauslesen. Laut Umfrageergebnis glaubten die Befragten, die Studenten finanzierten sich zu 58 Prozent durch die Eltern, dagegen dachte ein Viertel der Befragten, Studenten lebten überwiegend auf Staatskosten. Aus diesem Ergebnis leitete das GT eine generelle Antipathie der Gesellschaft gegenüber Studenten ab. Auch wertete die Zeitung 25 Prozent als *Großteil der Befragten*. 75 Prozent aber waren offensichtlich anderer Meinung.

Als weiteres Argument zog das GT die Frage nach der Studiendauer heran, wonach 38 Prozent der Bevölkerung dachten, Studenten würden sich zu viel Zeit mit ihrem Studium lassen. Dass ca. 50 Prozent den nun umfangreicheren Stoff für die längere Studiendauer für ausschlaggebend hielten, wurde nur nebenher erwähnt. Weiterhin wurde berichtet, dass ein Drittel der Bevölkerung der Meinung sei, es gebe generell zu viele Studenten. Dieses müsse angesichts der Forderung von Bildungspolitikern, die Zahl der Studienplätze bis 1980 auf 500.000 zu erhöhen, nachdenklich stimmen. Eine gewisse negative Grundhaltung gegenüber Studenten ließ jedoch lediglich das Ergebnis zu, dass laut Umfrage 40 Prozent der Bevölkerung den Studenten das Recht absprach, sich politisch zu äußern. Inwieweit die besagte Umfrage überhaupt repräsentativ war, ließ sich mangels näherer Auskunft, zum Beispiel über die Stichprobengröße, die dazu mindestens 1.000 betragen und alle Schichten der Bevölkerung beinhalten müsste, nicht feststellen.[289]

Auf der *Jugendseite* im GT vom 1. Mai 1968 kam schließlich ein Jugendlicher selbst zu Wort und durfte beschreiben, „was ihn eigentlich zum Protest reizt“.

Vater hängt den Mantel nach dem Wind

Was reizt uns eigentlich zum Protest?

Was erbost uns eigentlich gegen die ältere Generation? Was reizt uns zum Protest? Was steckt hinter den Angriffen von Politiker-Sprößlingen wie Peter Brandt, Bernhard Mommer, Gisela Erler und Knut Nevermann auf die Welt unserer Väter? Hängt Vater den Mantel zu oft nach dem Wind?

Häufig tut er nicht das, was er gern möchte, sondern paßt sich anderen an. Das ist ihm als Einzelperson nicht zu verübeln. Die Verhältnisse sind so, daß er sich einfügen muß. Unser ganzes wirtschaftliches und politisches System ist darauf eingestellt, daß jeder mit jedem zurechtzukommen versucht. Was einem nicht paßt, schluckt man nach Möglichkeit herunter. Man vermeidet es, bei irgend jemandem anzuecken. Besondere Rücksicht nehmen Angestellte auf Vorgesetzte, Chefs auf Geschäftspartner, die wichtig für sie sind oder es werden könnten. Politiker stellen ihre eigene Meinung zurück, um der Fraktion nicht unbequem zu werden.

Zugegeben: Unsere Väter hatten es schwerer als wir. Nach dem Kriege mußten sie sich erst wieder eine Existenz aufbauen. Harte Jahre zwangen sie, „kleine Brötchen zu backen". So gewöhnten sich unsere Väter daran, ihrem Beruf jedes Opfer zu bringen. Dabei merkten sie kaum, daß sie es aufgaben, ein freier Mensch zu sein, der offen seine Meinung sagt, ohne zu fragen, ob ihm das Vorteile oder Nachteile einbringen könnte. Schwimmt heute einer gegen den Strom, so heißt es: Er paßt nicht ins Betriebsklima.

Unseren Vätern entging, daß sie ihr Selbst zurückstellten. Dem beruflichen Fortkommen opferten sie ihr eigenes Leben. Der Erfolg schien ihnen recht zu geben. Viele von ihnen brachten es erstaunlich weit. Aber Unbehagen stellte sich ein, und oft reagieren unsere Väter dieses Unbehagen auf uns Jungen ab. Noch schlimmer aber ist, daß sie uns in eine Berufswelt hineinzwängen wollen, die auch uns zu ständigen Zugeständnissen und zum Zurückstellen der eigenen Person und damit des eigenen Lebens nötigt.

Das Wort „Konformismus" bezeichnet die Geisteshaltung, die stets um Anpassung bemüht ist. Der „Utilarist", der nur auf den Nutzen Bedachte, huldigt — oft, ohne es zu wissen — dem „Pragmatismus", der Lehre, die im erfolgreichen, nützlichen Handeln das Wesen des Menschen erblickt. Besonders in Amerika zeitigte diese Lehre üppige Früchte, aber auch die größte Unzufriedenheit.

Werden wir uns dem Konformismus entziehen? Vielleicht nicht. Selbst wir werden wohl zu Zugeständnissen gezwungen werden, von denen viele ja auch notwendig sind. Aber wir wollen wenigstens versuchen, so zu leben, wie wir selbst es wollen. Ärgerniserregende lange Haare, ruppige Kleidung und Freude am Gammeln deuten das nur oberflächenhaft an. Als Idealtyp erscheint uns nicht — wie vielen unserer Väter — der clevere joviale Karrieremacher, sondern der Mensch, der seiner Besonderheit entsprechend zu leben versucht.

Siegfried Freud

Kommen die Schüler in Bewegung?

Der politische Unterricht muß wirkungsvoller werden

Viele Göttinger Gymnasiasten werden in dieser Woche an einer Veranstaltung teilnehmen, die sie vielleicht aus ihrem Pennälerschlaf er-

● Anstatt „tiefere Einsichten und Wirkungszusammenhänge" zu vermitteln — so die „Rahmenvereinbarung" — werden im GKU

Jetzt ist es Zeit zum Nachdenken Foto: Armin Alfermann

Abbildung 53: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Mai 1968, S. 17: „Vater hängt den Mantel nach dem Wind"

Verfasser *Siegfried Freud* kritisierte seinen Vater, da dieser sich stets angepasst habe. Das sei jedoch auf wirtschaftliche und soziale Bedingungen zurückzuführen gewesen. Zwar gestand er ein, dass es die Vätergeneration aufgrund des Krieges und des folgenden Existenzaufbaus schwerer gehabt habe, doch nun drehe sich alles nur noch um die Karriere. Laut Freud sollten es die Väter unterlassen, ihre Kinder in dieselbe Berufswelt hineinzuzwängen und damit das Zurückstellen der eigenen Person zu erreichen. Die Jugend wolle zumindest versuchen so zu leben, wie sie es selbst will. Als Idealbild gelte nicht der joviale Karrieremacher, „sondern der Mensch, der seine Besonderheit entsprechend zu leben versucht".[290] Auch hier kamen wieder nicht die eigentlichen Kritikpunkte der jungen Generation zu Wort, stattdessen wurden die Unruhen wieder auf den allgemeinen Generationenkonflikt heruntergebrochen.

Die negative Tendenz des GT gegenüber der Studentenbewegung kam außerdem in einem Artikel über ein NPD-Mitglied zum Tragen. Letzterer hatte sich bei den Studenten bedankt, denn dass man 66 Abgeordnete in Landtagen habe, sei auf die „wahnsinnigen Aufführungen solcher Leute" zurückzuführen. Und weiter hieß es: „Sie haben uns in sieben Parlamente hinein geschrien, sie werden uns auch in den Bundestag schreien".[291] In der GP wurde über

diese Äußerungen nicht berichtet, obwohl eine Auseinandersetzung mit dem Thema angebracht gewesen wäre.

Während das GT der 68er-Bewegung und der jungen Generation an sich eher skeptisch gegenüberstand, lobte es zunächst die friedlich demonstrierenden Göttinger:

> „Dass Studenten, die wie wir empört sind über die Tat des Attentäters in Berlin, ehrlich demonstrieren, ohne Gewalttätigkeit dennoch ihre Meinung frei bekundend, hat die akademische Jugend der Universität Göttingen bewiesen. Man sollte sich andernorts an ihr ein Beispiel nehmen.“[292]

Doch diese positive Bemerkung war nur eine von wenigen Ausnahmen im GT. Ein paar Tage später machte sich die Zeitung über einen der Protestler aus München lustig. Im folgenden Artikel wurde er als unreifes Muttersöhnchen dargestellt:

Verständnis für jungen Österreicher

Junger „Revolutionär" in Mutters Obhut

Erster Strafprozeß um Münchener Osterdemonstrationen — Jugendarrest für Gymnasiasten aus Wien

München, 29. April

Vor dem Münchener Jugendgericht fand der erste mit Beweisaufnahme verbundene Prozeß in Sachen Osterdemonstrationen 1968 statt. Angeklagt wegen Landfriedensbruch war der 18jährige Wiener Gymnasiast Alexander Zimmermann, ein junger Mensch, der sich ganz offensichtlich aus dem häuslichen „Establishment" mitten ins Kampfgewühl verirrt hatte und daher als Exempel völlig ungeeignet war — sowohl für die Justiz, um an ihm ein solches zu statuieren, als auch für die revoltierende Jugend allgemein.

Immerhin: seit dem 15. April saß der brave Alexander in München in Untersuchungshaft. Wie seine zur Verhandlung erschienene Mutter erzählte, hatten seine Schulleistungen in letzter Zeit empfindlich unter seiner Sport- und insbesondere Basketballbegeisterung gelitten, weshalb ein väterliches Machtwort ihn zum freizeitlichen Fleiß zwang. Dafür wiederum wurde er Ostern belohnt und durfte nach Frankfurt zum Ostermarsch fahren, „weil er da immer am schönsten sein soll".

Von Frankfurt fuhr Alexander nach München, und als er hörte, daß gegen Springer demonstriert wurde, begab er sich eilends in die Theresienstraße, wo am Hinterausgang des Verlagsgebäudes die Auslieferung der „Bild"-Zeitung verhindert werden sollte.

Dort war eine Barrikade errichtet, die von den Demonstrierenden allerdings für einen Privatwagen bereitwillig zur Seite geräumt und danach wieder aufgerichtet wurde. War Alexander am Barrikadenbau beteiligt und damit eines Verbrechens des Landfriedensbruches schuldig? Der Angeklagte selbst bestritt das Steineschleppen für die Barrikade. Ein Polizeibeamter, als Zeuge geladen, wollte aber gesehen haben, daß Alexander Z. „mindestens zwei Steine" herbeigetragen hat. Ohne seiner Zeugenehre nahetreten zu wollen, befanden sowohl Staatsanwaltschaft als auch Gericht, daß er sich hierin wohl geirrt haben mußte, da der Barrikadenbau zeitlich nicht mit dem Erscheinen des Angeklagten direkt vom Bahnhof nach Ankunft des Frankfurter Zuges in Einklang gebracht werden könne. Die Barrikade müßte schon bestanden haben, als der junge Mann in die Theresienstraße kam. Eine Täuschung in diesem Punkt sei durchaus verständlich, da der Zeuge ständig mehrere junge Leute gleichzeitig beobachtete.

Daran, daß Alexander sich an der Demonstration durch bloße Anwesenheit — er saß auch unbestritten auf der Barrikade — beteiligt hat, war allerdings kein Zweifel. Juristisch stellt dies immerhin noch ein Vergehen des Landfriedensbruches dar.

„Die Schizophrenie unseres Staates wird nie so deutlich wie in solchen Prozessen", klagte der Verteidiger, nachdem der Staatsanwalt einen Jugendarrest von zehn Tagen beantragt hatte, „immer heißt es, die Jugend darf demonstrieren, aber niemand hat die jungen Leute darauf aufmerksam gemacht, daß allein schon das Dabeisein bei einer solchen Demonstration strafbar ist, das Aufheben eines Steines sogar ein Verbrechen darstellt!"

„Ich bitte Sie, geben S' mir meinen Buben wieder mit", flehte die Mutter, „jetzt hat er sowieso schon eine Lateinschularbeit versäumt ..."

Der Jugendrichter zeigte Verständnis für den jungen Wiener. Er verurteilte ihn wegen eines Vergehens des Landfriedensbruchs zu zehn Tagen Jugendarrest, die durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt sein sollen. Damit der junge Mann nicht etwa per Schub nach Hause befördert wird und vielleicht noch eine Woche auf diesen Schub warten muß, wurde auf dem Arrestzettel ausdrücklich vermerkt: „Zimmermann ist sofort seiner Mutter zur Heimreise zu übergeben." E.W.

Zuchthaus für Falschmünzer

Für eine 50-Franken-„Blüte" zahlten sie 150 DM Druckkosten

München, 29. April

Zu je drei Jahren Zuchthaus hat die Zweite Strafkammer des Landgerichts München den 38jährigen Chemigraphen Ewald Steinhäuser, den 33 Jahre alten Angestellten Karl-Heinz Vogel und den 45jährigen Kaufmann Ernst Alois Röttinger wegen Falschmünzerei und Falschgeldverbreitung verurteilt.

Die drei Falschmünzer hatten sich in einer gemeinsamen Gefängniszelle kennengelernt und bereits dort geplant, sobald sie wieder in Freiheit wären, ihre schlechte Finanzlage durch die Herstellung von „Blüten" aufzubessern. In einem Kellerraum des Münchener Vororts Pasing, den Röttinger als „Flugkapitän Röttinger" gemietet hatte, setzten sie dann diesen Plan in die Tat um und spezialisierten sich auf den Druck von 50-Franken-Noten. Die Einrichtung der Werkstatt kostete sie 2300 DM.

So überstiegen die Produktionskosten der falschen Banknoten den Wert der einzelnen Blüten um das Dreifache. Als die Falschmünzer nach zweimonatiger „Produktion" im Mai 1967 gefaßt wurden, hatte sich noch nicht einmal die Anlage „amortisiert".

Abbildung 54: GÖTTINGER TAGEBLATT, 30. April 1968, S. 8: „Junger ‚Revolutionär' in Mutters Obhut“

In einem Bericht im GT über die *Gewerkschaft der Polizei*, appellierte diese an Polizeibeamte, sich von den Demonstranten nicht provozieren zu lassen. Die Polizeibeamten seien bei

solchen Vorkommnissen naturgemäß Ziel und vielfach Opfer der heftigsten Attacken. Ihre Aufgabe sei es, das Recht auf Demonstration zu schützen, aber auch gleichzeitig die Rechte anderer Bürger zu wahren, wenn sie verletzt würden, hieß es in dem Appell. Diese schwierige Aufgabe verlange „im Hexenkessel entfachter Leidenschaften“ erst recht Fingerspitzengefühl.[293]

Zu unterschiedlicher Berichterstattung kam es bei Festnahmen wegen Landfriedensbruches der hannoverschen Polizei im Zuge von Demonstrationen zwischen dem 12. und 15. April 1968. Hier meldete die GP die 45 Strafanzeigen nur kurz, während das GT diesem Thema ca. die 3,5-fache Artikellänge widmete. Dabei zog es Parallelen zwischen den im April stattfindenden Demonstrationen und einer früheren Auseinandersetzung von Demonstranten mit der Polizei in Göttingen. Unter der Schlagzeile „Wenn es zum Landfriedensbruch kommt – Göttingen hat seine Erfahrungen – Parallelen in einem ‚Heißen Sommer‘“ wurde auf eine frühere Begebenheit hingewiesen:

> „Damals ging es um Aufruhr und Landfriedensbruch, nachts am Gänseliesel. Immer wieder kam es um Mitternacht zu Zusammenrottungen auf dem Markt, es gab Lärm. Hunderte von jungen Menschen kamen zusammen, die Polizei musste eingreifen und natürlich wurde auch Widerstand geleistet“.[294]

Worum es bei dem besagten *Aufruhr* inhaltlich gegangen war, wurde nicht erwähnt und man ließ den Leser im Dunkeln tappen.

Das GT schien im Artikel auch genau zu wissen, von wo die schlimmsten Aufrührer kommen:

> „Aber schon damals zeigte sich, was sich auch jetzt in anderen Städten wieder feststellen ließ: Studenten bekommen Zulauf von Seiten, die ihre Freude am Krach haben. Damals waren es nicht nur die Studenten, die am Gänseliesel standen – es kamen zahlreiche Halbstarke, vor allem aus der Richtung ‚Kronenpassage‘. Wenn heute Studenten sich beispielsweise in der Goetheallee mit Polizeibeamten anlegen würden, dann würden sie aus ähnlichen Kreisen lebhaften Beifall und Unterstützung bekommen.“[295]

Weiter wurde in dem Artikel sodann das Verhalten der Polizei beschrieben, die sich damals nur schwer durchzusetzen vermochte. Die Aktion habe aber dazu geführt, dass die Polizei Erfahrungen sammeln konnte und deshalb nun dieses Mal sogar gelobt werden könne. Keine Erwähnung fand jedoch im GT der zwei Tage zuvor stattgefundene Schweigemarsch des AStA für die in München ums Leben gekommenen *Klaus Frings* und *Rüdiger Schreck*, an der

1.200 Demonstranten teilgenommen hatten. Die GP hatte dagegen von der Aktion berichtet, die sich gegen die Anwendung von Gewalt und ihre Auswüchse gewandt hatte. Auch der damalige AStA-Vorsitzende *Wolfgang Eßbach* kam im Artikel zu Wort, er forderte die

> „Schaffung von Verhältnissen, in denen auch politische Minderheiten ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen können, ohne von der Presse diffamiert, von polizeilichem Terror verfolgt und von der Justiz als kriminell verurteilt zu werden.“[296]

Es kann jedoch nicht behauptet werden, dass die GP das Verhalten der Demonstranten überhaupt nicht kritisierte. Verfasser *gam* beanstandete, dass man Gegendemonstranten bedrängt habe und die Polizei schlichten musste:

> „Wir meinen: Toleranz fordern, heißt auch, selbst tolerant sein – nach allen Seiten. Auch wenn die Schildträger Angehörige zumeist rechts einzustufender Korporationen waren, wie in diesem Fall. Selbst wenn auf den mitgeführten Plakaten der Gegendemonstranten steht: ‚Rote Mörder sind nicht besser als braune‘ oder ‚Zwei Tote – ein Student schämt sich für SDS‘.“[297]

Durchweg versuchte das GT eine kritische Haltung der Gewerkschaften gegenüber den protestierenden Studenten herauszustellen. In einem Zeitungsartikel Mitte April 1968 wurde gemeldet, die IG Druck und Papier kritisiere Forderungen nach einer Enteignung Springers. Damit sei weder das Problem der Pressekonzentration noch das der Pressefreiheit zu lösen. Tatsächlich sei die Presse immer dort frei, wo sie privatwirtschaftlich organisiert sei.[298]

Die GP dagegen beschrieb die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Studentenbewegung zunächst als positiv. Im April berichtete die Zeitung von einem Gewerkschaftsvertreter auf einer Demonstration in Göttingen:

> „Als keinen Zufall bezeichnete es der Geschäftsführer der IG Bau, Steine, Erde, Reichert, dass die Gewerkschaften zusammen mit den Studenten an dieser Demonstration teilnehmen. Viele Forderungen der Studenten seien auch Forderungen der Gewerkschaften. ‚Wir wollen miteinander diskutieren und miteinander handeln‘, rief Reichert den Kundgebungsteilnehmern zu.“[299]

Vom GT wurde in diesem Zusammenhang nur berichtet, dass auch die IG Bau eine Demokratisierung der Gesellschaft fordere.[300]

Tatsächlich setzten sich im heißen Frühling 1968 die Gewerkschaften vom SDS ab. Sie beteiligten sich unter anderem nicht am *Sternmarsch auf Bonn*, sondern organisierten stattdessen eine Paralleldemonstration in Dortmund.[301] Außerdem sagte der

Bundesvorstand des DGB eine gemeinsame Maikundgebung mit dem SDS ab. Auch die GP konnte vor dieser Entwicklung nicht mehr länger die Augen verschließen.

In einem Kommentar im GT sah es Verfasser M. A. Hallensleben (ben) als berechtigt an, dass die Gewerkschaften den 1. Mai als ihren Feiertag proklamierten, denn diese hätten ihn „miterkämpft".[302]

Obwohl der Bundesvorstand des DGB eine gemeinsame Maikundgebung abgesagt hatte, kam es in Göttingen zu einer gemeinsamen Veranstaltung zum 1. Mai, wie auch das GT berichtete. Begründet wurde das Vorgehen mit der „besonnenen Demonstrationspolitik" in der Stadt.[303] Die GP gab auch das Motto dieser Kundgebung bekannt: „Stellung der Studenten und der Gewerkschaften zu den Notstandsgesetzen".[304] Auf Bundesebene dagegen verwehrte man den Studenten ein Rederecht bei den Mai-Kundgebungen mit der Begründung, so GP, dass die „Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der Öffentlichkeit ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein könne und müsse".[305]

Im Zuge der Verabschiedung der Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 lobte das GT schließlich die ehemaligen Gegner aus den Gewerkschaften, die nach dem Beschluss „die Ohren der Forderung der antiparlamentarischen Opposition nach Streiks verschließen."[306] Noch am 11. Mai hatte der DGB auf einer Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle gegen die vorliegenden Notstandsgesetzentwürfe und für den Ausbau des freiheitlichen und sozialen

Rechtsstaates ausgesprochen. Mit dieser Kundgebung sollten der Bundestag und die Bundesregierung nochmals ausdrücklich davor gewarnt werden, „ein Gesetzeswerk zu beschließen, das unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aushöhlen würde."[307]

Nach der dritten Lesung der Notstandsgesetze berichtete auch die GP, dass der DGB nicht zu einem Generalstreik aufrufen werde. Es sei ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, gegen einen mit großer Mehrheit gefassten Beschluss des Bundestages zum Streik aufzurufen, lautet die Begründung.[308]

Über Auslöser, Ursachen und Lösungsvorschläge

In der Berichterstattung der Meinungen über die Ursachen der Unruhen unterließen es sowohl GT als auch GP, über gewisse Äußerungen und Positionen zu berichten. Als etwa die GP von einer Äußerung des Bundesjustizministers Gustav Heinemann berichtete, wonach

sich die Älteren in der Gesellschaft fragen müssten, „warum sie den Kontakt zur jungen Generation verloren hätten“,[309] fand sich nichts über diese Feststellung im GT.

Weiterhin berichtet die GP vom CDU-Bundestagsabgeordneten *Felix von Eckardt*, der Versäumnisse des Staates eingeräumt hatte. Die Hochschulreform sei unverantwortlich verschleppt worden und die Politiker hätten sich der Studentenforderung nach Diskussion zu wenig gestellt.[310] Das GT wusste davon lediglich Folgendes zu berichten:

> „Im CDU-Pressedienst unterstrich der Bundestagsabgeordnete Felix von Eckardt, es sei unabdingbar, dass die bestehenden Gesetze durchgesetzt werden, weil die Terroristen nicht diskutieren, sondern die Demokratie umstürzen wollten.“[311]

In der Feststellung der Ursachen wurden in der GP auch die Meinungen der Demonstranten wiedergegeben. Zitiert wurde der Göttinger Student *Jörg Miehe* (SDS):

> „Jörg Miche kritisierte die große Koalition, deren Bildung die ersten spontanen Protestdemonstrationen von Studenten, Intellektuellen und Arbeitern zur Folge gehabt habe. Er erinnerte an jene gesellschaftlichen Kräfte, die sich nach 1945 darüber einig gewesen seien, das tief greifende Änderungen im politischen und wirtschaftlichen System des nachfaschistischen Deutschland nötig seien, aber später hätten alle Hoffnungen auf eine menschenwürdige sozialistische Gesellschaft in Westdeutschland begraben werden müssen. An ihre Stelle sei eine normale Demokratie getreten.“[312]

Das GT dagegen berichtete von der Kritik Bundesforschungsminister *Gerhard Stoltenbergs* an der „Haltung radikaler Hochschullehrer“. Stoltenberg sah vor allem in der Haltung der Professoren eine Ursache für die Ausschreitungen:

> „Die Radikalisierung eines Teiles der Studentenschaft sei ohne das Wirken dieser Professoren nicht zu verstehen. Ein Teil der Kritik der jungen Generation sei im Kern berechtigt. Wörtlich sagte der Minister: ‚Die Mehrzahl der Studenten und Jugendlichen will die Auseinandersetzung auf dem Boden des Rechts und der Verfassung und lehnt die Gewaltaktionen der Linksradikalen ebenso wie die lautstarke Agitation der Rechtsextremen ab‘.“[313]

Im Bericht in der GP wurde über dieselbe Debatte berichtet, allerdings die Kritik Stoltenbergs an den Professoren überhaupt nicht erwähnt. Vielmehr entstand hier der Eindruck, die Debatte sei geprägt gewesen von Verständnis für die Studenten. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident *Helmut Lemke* habe die Jugend als offen, ehrlich und hilfsbereit beschrieben.[314] Im GT dagegen war, anders als in der GP, überhaupt keine Rede vom

Entschließungsantrag der SPD, der in die Debatte eingebracht worden war. Danach hatte die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich mit den Ländern über eine schnelle und umfassende Hochschulreform zu verhandeln.[315] Ebenfalls nicht erwähnt wurde im GT eine Äußerung *Carlo Schmids*, der einen Kritikpunkt der Studentenbewegung aufgegriffen hatte und bedauerte, dass nur sechs Prozent der Studenten aus Arbeiterfamilien kämen. In diesem Zusammenhang hatte er einen großen Stipendienfonds vorgeschlagen, „zu dem der Zugang durch Leistung geebnet werden solle".[316]

Auch über die Vorschläge zum weiteren Vorgehen, gerade als sich die Demonstrationen zu radikalisieren begannen, war eine unterschiedliche Berichterstattung zu beobachten.

In dieser Frage kann festgestellt werden, dass das GT generell die Argumentation der CDU vertrat. Diese forderte immer wieder ein hartes Vorgehen gegenüber den Jugendlichen. Dafür seien schnelle und gegebenenfalls auch harte Urteile nötig. Die GP dagegen schlug sich naturgegeben auf die Seite der SPD, deren Stimmen überwiegend auf Toleranz gegenüber der Jugend und Diskussionen mit dieser setzten und diese somit durch Argumente zur Vernunft bringen wollte.[317]

Die GP berichtete:

> „Für das Bemühen, die Demonstranten mit politischen Mitteln davon zu überzeugen, dass ihr jetzt eingeschlagener Weg falsch sei, setzte sich der SPD-Pressedienst ein. Polizeiknüppel, Strafen und Verbote könnten und dürften nicht das einzige Mittel der Demokratie sein, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Der SPD-Pressedienst wies darauf hin, dass jedem Bürger die Plattform der freiheitlichen und demokratischen Staatsform erhalten werden müsse."[318]

Diese Einstellung vertraten im Übrigen auch Teile der FDP. Ihr Fraktionsvorsitzender *Wolfgang Mischnick* sprach sich dafür aus, dass notwendige Reformen in der Bundesrepublik durch Argumente erreicht werden müssten: „Wer aber andere politische Auffassungen verketzert, darf sich nicht wundern, wenn es zu extremen Reaktionen kommt".[319] Die FDP hatte zudem Vorschläge bezüglich des Springer-Verlages gemacht. Der FDP-Vorsitzende *Walter Scheel* forderte ein Gesetz zur Sicherung der Presse- und Informationsfreiheit, das auch die Unabhängigkeit der Redakteure sichere. Die Forderung nach einer Enteignung Springers müsse allerdings aus der politischen Diskussion herausbleiben. Er fügte jedoch

hinzu, es würde keine Kritik an Springer geben, wenn dieser Zeitungen unterschiedlicher politischer Richtungen herausgeben würde.[320]

Das GT berichtete vornehmlich von den Forderungen nach drastischen Maßnahmen, forderte diese in Kommentaren jedoch auch selbst:

> „Wenn der Staat mit den ihm rechtens zu Gebote stehenden Mitteln dem Treiben krypto-kommunistischer Elemente nicht endlich seine Autorität entgegensetzt, werden wir am Ende eine Demokratie ohne Autorität haben. Was das heißt, wissen die Älteren unter uns aus der erlebten Geschichte der Weimarer Republik.“[321]

Auch SPD-Politiker schlossen teilweise eine härtere Gangart nicht aus – darüber berichtete das GT. So wurde am Tag nach dem Tod von Pressefotograf *Rüdiger Schreck* aus einer Aussage des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, *Klaus Schütz* (SPD), zitiert:

> „Das Verbrechen an dem SDS-Ideologen Dutschke sei von einigen Gruppen ‚zynisch und brutal‘ als Vorwand zu Gewalttätigkeiten missbraucht worden. Es sei notwendig gewesen, dieser Gewalt in Berlin und anderswo entgegen zu treten. Schütz bat die demokratischen Parteien, sich verstärkt den drängenden Fragen jüngerer Menschen zu stellen.“[322]

Im selben Artikel wurde zudem eine Aussage Willy Brandts angeführt:

> „Der SPD-Vorsitzende und Außenminister Brandt wendete sich auf einer Wahlreise durch Baden-Württemberg in Pforzheim gegen ‚schreckliche Vereinfachungen‘ bei der Beurteilung radikaler Strömungen und Unruhen in der jungen Generation. Die Neigungen und Versuchungen zu einem gewissen Radikalismus von der einen wie der anderen Seite seien nicht mit billigen Antworten aufzufangen. Man müsse versuchen, den Ursachen nachzugehen. Es müsse aber Respekt vor dem Gesetz verlangt und notfalls auch erzwungen werden.“[323]

Während das GT vorwiegend über Stellungnahmen berichtete, die harte Strafen und schnelle Prozesse gegen Demonstranten forderten, reagierte die GP mit Nachrichten anderer Färbung. In mehreren Artikeln wurden aktuelle Urteile von Richtern wiedergegeben, die einer *harten Gangart* nichts abgewinnen konnten. Ende April 1968 berichtete die GP von einem Jugendrichter, der einem Demonstranten mit der Begründung freigesprochen hatte, in der „heutigen Demokratie der BRD“ seien direkte Aktionen ein notwendiges Mittel, um gehört zu werden.[324] Erwartungsgemäß wurde über dieses Urteil im GT nicht berichtet.

Am folgenden Tag wurde in der GP die Meinung des Deutschen Richterbundes veröffentlicht. Mit der Schlagzeile „Schnellgerichte keine Antikrawall-Waffe“ klassifizierte der Verfasser Vorschläge von CDU-Politikern als illegitim:

> „‚Schnellgerichte sind nach Meinung der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Richter nicht geeignet, im Staat für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie sind keine Waffe der Staatsgewalt, wie Wasserwerfer oder Polizeikordons, zum Schutz von Objekten‘, so der Pressesprecher des Deutschen Richterbundes und hessischer Landesvorsitzender der Richterschaft Otto Rudolf Pulch“. Und weiter: „[...]er berief sich bei seinen Bedenken gegen Schnellgerichtsverfahren über Straftaten, die die Öffentlichkeit beunruhigen, auf Bundesjustizminister Heinemann, der schon im Februar dieses Jahres in Bremen beschleunigte Verfahren ausschließlich nach Demonstrationen als bedenklich bezeichnet habe.“[325]

Abermals verzichtete das GT auf die Wiedergabe dieser Stellungnahme.

Auch einen Tag später folgte eine Stellungnahme gegen die Instrumentalisierung von Gerichten durch die Staatsgewalt von *Dr. Heinz Recken* in der GP:[326]

Richter und Rebellen

Von Landgerichtsdirektor Dr. Heinz Recken

So heilsam die Einsicht erscheinen muß, daß weder die Polizei mit ihren Ordnungs- und Zwangsmaßnahmen noch die Justiz mit der Sühne von Straftaten die Krise unserer gesellschaftlichen Ordnung überwinden können, so irritierend wäre die Vorstellung, die Justiz sei wie die Polizei ein Instrument der Staatsgewalt zur Erhaltung und Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung.

Ruf nach dem „Landgraf"

Aber vielfältig erschallt der Ruf nach dem „harten Landgrafen", nach dem Schnellgericht, das unsere Rechtsordnung nicht kennt – Artikel 101 des Grundgesetzes verbietet sogar alle Ausnahmegerichte –, nach der vorbeugenden Untersuchungshaft für alle Rädelsführer, die unsere Strafprozeßordnung nicht zuläßt und daher das Grundgesetz verbietet.

Wird denn neunzehn Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes immer noch nicht begriffen, daß nicht der Staat, sondern der Mensch im Mittelpunkt unserer Rechtsordnung steht? Daß der Staat zwar eine juristische Person, aber weder eine Respektsperson noch eine absolute Idee im Hegelschen Sinne ist, sondern die konkrete Lebensform seiner Bürger? Daß Autorität immer nur die den Staat repräsentierenden Menschen genießen können, und dies auch nicht nur kraft ihres Amtes, sondern mehr noch kraft ihrer Persönlichkeit und Amtsführung? Daß die Richter unabhängig von Parlament und Regierung durch ihre Rechtsprechung unmittelbar Staatsgewalt auszuüben haben und keiner anderen Autorität bedürfen als der im Volke selbsterworbenen? Recht zu sprechen im Widerstreit legitimer und illegitimer Interessen, auch in der Auseinandersetzung einzelner Bürger oder Gruppen mit anderen Personen, Institutionen oder mit der etablierten Staatsmacht, mit Regierung und Polizei, das ist die einzige Aufgabe, das einzige Recht der Richter. Aber die rechtsprechende Gewalt darf nicht dazu dienen, „ein Exempel zu statuieren"; das der Schuld des Täters und den Tatfolgen nicht angemessen ist.

Allgemeine Fragen

Aus München kommt die Kunde, dort seien schon mehrere Aufrührer wegen Landfriedensbruchs, Aufruhrs, Auflaufs, Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt im Schnellgerichtsverfahren zu empfindlichen Gefängnisstrafen ohne Aussetzung zur Bewährung verurteilt worden. Mehr weiß ich darüber nicht, und darum kann ich daran nur einige allgemeine Fragen knüpfen, die sich möglicherweise meinen Münchner Kollegen nicht gestellt haben:

Ist ein beschleunigtes Strafverfahren nach Paragraph 212 der Strafprozeßordnung – darum handelt es sich bei dem sogenannten Schnellgericht – für die Tatbestände der nicht gewaltlosen Demonstration und des Straßenkrawalls überhaupt geeignet? Kann der Sachverhalt da überhaupt „einfach" liegen, wie es das Gesetz verlangt? Haben nicht die Berliner Prozesse gegen Kurras und Teufel deutlich gezeigt, daß die Beweisaufnahme große Sorgfalt erfordert, daß sich insbesondere die Entlastungszeugen oder Tatfotografien erst später anfinden? Und selbst wenn der Angeklagte den vorgeworfenen Sachverhalt zugibt, ist es verantwortbar, sich damit ohne kritische Aufhellung des subjektiven Tatbestands zu begnügen oder den Angeklagten in so umstrittenen Rechtsfragen ohne Verteidiger zu lassen? Verletzt also nicht die dem Richter freigestellte Zulassung des beschleunigten Verfahrens – auch im Lichte der Berliner und Bremer Erfahrungen – bei solchen Anklagen in aller Regel die Prinzipien eines fairen Strafprozesses?

Strengere Auslegung

Weiter scheint mir: es wird Zeit, die Strafbestimmungen, die nicht wir uns gegeben, sondern unsere Vorfahren unter der Ägide des Obrigkeitsstaates erlassen haben, einer strengeren verfassungskonformen Auslegung zu unterziehen und bei den Delikten gegen die Staatsgewalt und gegen die öffentliche Ordnung die Angemessenheit, die sogenannte Sozialadäquanz der Mittel genauso am verfolgten Zweck zu messen wie beim gesetzlichen Tatbestand der Nötigung. Unbestreitbar sind Köperverletzung und Sachbeschädigung stets, außer im Falle der Notwehr, illegal und strafbar. Aber daß eine gewaltlose Demonstration durch die dreimalige Aufforderung eines übereifrigen Polizeibeamten, auseinanderzugehen, bei Ungehorsam leicht zu einem Vergehen des Straßenauflaufs (§ 116 StGB) werden kann, das muß doch wohl fragwürdig erscheinen.

Auch der Begriff der „Gewalt" ist oft allzuleicht auf rein passiven Widerstand ausgedehnt worden.

Bittere Erfahrung

Die Richter werden kaum eine bittere Erfahrung vergessen können, die sie mit den aufbegehrenden Studenten und Assistenten gemeinsam haben: daß alle Denk- und Bittschriften, alle Podiumsdiskussionen und Appelle, alle Demonstrationen und Resolutionen, ja selbst die Ankündigung bisher ungewohnter Maßnahmen, nicht vermocht haben, die für Reformen zuständigen Instanzen, insbesondere also die Regierungen und Parlamente, zum Handeln zu veranlassen – zu Reformen, die sowohl auf dem Gebiet der Justiz als auch auf dem der Bildung und Ausbildung schon lange allgemein als notwendig anerkannt werden.

Chance für die dritte Gewalt

Wenn je seit Gründung der Bundesrepublik und seit ihrer vor etwa einem Jahrzehnt eingesetzten Entwicklung zum autoritären Verwaltungsstaat für die rechtsprechende, die dritte Gewalt eine Chance bestand, sich als gelassener Schiedsrichter, als pouvoir neutre, zu erweisen und damit den Rechtsstaat und das eigene Amt wieder glaubwürdig zu machen, dann heute und in den kommenden Monaten, die uns noch vor viele neue Fragen stellen werden.

Abbildung 55: GÖTTINGER PRESSE, 2. April 1968, S. 2: „Richter und Rebellen"

Auch in der weiteren Debatte äußerte die GP immer wieder Verständnis für die Jugend.

Über die Proteste gegen die Notstandsgesetzgebung

Das GT machte sich durchweg für die Notstandsgesetze stark, bewarb sie und stellte sich auf die Seite der Regierung. *Die Dritte Seite* des GT sprach sich Mitte Mai ganzseitig für die neuen Gesetze aus. Schon im Einführungstext wurden darin Demonstranten als unsachlich dargestellt: „Der Spektakel des Marsches der ‚Notstandsgegner' auf Bonn ist vorüber, die Zeit für sachliche Argumente ist da".[327] Gefolgt wurde diese Erklärung durch das Aufzählen der einzelnen neuen Verordnungen, gefolgt von einem Kommentar:

> „Viele Menschen haben es schwer, sich mit diesen Dingen zu befassen. Was für den Einzelnen verständlich ist, darf aber nicht als Maßstab für eine verantwortungsbewusste Regierung gelten. Selbst die glühendsten Befürworter einer Entspannungspolitik können beim besten Willen nichts über die Dauer eines Entspannungs-Zustandes aussagen. Krisensituationen sind trotz aller Wunschträume über Nacht möglich. Sie können für ein ‚unvorbereitetes Land' katastrophale Folgen haben. Daher sind Vorsorgen zu treffen, die es ermöglichen, auch in einem Notstand, vor allem solchen, die außerhalb des eigenen Territoriums inszeniert werden, den Staat zu erhalten und die Bevölkerung zu schützen."[328]

Auch in Notstandssituationen sei es jedoch wünschenswert, die Eingriffsbefugnisse des Staates auf ein Minimum zu beschränken und die Freiheit des Bürgers zu gewährleisten, hieß es weiter. Es müsse aber gleichzeitig erkannt werden, dass in einer Lage, die durch äußere Gefahr als Ergebnis kriegerischer Verwicklung, oder durch eine innere Gefahr, die durch umstürzlerische Handlungen entstehe, die primäre Aufgabe des Staates sei, Leib und Leben der Bevölkerung zu schützen und notfalls zu verteidigen.[329]

Auf derselben Seite befasste sich das GT zudem mit den „prinzipiellen Notstandsgegnern", welche es nicht im Bundestag, sondern ausschließlich in der APO sehe. Der Verfasser fasste die Kritiker in Gruppen zusammen. Die Erste bestehe aus Bürgern, die die „Probleme einfach nicht kennen" und aufgrund dieser Unkenntnis sowie einer emotionalen Einstellung die Notstandsgesetzgebung ablehnten. Die zweite Gruppe verkenne die Ziele von Parlament und Regierung und glaube, die Regierung wolle sich nur zusätzliche Kompetenzen und Machtmittel beschaffen. Die dritte Gruppe dagegen umfasse die „Böswilligen", die aufgrund ihrer politischen Einstellungen „nicht nur hier, sondern überhaupt" die Bundesrepublik schädigen wollten.[330] Die Gründe der Intellektuellen, unter denen das GT die evangelischen

Pfarrer und einige Professoren zählte, seien schwerer zu erforschen. Das GT war jedoch der Meinung, dass es in einigen Fällen „östliche Verbindungen oder zumindest östliche Sympathien“ gebe. Andere Mitglieder dieser Gruppe handelten wohl aus „ehrlicher innerer Überzeugung“. Doch auch für diese fand das GT eine Erklärung, die es sogar wissenschaftlich untermauerte:

> „Manche Argumente der Intellektuellen gegen eine Notstandsgesetzgebung sind nach Ansicht von Professor Dr. Eric Waldman von der kanadischen Universität Calgary das Ergebnis eines historischen Schuldbewusstseins akademischer Kreise durch das fast vollständige Fehlen ihrer Opposition zu der Pervertierung der politischen Macht und der ethischen Werte während des Nationalsozialismus. Dazu komme allerdings noch, dass im Gegensatz zu damals eine aktive Opposition gegenwärtig recht ungefährlich sei“.[331]

Für Kritik aus der Studentenbewegung hatte das GT wiederholt wenig Verständnis: Deren „verzerrte Logik“ finde besonderen Anklang unter denen, „die aus eigener Anschauung weder die eine noch die andere Seite anderer Staatsformen kennen – und jenen linksorientierten Radikalen, die fast in jeder Handlung der Regierung den „verdeckten Kampf der antidemokratisch eingestellten herrschenden Klasse gegen die Freiheit“ sehen möchte.[332]

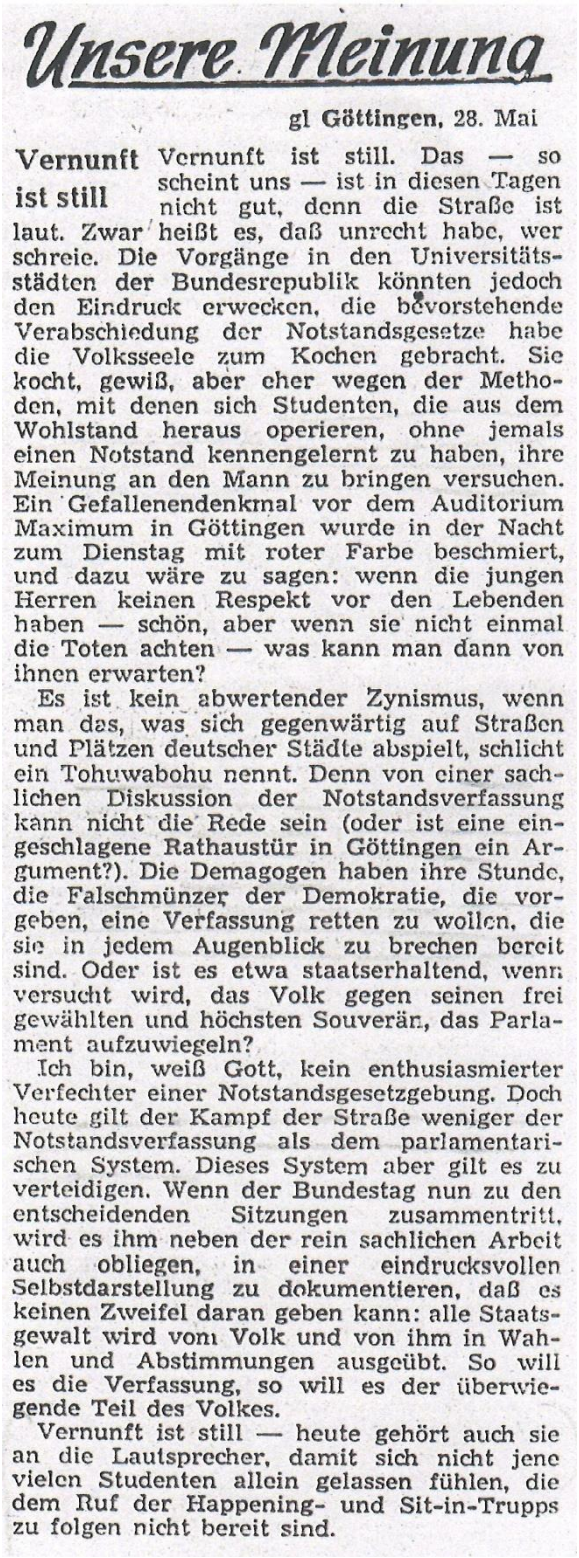
Und weiter hieß es:

> „Denn viele von ihnen würden doch ganz gern einen Notstand provozieren, um dadurch den Staat zu schwächen, ausgerechnet den Staat, der ihnen neben der Freiheit des offenen Widerworts und damit der Demonstration auch noch die materielle Grundlage ihrer Lebensexistenz bietet.“[333]

Dagegen wurden die ehemaligen Gegner aus den Gewerkschaften gelobt, die nun nach dem Beschluss „die Ohren der Forderung der antiparlamentarischen Opposition nach Streiks verschließen.“[334]

Die ablehnende Haltung der Gewerkschaften erklärte sich das GT mit deren „irrigen Glauben“, der Kampf gegen die Notstandsverfassung würde den Fortbestand der Demokratie gewährleisten.

Wie sehr das GT Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze verurteilte, wurde erneut in einem Kommentar von *Georg Lutze* (gl) vom 29. Mai 1968 deutlich:



Unsere Meinung

gl **Göttingen**, 28. Mai

Vernunft ist still

Vernunft ist still. Das — so scheint uns — ist in diesen Tagen nicht gut, denn die Straße ist laut. Zwar heißt es, daß unrecht habe, wer schreie. Die Vorgänge in den Universitätsstädten der Bundesrepublik könnten jedoch den Eindruck erwecken, die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsgesetze habe die Volksseele zum Kochen gebracht. Sie kocht, gewiß, aber eher wegen der Methoden, mit denen sich Studenten, die aus dem Wohlstand heraus operieren, ohne jemals einen Notstand kennengelernt zu haben, ihre Meinung an den Mann zu bringen versuchen. Ein Gefallenendenkmal vor dem Auditorium Maximum in Göttingen wurde in der Nacht zum Dienstag mit roter Farbe beschmiert, und dazu wäre zu sagen: wenn die jungen Herren keinen Respekt vor den Lebenden haben — schön, aber wenn sie nicht einmal die Toten achten — was kann man dann von ihnen erwarten?

Es ist kein abwertender Zynismus, wenn man das, was sich gegenwärtig auf Straßen und Plätzen deutscher Städte abspielt, schlicht ein Tohuwabohu nennt. Denn von einer sachlichen Diskussion der Notstandsverfassung kann nicht die Rede sein (oder ist eine eingeschlagene Rathaustür in Göttingen ein Argument?). Die Demagogen haben ihre Stunde, die Falschmünzer der Demokratie, die vorgeben, eine Verfassung retten zu wollen, die sie in jedem Augenblick zu brechen bereit sind. Oder ist es etwa staatserhaltend, wenn versucht wird, das Volk gegen seinen frei gewählten und höchsten Souverän, das Parlament aufzuwiegeln?

Ich bin, weiß Gott, kein enthusiasmierter Verfechter einer Notstandsgesetzgebung. Doch heute gilt der Kampf der Straße weniger der Notstandsverfassung als dem parlamentarischen System. Dieses System aber gilt es zu verteidigen. Wenn der Bundestag nun zu den entscheidenden Sitzungen zusammentritt, wird es ihm neben der rein sachlichen Arbeit auch obliegen, in einer eindrucksvollen Selbstdarstellung zu dokumentieren, daß es keinen Zweifel daran geben kann: alle Staatsgewalt wird vom Volk und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. So will es die Verfassung, so will es der überwiegende Teil des Volkes.

Vernunft ist still — heute gehört auch sie an die Lautsprecher, damit sich nicht jene vielen Studenten allein gelassen fühlen, die dem Ruf der Happening- und Sit-in-Trupps zu folgen nicht bereit sind.

Abbildung 56: GÖTTINGER TAGEBLATT, 29. Mai 1968, S. 2: „Vernunft ist still“

In einer polemischen, geradezu aggressiven Sprache wurde hier den Demonstranten vorgehalten, „aus dem Wohlstand heraus“ zu operieren, „ohne jemals einen Notstand kennen gelernt zu haben“. Der Verfasser verglich die Demonstrationen mit einem „Tohuwabohu“, von einer sachlichen Diskussion könne keine Rede sein. Dass die

Demonstranten auf Flugblättern und in den *sit ins* durchaus auch sachliche Argumente vorbrachten, die jedoch nie im GT abgedruckt wurden, wurde unterschlagen. Stattdessen bezeichnete das Blatt Demonstranten als „Demagogen“ und als „Falschmünzer der Demokratie“, die vorgaben, eine Verfassung retten zu wollen, die sie in jedem Augenblick zu brechen bereit seien.

Die Pauschalisierung des Verhaltens der Jugend kam in der Beurteilung über die Beschmierung eines Gefallenendenkmals zur Geltung: „wenn die jungen Herren keinen Respekt vor den Lebenden haben – schön, aber wenn sie nicht einmal die Toten achten – was kann man dann von ihnen erwarten?“[335]

Dabei gelte der „Kampf der Straße“ weniger der Notstandsverfassung als dem parlamentarischen System. Hier wurde wieder die gesamte junge Generation in einen Topf geworfen, obwohl die Tat mutmaßlich von einem Einzeltäter ausgegangen war. Zudem wäre es in diesem Zusammenhang eher angebracht gewesen, über die Kritikpunkte der Jugend zum Zweiten Weltkrieg zu diskutieren.

Die GP hatte selbst einiges gegen die Notstandsgesetzgebung einzuwenden. Das ist einigermaßen überraschend, bedenkt man, dass die SPD als Regierungspartei die Notstandgesetze mit verabschiedete. Womöglich wollte man jedoch durch diese kritische Berichterstattung die unsicheren Parteimitglieder einfangen, derer es in den Monaten nicht wenige in der SPD gegeben hat. In einem Kommentar von *Hartmut Miegel* hieß es:

> „Die Parteien der großen Koalition machen es sich, wie es an diesem Wochenende erscheint, im Endspurt um die Notstandsgesetzgebung doch etwas zu einfach. [...] Daran, dass auch die Bundesrepublik Deutschland wie alle anderen Staaten aus Vorsorge gesetzliche Regelungen für niemals auszuschließende Notstandsfälle braucht, zweifelt nur eine Minderheit. Das, was jetzt in Bonn vorliegt, hat mit den ursprünglichen Entwürfen kaum noch Ähnlichkeit, aber die Rücksichten der Parlamentarier auf unsere bösen deutschen Erfahrungen haben dennoch nicht alle Materialfehler dieses so unbeliebten Gesetzwerkes ausschalten können. Aber schon hier findet berechtigte Kritik Ansatzpunkte: Was ist denn beispielsweise ein Unternehmen, unsere rechtsstaatliche ‚Ordnung zu beseitigen‘? Schon eine unbequeme Demonstration? Aber die Kröte wäre zu schlucken. Nicht dagegen der so genannte Bundeswehrartikel in seiner nun angebotenen Form: Keine Rede ist hier davon, dass der Bundestag – und nur dieser – über den Einsatz von Soldaten entscheiden muss. Dieses Versäumnis darf nicht hingenommen werden. Doch einen anderen Punkt muss die Bundesregierung auch noch unmissverständlich klarstellen:

> Welche Zusicherungen hat sie tatsächlich von unseren Verbündeten, dass, wann und in welcher Form diese ihre Vorbehaltsrechte aufgeben, die es ihnen heute noch ermöglichen, in einem allein von ihnen bestimmenden Notstandsfall die uneingeschränkte Regierungsgewalt in der Bundesrepublik zu übernehmen? Es gibt also in der Tat noch viele offene Fragen zum Notstandskomplex. Und deshalb wäre es leichtfertig, jeden, der an diesem Wochenende gegen die Verfassungsergänzungen demonstriert, als Kommunisten abzustempeln. Doch den Demonstranten sei von neuem nachdrücklich gesagt, dass die meisten Bürger der Bundesrepublik soviel Vertrauen zu den von ihnen gewählten Parlamentariern haben, dass sie nicht befürchten, von diesen via Notstandsgesetzgebung schnurstracks zum ‚Abmarsch in die Diktatur' kommandiert zu werden. So einfach ist das nicht."[336]

Auch *Dieter Chemin-Petit* von der GP beschäftigte sich genauer mit der Kritik an den Notstandsgesetzen:

> „Die bundesdeutsche Notstandsverfassung, in der nun vorliegenden Regelung sicherlich eine der liberalsten in der Welt, leidet wie jede Vorsorge für eine Stunde der Not an einem zwangsläufigen Widerspruch: Sie kann gar nicht populär sein, weil sie das Grauen eines Krieges, eines Aufstands gegen Gesetz und Recht oder einer Naturkatastrophe heraufbeschwört; aber sie bedarf andererseits des inneren Einverständnisses der Bürger, um dann praktikabel zu sein, wenn sie einmal angewendet werden muss. Deshalb dürfen Bundestag als Gesetzgeber und Bundesregierung als ausführendes Organ sich weder mit Erleichterung darüber in den Sessel zurücklehnen, das leidige Problem endlich im Wesentlichen vom Tisch zu haben, noch dürfen sie von hohem Podest auf ungetilgte Stimmungen des Unbehagens nicht nur in der außerparlamentarischen Opposition herabsehen. [...], einige inzwischen freilich vergrabene und – bis zuletzt – manche überflüssige Geheimniskrämerei haben zu tiefe Wunden geschlagen, als dass diese über Nacht vernarben könnten. Behutsame und überzeugende Vertrauenswerbung auf der Basis der nun beschlossenen Bestimmungen ist durchaus angebracht. [...] Und da wird sich auf lange Sicht – spätestens im Herbst 1969 [Wahlen, Anm. d. Verf.] – die Frage nicht umgehen lassen, ob das Parlament nicht wieder einer starken und wirksamen Opposition bedarf, die außerparlamentarische Strömungen auffängt, artikuliert und dann letztlich überflüssig macht? [...]; und kluge Politik muss verhindern, dass dieses Gesetz einmal in die falschen Hände fällt, wie es der Weimarer Verfassung am Ende widerfahren ist."[337]

Generell wurde betont, dass die SPD Kurskorrekturen der umstrittensten Klauseln herbeigeführt habe. Am Tag nach einer Bundestagsdebatte zum Thema berichtete die Zeitung über die wichtigsten Entscheidungen und von einem Kompromiss zwischen SPD und CDU/CSU:

> „Die beiden wichtigsten Entscheidungen der Koalitionsparteien fielen auf Drängen der SPD in der Frage der so genannten Bündnis- und Bundeswehrklausel, die bis in die Bundestagsberatungen hinein umstritten waren und zu Schwierigkeiten innerhalb der Regierungskoalition zu führen drohten."[338]

Generell jedoch versuchte die GP ihren Lesern die Notstandsgesetze näher zu bringen. In einem Kommentar auf derselben Seite beschrieb Miegel seinen Eindruck: Es habe sich gezeigt, dass die langen Diskussionen und die vielen Versuche, die Grundgesetzänderung zu verhindern oder zu beeinflussen, positiven Erfolg gehabt hätten, denn gleich welcher Fraktion angehörig habe man verstanden, dass es hierbei um Entscheidungen von „wirklich größter Wichtigkeit und Tragweite" gehe.[339]

Ein Vorfall, der sich gegen die Notstandsgesetze richtete, ereignete sich bei der „Feierlichen Verpflichtung" der Neuimmatrikulierten, bei der sich, laut Artikel des GT, der Großteil der neu immatrikulierten Studierenden vom SDS abwandte. Die feierliche Verpflichtung sollte nach einer Ansprache des neuen Rektors Joachim-Ernst Meyer stattfinden, doch ein SDS-Mitglied (im GT namentlich genannt mit „Jurastudent Pelte"[340]) verdrängte den Rektor vom Mikrofon und wollte über die Notstandsgesetze diskutieren. Obwohl sich AStA-Vorsitzender *Wolfgang Eßbach* für den Vorfall entschuldigte, von dem er nicht gewusst habe, verließen alle Professoren und die, laut GT, überwiegende Zahl der Studierenden den Saal. Danach soll es laut GT ein so genanntes *teach in* gegeben haben, an dem sich zunächst 100, später 300-400 Studenten beteiligten.[341]

Auch in der GP wurde über das Ereignis ausführlich berichtet. Hier war vom „bärtigen Jurastudent Klaus Pelte" die Rede, der auf das Podium gesprungen war und die Feier sprengte. Wiederum wurde der gesamte Vorgang detailliert und im Boulevardstil beschrieben. Besondere Beachtung fand zudem die Tatsache, dass eine Immatrikulationsfeier noch nie gestört worden und demnach „einmalig in der Geschichte der über zwei Jahrhunderte alten Universität Göttingen" sei.[342] Auch die GP schrieb, dass daraufhin der Großteil der Studenten die Aula verließ, allerdings auch, dass ca. 100 Studenten und einige Professoren blieben und eine Diskussion über die Notstandsgesetze begannen. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass noch am Nachmittag eine Diskussion im Auditorium stattfand, die völlig überfüllt war. Zudem berichtete die GP, dass dem AStA von dieser Aktion nichts bekannt war, dieser sich jedoch auch nicht von ihr distanzierte. Das Studentengremium kritisierte weiterhin das Verhalten des Rektors und einiger Professoren,

die die Veranstaltung vorschnell verlassen hatten: Die Universität müsse beweglich genug sein, auf die Argumente der Studenten einzugehen.

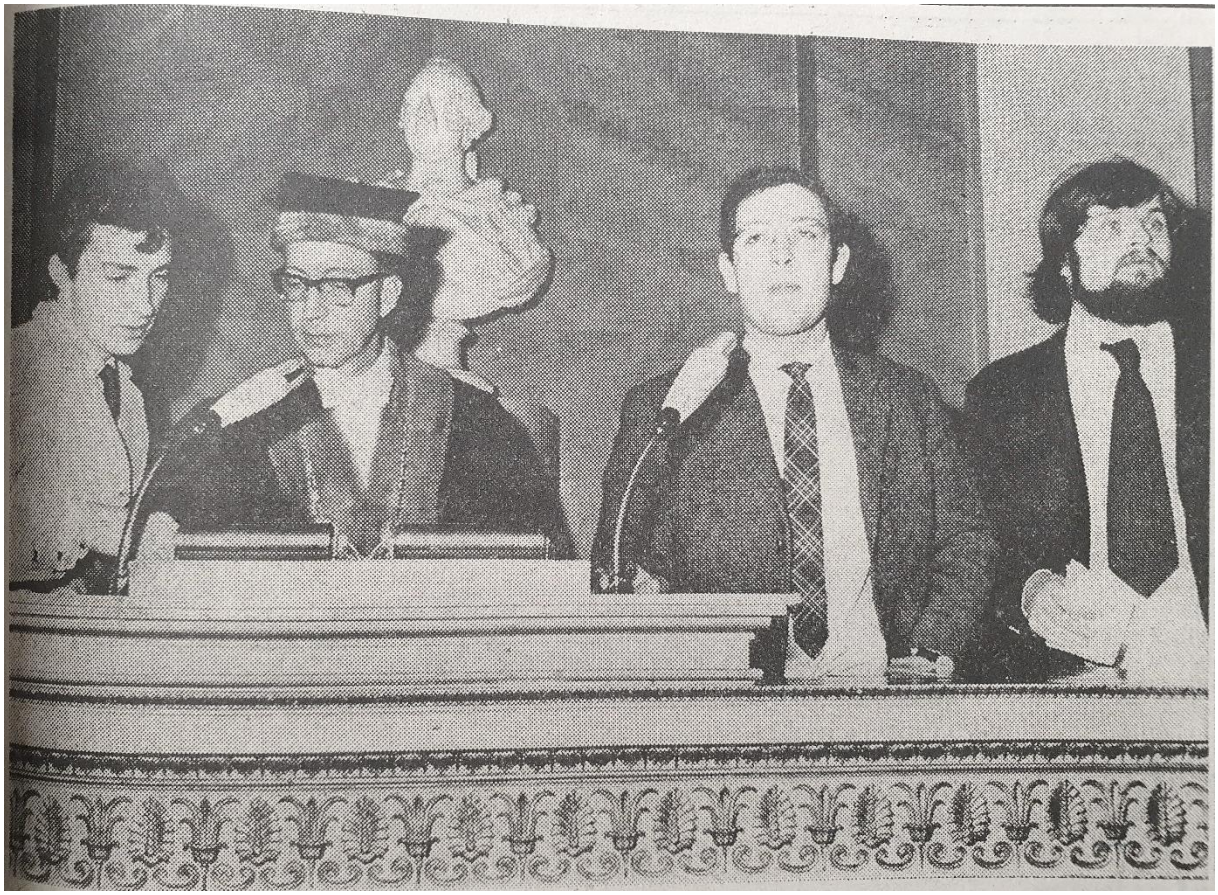


Abbildung 57: GÖTTINGER PRESSE, 16. Mai 1968, S. 9: Störung der Immatrikulationsfeier. Von links: Wolfgang Eßbach, Rektor Joachim-Ernst Meyer, Walter Theuerkauf, Klaus Pelte.

Am 28. Mai 1968 fanden gleich zwei Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung statt. Zum einen wurde die Treppe vor dem Alten Rathaus besetzt – zeitweise gelang es Demonstranten sogar, in das Gebäude einzudringen. Auf dem Marktplatz davor stellte sich der damalige Oberbürgermeister *Walter Leßner* (SPD) einer Diskussion mit den Studenten. Zum anderen fanden im Auditorium sowohl am Tag als auch in der Nacht *sit ins* statt. An der Pädagogischen Hochschule beschloss die Studentenvollversammlung einen Vorlesungsstreik und in einem offenen Brief an alle Abgeordneten des Bundestages wurde die Aussetzung der dritten Lesung der Notstandsgesetze gefordert. Die juristische Fachschaft an der Universität appellierte an alle Abgeordneten, den Artikel 20, Absatz 4 (Widerstandsrecht) ersatzlos aus dem Entwurf zu streichen, um eine Scheinlegalisierung des politischen Straßenkampfes zu vermeiden.[343]

Fanden die demonstrierenden Studenten von der GP Verständnis, war das GT deutlich auf der Seite derjenigen, die sich den Protestaktionen widersetzten:

> „Vernunft ist still – heute gehört auch sie an die Lautsprecher, damit sich nicht jene vielen Studenten allein gelassen fühlen, die dem Ruf der Happening- und Sit-in-Trupps zu folgen nicht bereit sind.“[344]

Durch die weitere negative Berichterstattung über Demonstranten, die unter anderem noch nicht mal Mütter mit ihren Kindern durch die Menge gelassen hätten, wurden die Protestler gemeinhin als „unsozial“ dargestellt.

In der weiteren Beschreibung der Aktionen hielt sich das GT kurz, berichtete vom Versuch, das Rathaus zu besetzen, den Oberbürgermeister zur Diskussion zu bewegen und dessen Unmut über die Verkehrsblockade und das angebliche „Einschlagen“ der Rathaustür. Außerdem meldete die Zeitung die Besetzung des Auditoriums und die Reaktion der Universität, die Besetzung einige Tage zu dulden. Weiterhin wurde von dem offenen Brief der Studentenvollversammlung der Pädagogischen Hochschule Göttingen an den Bundestag und dem Appell der juristischen Fachschaft gegen die Notstandsgesetze berichtet.[345]

Die GP berichtete dagegen über positive Verhaltensweisen der Jugendlichen:

> „Polizeioberrat Fritz und Polizeihauptkommissar Pages, die kurz darauf am Rathaus eintrafen, beruhigten die Menge und schließlich halfen die vernünftigen Argumenten zugänglichen Demonstranten selbst mit, die Balustrade zu räumen.“[346]

In einem kleinen Kasten brachte die Zeitung weiterhin eine nette Anekdote über ein Ereignis zwischen Demonstranten und Bauarbeitern, die den Studenten von oben zugehört hatten und sie dazu aufforderten, doch nach oben zu kommen und ihnen ein wenig zu helfen. Im Gegensatz zum GT behauptete die GP nicht, Demonstranten hätten die Tür des Rathauses „eingeschlagen“, vielmehr wird das Wort „eindrücken“ verwendet, das den Sachverhalt wiedergab. Es folgte eine detailgetreue Beschreibung der Ereignisse im Boulevardstil, dabei wurde weitschweifig über den Hergang der Verkehrsblockade berichtet und an welchen Orten in Göttingen es zu Staus gekommen war. Zudem wurde ein Zwischenfall beschrieben, bei dem ein Autofahrer versucht hatte die Blockade zu durchfahren und dabei einen Studenten leicht verletzte.

Entgegen den Ausführungen des GT hatte, laut GP, Oberbürgermeister Leßner durchaus Interesse an einer Diskussion mit den Studenten und stellte sich dieser auch. Die Debatte

habe sogar bei Redaktionsschluss noch angehalten. Ebenso meldete die GP die Teilnahme des Rektors der Universität sowie einiger Lehrenden an Diskussionen mit den Studenten im Auditorium. Die Erwähnung der Beteiligungen wichtiger Göttinger Personen an den Diskussionen rückte die Aktionen der Studenten in ein positives Licht und erschien erfolgreich.

Da sich die Demonstranten von den Göttinger Tageszeitungen nicht verstanden fühlten und mit der Berichterstattung über ihre Aktionen unzufrieden waren, veranstalteten sie am 29. Mai 1968 *sit ins* vor den Redaktionen und forderten, in der jeweiligen Zeitung Raum für eigene Stellungnahmen zu bekommen. Trotz der bisherigen negativen Berichterstattung über die Demonstranten, scheute sich das GT nicht, nahezu stolz festzustellen, die Streikenden seien zwecks Verhandlungen zuerst zu ihnen gekommen, um erst dann zur GP zu gehen. Zudem wurde bekanntgegeben, dass den Studenten am Samstag Raum für ihre Stellungnahme zur Verfügung gestellt werde. Auch die GP kündigte an, dass die Studenten ihre Ansichten am Samstag in ihrem Blatt vertreten würden. Weiter hieß es:

> „Die Bitte wurde von den Studenten, die der Delegation angehörten, in sachlicher Form vorgetragen. Die Zusage, die Ansichten der Studenten zu veröffentlichen, löste bei den Demonstranten frenetischen Beifall aus.“[347]

Auf den Seiten, die dann den Studenten zur Verfügung gestellt wurden (beim GT die Seite drei, bei der GP die Seite zwölf), war der Inhalt nahezu identisch – die Demonstranten differenzierten demnach nicht nach Zeitungstyp und bisheriger Berichterstattung. Die Überschriften deckten sich oder waren zumindest sehr ähnlich, geschrieben wurden die Artikel jeweils von gewählten Vertretern der Studentenversammlung. Darunter die AStA-Vertreter *Werner W. Blinda*, *Gerd Köhler* und *Reinhardt Kremer*. Lediglich im Artikel „Vernunft geht auf die Straße“ reagierten die Studenten direkt auf den Kommentar „Vernunft ist still“ vom GT am 29. Mai 1968.[348]

Sonnabend/Sonntag, 1./2. Juni 1968 SONDERSEITE Presse / Nummer 127

Zu dieser Seite

Das Notstandsrecht wird vorbehaltlich der mit Sicherheit zu erwartenden Zustimmung des Bundesrates Teil der Verfassung bzw. Gesetz. Deshalb ist diese Darstellung aus studentischen Kreisen mehr eine nachträgliche Erläuterung und Rechtfertigung der verschiedenen Aktivitäten der letzten Zeit.

Die Bürger, die sich ernsthaft für das Problem einer vorsorglichen Gesetzgebung für einen Notfall interessieren, hatten während einer langen Zeit Gelegenheit, das Für und Wider kennenzulernen und abzuwägen — durch die laufende Berichterstattung in Zeitungen (in der „Göttinger Presse" erschien zuletzt eine Sonderseite mit den wichtigsten Sachangaben unmittelbar nach der zweiten Lesung), über Rundfunk und Fernsehen (sogenannte Hearings über mehrere Tage hinweg, Wiedergabe von Bundestagsdebatten). Das ist auch mit all den Punkten geschehen, die die „verfassungsrechtliche Argumentation" der nebenstehenden Darstellung betrifft. Deshalb gehen wir darauf nicht noch einmal ein.

Aber einige Bemerkungen zu Behauptungen scheinen uns notwendig, die nach unserer Meinung von einer beträchtlichen Voreingenommenheit zeugen. Das trifft zum Beispiel für die Behauptung zu, das „Widerstandsrecht" des einzelnen gäbe eine rechtliche Grundlage für Lynchjustiz ab; für die Unterscheidung, künftig solle es Parlamentarier erster und zweiter Klasse geben, nur weil es in der Natur eines Notstands liegt, daß unter Umständen nicht das ganze Parlament, sondern eben nur der „Gemeinsame Ausschuß" schnell zusammengerufen werden kann; für die angeblich doch festgelegte Einschränkung des Streikrechts und den Einsatz von Militär gegen streikende Arbeiter, was beides direkt unzutreffend ist. Ähnliches ließe sich auch für einzelne Einwände gegen die sogenannten „einfachen" Notgesetze sagen. So ist zum Beispiel der Wahrheitsbeweis der Behauptungen über Ausrüstung der Continental-Werke in Hannover mit scharfen Waffen niemals erbracht worden, aber er wird hier als Tatsache übernommen, weil er in die Landschaft paßt.

Immerhin — viele Einwände in dieser Darstellung sind die gleichen oder ähnliche, wie sie auch von anderen Stellen des Widerstandes gegen die Notstandsregelung vorgebracht worden sind. Es ist Sache jedes einzelnen, wie er sie bewertet. Red.

Die von der Studentenversammlung gewählten Autoren dieser Seite sind: Werner W. Blinda, Gerd Köhler, Reinhardt Kremer, Jörg Miehe, Hanfried Scherer, Carl-Heinrich Schulze, alle: 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 1.

STUDENTEN demonstrierten in dieser Woche an mehreren Punkten in Göttingen. So auch vor der Göttinger Presse (unser Bild). Dabei entsandten sie eine Delegation in die Redaktion mit der Bitte, ihre Argumente einmal in aller Breite der Öffentlichkeit vortragen zu dürfen. Sie sind der Meinung, daß die Beweggründe zu den Aktionen in der Bevölkerung nicht ausreichend bekannten sind. Ihrer Bitte wird entsprochen mit der heutigen Sonderseite. Foto: pik

Studenten in eigener Sache:

Warum wir auf die Straße gehen

Seit etwa einem Jahr gehen wir Studenten auf die Straße. Jene, die sagen, uns liege nur daran, Radau zu machen, wissen nicht, worum es uns wirklich geht.

Das Recht zu demonstrieren ist ein Grundrecht, und wir benutzen es heute, um gegen die Notstandsgesetze zu protestieren. Und früher haben wir es benutzt, um gegen den Bildungsnotstand und die Pressekonzentration zu demonstrieren.

Ehe wir so auf die Straße gegangen sind, haben wir unsere wohlbegründeten Einwände und Argumentationen für Reformen und gegen die Notstandsgesetze immer wieder in Broschüren und Resolutionen vorgetragen. Aber ein Großteil der Presse, Rundfunk und Fernsehen sind nicht näher darauf eingegangen.

Erst seitdem wir von dem Recht auf Demonstration Gebrauch machen, beginnt man aufzuhorchen und unsere Argumentationen zu drucken.

Verfassungsrechtliche Argumentation

Folgende Kritik wird an den Notstandsgesetzen vor allem geübt:

Zu Art. 10, Abs. 2, Satz 2 (Briefgeheimnis, Post- und Fernmeldegeheimnis):

Der Bereich für die Beschränkungen des Brief- und Fernmeldegeheimnisses ist zu weit gefaßt. Einschränkungen müssen auf den Verteidigungsfall begrenzt werden. Außerdem darf von Art. 19 Abs. 4 keine Ausnahme gemacht und der Rechtsweg über die ordentlichen Gerichte grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Dem Argument, hier lägen politische Handlungen vor, die deshalb von politischen Gremien (Bundestagsausschuß und Innenministerium) behandelt werden müßten, vermögen wir nicht zu folgen. Wir fürchten eher, daß hierdurch einer möglichen politischen Willkür der jeweiligen Regierungsmehrheit neue Wege geöffnet werden.

Zu Art. 20, Abs. 4: (Recht auf Widerstand)

1. Das Widerstandsrecht eines jeden gegen jeden gibt die rechtlichen Grundlagen zu einer Selbstjustiz (Lynchjustiz). Jedermann wird sich darauf berufen können, er sei der Auffassung gewesen, Selbstjustiz üben zu müssen, da er keine andere Möglichkeit zur Abhilfe gesehen habe.

2. Im bisherigen Verlauf der Geschichte bestand das Widerstandsrecht der Bürger stets gegenüber dem Staat. Mit der Fassung des Abs. 4 wird die Zielrichtung des Widerstandsrechts verfälscht. Es legitimiert den Straßenkampf.

Zu Art. 53 a, Abs. 2 (Gemeinsamer Ausschuß):

Der Gemeinsame Ausschuß soll aus 22 Mitgliedern des Bundestages und 11 Mitgliedern des Bundesrates bestehen.

1. Dieser Ausschuß kann der Geheimhaltungspflicht unterworfen werden. Da h. die restlichen Abgeordneten sind von den Informationen und Entscheidungen ausgeschlossen. Sie sollen jedoch nach Art. 115 a, Abs. 1, Satz 1 die Entscheidung darüber fällen, ob ein Notstandsfall gegeben ist. Wie soll denn der Bundestag sachgemäße und für die jeweilige Lage richtige Entscheidungen treffen, wenn außer der Regierung nur 22 Abgeordh. Art. 53 a widerspricht dem Art. 38 Abs. 1, Satz 2 sind die Abgeordneten „Vertreter des ganzen Volkes", an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Ohne Informationen können die Entscheidungen und Argumente nicht am Gewissen geprüft werden, d. h. Art. 53a widerspricht dem Art. 28 Abs. 2 des GG.

2. In Zukunft soll es damit Parlamentarier 1. Klasse und Parlamentarier 2. Klasse geben.

3. Die Mitglieder des Bundesrates sind an Weisungen der Länderregierungen gebunden. Dem Gemeinsamem Ausschuß soll je ein Vertreter eines Bundeslandes angehören, der nicht an Weisungen seiner Regierung gebunden ist, d. h. das föderative Prinzip der Bundesrepublik wird zugunsten einer Bundeskompetenz verkürzt.

Zu Art. 80a (Vorbehaltsklausel):

Dieser neue Artikel soll die Ablösung der Alliierten Vorbehaltsrechte bewirken, um damit die volle staatliche Souveränität der Bundesrepublik herzustellen.

Aber: Nach Art. 80a, Abs. 2, kann der Verteidigungsfall auch durch ein „internationales Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung" festgestellt werden, auch ohne Zustimmung des Parlaments.

Zu Art. 9 Abs. 3 (Arbeitskampf):

Das Streikrecht der Arbeitnehmer soll grundsätzlich gewährleistet sein. Es wird jedoch auf „reine" Arbeitskämpfe begrenzt, welche „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" durch Gewerkschaften geführt werden. Andere Streiks waren bisher zwar auch rechtswidrig, die Streikenden konnten jedoch nicht strafrechtlich belangt werden.

Zu Art. 87a Abs. 3 (Einsatz von Streitkräften im Innern):

Zur Unterstützung der Polizei und zum Schutze „ziviler Objekte" (Gebäude, Sachgegenstände) kann Militär eingesetzt werden. Da unter „zivilen Objekten" auch Betriebe verstanden werden können, wäre der Einsatz militärischer Streitkräfte gegen streikende Arbeiter auch dadurch legitimiert.

Der Schutz der Arbeitgeber vor den Arbeitnehmern liefe dann auf einen Bürgerkrieg hinaus. Sie erhalten den Text der Notstandsgesetze, verglichen mit dem zuvor geltenden Grundgesetz für 50 Pfennig beim Allgemeinen Studentenausschuß der Göttinger Universität, 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 1, als Broschüre (Herausgeber Evangelische Studentengemeinde Göttingen) oder direkt bei der Ev. Studentengemeinde, 34 Göttingen, Von-Bar-Straße 2—4.

„Einfache Notstandsgesetze"

In der Öffentlichkeit herrscht noch weitgehend Unklarheit über das „Einfache" an diesen Gesetzen. „Einfach" aber bedeutet nichts anderes, als daß diese Gesetzesbestimmungen mit „einfacher" Mehrheit, d. h. mindestens 51 Prozent der Stimmen im Bundestag, in Kraft gesetzt werden können. Dazu gehören u. a. die Bestimmungen über den Selbstschutz. In Paragraph 18 dieses Selbstschutzgesetzes ist für jedes Wohngebäude ein „Selbstschutzwart" vorgesehen, der auch gegen den Willen der Hausbewohner bestimmt werden kann. „Bei Gefahr von Waffenwirkungen" teilt er die Hausbewohner zum Selbstschutz im Haus und in der Nachbarschaft ein. Mit diesen Befehlsfunktionen werden die verfassungsmäßigen Grundrechte „der Freiheit der Person" (Art. 2 Abs. 2 des GG) und der „Unverletzlichkeit der Wohnung" (Art. 13 des GG) eingeschränkt. Der Selbstschutzwart kann auch in Friedenszeiten alle Hausbewohner kontrollieren („der Selbstschutzwart berät die Hausbewohner bei der Erfüllung der Selbstschutzpflicht" (Paragraph 18 Abs. 2), die Selbstschutzmaschinerie in Gang setzen, wenn der Innenminister der Meinung ist (z. B. auf Grund unrichtiger Geheimdienstmeldungen), daß die „Gefahr" von „Waffeneinwirkung" bestehe. Die Generation in der BRD, die die Befugnisse eines Luftschutzwartes in ihren Folgen unmittelbar erlebt hat, müßte diesen Gesetzesartikel aus Erfahrung entschieden ablehnen.

Ein krasses Beispiel für die mangelnde Kontrolle über die Ausführung der Gesetzesbestimmungen bieten die vorgesehenen Bestimmungen über den „Selbstschutz" in den Betrieben" (Paragraphen 23 bis 27 der Selbstschutzgesetze). Alle Arbeitnehmer eines Betriebes sind zur Teilnahme am Selbstschutz verpflichtet. Der Leiter (mit Befehlshaberstatus) des Betriebsselbstschutzes ist der Inhaber des Betriebes. Schon in Friedenszeiten hat also der Betriebsinhaber militärähnliche Befugnisse (z. B. bei Ausbildungs- und Übungsveranstaltungen). Während die Ausrüstung im Rahmen des Betriebsselbstschutzes festgelegt ist und keine Waffen vorsieht, fehlen für den Werkselbstschutz (Paragraph 27), der aus hauptberuflichen Kräften besteht; Bestimmungen über die Ausrüstung. Daß die Ausrüstung mit scharfen Waffen vorgesehen und schon durchgeführt ist, zeigen die Äußerungen des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) und die Erkundigungen bei einigen Großbetrieben. So sind unter anderem die Continental-Werke in Hannover und die Henschel-Werke in Kassel mit scharfen Waffen ausgerüstet, während in anderen Großbetrieben Schießübungen abgehalten werden. Damit ist das aus der DDR bekannte Modell der Betriebskampftruppen übernommen. Darüber allerdings wird die breite Öffentlichkeit nicht informiert. Daß es sich hier nicht um Einzelfälle handelt, zeigen die Vorstellungen des BDI, der in seinen Empfehlungen für den Werkschutz vorläufige Festnahmen, Waffengebrauch, Sicherung der Werksanlagen gegen Diebstahl, Plünderung und Sabotage sowie Objektschutz (eine militärische Aufgabe) vorschlägt.

In welchem politischen Zusammenhang sich die Planungen des BDI bewegen, geht aus einem Artikel in: „Wehr und Wirtschaft" (1963, Nr. 4, S. 135), dem inoffiziellen Organ der westdeutschen Großindustrie für Notstandsfragen, hervor. In dem Artikel mit der Überschrift „Schwächen der industriellen Notstandsplanung" heißt es: „Es erhebt sich sodann die Frage, welche Vorschriften zur Abwehr einer potentiellen innerstaatlichen Gefahrensituation in Kraft treten. Einer näheren Überlegung wert erscheinen folgende Beispiele:

1. Dem industriellen Werkschutz könnten polizeiliche, auf das betriebliche Areal begrenzte Befugnisse und Rechtspflichten zugewiesen werden.

2. Aus Gründen der Vorsorge wäre eine den Erfordernissen des innerstaatlichen Notstands gerecht werdende Ausbildung und Ausrüstung des Werkschutzes zu erwägen.

3. Vorschriften über Auswahl und Bewachung verteidigungswichtiger und lebensnotwendiger Industrie- und Versorgungseinrichtungen erscheinen geboten.

4. Suspendierung des Streikrechts sowie tarifliche Arbeits- und Kündigungsregelungen für Werkschutzangehörige wären unerläßlich."

Einen weiteren Vorgeschmack von den gesellschaftspolitischen Kampfmaßnahmen der Unternehmer gibt ein „Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben der Privatwirtschaft." (Zitiert nach: „Feinde der Demokratie", Herausgeber DGB-Landesbezirk NRW, Nr. 1, 1957, Düsseldorf). Zu Sabotage gehören „absichtliche langsames und fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschung von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Belegschaft, Aufwiegelung, Aufforderung zum illegalen Streik." Diese Definition von Sabotage steht wörtlich in einer Anweisung des OKW (Oberkommando der Wehrmacht) von 1940 mit dem Titel „Sabotageabwehr in der Wehrwirtschaft. Richtlinien für die Abwehrbeauftragten geschützter Betriebe. „Der Werkselbstschutz (Paragraph 27) ist von den Unternehmern, wie wir weiter oben nachgewiesen haben, ausdrücklich auch zur „Sabotageabwehr" gedacht. Die Bundesregierung spricht immer von demokratischer Kontrolle der Regierung und Schutz der Zivilbevölkerung im Notstand. Unsere wenigen Hinweise zeigen, das Gegenteil ist der Fall: Geschützt werden die Unternehmer vor den Arbeitenden, Notstandsgesetze bedeuten sozialpolitisches Kampfmittel der Unternehmer!

Göttinger Aktionen

Aufklärung war und ist das Ziel aller Aktivitäten der Studentenschaft aus Anlaß der bevorstehenden Grundgesetzänderung. Aufklärung in zweierlei Richtung: Der engagierte Teil der Studentenschaft sah es zunächst als seine Aufgabe an, die Angehörigen der Universität, Studenten, Assistenten und Professoren auf die Gefahren hinzuweisen, die seiner Ansicht nach in einer solchen Gesetzgebung stecken. Die Universität kann sich nach Ansicht dieser Studenten in solchen Fragen nicht auf sich selbst beschränken. Diejenigen, die mehr Zeit und Möglichkeiten zu Information und Nachdenken darüber haben, sehen sich verpflichtet, davon weiterzugeben.

Aufklärung der Bevölkerung

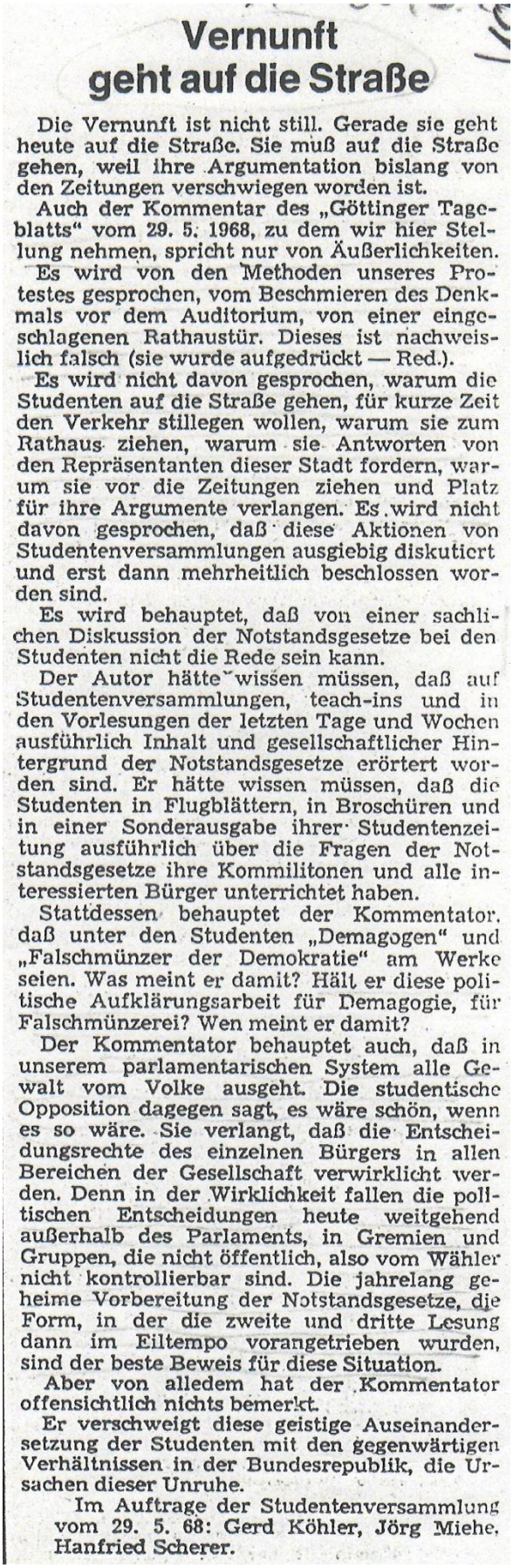
Die Formen der Aufklärung sind vielfältig. Am gebräuchlichsten ist das Verteilen von Flugblättern. Alle Aktionen waren folglich von zahlreichen Flugblättern begleitet, die Information gaben, zur Stellung aufforderten und die breite Front der Notstandsgesetzgebungsgegner deutlich machten. 35 000 Flugblätter wurden von der Evangelischen Studentengemeinde und dem Allgemeinen Studentenausschuß in 2 Tagen auf alle Briefkästen verteilt. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) vertrieb eine umfangreiche Dokumentation über die Hintergründe der Notstandsgesetzgebung. Den Text des verfassungsändernden Gesetzes im Vergleich mit den entsprechenden Artikeln des Grundgesetzes verteilte die Ev. Studentengemeinde in einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten verfaßte ein Flugblatt, in dem er den jetzt vorgeschlagenen Entwurf in wichtigen Einzelfragen entschieden ablehnte. Ein Großteil dieser und anderer Flugblätter ergab sich aus der ständigen Diskussion auf Großveranstaltungen der Studentenschaft und ihrer Gruppierungen, die öffentlich waren. Gelegentlich ergriffen auch Arbeiter, Schüler und Professoren das Wort. Auf einer solchen Veranstaltung der juristischen Fakultät wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, ein Telegramm an die Fraktionen des Bundestages zu schicken, in dem nachdrücklich gefordert wurde, den Artikel über das Widerstandsrecht (Art. 20/4), das einer Selbstjustiz gegen politische Gegner Vorschub leistet, ersatzlos zu streichen.

Ein weiteres Telegramm verabschiedete die Studentenversammlung nach Vorlage von Prof. Dr. Danzer (Mathematik), in dem eine Reihe von Mindestforderungen zur Änderung des vorliegenden Entwurfes abgegeben wurden, und der Entschlossenheit Ausdruck gegeben wurde, nach Verabschiedung dieser Notstandsverfassung den Widerstand fortzusetzen.

Gleichzeitig mit dem Verteilen von Flugblättern wurde an allen Verkehrsknotenpunkten der Stadt, vor Kaufhäusern und auf dem Markt mit der Bevölkerung diskutiert. Überall stellten sich engagierte Studenten den Fragen und der Kritik, überall nahm die Bevölkerung gerne die Gelegenheit zu längst fälliger Information wahr. Alle diese Aktionen bilden den Höhepunkt jahrelanger Bemühungen um Aufklärung der Bevölkerung und Verhinderung dieses Gesetzeswerkes. Gutachten, Resolutionen und Demonstrationen wurden überhört, verlacht und teilweise heftig diffamiert. In dieser Situation mußte die Bevölkerung zur Diskussion und mußten die Verantwortlichen zur Stellungnahme massiv gedrängt werden.

Um die Studenten und Professoren, die glaubten, eine Entscheidung in dieser Lebensfrage der Demokratie umgehen zu können, zum Nachdenken und zur Stellungnahme herauszufordern, griff die überwältigende Mehrheit der Studentenversammlung zum beinahe ohnmächtigen Mittel der Blockade. Um auch der Bevölkerung deutlich zu machen, wie ernst ihnen diese Sache sei, stoppten sie an verschiedenen Stellen den Verkehr. So wurden Gespräche erzwungen. Aber nicht nur die einzelnen Bürger sollten erreicht werden, auch die gewählten Repräsentanten sollten bekennen, wie gut oder wie schlecht sie sich über die geplante Verfassungsänderung informiert hatten, ob sie tatsächlich alle Möglichkeiten genutzt hatten, ihre Wähler zu informieren und zur Diskussion einzuladen. Deswegen zogen über 2000 Studenten vor das Rathaus, um dort mit dem Oberbürgermeister Leßner und dem zuständigen Dezernenten über die Notstandsgesetze zu diskutieren. Es war bedauerlich, daß sich die Herren durch Bemerkungen über die Form der Demonstration der inhaltlichen Diskussion entzogen.

Abbildung 58: GÖTTINGER PRESSE, 1. Juni 1968, S. 12: „Warum wir auf die Straße gehen"



Vernunft geht auf die Straße

Die Vernunft ist nicht still. Gerade sie geht heute auf die Straße. Sie muß auf die Straße gehen, weil ihre Argumentation bislang von den Zeitungen verschwiegen worden ist.

Auch der Kommentar des „Göttinger Tageblatts" vom 29. 5. 1968, zu dem wir hier Stellung nehmen, spricht nur von Äußerlichkeiten.

Es wird von den Methoden unseres Protestes gesprochen, vom Beschmieren des Denkmals vor dem Auditorium, von einer eingeschlagenen Rathaustür. Dieses ist nachweislich falsch (sie wurde aufgedrückt — Red.).

Es wird nicht davon gesprochen, warum die Studenten auf die Straße gehen, für kurze Zeit den Verkehr stillegen wollen, warum sie zum Rathaus ziehen, warum sie Antworten von den Repräsentanten dieser Stadt fordern, warum sie vor die Zeitungen ziehen und Platz für ihre Argumente verlangen. Es wird nicht davon gesprochen, daß diese Aktionen von Studentenversammlungen ausgiebig diskutiert und erst dann mehrheitlich beschlossen worden sind.

Es wird behauptet, daß von einer sachlichen Diskussion der Notstandsgesetze bei den Studenten nicht die Rede sein kann.

Der Autor hätte wissen müssen, daß auf Studentenversammlungen, teach-ins und in den Vorlesungen der letzten Tage und Wochen ausführlich Inhalt und gesellschaftlicher Hintergrund der Notstandsgesetze erörtert worden sind. Er hätte wissen müssen, daß die Studenten in Flugblättern, in Broschüren und in einer Sonderausgabe ihrer Studentenzeitung ausführlich über die Fragen der Notstandsgesetze ihre Kommilitonen und alle interessierten Bürger unterrichtet haben.

Stattdessen behauptet der Kommentator, daß unter den Studenten „Demagogen" und „Falschmünzer der Demokratie" am Werke seien. Was meint er damit? Hält er diese politische Aufklärungsarbeit für Demagogie, für Falschmünzerei? Wen meint er damit?

Der Kommentator behauptet auch, daß in unserem parlamentarischen System alle Gewalt vom Volke ausgeht. Die studentische Opposition dagegen sagt, es wäre schön, wenn es so wäre. Sie verlangt, daß die Entscheidungsrechte des einzelnen Bürgers in allen Bereichen der Gesellschaft verwirklicht werden. Denn in der Wirklichkeit fallen die politischen Entscheidungen heute weitgehend außerhalb des Parlaments, in Gremien und Gruppen, die nicht öffentlich, also vom Wähler nicht kontrollierbar sind. Die jahrelang geheime Vorbereitung der Notstandsgesetze, die Form, in der die zweite und dritte Lesung dann im Eiltempo vorangetrieben wurden, sind der beste Beweis für diese Situation.

Aber von alledem hat der Kommentator offensichtlich nichts bemerkt.

Er verschweigt diese geistige Auseinandersetzung der Studenten mit den gegenwärtigen Verhältnissen in der Bundesrepublik, die Ursachen dieser Unruhe.

Im Auftrage der Studentenversammlung vom 29. 5. 68: Gerd Köhler, Jörg Miehe, Hanfried Scherer.

Abbildung 59: GÖTTINGER PRESSE, 1. Juni 1968, S. 2: „Vernunft geht auf die Straße"

„Spontane Streiks sind nicht erlaubt“

Ein Beispiel für unsere verfassungsrechtlichen Bedenken

Als Beispiel für unsere Argumentation greifen wir den Artikel 9 heraus. Den Arbeitern in den Betrieben hat man es oft genug gesagt: die Notstandsgesetze lassen ihr Streikrecht unangetastet, mehr noch: nun werde es zum erstenmal grundgesetzlich garantiert. Das ist falsch. Zwar heißt es in den neuen Notstandsgesetzen, daß sie sich „. . . nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen . . . geführt werden . . .“ Doch wer entscheidet, ob ein Arbeitskampf die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen „wahrt“ und „fördert“? Und warum erlaubt dieser Artikel nur Arbeitskämpfe (Streiks), die von den Gewerkschaften ausgerufen worden sind? Spontane Streiks sind also nicht erlaubt! Und weshalb heißt es da ausdrücklich „Arbeitskampf“ und nicht einfach „Streik“? Diese Fragen wurden der Bevölkerung nicht beantwortet, denn die Antworten darauf wären vernichtend gewesen für dieses Gesetz:

● Nicht der Arbeiter darf entscheiden, ob sein Streik seine Arbeitsbedingungen wahrt und fördert. Dies tut im Notstandsfall eine andere Instanz: die politische Führung. Denn sie entscheidet über Anwendung und Nichtanwendung der Notstandsgesetze!

● Nicht der Arbeiter darf entscheiden, ob er streiken will. Denn im Artikel 9 steht, daß der „Arbeitskampf“ von „Vereinigungen im Sinne des Satzes 1“, Artikel 9, geführt werden muß, um rechtlich geschützt zu sein. Das heißt also praktisch: von den Gewerkschaften! Wenn diese nun aber keine Urabstimmung durchführen lassen können? Wenn man deren Führer nun aber gefangensetzt? Wenn nun aber die Gewerkschaftsfunktionäre nicht so wollen, wie die Arbeiterschaft? — Dann gibt es keinen. Streik, dann ist jeder Streik illegal, dann wird der Arbeitnehmer dienstverpflichtet!

● Nicht jeden Streik erlaubt dieser Artikel im Notstandsfall, der politische Streik ist nicht gestattet! Man braucht im Notstandsfall nur zu erklären, daß der bereffende Streik ein politischer Streik ist (da er zum Beispiel dem Feind in die Hände arbeite), schon kann man ihn verbieten. Und welcher Streik hätte im Notstandsfall nicht politische Folgen, welcher Streik würde im Spannungsfall nicht die Unruhe vermehren und damit „den Gegner stärken“?

Mit anderen Worten: der Arbeiter verliert im Notstands-Fall all die Rechte, die dieser Artikel 9 angeblich schützt und garantiert. Wir meinen, daß die Verfechter dieser Regelung nichts anderes betreiben als Augenwischerei.

„Einfache Notstandsgesetze“

Die Planungen des Bundesverbandes der Industrie

In der Öffentlichkeit herrscht noch weitgehend Unklarheit über das „Einfache“ an diesen Gesetzen. „Einfach“ aber bedeutet nicht anderes, als daß diese Gesetzesbestimmungen mit „einfacher“ Mehrheit, d. h. mindestens 51 % der Stimmen im Bundestag, in Kraft gesetzt werden können. Dazu gehören u. a. die Bestimmungen über den Selbstschutz. In § 18 dieses Selbstschutzgesetzes ist für jedes Wohngebäude ein „Selbstschutzwart“ vorgesehen, der auch gegen den Willen der Hausbewohner bestimmt werden kann. „Bei Gefahr von Waffenwirkungen“ teilt er die Hausbewohner zum Selbstschutz im Haus und in der Nachbarschaft ein. Mit diesen Befehlsfunktionen werden die verfassungsmäßigen Grundrechte „der Freiheit der Person“ (Art. 2 Abs. 2 des GG) und der „Unverletzlichkeit der Wohnung“ (Art. 13 des GG) eingeschränkt. Der Selbstschutzwart kann auch in Friedenszeiten alle Hausbewohner kontrollieren („der Selbstschutzwart berät die Hausbewohner bei der Erfüllung der Selbstschutzpflicht“, § 18 Abs. 2), die Selbstschutzmaschinerie in Gang setzen, wenn der Innenminister der Meinung ist (z. B. auf Grund unrichtiger Geheimdienstmeldungen), daß die „Gefahr“ von „Waffeneinwirkung“ bestehe. Die Generation in der BRD, die die Befugnisse eines Luftschutzwartes in ihren Folgen unmittelbar erlebt hat, müßte diesen Gesetzesartikel aus Erfahrung entschieden ablehnen.

Ein krasses Beispiel für die mangelnde Kontrolle über die Ausführung der Gesetzesbestimmungen bieten die vorgesehenen Bestimmungen über den „Selbstschutz in den Betrieben“ (§§ 23 bis 27 der Selbstschutzgesetze). Alle Arbeitnehmer eines Betriebes sind zur Teilnahme am Selbstschutz verpflichtet. Der Leiter (mit Befehlshaberstatus) des Betriebsselbstschutzes ist der Inhaber des Betriebes. Schon in Friedenszeiten hat also der Betriebsinhaber militärähnliche Befugnisse (z. B. bei Ausbildungs- und Übungsveranstaltungen). Während die Ausrüstung im Rahmen des Betriebsselbstschutzes festgelegt ist und keine Waffen vorsieht, fehlen für den Werkselbstschutz (§ 27), der aus hauptberuflichen Kräften besteht, Bestimmungen über die Ausrüstung. Daß die Ausrüstung mit scharfen Waffen vorgesehen und schon durchgeführt ist, zeigen die Äußerungen des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) und die Erkundigungen bei einigen Großbetrieben. So sind unter anderen die Continental-Werke in Hannover und die Henschel-Werke in Kassel mit scharfen Waffen ausgerüstet, während in anderen Großbetrieben Schießübungen abgehalten werden. Damit ist das aus der DDR bekannte Modell der Betriebskampftruppen bereits für einige westdeutsche Betriebe übernommen. Darüber allerdings wird die breite Öffentlichkeit nicht informiert. Daß es sich hier nicht um Einzelfälle handelt, zeigen die Vorstellungen des BDI, der in seinen Empfehlungen für den Werkschutz vorläufige Festnahmen, Waffengebrauch, Sicherung der Werksanlagen gegen Diebstahl, Plünderung und Sabotage sowie Objektschutz (eine militärische Aufgabe) vorschlägt.

In welchem politischen Zusammenhang sich die Planungen des BDI bewegen, geht aus einem Artikel in: „Wehr und Wirtschaft“ (1963, Nr. 4, S. 135), dem inoffiziellen Organ der westdeutschen Großindustrie für Notstandsfragen, hervor. In dem Artikel mit der Überschrift „Schwächen der industriellen Notstandsplanung“ heißt es: „Es erhebt sich sodann die Frage, welche Vorschriften zur Abwehr einer potentiellen innerstaatlichen Gefahrensituation in Kraft treten. Einer näheren Überlegung wert erscheinen folgende Beispiele:

1. Dem industriellen Werkschutz könnten polizeiliche, auf das betriebliche Areal begrenzte Befugnisse und Rechtspflichten zugewiesen werden.
2. Aus Gründen der Vorsorge wäre eine den Erfordernissen des innerstaatlichen Notstands gerecht werdende Ausbildung und Ausrüstung des Werkschutzes zu erwägen.
3. Vorschriften über Auswahl und Bewachung verteidigungswichtiger und lebensnotwendiger Industrie- und Versorgungseinrichtungen erscheinen geboten.
4. Suspendierung des Streikrechts sowie tarifliche Arbeitszeit — und Kündigungsregelungen für Werkschutzangehörige wären unerläßlich.“

Die von der Studentenversammlung gewählten Autoren sind Werner W. Blinda, Gerd Köhler, Reinhardt Kremer, Jörg Miehe, Hanfried Scherer, Carl-Heinrich Schulze, alle: 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 1.

delte, so hätte es doch durch allgemeine Zustimmung der Studenten zu seinen Aktionen immerhin eine gewisse moralische Legitimation erlangen können. Die Studentenschaft gab jedoch ein deutliches Votum ab, indem sie sich in fast allen Vorlesungen mit großer Mehrheit gegen Streik aussprach. Am Montag wehrten sich die trotz des

Nicht ohne

Die Mehrheit der Stu

Die Studenten, die an den Demonstrationen in der Stadt in Form von Verkehrsblockaden, Marsch zum Rathaus etc. teilnehmen, rechtfertigten ihre Aktionen mit dem Hinweis auf Mehrheitsbeschlüsse sogenannter „Studentenvollversamlungen“, die an den ersten vier Tagen dieser Woche im Auditorium Maximum der Universität stattfanden. Der Gebrauch dieses Wortes muß in jedem unbefangenen Leser den Eindruck erwecken, als handele es sich dabei um satzungsgemäße Versammlungen aller Studierenden, deren mit Mehrheit gefaßte Entschlüsse als repräsentativ für die Haltung der gesamten Studentenschaft gelten können. Das ist in Wahrheit jedoch nicht der Fall, da eine solche „Studentenvollversammlung“ in der Satzung der Georg-August-Universität in der letzten Fassung vom 6. Juli 1966 überhaupt nicht vorgesehen ist. Gemäß dieser Satzung ist, abgesehen von der ständigen Vertretung der Studentenschaft durch den Studentenrat, dessen vollziehendes Organ wiederum der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) ist, nur die Urabstimmung als Form der Willenserklärung aller Studenten vorgesehen. Damit steht m. E. fest, daß Mehrheitsbeschlüsse derartiger „Studentenvollversammlungen“ nur die Meinung der während der Versammlung anwesenden Studenten und nicht die der gesamten Studentenschaft darstellen können. Die Tatsache, daß ein vom AStA mit der Durchführung des Vorlesungsstreiks beauftragtes „Aktionskomitee“ die Öffentlichkeit (und auch alle die Studenten, die die Satzung nicht genau kennen) falsch unterrichtete, indem durch Hinweis auf den Mehrheitsbeschluß einer „Studentenvollversammlung“ offenbar der Eindruck erweckt werden sollte, die gesamte Studentenschaft stehe hinter diesen Entscheidungen, ist höchst bedauerlich und darf nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Hier wird von seiten gewisser Gruppen mit den gleichen Mitteln gearbeitet, die eben diese Gruppen dem „Etablishment“ u. a. dauernd zur Last legen. Auch wenn der Studentenbund in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 29. 5., die in den Versammlungen beschlossenen Resolutionen und Maßnahmen im nachhinein billigte, ändert das an dem geschilderten Sachverhalt nichts. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß die Mehrheit der Studenten nicht bereit war, weder dem Aufruf des Studentenrates zu Vorlesungsstreiks, noch den Beschlüssen der sogenannten „Studentenvollversammlungen“ zu Verkehrsblockaden, Blockade des Auditoriengeländes der Universität etc. zu folgen, und zwar nicht deswegen, weil sie die Notstandsgesetzgebung in Bausch und Bogen befürwortet (das trifft nämlich nicht zu), sondern weil sie die von Minderheiten beschlossenen und durchgeführten spektakulären Formen dieses Protestes als unangemessen ablehnt. Es bleibt zu hoffen, daß die Göttinger Mitbürger sich durch einzelne, in ihren

Die Entscheidung ist gefallen. Mit überwältigender Mehrheit hat der Bundestag in dritter Lesung die sogenannten Vorsorgegesetze verabschiedet. An wenigen Gesetzgebungswerken der Bundesrepublik ist solange gearbeitet worden wie an diesem. Selten ist im Parlament und in der Öffentlichkeit so heftig diskutiert worden. Emotionen und zuweilen utopische Vorstellungen haben die Diskussion zum Teil mehr getragen als Sachkenntnis und das Bemühen, sich mit den Texten und den Motiven der Gesetze vertraut zu machen. In Göttingen bekam die Diskussion eine besondere Note durch die Demonstrationen der Studenten. Mit einer Nachlese von Leserbriefen und Stellungnahmen will das „Göttinger Tageblatt“ nunmehr die auch in seinen Spalten geführte Auseinandersetzung abschließen.

Die Redaktion

Abbildung 60: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3: „Spontane Streiks nicht erlaubt“

Zunächst begründeten die Studenten in dem Artikel ihre Aktion damit, dass der Großteil der Presse, des Rundfunks und Fernsehens nicht näher auf die Beweggründe, Argumentationen und Einwände der Streikenden gegen die Notstandsgesetze einginge. Die Medien seien vielmehr erst auf die geplante Gesetzgebung aufmerksam geworden, als die Studentenschaft

zu demonstrieren angefangen habe. Inhaltlich kritisierten sie an den Notstandsgesetzen unter anderem das neue Widerstandsrecht, das eine rechtliche Grundlage zur Selbstjustiz/Lynchjustiz schaffen würde. Die Abgeordneten seien zudem von Informationen und Entscheidungen ausgeschlossen, da der gemeinsame Ausschuss nach Art. 53a, Abs. 2 jetzt auch der Geheimhaltungspflicht unterworfen werden könne. Das Streikrecht werde durch die neuen Gesetze auf reine „Arbeitskämpfe" begrenzt, dadurch könnten weitere Demonstranten strafrechtlich belangt werden. Ein weiterer Kritikpunkt der Studenten war, dass zur Unterstützung der Polizei zum „Schutze ziviler Objekte" (Gebäude, Sachgegenstände) nun Militär eingesetzt werden könne. Da unter „zivilen Objekten" auch Betriebe verstanden werden, sei der Einsatz militärischer Streitkräfte gegen streikende Arbeiter auch legitimiert. Der Schutz der Arbeitgeber vor den Arbeitnehmern liefe somit auf einen Bürgerkrieg hinaus.

Die GP setzte sich direkt mit den Argumenten der Studenten auseinander. Dabei ging es hauptsächlich um die Argumente, die, laut GP, „von einer beträchtlichen Voreingenommenheit zeugen". Andere Argumente wurden widerlegt und abschließend bemerkt, dass es dennoch jedem selbst überlassen sei, wie er die Darstellung der Studenten bewerte.[349]

Die Redaktion des GT stellte auf der Sonderseite in einem Kasten deutlich ihre eigene Meinung heraus:

> „Emotionen und zuweilen utopische Vorstellungen haben die Diskussion zum Teil mehr getragen als Sachkenntnis und das Bemühen, sich mit den Texten und den Motiven der Gesetze vertraut zu machen."[350]

In Göttingen habe diese Diskussion eine „besondere Note" durch die Demonstrationen der Studierenden. Das GT kündigte an, mit einer „Nachlese von Leserbriefen und Stellungnahmen [...] nunmehr die auch in seinen Spalten geführte Auseinandersetzung abschließen" zu wollen.[351]

Im GT kritisierten die Demonstranten neben den Notstandsgesetzen auch die Berichterstattung der Zeitung. Diese habe die Argumente der Studierenden nicht berücksichtigt, sondern nur von Äußerlichkeiten gesprochen. In ihrer Kritik gingen die Verfasser im Falle des GT explizit auf einige Artikel ein. Nachweislich falsch sei die Behauptung, die Demonstranten hätten die Rathaustür eingeschlagen, diese sei vielmehr

aufgedrückt worden. Zudem wird auf einen Kommentar des GT vom 29. Mai eingegangen. Dazu schrieb der jugendliche Verfasser:

> „Hält er diese politische Aufklärungsarbeit für Demagogie, für Falschmünzerei? Wen meint er damit? Der Kommentator behauptet auch, dass in unserem parlamentarischen System alle Gewalt vom Volke ausgeht. Die studentische Opposition dagegen sagt, es wäre schön, wenn es so wäre.“[352]

In der Wirklichkeit dagegen würden die politischen Entscheidungen – so der Autor – weitgehend außerhalb des Parlaments in Gremien und Gruppen getroffen und nicht öffentlich, so dass sie vom Wähler nicht kontrollierbar seien. Der beste Beweis sei doch, dass die zweite und dritte Lesung der Notstandsgesetze im Eiltempo vorangetrieben worden seien.[353]

Weitere Unterschiede zur GP fanden sich in einem direkten Kommentar der Redaktion sowie in Leserbriefen bzw. Gegenstimmen von Privatpersonen. Bei den Leserbriefen war erst beim genaueren Studieren der Artikel zu erkennen, dass es sich bei den Verfassern nicht um einen der gewählten Vertreter der Demonstranten handelte, sondern um Studenten der *Gegenseite*. Das GT hatte diese Leserbriefe im Einleitungstext des Kastens zwar angekündigt, sie waren jedoch nicht als solche gekennzeichnet. Betrachtet man die folgenden Argumente der Verfasser (*Dietrich Mock* und *Ernst Reinhard Brendel*), lässt sich vermuten, dass diese dem konservativen Göttinger Studenten Ring zuzuordnen waren:

> „Die große Mehrheit des Studentenrats besteht augenblicklich aus Gruppen, die eine mehr oder weniger einschneidende Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung anstreben, in der politischen Geographie also links einzuordnen sind. Sie beanspruchen als Ergebnis der letzten Wahl für sich das Recht, die Gesamtstudentenschaft politisch zu vertreten. Wie sie diese Vertretung wahrnehmen, mag etwa der Inhalt eines Antrages verdeutlichen, den ein SDS-Mitglied am 8.5. im Studentenrat einbrachte. Aus Anlass der 23. Wiederkehr des Tages, an dem ein Teil Deutschlands vom Faschismus befreit wurde, solle eine Schweigeminute eingelegt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Linken beschlossen, ein Kommentar erübrigt sich.“[354]

Weiterhin bemerkte Mock, der Gesetzgeber habe der Studentenschaft nur hochschulpolitische Rechte eingeräumt, eine allgemeinpolitische Betätigung des Studentenrates sei rechtswidrig, somit auch der Streikbeschluss. Im Folgenden sollte offenbar der Eindruck vermittelt werden, dass die Streikenden in der Minderheit seien:

> „An der von der ‚Vollversammlung' beschlossenen Verkehrsblockade nahmen von über 15.000 Schülern und Studenten höchstens 200 aktiv teil, also eine deutliche Absage an die Methoden der Gewalt der etablierten Linken."[355]

Man dürfe daraus folgern, „dass die Mehrheit der Studenten nicht hinnimmt, dass ihr der Willen der Minderheit aufgezwungen werden soll". Besonders verurteilt wurden von Mock die *sit ins* vor den Tageszeitungen:

> „Sie (die Mehrheit) wehrt sich dagegen, dass gewisse Gruppen das weit verbreitete Misstrauen gegen diese Notstandgesetzgebung zur Verwirklichung ihrer Ziele zu missbrauchen suchen. Dieser Missbrauch wurde besonders beim Sit-in vor dem ‚GÖTTINGER TAGEBLATT' deutlich: Statt sich auf die Durchsetzung der Forderung der ‚Vollversammlung' zu beschränken, versuchte die Linke den Herausgeber des Tageblattes zu diffamieren, indem sie in seiner angeblichen Vergangenheit herumwühlte."[356]

Am Ende des Artikels formulierte Mock ergänzend Forderungen: Danach sollten sich die Vertreter der Studenten endlich auf „ihre wirklichen Aufgaben besinnen" und sich für die Studien- und Hochschulreform sowie die studentische Mitverwaltung einsetzen, anstatt „den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf politische Aktionen zu legen, denen die Mehrheit der Studentenschaft ablehnend gegenübersteht."[357] Weiterhin solle der AStA aus seinem politischen Versagen die Lehre ziehen und zurücktreten.

Wo steht die Göttinger Studentenschaft?

Wie wenig die „Linken" ihnen ungelegene Mehrheitsentscheidungen achten

Aus Anlaß der 3. Lesung der Notstandsgesetze beschloß der Studentenrat einen Vorlesungsstreik vom Montag, dem 27. 5. bis zum Tag der Lesung selbst, um damit den Widerstand der Studenten gegen diese Gesetze zu demonstrieren. Die Aktionen dieser Tage haben gezeigt, daß man nicht nur zu dieser Grundgesetzänderung, sondern unbedingt auch zur gegenwärtigen Situation in der Studentenschaft Stellung beziehen muß.

Die große Mehrheit des Studentenrats besteht augenblicklich aus Gruppen, die eine mehr oder weniger einschneidende Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung anstreben, in der politischen Geographie also links einzuordnen sind. Sie beanspruchen als Ergebnis der letzten Wahl für sich das Recht, die Gesamtstudentenschaft politisch zu vertreten. Wie sie diese Vertretung wahrnehmen, mag etwa der Inhalt eines Antrages verdeutlichen, den ein SDS-Mitglied am 8. 5. im Studentenrat einbrachte: Aus Anlaß der 23. Wiederkehr des Tages, an dem ein Teil Deutschlands vom Faschismus befreit wurde, solle eine Schweigeminute eingelegt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Linken beschlossen, ein Kommentar erübrigt sich.

Wie steht es mit der Legalität politischer Willensbildung der Studentenschaft durch ihre gewählten Vertreter? Aus Grund der Zwangsmitgliedschaft jedes Studenten hat der Gesetzgeber der Studentenschaft nur hochschulpolitische Rechte eingeräumt, in diesem Sinne haben auch die Verwaltungsgerichte in Berlin und Sigmaringen entschieden. Jede allgemein politische Betätigung des SR ist somit eindeutig rechtswidrig, also auch der Streikbeschluß. Ebenso mußte der SR am 29. 5. feststellen, daß das als „Vollversammlung" deklarierte „permanente teach-in" im Auditorium illegal ist, da die Satzung der Studentenschaft eine Vollversammlung nicht vorsieht.

Wenn das Aktionskomitee, dem Mitglieder des SDS und ihm nahestehender Gruppen angehörten, auch ohne jede juristische Legitimation handelte, so hätte es doch durch allgemeine Zustimmung der Studenten zu seinen Aktionen immerhin eine gewisse moralische Legitimation erlangen können. Die Studentenschaft gab jedoch ein deutliches Votum ab, indem sie sich in fast allen Vorlesungen mit großer Mehrheit gegen Streik aussprach. Am Montag wehrten sich die trotz des Streikaufrufs erschienenen Studenten entschieden gegen die Einschränkung ihrer Lernfreiheit und durchbrachen die Absperrung. Als am Mittwoch über das Auditorium die totale Blockade verhängt worden war, reagierten die Ausgeschlossenen auf Gewalt nicht mit Gewalt, sondern sehr konsequent demokratisch: Sie stimmten mit großer Mehrheit gegen den Streik und wählten den AStA demonstrativ ab. Jetzt zeigten die Linken, wie wenig sie ihnen ungelegene Mehrheitsentscheidungen achten, indem sie das versammelte Gremium als nicht repräsentativ bezeichneten und keinerlei Konsequenzen zogen. An der von der „Vollversamlung" beschlossenen Verkehrsblockade nahmen von über 15 000 Schülern und Studenten höchstens 200 aktiv teil, also eine deutliche Absage an die Methoden der Gewalt der etablierten Linken.

Man darf daraus den Schluß ziehen, daß die Mehrheit der Studenten nicht hinnimmt, daß ihr der Willen der Minderheit aufgezwungen werden soll. Sie wehrt sich dagegen, daß gewisse Gruppen das weitverbreitete Mißtrauen gegen diese Notstandsgesetzgebung zur Verwirklichung ihrer Ziele zu mißbrauchen suchen. Dieser Mißbrauch wurde besonders beim sit-in vor dem „Göttinger Tageblatt" deutlich: Statt sich auf die Durchsetzung der Forderungen der „Vollversammlung" zu beschränken, versuchte die Linke den Herausgeber des Tageblattes zu diffamieren, indem sie in seiner angeblichen Vergangenheit herumwühlte.

Die Ereignisse der letzten Tage werden in der breiten Studentenschaft nicht ohne Kommentar hingenommen werden: Die Vertreter der Studenten sollten sich endlich auf ihre wirklichen Aufgaben besinnen und sich für die dringend notwendige Studien- und Hochschulreform sowie für die studentische Mitverwaltung einsetzen, anstatt den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf politische Aktionen zu legen, denen die Mehrheit der Studentenschaft ablehnend gegenübersteht. Wir dürfen nicht zulassen, daß die breite Öffentlichkeit durch fragwürdige Aktionen der Linken verprellt wird und dann auch den berechtigten Anliegen der Studentenschaft ablehnend gegenübersteht. Der AStA sollte aus seinem politischen Versagen die Konsequenzen ziehen und durch seinen Rücktritt eine zukünftige, sinnvolle Arbeit der Studentenschaft ermöglichen.

Dietrich Mock

Abbildung 61: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3: „Wo steht die Göttinger Studentenschaft?"

Der nächste Leserbrief, geschrieben von *Ernst Reinhard Brendel*, ist inhaltlich nahezu identisch zu dem von Mock und bekräftigte durch die Wiederholung und des Platzes, die diese auf der Seite einnahmen (ca. 50%) auch die Gegenposition des GT. Denn eigentlich war angekündigt worden, die Seite würde in Gänze den Demonstranten zur Verfügung gestellt werden. Abschließend forderte Brendel indirekt die Leserschaft des GT dazu auf, sich kein pauschales Bild von den Göttinger Studenten zu machen:

„Es bleibt zu hoffen, dass die Göttinger Mitbürger sich durch einzelne, in ihren Augen provokatorische und rechtsverletzende Maßnahmen während der Demonstrationen nicht zu einem abfälligen Pauschalurteil über die Studenten hinreißen lassen, sondern in Zukunft die Bemühungen derjenigen unterstützen, die sich zwar auffällig, aber im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung um die Weckung und Schärfung des politischen Bewusstseins jedes einzelnen bemühen, wie das z.B. in Gruppendiskussionen vor dem Rathaus versucht wurde.“[358]

Nicht ohne Widerspruch

Die Mehrheit der Studenten war nicht bereit

Die Studenten, die an den Demonstrationen in der Stadt in Form von Verkehrsblockaden, Marsch zum Rathaus etc. teilnehmen, rechtfertigten ihre Aktionen mit dem Hinweis auf Mehrheitsbeschlüsse sogenannter „Studentenvollversamlungen", die an den ersten vier Tagen dieser Woche im Auditorium Maximum der Universität stattfanden. Der Gebrauch dieses Wortes muß in jedem unbefangenen Leser den Eindruck erwecken, als handele es sich dabei um satzungsgemäße Versammlungen aller Studierenden, deren mit Mehrheit gefaßte Entschlüsse als repräsentativ für die Haltung der gesamten Studentenschaft gelten können. Das ist in Wahrheit jedoch nicht der Fall, da eine solche „Studentenvollversammlung" in der Satzung der Georg-August-Universität in der letzten Fassung vom 6. Juli 1966 überhaupt nicht vorgesehen ist. Gemäß dieser Satzung ist, abgesehen von der ständigen Vertretung der Studentenschaft durch den Studentenrat, dessen vollziehendes Organ wiederum der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) ist, nur die Urabstimmung als Form der Willenserklärung aller Studenten vorgesehen. Damit steht m. E. fest, daß Mehrheitsbeschlüsse derartiger „Studentenvollversammlungen" nur die Meinung der während der Versammlung anwesenden Studenten und nicht die der gesamten Studentenschaft darstellen können. Die Tatsache, daß ein vom AStA mit der Durchführung des Vorlesungsstreiks beauftragtes „Aktionskomitee" die Öffentlichkeit (und auch alle die Studenten, die die Satzung nicht genau kennen) falsch unterrichtete, indem durch Hinweis auf den Mehrheitsbeschluß einer „Studentenvollversammlung" offenbar der Eindruck erweckt werden sollte, die gesamte Studentenschaft stehe hinter diesen Entscheidungen, ist höchst bedauerlich und darf nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Hier wird von seiten gewisser Gruppen mit den gleichen Mitteln gearbeitet, die eben diese Gruppen dem „Establishment" u. a. dauernd zur Last legen. Auch wenn der Studentenbund in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 29. 5., die in den Versammlungen beschlossenen Resolutionen und Maßnahmen im nachhinein billigte, ändert das an dem geschilderten Sachverhalt nichts. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß die Mehrheit der Studenten nicht bereit war, weder dem Aufruf des Studentenrates zu Vorlesungsstreiks, noch den Beschlüssen der sogenannten „Studentenvollversammlungen" zu Verkehrsblockaden, Blockade des Auditoriengeländes der Universität etc. zu folgen, und zwar nicht deswegen, weil sie die Notstandsgesetzgebung in Bausch und Bogen befürwortet (das trifft nämlich nicht zu), sondern weil sie die von Minderheiten beschlossenen und durchgeführten spektakulären Formen dieses Protestes als unangemessen ablehnt. Es bleibt zu hoffen, daß die Göttinger Mitbürger sich durch einzelne, in ihren Augen provokatorische und rechtsverletzende Maßnahmen während der Demonstrationen nicht zu einem abfälligen Pauschalurteil über „die Studenten" hinreißen lassen, sondern in Zukunft die Bemühungen derjenigen unterstützen, die sich zwar auffällig, aber im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung um die Weckung und Schärfung des politischen Bewußtseins jedes einzelnen bemühen, wie das z. B. in Gruppendiskussionen vor dem Rathaus versucht wurde. Nur dann, wenn der Einzelne politisch bewußt und weniger gleichgültig gegenüber dem politischen Geschehen wird, wird den Gruppen der Boden entzogen, die heute meinen, die Öffentlichkeit nur noch unter Verletzung formalen Rechts aus ihrem „Dämmerzustand" aufwecken zu können und zu müssen.

Ernst Reinhard Brendel

Konstruktion statt Destruktion

Seit Wochen, seit Monaten erfahren wir von der offiziellen Studentenvertretung sowie aus Stellungnahmen politischer Hochschulgruppen, was sie in unserem politischen Staatsgebilde zu bemängeln, was sie — mit gutem Recht — an der bisherigen Praxis der „Demokratie" auszusetzen haben; wo g e g e n sich diese kritischen Staatsbürger stellen. Das ist einerseits gut und sehr begrüßenswert. Denn um seinen eigenen Standpunkt zu formulieren und ihn sich bewußt zu machen, bedarf es zunächst der negativen Kritik.

Aber — und darauf möchte ich hier unmißverständlich hinweisen — wo f ü r insbesondere die politisch aktiven Studenten eintreten, was sie an konstruktiven Vorschlägen für ein funktionsfähiges demokratisches Staatsgefüge auf dem Boden des Grundgesetzes zu bieten haben — das alles ist bislang, wenn überhaupt, nur zu unkonkret, zu sehr ohne Bezug auf die Realität und auf die praktische Durchführung zur Sprache gekommen. Schlagworte wie „Rätedemokratie" oder „reale Demokratie" möchte ich, solange sie nicht zu erkennen geben, was in der Praxis, was konkret mit ihnen gemeint ist, in diese Rubrik einordnen.

Ich würde es aufrichtig bedauern, wenn diese für politische Auseinandersetzungen ausgesprochen günstige Zeit in der Ohnmacht der Studenten gegenüber dem etablierten Parteienstaat und seiner Bürokratie, den Machtträgern, mündet, wenn sich das Verhalten insbesondere der Studenten in einem ständigen „Anti" ohne deutlich formuliertes „Pro" erschöpft.

Um Gefahren, die wir aus früheren bitteren Erfahrungen kennen, zu vermeiden, ist eine Voraussetzung unbedingt nötig: eine Aufgliederung der Masse, der gesamten Bevölkerung, in verhältnismäßig kleine, überschaubare Bereiche nach geographischen, d. h. neutralen Gesichts-

Abbildung 62: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3: „Nicht ohne Widerspruch"

Konstruktion statt Destruktion

Seit Wochen, seit Monaten erfahren wir von der offiziellen Studentenvertretung sowie aus Stellungnahmen politischer Hochschulgruppen, was sie in unserem politischen Staatsgebilde zu bemängeln, was sie — mit gutem Recht — an der bisherigen Praxis der „Demokratie" auszusetzen haben; wo g e g e n sich diese kritischen Staatsbürger stellen. Das ist einerseits gut und sehr begrüßenswert. Denn um seinen eigenen Standpunkt zu formulieren und ihn sich bewußt zu machen, bedarf es zunächst der negativen Kritik.

Aber — und darauf möchte ich hier unmißverständlich hinweisen — wo f ü r insbesondere die politisch aktiven Studenten eintreten, was sie an konstruktiven Vorschlägen für ein funktionsfähiges demokratisches Staatsgefüge auf dem Boden des Grundgesetzes zu bieten haben — das alles ist bislang, wenn überhaupt, nur zu unkonkret, zu sehr ohne Bezug auf die Realität und auf die praktische Durchführung zur Sprache gekommen. Schlagworte wie „Rätedemokratie" oder „reale Demokratie" möchte ich, solange sie nicht zu erkennen geben, was in der Praxis, was konkret mit ihnen gemeint ist, in diese Rubrik einordnen.

Ich würde es aufrichtig bedauern, wenn diese für politische Auseinandersetzungen ausgesprochen günstige Zeit in der Ohnmacht der Studenten gegenüber dem etablierten Parteienstaat und seiner Bürokratie, den Machtträgern, mündet, wenn sich das Verhalten insbesondere der Studenten in einem ständigen „Anti" ohne deutlich formuliertes „Pro" erschöpft.

Um Gefahren, die wir aus früheren bitteren Erfahrungen kennen, zu vermeiden, ist eine Voraussetzung unbedingt nötig: eine Aufgliederung der Masse, der gesamten Bevölkerung, in verhältnismäßig kleine, überschaubare Bereiche nach geographischen, d. h. neutralen Gesichtspunkten, nicht nach beruflich, religiös oder sonst irgendwie ideologisch ausgerichteten Interessengruppen. Ich denke an die alle vier Jahre „wirksame" Einteilung in Wahlkreise, Wahlbezirke, Stimmbezirke. A l l e sozialen und Bildungsstufen sind in ihnen vertreten.

Ein derartiger Stimmbezirk als kleinste politische Einheit eignet sich am besten für beständige politische Aufklärung und Information, für politische, nicht ideologische Meinungs- und Urteilsbildung, für den Umgang mit demokratischen Spielregeln, für die aktive politische Willensbildung des Volkes.

Die Studenten jeglicher politischer Richtung stellen keine esoterischen Klubs dar; sie sollten sich nicht, auch wenn die Notstandsgesetze verabschiedet sind, resigniert und im Bewußtsein der Ohnmacht zurückziehen. Sie sind bewußte Staatsbürger, die sich jedoch auch um ihre allgemeinverpflichtende Verantwortung kümmern müssen. Flugblätter, Bürgersteiggespräche, Verkehrsblockaden, „teach-ins", Schmierereien an Hauswänden benötigen wenigstens nachträglich ein konstruktives, vernünftiges Fundament. Das lebendige Gestalten des Stimmbezirkes auf der „untersten" politischen Ebene auch während der Wahlperiode ist ein geeigneter Weg, für und innerhalb und zusammen mit unseren Mitbürgern den Staat m i t z u t r a g e n.

Eckart Koch, cand. phil.

Abbildung 63: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3f.: „Konstruktion statt Destruktion"

Es folgten drei Leserbriefe, die zum einen die Meinung des cand. phil. *Eckart Koch* beinhalteten, der die Aufteilung Göttingens in kleinere Stimmbezirke vorschlugen und die Jugend aufforderten, sich auf „unterster“ politischer Ebene zu engagieren. Stimmbezirke eigneten sich laut Koch am besten für „beständige politische Aufklärung“. Dies sei auch während der Wahlperiode ein geeigneter Weg, für und innerhalb und zusammen mit unseren Mitbürgern den Staat mit zu tragen“.[359]

Bei den Verfassern von weiteren Leserbriefen auf der nächsten Seite handelte es sich dann zum einen um den Kreisvorsitzenden der *Jungen Union* (JU) und zum anderen um zwei Schülerinnen des Gymnasiums für Mädchen, von denen *Eva Maria Schüler* später als aktives CDU-Mitglied hervortrat.

Der Vertreter der JU wies darauf hin, dass die Diskussionen über die Notstandsgesetze vor Karstadt auf dem Markt usw. ins Leere gelaufen seien, da ein großer Teil der Mitbürger im Gegensatz zu den Studierenden die Gesetzestexte nicht kannte und somit auch nicht widersprechen konnte. Die Forderungen und Vorwürfe an die Zeitungen wurden kritisiert:

> „Ohne die kritischen Kommentare der Studenten, die sich in dieser Diskussion so stark engagiert haben, abwerten zu wollen, halte ich es nicht für richtig, dass sie nur darauf dringen, dass ihre Stellungnahme abgedruckt wird, nicht aber der volle Wortlaut der Gesetze, was für eine sachliche Diskussion die Voraussetzung bildet.“[360]

Im letzten Leserbrief machten die beiden Schülerinnen (*Eva Maria Schüler* und *Regina Reinecke*) darauf aufmerksam, dass sich nur ein Bruchteil aller Oberstufenschüler an den Demonstrationen beteiligt hätte. Über diese wenigen Schüler urteilten die Verfasserinnen:

> „Es stimmt jedoch bedenklich, dass sich in diesem Demonstrationszug nicht nur Demonstranten, sondern auch einfach rebellierende Schüler ohne jedes politisches Interesse befanden, die nur froh waren, das Schulgebäude verlassen zu können. Wer jedoch machte sich in dieser Gruppe klar, dass das Verlassen der Schule genau so eine politische Tat war wie das Darinbleiben. Gerade das, ist das fatale Doppelgesicht der Politik: das Verhalten wird ausgelegt, ohne nach Motiven zu fragen.“[361]

Abschließend bemerkten die Schülerinnen: „Es ist gefährlich, wenn eine radikale Minderheit versucht, die Mehrheit zu manipulieren.“[362]

„Aufklärung" tut not

Von vielen Seiten ist im Zusammenhang mit der Diskussion über die Notstandsgesetzgebung die mangelnde Aufklärung der Bevölkerung über diese wichtige Materie heftig kritisiert worden — mit einer gewissen Berechtigung, wie ich meine.

Die von Studenten der Göttinger Universität in Gang gebrachte Diskussion mit der Bevölkerung auf dem Markt, vor Karstadt usw. sollte sicher diesem Mißstand abhelfen und ist in diesem Sinne auch zu begrüßen. Es zeigte sich jedoch, daß die meisten der Diskussionsteilnehmer und Zuhörer den Text der Gesetzentwürfe entweder überhaupt nicht oder nur teilweise kannten; das bedeutet, sie konnten die vorgebrachten Argumente nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen und somit gegebenenfalls auch nicht widersprechen.

Ohne die kritischen Kommentare der Studenten, die sich in dieser Diskussion so stark engagiert haben, abwerten zu wollen, halte ich es nicht für richtig, daß sie nur darauf dringen, daß ihre Stellungnahme abgedruckt wird, nicht aber der volle Wortlaut der Gesetze, was für eine sachliche Diskussion die Voraussetzung bildet.

Klaus Opitz, Kreisvorsitzender der Jungen Union

„Nur ein Bruchteil"

Göttingens Schüler wurden am 29. 5. 1968 vom USSB zu einem Streik aufgerufen, organisiert von einzelnen Studentengruppen. Es sollte eine wirkungsvolle Aktion werden. Eine Aktion wurde es tatsächlich, da einige Direktoren Verständnis dafür zeigten, daß einzelne Schüler ihre politische Meinung kundgeben wollten. So war es möglich, daß einige Schüler und Schülerinnen der Oberstufe des FKG, des GfM und verschiedener Mittelschulen eine Demonstration veranstalten konnten. Es stimmt jedoch bedenklich, daß sich in diesem Demonstrationszug nicht nur Demonstranten, sondern auch einfach rebellierende Schüler ohne jedes politische Interesse befanden, die nur froh waren, das Schulgebäude verlassen zu können. Wer jedoch machte sich in dieser Gruppe klar, daß das Verlassen der Schule genau so eine politische Tat war wie das Darinbleiben. Gerade das, ist das fatale Doppelgesicht der Politik: das Verhalten wird ausgelegt, ohne nach Motiven zu fragen. Alle Schüler bilden eine vielgestaltige Gemeinschaft, und wir fühlen uns auch für diejenigen verantwortlich, die auf die Parolen des USSB — als Tochtergesellschaft des SDS — hereinfallen und möchten sie aufklären.

In Ihrem Artikel — Sit-in vor dem Göttinger Tageblatt — schreiben Sie u. a., daß sich die Schüler dem Streik anschlossen. Dies entspricht absolut nicht den Tatsachen. Nur ein Bruchteil aller Oberstufenschüler demonstrierte. Es ist gefährlich, wenn eine radikale Minderheit versucht, die Mehrheit zu manipulieren.

Eva-Maria Schüler, Regina Reinecke
Gymnasium für Mädchen

Abbildung 64: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 4: Leserbriefe

Im GT dominierten die Stimmen und Meinungen gegen die Argumente der Demonstranten in so starkem Maße, dass der Eindruck erweckt wurde, diese seien mit ihren Argumenten und Aktionen in der Minderheit. Zumindest unter den Studierenden war dies jedoch nicht der Fall. Auch die GP setzte sich teilweise kritisch mit den Argumenten der Studierenden auseinander, jedoch in einem wesentlich geringeren Maß als das GT.

Im GT entstand in den Tagen kurz vor der letzten Lesung der Notstandsgesetze der Eindruck, innerparteiliche Konflikte seien zumindest in den Regierungsparteien nicht mehr vorhanden. Am Tag nach der Verabschiedung der Notstandsverfassung im Bundestag sah das GT in einem Bericht von dpa/ap die Protestwelle gegen die Gesetze gar als „völlig abgeebbt".[363] Dass dies nicht der Fall war, erkennt man durch die Berichterstattung der GP.

Obwohl in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen sollte, die Parteien, vor allem auch die SPD, stünden vollkommen hinter den Notstandsgesetzen, war es in den Monaten zuvor zu innerparteilichen Spannungen gekommen. Im Laufe der Debatten gelang es der innerparteilichen Opposition in der SPD des Öfteren, die Beschlusslage zu öffnen und eigene Forderungen durchzusetzen. Im Zuge dessen wurden einige geplante Grundrechtseingriffe präzisiert, abgeschwächt oder eingegrenzt:

> „Allein 1968 waren sechs Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion dem Thema Notstandsgesetze gewidmet; der Arbeitskreis Rechtswesen der SPD-Fraktion tagte insgesamt fünfzehn mal. Und der Rechtsausschuss wie der Innenausschuss des Bundestages behandelten das Thema – mit den hearings – in 250 Stunden bzw. 11 Sitzungen. Hinzu kamen – in der letzten Phase der Beratung – nahezu wöchentliche Koalitionsbesprechungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien. In einem dichten Netz ständiger Konsultationen, in das auch das Bundesinnenministerium eingeschaltet war, überarbeiteten die Bundestagsausschüsse den Regierungsentwurf und meldeten auf diese Weise die durchgängig von der SPD-Fraktion angeregten und zwischen den Koalitionsparteien abgestimmten Änderungswünsche für die 2. und 3. Lesung an."[364]

Dass es für die zweite Lesung noch großen Diskussionsbedarf gab, zeigen die Änderungsanträge, die es von SPD und FDP gab, zwanzig allein von der FDP, die vor einiger Zeit einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt hatte. Die GP berichtete darüber.[365] Vor der dritten Lesung berichtete die GP zudem von einem Rundschreiben *Willy Brandts* an alle Organisationsgliederungen der Partei, in dem er deutlich machte,

> „dass die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihre Zustimmung zur Notstandsverfassung in dritter Lesung nicht nur vom Vorliegen der erwarteten Alliierten-Erklärung, sondern auch von der gleichzeitigen Bereinigung der so genannten einfachen Notstandsgesetze von allen verfassungsrechtlichen Bedenken abhängig machen werde.“[366]

Bei dieser Art der Berichterstattung kann angenommen werden, dass durch die GP der Parteibasis Vertrauen für die Parteiführung sowie für die von ihr mitgetragenen Notstandsgesetze vermittelt werden sollte.

Die Göttinger Zeitungen kommentierten die endgültige Verabschiedung der Notstandsgesetze folgendermaßen:

Unsere Meinung

-ben **Göttingen**, 31. Mai

Über alle Hürden Der Bundestag hat in dritter Lesung die sogenannte Notstandsverfassung, die richtiger „Vorsorgegesetz" hieße, mit der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit des Hauses angenommen und verabschiedet. Parlamentarisch ist also das Gesetzeswerk, nachdem fast zehn Jahre daran gearbeitet worden ist, über die Hürden, so wie es vorauszusehen war, trotz aller außerparlamentarischen Aufregung, der zuletzt nurmehr ornamentale Bedeutung zukam. Denn wer aufrichtig das, was da im letzten Durchgang schließlich als Verfassung für den „Notstand" übrig blieb, mit den Vorsorgegesetzen anderer Staaten verglichen hat, fragt sich nun, da bei uns der Hauptakt vorüber ist, ob hier nicht ein Sturm im Wasserglas stattgefunden habe.

Trotzdem sollte man über diesen „Sturm", dem sicherlich noch andere Stürme folgen werden, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Zumal auch der verneinende Geist — nicht nur nach Goethe — das Gute schafft. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Unruhe dieser Tage den satten Wohlstand, in dem unsere Bundesrepublik seelisch zu ersticken drohte, in Bewegung gebracht hat, aus der eine durchaus neue Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung hervorzugehen scheint. Mindestens ist doch eines evident: viele Vorgänge außerhalb des Parlaments schätzt man heute nüchterner ein. Das wird in nächster Zeit an einer verschärften, sicher aber auch versachlichten Diskussion um ein neues Wahlrecht spürbar werden. Schon mehren sich Stimmen, noch in dieser Legislaturperiode sollten mit der Mehrheit der Großen Koalition alle anstehenden Gesetzgebungswerke gemeinsam gelöst werden, damit von 1969 an die Macht in eine voll arbeitsfähige Regierung und eine konstruktive, aber nichts destoweniger harte Opposition aufgeteilt werde.

Anzeige

Bewährtes erhalten – Neues gestalten | Sozialwahlen 7.-9. Juni '68 | DGB wählen

Was im Gefolge der Notstandsauseinandersetzungen diskutiert worden ist, ließ nicht zuletzt erkennen, daß unser Staat zwanzig Jahre nach dem Zusammentreten des Parlamentarischen Rates in Frankfurt endlich Provisorien ablegen und Konstruktionsfehler beseitigen muß. Das jedoch kann nur geschehen, wenn sich die beiden ähnlich starken und führenden Parteien, die über mehr als die Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen, zu gemeinsamem Handeln entschließen. Im Interesse der Demokratie wäre es gut, wenn sich diese Arbeit bis zum Herbst 1969 erledigen ließe. Objektive Schwierigkeiten stehen freilich dagegen, weshalb beiden Parteien notfalls noch einmal die Chance des Zusammengehens eingeräumt werden sollte.

Die Opposition in der SPD hat deutlich gemacht, daß sich die Partei Brandts, dessen gestrige Rede staatsmännische Verantwortung erkennen ließ, wieder etwas mehr nach links bewegen muß, ohne den Anschluß an die Mitte zu verlieren. Umgekehrt müßte die CDU/CSU jetzt jene Kreise rechts von ihrem eigentlichen Standort zu erfassen suchen, die sich desungeachtet zur Demokratie bekennen. Denn auf der extremen Linken, die sich nicht mehr zur SPD zählen kann, hat sich so viel Undemokratie gezeigt, daß die Gefahr eines Stimmenzuwachses für die extreme Rechte nicht mehr auszuschließen ist.

Abbildung 65: GÖTTINGER TAGEBLATT, 31. Mai 1968, S. 2: „Über alle Hürden"

Entscheidung ohne Begeisterung

Von Peter Raunau

Einer der schwersten Brocken, mit denen sich die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen herumzuplagen hatte, ist aus dem Weg geräumt – nach jahrelanger leidenschaftlicher Auseinandersetzung. Allen sind die Bilder der zum Teil höchst unerfreulichen Tumultszenen aus letzter Zeit, vor allem an vielen Hochschulen, noch in frischer Erinnerung. Im Ausgleich dazu bot die stark engagierte, aber sachliche Debatte im Bundestag ein gutes Bild. Nun ist die Entscheidung gefallen. Begeisterung erweckt sie nirgends.

SPD tat sich schwer

Von den beiden Parteien der großen Koalition hat sich die SPD in der Notstandsfrage besonders schwer getan. So stieß ihre Führung immer wieder auf den weit verbreiteten irrtümlichen Vorwurf, die jetzt verwirklichte Notstandsgesetzgebung sei eine unmittelbare Folge eben des Regierungsbündnisses mit der CDU/CSU. Das trifft nicht zu.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich schon vor mehr als zwanzig Jahren für eine Regelung staatlicher Befugnisse in Notzeiten ausgesprochen. Schon 1947 hieß es in ihren Richtlinien für den Aufbau einer neuen Staatsordnung wörtlich: „Die Verfassung darf keine Bestimmungen über ein Notstandsgesetz enthalten, die es dem Parlament gestattet, sich der politischen Verantwortung zu entziehen." Dieser Grundsatz wurde 1962 und auch später mehrfach ausdrücklich bekräftigt. Mit der entscheidenden Einschränkung, der jetzt Rechnung getragen worden ist, war also die SPD von Beginn an zu einer Vorsorgeregelung für Notzeiten bereit.

Die SPD hat nun ihre Stellung in der Regierung benutzt, eigene Vorstellungen in starkem Maße durchzusetzen, wenn auch – wie der stellvertretende Vorsitzende Helmut Schmidt sagte – eine Notstandsregelung durch eine rein sozialdemokratische Regierung, mit einer Zweidrittelmehrheit hinter sich, wesentlich anders ausgesehen hätte.

So ist es schließlich zu einer Lösung gekommen, die vor allem durch folgende Hauptpunkte bestimmt ist:

1. Ausnahmslose Wahrnehmung der Rechte des Parlamentes bzw. des Notparlamentes in Gestalt des „Gemeinsamen Ausschusses".

2. Keinerlei Ersatzzuständigkeiten von Bundespräsident und Bundeskanzler.

3. Wegfall jeglichen Notverordnungsrechtes der Regierung, jeglicher auf Notstandsrecht basierender Eingriffsmöglichkeiten in das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit sowie der Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Streikrecht).

Die stets ausgewogen und vorsichtig urteilende Londoner „Times" schrieb dieser Tage in einem Kommentar: „Das (Notsands-)Gesetz liefert kaum einen gesetzlichen Deckmantel für eine illegale Usurpation der Macht durch eine Minderheit." Man kann ruhig sagen, die neue Regelung liefert überhaupt keinen solchen Deckmantel. Daß dies doch der Fall sei, ist aber gerade der Kern der Einwände gegen die Notstandsregelung sowohl bei der außerparlamentarischen, als auch – in geringerem Maße – bei der parlamentarischen Opposition. Im Bundestag, in der Presse, in ausgedehnten sogenannten Hearings, die, über den Rundfunk und das Fernsehen verbreitet, weiteste Kreise der Bevölkerung, soweit sie interessiert waren, informierten, hat man sich damit ebenso auseinandergesetzt wie in zahlreichen Kundgebungen im ganzen Bundesgebiet.

Mißtrauen gegen Selbstvertrauen

Und immer wieder geschah das, aufs Ganze gesehen, mit dem gleichen Ergebnis: Tief eingefleischtes, zum Teil aus vergangenen Erfahrungen begründetes Mißtrauen gegen jede Stärkung der Exekutive, auch unter bleibender parlamentarischer Kontrolle, stand im Widerstreit zu einem kräftigen Selbstvertrauen in unseren Staat, daß man gerade durch eine solche Regelung die Sicherung der demokratischen Ordnung auch in Notzeiten im Griff behalten werde.

Dabei ist bei der Opposition außerhalb des Parlaments sehr zwischen verschiedenen Graden des Ernstes und der Sachkenntnis zu unterscheiden. Neben Professoren und Kirchenmännern, Gewerkschaftern und sicher auch sehr zahlreichen Studenten gab es viele, allzu viele Mitläufer einer primitiven Plakatpropaganda, die den Anlaß Notstandsgesetzgebung einfach benutzten, um ihrem Unmut über „die ganze Richtung", die ihnen nicht paßte, Ausdruck zu geben.

Jetzt, so sollte man meinen, muß alles auf Beruhigung der erhitzten Gemüter gerichtet sein. Die demokratische Entscheidung, ob sie Zustimmung findet oder nicht, ist in aller Offenheit und Klarheit herbeigeführt worden. Sie wird Teil der Verfassung bzw. Gesetz werden. Sie nachträglich in Frage stellen wollen, hieße, auf klassische Weise undemokratisch sein, und zwar gerade durch diejenigen, die behaupten, sie nur seien in Wirklichkeit in der Lage, unsere heutige Demokratie verbessern und bereinigen zu können.

Anfang eines Prozesses

Doch ist unbestreitbar, daß mit der vorsorglichen Bekämpfung von Notständen gewiß nicht die Frage nach der Beseitigung der vielen bestehenden Mißstände in unserem Staate beantwortet ist. Wir stehen am Anfang eines Prozesses fortschreitender, gesellschaftlicher Umschichtung und Neuordnung, und wir haben diesem Umstand vorausschauend so wirksam und vernünftig wie möglich Rechnung zu tragen. Unruhe und Bewegung sind unerläßlich, wenn man vorwärts kommen will.

Ein Tempo zwischen moderato und furioso wäre wohl das angemessenste.

Abbildung 66: GÖTTINGER PRESSE, 1. Juni 1968, S. 2: „Entscheidung ohne Begeisterung"

Das gewisse Risiko

Zur Rede Willy Brandts / Von Hartmut Miegel, z. Z. Bonn

Von allen Reden über die Notstandsgesetzgebung war die des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt die beste.

Er zog eine um Ausgleich der Gegensätze so ehrlich und verantwortungsbewußt bemühte Bilanz, daß wohl böswilligen Gegnern Argumente entzogen und ehrlichen Kritikern manches Mißtrauen zerstreut wurde.

Es war notwendig, daß Brandt unmißverständlich auch der Sowjetunion zu verstehen gab, „daß die Deutschen nach ihren bitteren Erfahrungen selbst in Zeiten der Not Willkür nicht zulassen, sondern den einzelnen Bürger ebenso wie den demokratischen Staat schützen wollen". Wir haben es mit unserer gewiß nicht idealen, aber doch so demokratisch wie möglich formulierten Notstandsgesetzgebung nicht nötig, uns ausgerechnet von solchen Staaten Vorhaltungen machen zu lassen, die Notstandsfragen diktatorisch ohne Diskussion mit den Bürgern lösen.

Es war auch gut, daß Brandt für sich und seine politischen Freunde nachdrücklich die Entschlossenheit betonte, jeden, aber auch jeden Mißbrauch der Notstandsgesetze mit allen Mitteln zu verhindern. Deutlicher geht das doch nicht zu sagen als mit diesem Satz: „Wer mit dem Notstand spielt, um die Freiheit einzuschränken, wird die SPD auf den Barrikaden zur Verteidigung der Demokratie finden — und dies ist wörtlich gemeint."

Freilich muß — das hat Brandt eingestanden — noch manches Mißtrauen gegen Staat, Regierung und Parlament zerstreut werden, damit alle Demokraten von dieser Entschlossenheit gänzlich überzeugt werden.

Wichtiger aber noch ist das, was der Bundesaußenminister mit Blick auf Frankreich über die nahe Zukunft gesagt hat. Es geht jetzt — und so ist auch die Unruhe der Jugend in aller Welt zu verstehen — „um die Struktur der Gesellschaft". Ein würdiges, sinnvolles Leben sei heute ohne Mitdenken, Mitgestalten und Mitverantwortung nicht mehr vorstellbar. Und darum geht es auch in der Tat. Neue große Aufgaben kommen auf uns alle zu. Mitbestimmung ist eine der nächsten und dringendsten.

Doch auch bei den Diskussionen und Entscheidungen darüber geht es gewiß nicht ohne harte Widerstände und vielerlei Bedenken ab. Und auch dafür gilt sicherlich der Satz Willy Brandts: „Ein gewisses Risiko gehört zum Wesen der Demokratie. Das Risiko nämlich, daß im entscheidenden Augenblick Demokraten da sein müssen, die Verantwortung tragen."

Abbildung 67: GÖTTINGER PRESSE, 31. Mai 1968, S. 2: „Das gewisse Risiko"

Das GT zeigte sich nach der Verabschiedung der Gesetze versöhnlich, indem es eingestand, dass die Proteste

> „den satten Wohlstand, in dem unsere Bundesrepublik seelisch zu ersticken drohte, in Bewegung gebracht hat, aus der eine durchaus neue Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung hervorzugehen scheint."[367]

Außerdem sei zu vermuten, vergleiche man die nun verabschiedeten Notstandsgesetze mit denen anderer Länder, dass mit der „außerparlamentarischen Aufregung" wohl doch nur ein

„Sturm im Wasserglas“ stattgefunden habe. Der SPD empfahl *ben* eine verstärkte Links-, der CDU/CSU eine Rechtsorientierung, um zu verhindern, dass Menschen in radikale Gruppen abdrifteten.

Die GP lobte in einem ersten Kommentar am 31. Mai 1968 die Rede Willy Brandts zur Gesetzes-Verabschiedung. Darin werde Brandt seiner Rolle gerecht, die Generationen innerhalb seiner Partei zu vereinen. Dann jedoch erinnerte die Zeitung einen Tag später entgegen ihrer bisherigen Linie bei den Demonstrationen, an die „zum Teil unerfreulichen Tumulte“ an deutschen Universitäten und war froh, dass dagegen zumindest im Bundestag eine sachliche Debatte geführt worden sei. Sodann folgte der Versuch von Peter Raunau, den sozialdemokratischen Lesern das Verhalten der SPD in der Notstandsgesetzgebung nachträglich zu vermitteln. Er beeilte sich zu erwähnen, dass sich die SPD schwer tat bei der Notstandsfrage. Es sei jedoch unbegründet zu glauben, sie beuge sich in dieser Frage im Regierungsbündnis mit der CDU/CSU. Vielmehr habe sich die SPD schon vor zwanzig Jahren für eine „Regelung staatlicher Befugnisse in Notzeiten“ ausgesprochen. Nun habe die SPD ihre Stellung in der Regierung genutzt, um eine Reihe von eigenen Vorstellungen durchzusetzen, die sodann aufgezählt wurden. Gegen die Meinung der APO beinhalte das Gesetz keinerlei Möglichkeit der „Usurpation der Macht“, dieser Meinung sei auch die Londoner TIMES. Rückblickend kritisierte der Kommentator wiederholt einige Demonstranten, wobei er zwischen „verschiedenen Graden des Ernstes und der Sachkenntnis“ unterschied:

> „Neben Professoren und Kirchenmännern, Gewerkschaftern und sicher auch sehr zahlreichen Studenten gab es viele, allzu viele Mitläufer einer primitiven Plakatpropaganda, die den Anlass Notstandsgesetze einfach benutzten, um ihrem Unmut über ‚die ganze Richtung‘, die ihnen nicht passte, Ausdruck zu geben.“[368]

Es erscheint ein wenig sonderbar, dass diese Kritik nicht schon früher von der GP angebracht wurde. Raunau beeilte sich dann zudem anzumerken, dass es trotz der Notstandsgesetze noch immer Missstände in der Bundesrepublik Deutschland gebe und man am Anfang einer gesellschaftlichen Umschichtung und Neuordnung stehe. Dazu seien „Unruhe und Bewegung“ unerlässlich, wolle man vorwärtskommen.[369]

In den Monaten nach Verabschiedung der Notstandsgesetze verlagerte sich die Kritik von speziellen Problemen hin zu einer eher generellen Kritik am System der BRD. Betrachtet man

die Auswirkungen der Notstandsgesetze aus heutiger Sicht, lässt sich sagen, dass die Befürchtungen übertrieben waren.

Berichterstattung über den Kampf um Mitbestimmung an den Universitäten

Unabhängig von den Protestaktionen der Studenten schien das GT sie in ihrer Forderung nach Mitbestimmung generell zu unterstützen. In einem Kommentar hieß es:

> „Dazu braucht es eine Reform der Strukturen und Institutionen der Universität. Ohne angemessene Beseitigung unangemessener Abhängigkeiten, ohne zureichende Beteiligung aller Glieder an der Selbstverwaltung der Universität, ohne Neuordnung von Habilitation und Berufungsverfahren (Ausschreibung) wird sich eine Hochschulreform, die nicht in der Studienreform stecken bleiben und den Namen verdienen will, nicht zuwege bringen lassen.“[370]

Auch Göttingens AStA-Vorsitzender *Wolfgang Eßbach* kam im GT zu Wort:

> „Eßbach erklärte, jahrelang hätten die Studenten den Widerspruch hingenommen, der darin bestehe, dass sie in einer Gesellschaft lebten, die nach ihrer Verfassung, dem Grundgesetz, demokratisch sein sollte, dass jedoch ihre unmittelbare Umgebung, die Universität, in der sie arbeiten, höchst undemokratisch organisiert sei.“[371]

Der Rektor der Göttinger Universität Professor *Joachim-Ernst Meyer* lobte die Studenten in gewisser Weise und zeigte Verständnis. Auch hier berichtete das GT:

> „Auch wenn die Forderungen der Studenten nicht in allem berechtigt erscheinen, so scheine doch eins wichtig. ‚Wir haben es heute mit einer Studentenschaft zu tun‘, sagte Professor Meyer, ‚die nicht nur an ihr eigenes Studium denkt, sondern der die Zukunft unserer Hochschule, nachdem sie sie längst verlassen haben nicht gleichgültig ist.‘“[372]

Dennoch seien die Hochschullehrer der Überzeugung,

> „dass das Maß der Mitbestimmung am Geschick der Universität nicht wie im politischen Leben geregelt werden könne, sondern abgestuft nach der unterschiedlichen Funktion im akademischen Gesamtbereich gegliedert werden müsse.“[373]

Die GP sah die Tatsache, dass in 24 Monaten mehr für die Hochschulreform getan worden war als in 12 Jahren davor, als Verdienst der rebellierenden Studenten an. Diese hätten „den Staub aus den ministeriellen Aktenschränken gepustet“. Des Weiteren stellte Verfasser *RM*

fest, dass eine Reform ohne die Beteiligung der Studenten lediglich ein Flickwerk bleiben würde.[374]

Zu einer der Protestversammlungen gegen die Hochschulpolitik in Göttingen kam es, als Studenten für die Feier der Rektoratsübergabe eine Diskussion über den Rechenschaftsbericht des scheidenden Rektors forderten. Den Gegenvorschlag der Universität, die Feier der Rektoratsübergabe in zwei Festakte zu teilen und eine Diskussion am Nachmittag zu integrieren lehnte der Studentenrat ab, da er das Nichtvorhandensein von Öffentlichkeit am Nachmittag befürchtete.[375]

Bei der traditionellen Übergabe des Rektorats durch den Literaturwissenschaftler Professor *Walther Killy* an den Mediziner Professor *Joachim-Ernst Meyer* und einem anschließenden traditionellen wissenschaftlichen Fachvortrag des neuen Rektors waren erstmals keine studentischen und Vertreter der Assistentenschaft zugegen, zudem durften Pressevertreter als Sicherheitsmaßnahme das Gebäude bis zum Ende der Feier nicht verlassen. Die Diskussion mit den Studenten verlegte die Universität wie geplant auf den Nachmittag. Die Studenten reagierten wie angekündigt mit einer Gegendemonstration vor der alten Mensa sowie der Aula der Universität.[376]

Das GT trennte in seiner Berichterstattung über diese Aktion die Rektoratsübergabe und die anschließende Protestkundgebung. Unter anderem wurde die Einstellung Professor Killys gegenüber den Studenten beschrieben:

> „Zur Auseinandersetzung zwischen Professoren und Studenten sagte Killy, dass die Professoren nicht berechtigt seien, ‚den studentischen Ideologiezwang zu Beklagen', solange die Professoren ‚nicht den eigenen durchschauen'. Der Irrtum der Schüler setze ‚stets ein Versagen des Lehrers' voraus. Man könnte nur gewinnen, fuhr Killy fort, ‚indem man Studenten und Assistenten durch Mitbestimmung und Mitverantwortung an das Ganze bindet', dass man aber ‚durch taktische Verzögerung nur verlieren' könne. Die Bemühung um das eigene Haus muss aber vergebens bleiben, wenn das deutsche Hochschulwesen gefährdet werde, indem ‚allzu viele Köche im zähen Brei der Hochschulreform rühren.'"[377]

Von der Protestaktion der Studenten zeigte sich das GT zunächst beeindruckt und berichtet über das „spektakuläre Schauspiel eines Happenings mit *teach in*, *hearing*, Büttenrede und kabarettistischer Karikatur". Tatsächlich hatten sich die Studierenden Talare angezogen und zogen mit „feierlichem Schritt" aus der Mensa zu einem Bierwagen. Ernster sei es dagegen

während einer Diskussion über die Form der Rektoratsübergabe und der Reform der Universität Göttingen zugegangen.[378] In der Mitte des Artikels schwenkte die Stimmung jedoch um, als in einem Kommentar das Verhalten einiger Studierender gegenüber einem Pressefotografen kritisiert wurde:

> „Über den Wert der Möglichkeit, die Rektoratsübergabe durch Helau-Rufe und das Absingen des Liedes ‚So ein Tag, so wunderschön wie heute…' lächerlich zu machen, kann man geteilter Meinung sein. Wenn einzelne Studenten meinen, ihre eigene ‚Pressefreiheit' dadurch ausüben zu können, dass sie Pressefotografen die Hand vor den Apparat halten, um Aufnahmen zu verhindern, die ihnen ungelegen sind, disqualifizieren sich selbst."[379]

Ebenso berichtete das GT wiederholt vom *Göttinger-Studenten-Ring* (GSR), der die Protestaktionen verurteilte. Unter der Schlagzeile „Gegen politisches Mandat der Studenten" wurde zunächst die Gründung des GSR gemeldet. Dieser hatte sich aus den studentischen Verbindungen *Saxonia*, *Jenaische Burschenschaft Germania* und *Hannovera* heraus gegründet und um fasste Mitglieder aus sieben Verbindungen. Man wolle jedoch nicht nur Verbindungen ansprechen, sondern vielmehr alle Studierenden, die sich „für eine hochschulpolitische Zielsetzung interessieren und einsetzen wollen". Der GSR verstand sich als Gegenpol zum AStA, der laut GSR seine Kompetenzen weit überschreite, indem er „seine allgemeinpolitischen Stellungnahmen" im Namen aller Studenten ausspreche. Ein AStA sollte sich vielmehr nur „mit der Vertretung ureigenster studentischer Interessen befassen". Obwohl der GSR keine allgemeinpolitische Gruppe sein wollte, äußerten sich die Mitglieder doch zur politischen Auffassung der 68er-Bewegung: Anders als der SDS fordere man nicht die Errichtung eines *Rätesystems* oder einer *Diktatur des Proletariats*. Der GSR bejahe das demokratisch-parlamentarische System Deutschlands und wolle das „in ihren Möglichkeiten stehende tun, um eine Wiederholung der Tragödie des Staates von Weimar zu verhindern".[380] Man werde nicht tatenlos zusehen, „wie die Demokratie zwischen den Extremisten von rechts und links zerrieben wird".[381]

Ein GSR-Vertreter distanzierte sich von den Demonstranten,

> „da sie nicht demokratischen Prinzipien entspreche. In der Demokratie müsse man Kompromisse eingehen, und ein Kompromiss sei der Vorschlag des Senats gewesen, am Vormittag Tradition zu üben und am Nachmittag zu diskutieren. Den Boykott der Senats-Podiumsdiskussion in der Pauliner Kirche durch Studenten- und Assistentenrat

lehnte er ab. Andere Studenten wandten sich durch das Werfen von rohen Eiern gegen die Absichten der Veranstalter.“[382]

Die GP berichtete sehr detailliert und teilweise amüsiert von dem Happening, an dem ca. 1.000 Studenten teilnahmen:

> „Abgesehen von einigen Eiern, die plötzlich durch die Luft flogen und Protestchören, verlief die Protestkundgebung der Studenten – wie in Göttingen gewohnt – friedlich. Die Polizei konnte sich, wie schon bei vorhergehenden Demonstrationen, auf die Regelung des Verkehrs beschränken. […] Die Rektoratsübergabe war ein halber Striptease, der Bericht des scheidenden Rektors eine Aneinanderreihung von Phrasen und der bei der Rektoratsübergabe übliche Fachvortrag eine Kabarettnummer mit dem schönen Titel ‚das sexuelle Verhalten des männlichen Maikäfers beim Einflug in die Jungbirke‘. […] Der GSR fing an mit ‚AStA weg – hat kein Zweck', die weit in der Überzahl anwesenden anderen Studenten antworteten mit dem Ruf ‚Burschen raus‘. […] Als die Gäste das Haus verließen, wurden Rufe ‚Wir tun Euch nichts‘ und ‚Keine Feier ohne Meyer‘ laut. Als der Rektor der Universität Göttingen, Professor Dr. Meyer, auf der Treppe vor dem Gebäude erschien, forderten ihn die Studenten mit Sprechchören zur Diskussion auf. Die Einladung des Rektors, an der Podiumsdiskussion am Nachmittag in der Paulinerkirche teilzunehmen, wurde von den protestierenden Studenten mit Buh-Rufen beantwortet. Der einzige, der sich der Diskussion mit den Studenten auf dem Marktplatz stellte, war der Vorsitzende des Kulturausschusses des Niedersächsischen Landtages, Erich Gerlach (SPD), der in einem Diskussionsbeitrag die Hochschulreform als mehr als überfällig bezeichnete. […] Die Diskussionen der Studenten bezeichnete der Landtagsabgeordnete als eine wertvolle Hilfe.“[383]

In einem weiteren Artikel auf derselben Seite äußerte sich die GP in einem Kommentar von *gg* über die nachmittägliche Diskussion kritisch gegenüber den Demonstranten:

> „‚Better late than ever‘ – diese Devise, die zitiert wurde, ließ ein weiteres Kennzeichen der Probleme erkennen: Es ist manches zu sehr verzögert worden. Das ist klar, aber es galt auch für die Diskussion. Denn vielleicht war sie, der Kompromissvorschlag der Universitäit, der (eigenartiger und wohl auch unnötigerweise) vom Studentenrat boykottiert wurde, ebenfalls zu spät.“[384]

Allgemeine Betrachtung der Berichterstattung

In beiden Blättern waren während des Untersuchungszeitraumes besondere *Eigenheiten* zu erkennen.

Besonders ausgeprägt war beim GT die immerwährende Sorge über die Darstellung der Bundesrepublik in der DDR. Fortlaufend wurde in den untersuchten Artikeln auch auf Äußerungen aus der DDR, sei es durch Politiker oder die dortigen Medien, hingewiesen.

Dabei stieß die ausschließlich negative, hämische Berichterstattung auf besonderes Missfallen und wurde auf die protestierende Jugend zurückgeführt. Diese Strategie kam zum Ausdruck, als das GT begann, Zeitungen aus der DDR zu zitieren. Die Zeitung NEUES DEUTSCHLAND aus Ostberlin hatte sich auf die Seite der westdeutschen Demonstranten gestellt:

> „Was das ‚imperialistische System in der Bundesrepublik' wirklich darstellt, ist klar zutage getreten. Die Renazifizierung hat in der Bundesrepublik und in Westberlin eine neue Stufe erreicht. Der faschistische Terror schlägt zu. Die Banden, die mit nazistischem Terror gegen die Antifaschisten vorgingen, trugen diesmal Polizeiuniform. Zugleich aber zeigt sich ein Neues: es gibt eine wache Opposition. Sie beweist Mut und Kampfentschlossenheit."[385]

Grundsätzlich versuchte das GT, den SDS immer wieder mit dem kommunistischen System in Verbindung zu bringen. Schon am 11. April 1968 vermutete das Blatt, der SDS habe Geld über sowjetische Militärmissionen erhalten. Begründet wurde diese Annahme zum einen durch die Aufzählung von Geldeinnahmen, die den Anschein erweckten, dass sie keinesfalls ausreichend für den Studentenbund sein könnten. Zum anderen wurden aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen von SDS-Mitgliedern entsprechend ausgelegt:

> „Die Schweizer Zeitung ‚Berner Bund' äußert die Vermutung, dieser revolutionäre Studentenverband erhalte Gelder aus dem Osten von der DDR oder über sowjetische Militärmissionen, was indirekt von Rudi Dutschke, dem ehemaligen SDS-Idol bestätigt wurde."[386]

Den letztendlichen Beweis für die Zusammenarbeit des SDS mit dem Osten sah das GT jedoch darin, dass die erwähnten Gerüchte nicht eindeutig von Dutschke dementiert wurden. Schließlich wurde der SDS direkt für seine Finanzierungsformen kritisiert:

> „Unklar bleibt, wie es der SDS mit seinen Prinzipien vereinbart, den Staat abzulehnen und zu bekämpfen, andererseits aber von ihm finanzielle Unterstützung zu fordern und anzunehmen."[387]

Ob sich der SDS tatsächlich über die DDR finanzierte, ist unbewiesen. Dahms macht darauf aufmerksam, dass weder der *Marxistische Studentenbund Spartakus* noch die „neue

politische Bewegung“ als Abspaltungen des SDS finanziell oder organisatorisch von der DDR unterstützt worden seien. Zudem sei die große Mehrheit der linken Studenten in Göttingen bis zum Ende der Studentenbewegungen 1970 *antiautoritär* gewesen.[388]

Die Reaktionen aus der DDR waren zum Teil auch in der Politik Thema. Das GT berichtete über Berlins Regierenden Bürgermeister *Klaus Schütz*:

> „‚Als groben Einmischungsversuch‘ bezeichnete Schütz die ‚Propagandaoffensive großen Stils‘ aus Ostberlin. Dort seien die Vorgänge der letzten Tage in Zusammenhänge gestellt worden, ‚die man dort so gern konstruiert, um dieser Stadt zu schaden‘, sagte er. ‚Denen, die dies verantworten, sei gesagt: schaffen Sie bei sich einen freiheitlichen Rechtsstaat. Lassen Sie uns dann vergleichen, denn dies ist die Voraussetzung, dass Sie mit uns über die demokratische Grundordnung im freien Teil Berlins rechten können.‘“[389]

In der Rubrik *Unsere Meinung* kommentierte das GT unter der Überschrift „Nur Handlanger“:

> „Als Helmut Schmidt in der letzten Bundestagsdebatte von der ‚elitären Arroganz‘ bestimmter studentischer Gruppen sprach, ahnte er sicher nicht, dass dieses Verhalten der SDS-Ideologen, die ihr geistiges Rüstzeug weitgehend von dem Revolutions-Philosophen Herbert Marcuse beziehen, auch im kommunistischen Osten nicht kritiklos hingenommen wird. Freilich lacht man sich drüben ins Fäustchen, wenn in der Bundesrepublik ‚Rabatz‘ gemacht wird, und man beobachtet die von Franz-Josef Strauß enthüllten Bestrebungen, West- Berlin in eine Räterepublik umzuwandeln, mit einem gewissen Wohlwollen. Das gilt aber nur der Aktion, der Unruhe, die in der Bundesrepublik Verwirrung stiften sollen.“[390]

In der GP wurde im Zuge der Studentenproteste nie die DDR erwähnt. In einem Kommentar von *Hartmut Miegel* ging die Zeitung dagegen auf die andauernde DDR-Betrachtung anderer Zeitungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen ein:

> „Nüchterne politische Beobachter wissen inzwischen immerhin, dass Kommunisten jede Demonstration in der Bundesrepublik angesichts unserer politischen und geographischen Lage für ihre Zwecke auszunutzen versuchen. Aber diese Tatsache allein gibt niemand das Recht, Demonstrationen verantwortungslos zu schimpfen. Die Methoden des verdeckten Kampfes, der hierzulande seit dem zweiten Weltkrieg täglich im Gange ist, sind den Verantwortlichen bekannt.“[391]

Neben dem Thema DDR, fanden sich im GT wiederholt Vergleiche der aktuellen Situation im Frühjahr 1968 mit dem Ende der Weimarer Republik. Unter der Rubrik *Unsere Meinung* im Ressort Politik schrieb *ben* am 25. April 1968 über politische Attentäter:

> „Deshalb sollte frühzeitig verhindert werden, dass den politischen Wirrköpfen die ersten Überzeugungstäter folgen, deren Überzeugung freilich vom Irrtum getragen ist, die aber nichtsdestoweniger das gleiche Unheil anrichten, das einst mithalf, die erste deutsche Republik zu zerstören. Wenn Bonn nicht Weimar werden soll, müssen die Folgen der Radikalisierung jetzt und hier bedacht werden.“[392]

Das GT forderte in einem Kommentar drastische Maßnahmen gegen Demonstranten und begründete diese Ansicht wiederum mit dem Scheitern der Weimarer Republik:

> „Wenn der Staat mit den ihm rechtens zu Gebote stehenden Mitteln dem Treiben krypto-kommunistischer Elemente nicht endlich seine Autorität entgegensetzt, werden wir am Ende eine Demokratie ohne Autorität haben. Was das heißt, wissen die Älteren unter uns aus der erlebten Geschichte der Weimarer Republik.“[393]

Weiter wird in dem Kommentar betont, dass die „radikalen Kräfte“ weder die Unterstützung der Parteien noch der Gewerkschaften hätten. Außerdem stünde die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft gegen sie.

Im Laufe des Untersuchungszeitraums machte sich das GT immer wieder polemisch über die Konflikte zwischen den Generationen innerhalb der SPD lustig. Viele junge Menschen waren in die Partei eingetreten, stärkten den linken Flügel und lieferten sich heftige Auseinandersetzungen mit alteingesessenen Parteigenossen.

Am 29. Mai 1968 widmete das GT den schwelenden Konflikten in der SPD eine ganze Meinungs- und Kommentar-Seite. Der Hauptartikel begann mit dem Ausruf: „Die SPD geht schweren Zeiten entgegen!“ Das Problem der Partei sah der Verfasser vor allem darin, dass sich einige SPD-Mitglieder nach der Opposition sehnen würden, die anderen derweil versuchten, ihre Erfolge in der großen Koalition besser herauszustellen. Des Weiteren spalteten Diskussionen um Notstandsgesetzgebung, Verhältnis zur CDU/CSU und qualifiziertes Mitbestimmungsrecht die Partei. Probleme sah er auch bei Willy Brandt, der sich zwar außenpolitisch „redlich bemüht“ habe, sich jedoch „allem Anschein nach nicht einmal in der eigenen Familie durchsetzen kann“. Die Generationenkonflikte in der Partei wurden außerdem thematisiert:

> „Der Familienkrach in der SPD hat darüber hinaus viel tiefere Wurzeln. Die Jungsozialisten haben mit ihrer Solidaritätserklärung für die Rebellen des SDS und den Sternmarschierern dem Parteivorstand den Fehdehandschuh vor die Füße geworfen. Sie ignorieren bewusst die Beschlüsse der letzten Parteitage, auf denen die SPD sich demonstrativ für die Notwendigkeit der Notstandsgesetze erklärt hat. Alten

> Sozialdemokraten muss es geradezu unfassbar erscheinen, dass diese von politischer Einsicht diktierte Haltung des Parteivorstandes junge Linkssozialisten zu Hassausbrüchen verleitet, wie sie sich am deutlichsten in Nürnberg in den Prügelszenen mit Brandt und Wehner offenbarten. Dieser innerparteiliche Riss, der sich noch einmal bei der Bundestagsdebatte vom 15. Mai in den blamablen Demonstrationsausrufen: ‚Wer hat uns verraten? - Die Sozialdemokraten!' offenbarte, zeigt die Größe der Krise, in der sich die SPD befindet. Dieser Riss geht aber auch durch das 6-Millionen-Heer der Gewerkschaften, deren oppositioneller Teil zum Generalstreik aufruft zu einer Zeit, da der DGB-Vorstand sich gegen den Generalstreik ausspricht und SPD-Abgeordnete, die der sonst so radikalen IG Metall-Gewerkschaft angehören, bei der zweiten Lesung der Notstandsdebatte im Bundestag in beschwörendem Tone – so der SPD-Abgeordnete *Detlef Haase*– für die Annahme der Notstandsgesetze eintreten. Dabei können sich die Abgeordneten noch auf ihre im Grundgesetz garantierte Gewissensfreiheit berufen. Für die schlichten Parteimitglieder gilt diese Ausflucht nicht: sie werden sich jeden Tag von neuem für ein ‚ja' oder ‚nein' entscheiden müssen. Man kann aber nicht in der Regierungsverantwortung stehen und gleichzeitig gegen die Beschlüsse des die Regierung mittragenden Parteivorstandes opponieren. Nutznießer einer solchen Schaukelpolitik wären mit Sicherheit die Extremisten von rechts und links. Das aber liegt weder im Interesse der SPD noch der Koalitionspolitik."[394]

Chefredakteur *Viktor Wurm* kritisierte in einem Kommentar die SPD polemisch. Zudem verwirre die SPD die Leser ihrer Presseorgane, mit denen sie eine „Drehscheibenpolitik" betreibe. Sodann gab Wurm den Sozialdemokraten Ratschläge: Die SPD möge vor allem darauf achtgeben, dass keine Radikalisierung innerhalb der Partei stattfinde, die „jugendliche Demonstranten ins radikale Lager" treibe und „die gemäßigten Elemente vor den Kopf" stoße. Zurzeit habe man deshalb die „paradoxe Situation", dass die CDU ihrer Koalitionspartei im „Interesse der parlamentarischen Demokratie Schützenhilfe leisten" müsse.[395]

Für die Presse ein *gefundenes Fressen* war auch der Konflikt zwischen *Willy Brandt* und seinem Sohn Peter, der sich den Demonstranten angeschlossen hatte. *Peter Brandt* war bereits mit 14 Jahren Mitglied bei den *Falken* – eine der SPD nahestehende Jugendorganisation – geworden und hatte sich ideologisch weiter nach links entwickelt. Schließlich wurde er Mitglied der trotzkistischen Splittergruppe *Spartacus*, beteiligte sich an den Demonstrationen der 68er-Bewegung und wandte sich auch gegen die Politik der SPD. Fünf Mal wurde polizeilich gegen Peter ermittelt. Willy Brandt bat seinen Sohn mehrfach, sich nicht mehr an den Demonstrationen zu beteiligen, jedoch ohne Erfolg.[396]

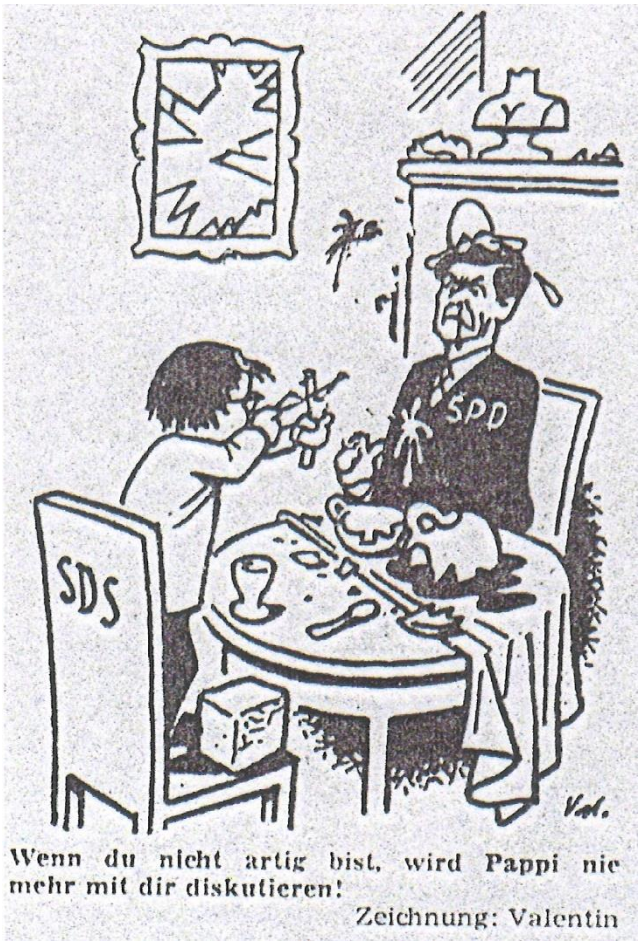


Abbildung 68: GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1968, S. 29

Auf einer der *Jugendseiten* im GT gab es unter anderem als *kleines Extra* einen Bericht über *Peter Brandt*. Dieser sei nicht nur einer der prominentesten, sondern auch radikalsten Protestler. Peter Brandt sei von der Berliner Polizei vorläufig festgenommen worden. Aus der britischen SUN wurde berichtet, der junge Brandt hielte seinen Vater für „einen Politiker, der mithalf, den deutschen Sozialismus durch die Koalition mit den Christlichen Demokraten zu verraten." Darauf folgte ironisch: „Konsequent, wie ein jugendlicher Rebell einmal zu sein hat, forderte er dann auch, die gesamte Führungsspitze – somit auch sein Vater – sollten ‚mit der Wurzel ausgerissen werden'".[397]

Das Thema *Väter und Söhne* wurde jedoch auch von der GP humorvoll aufgegriffen:

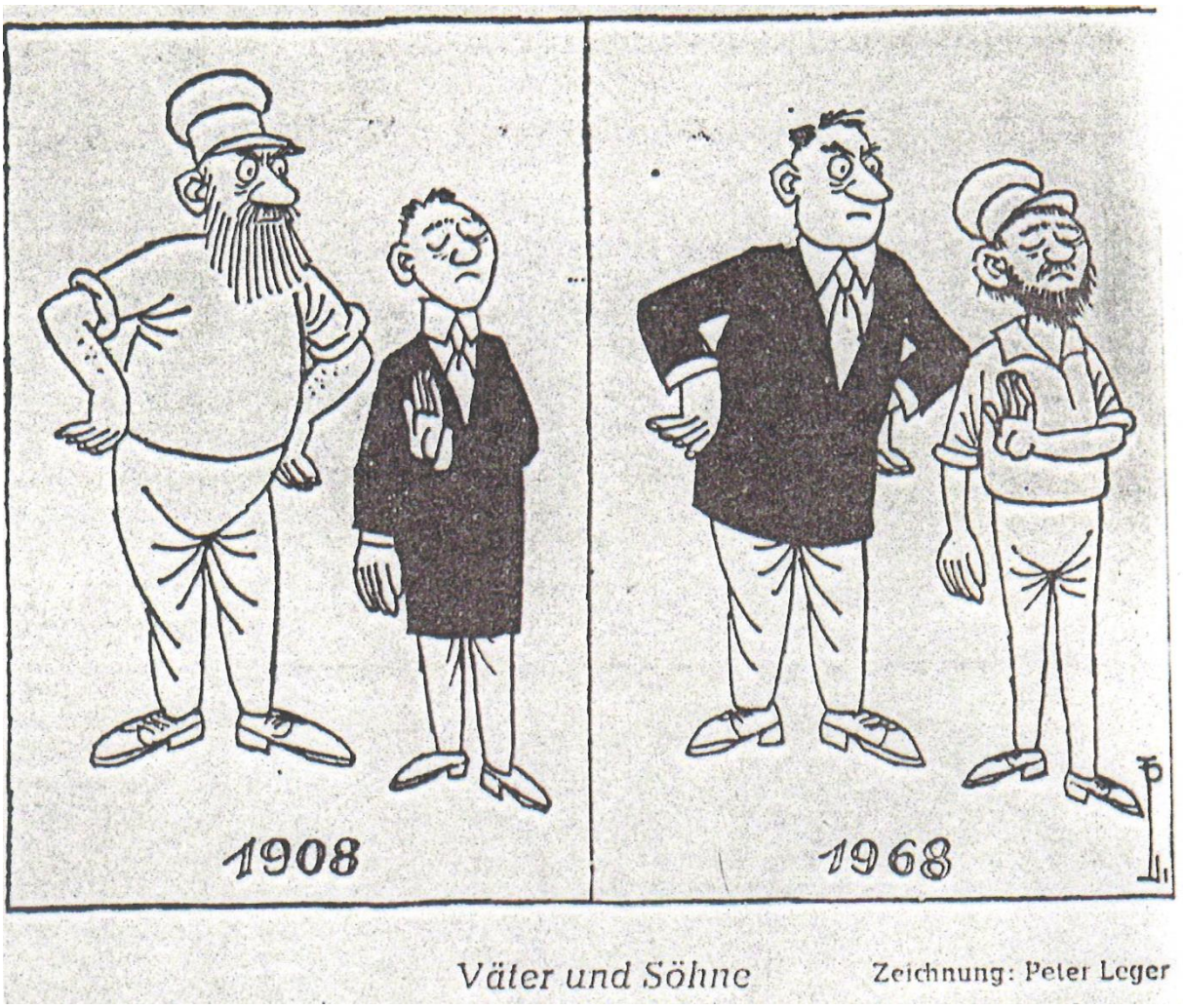


Abbildung 69: GÖTTINGER PRESSE, 1. Mai 1968, S. 2

Bei der GP war gegenüber den 50er Jahren insbesondere eine starke Boulevardisierung zu bemerken. Zahlreiche Berichte wirkten durch bildliche und essayistische Beschreibungen mit Verwendung reichlicher Fotos und Anekdoten oft sowohl reißerisch als auch blumig. Zum Beispiel kommentierte *Dieter Chemin-Petit* den Sternmarsch auf Bonn:

> „Bonns brave Bürger reagierten unterschiedlich. Sagte ein Taxifahrer: ‚Geht heim', sagte ein anderer: ‚Ist egal, wogegen, Hauptsache ist, dass sich die Jugend wieder einmal für etwas einsetzt'. Mütterlich-ernstliche Regungen: ‚Mein Gott, da sind doch viele gut erzogene Jungen darunter, wie können die das nur ihren Eltern antun', waren kaum seltener als die Verwechslung der mit dem skandierenden Ruf ‚No-No-Notstand' in untergefasster Formation durch die Bonner Straßen laufenden Demonstranten mit dem traditionellen Karnevalszug. [...] Sie kamen jugendbewegt, Wandervolgetracht und spät engagiert im Altjungfernnimbus. Sie kamen mit evolutionärem Elan, mit dem Signus des Bartes und gewaltloser Gelassenheit mit biederen Sprüchen. Sie kamen und machten den Bonner Hofgarten vorübergehend zum St. James-Park Londons, wo man in der Mittagspause mit einer Gefährtin mehr

> erleben kann, als spazieren gehen, oder zum Hyde-Park – auch in London –, wo man mehr reden kann, als man am Ende wirklich verantworten muss.“[398]

Wiederholt beschreibt die GP die Geschehnisse auf den Demonstrationen zudem dramatisch:

> „Die Szene wurde hektisch. Das Dröhnen eines Hubschraubers, der ständig über den belagerten Straßenzügen kreiste, wurde übertönt vom lauten Aufschreien der Menge, wenn die berittene Polizei in Aktion trat.“[399]

Typisch auch die Beschreibung der Vorgänge beim Attentat auf Dutschke:

> „Dutschke stürzt, rafft sich wieder auf und taumelt in Richtung SDS-Zentrale zurück. An einer Bank vor dem Hause bricht er zusammen, wird aber von Passanten auf die Bank gesetzt. Dutschke ist bei Bewusstsein, redet aber wirr: ‚Soldaten, Soldaten‘“.[400]

Zahlreiche Fotografien und entsprechende Unterschriften unterstützten die boulevardisierte Berichterstattung.

Ergebnisse der Analyse

Auch wenn sich Meinungen in Zeitungen nie trennscharf voneinander unterscheiden lassen, sind dennoch gewisse Trends in der Berichterstattung erkennbar.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die GP der protestierenden 68er-Bewegung Sympathien entgegenbrachte. Dies äußerte sich in der überwiegend positiven Berichterstattung und Kommentierung, unter anderem auch durch das Auslassen von negativen Äußerungen gegen die Studenten. Es kann jedoch nicht behauptet werden, die GP sei ein Sprachrohr der Demonstranten gewesen. Denn neben der skandalträchtigen Schilderung der Ereignisse wurde über die inhaltlichen Beweggründe und Anliegen nicht diskutiert. Vielmehr akzeptierte die Zeitung Mittel und Ziele mit großer Eindeutigkeit. Nicht bewiesen ist jedoch, ob die Zeitung den rebellierenden Studenten gegenüber eine unterstützende Funktion einnahm und damit deren Aktionen der begrenzten Regelverletzungen Auftrieb gegeben hat. Gegen diese These spricht zumindest, dass die Göttinger Studenten bekanntlich auch ein *sit in* vor der Redaktion der GP veranstalteten, da sie mit der Berichterstattung nicht einverstanden waren. Die Zeitung half jedoch der SPD, den Lesern die Anliegen der Studenten schmackhaft zu machen – immer wieder wurde verdeutlicht, dass auch die SPD

mit den Notstandsgesetzen ihre Probleme habe, aber dafür kämpfe, in der Regierung die Anliegen der SPD auszufechten.

Das GT vermochte dagegen keine Toleranz für die junge Generation aufzubringen. Schon früh forderte das Blatt, durch Meldungen entsprechender Meinungen und Kommentare, schnelle Gerichtsverfahren und harte Strafen gegen Demonstranten. Damit vertrat das GT die Meinung konservativer Stimmen der Bundesrepublik. Bedeutsam war für das Blatt auch das Ansehen der BRD nach außen, insbesondere der DDR wollte man keine Steilvorlagen liefern. Das GT unterschlug Fakten oder berichtete bewusst inkorrekt, vor allem über die Göttinger Protestaktionen. Diese Berichterstattung hat Unzufriedenheit und wachsende Aggressionen der Studenten befördert, sie löste *sit ins* vor der Redaktion aus.

Eine „kritische Distanz“, die eigentlich zum Idealbild eines Journalisten gehört, hat sowohl in der GP, als auch im GT nicht stattgefunden – von einer ausgeglichenen Berichterstattung über die *68er-Bewegung* im *heißen Frühling 1968* kann keine Rede sein.

Hervorzuheben sind die Unterschiede zwischen GP und GT in er Bildberichterstattung. Während die GP zahlreiche Bilder von den Göttinger Ereignissen veröffentlichte, verzichtete das GT auf Bilder.

Fazit

Bis in die Mitte der 1970er Jahre hatten die Bürgerinnen und Bürger von Göttingen eine Wahl, welche lokale Tageszeitung sie lesen wollten. Seit Gründung der Lokalpresse in Göttingen konkurrierten mindestens zwei, zuweilen auch drei bis vier Zeitungen um die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser. Mit der Einstellung der GÖTTINGER ALLGEMEINE (früher: GÖTTINGER PRESSE) änderte sich diese Situation 1974 grundlegend.

Das GÖTTINGER TAGEBLATT hat es damit als einzige Tageszeitung geschafft, sich auf dem Zeitungsmarkt durchzusetzen. Wie diese Untersuchung zeigen konnte, verfolgte die Redaktion dabei kontinuierlich eine ausgeprägt konservative Grundhaltung bei gesellschaftlichen und politischen Themen. Das GT konnte sich nach dem Wiedererscheinen 1949 schnell wieder bei der alten Leserschaft etablieren. Die nationalsozialistische Ausrichtung hat ihr dabei nicht geschadet. Auch Produktionsressourcen standen unmittelbar

zur Verfügung, da die nur während der Lizenzphase (1948-1949) erscheinende NORDDEUTSCHE ZEITUNG eingestellt wurde und die Technik wieder nur dem GT zur Verfügung stand.

Andere Zeitungen erwiesen sich in Göttingen langfristig als nicht konkurrenzfähig. Nach der Lizenzphase gab es lediglich eine weitere Tageszeitung in Göttingen: die GÖTTINGER PRESSE (Erscheinungsverlauf: 1946-1971). Als Tochterzeitung der HANNOVERSCHEN PRESSE stand sie der SPD nahe und verbreiterte das in den Tageszeitungen vertretene Meinungsspektrum signifikant nach links, wie die Stichtaganalysen um die Landtagswahl 1955 und die Studentenunruhen 1968 zeigen. Der Übergang zur Boulevardisierung, mit dem die GÖTTINGER PRESSE dem Geschmack der Leser entgegenkommen wollte, reichte nicht aus, um sich gegen die starken Konzentrationsbewegungen auf dem deutschen Pressemarkt behaupten zu können. Die Zeitung hielt sich zwar verhältnismäßig lange, wurde jedoch 1971 an die HESSISCHE ALLGEMEINE verkauft, die zunächst eine Regionalausgabe unter dem Namen GÖTTINGER ALLGEMEINE verlegte, die schließlich 1974 aufgrund mangelnder Rentabilität eingestellt wurde.[401]

Seit 1974 ist Göttingen ein so genannter Ein-Zeitungskreis – mit dem GT als einziger Tageszeitung. Eine eigenständige *Publizistische Einheit* ist dabei auch das GT nicht mehr: seit 1978 eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Madsack-Konzerns,[402] wird der Mantel der Zeitung aus Hannover übernommen.

Wie sind lokale Pressemonopole für die Gemeinden und Städte einzuschätzen? Die Kommunikationswissenschaftlerin und Journalistin Elisabeth Noelle-Neumann dazu:

> „Seine bloße Existenz, die Tatsache, dass in einem bestimmten regionalen Bereich, einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt, zur Information über lokale Vorgänge nur eine Zeitung zur Verfügung steht, kann nicht befriedigen. Die Möglichkeit des Missbrauchs liegt nahe, und die stete Zunahme so genannter ‚Ein-Zeitungskreise' macht dieses Problem erst recht virulent."[403]

Monopolzeitungen verfügen besonders auf dem Gebiet der Lokalnachrichten über enorme Einflussmöglichkeiten, da Leser selten über alternative Informationsmöglichkeiten verfügen und es ihnen somit an Vergleichsmöglichkeiten fehlt. Zwar erscheinen in Göttingen neben dem GT die Anzeigenblätter BLICK und EXTRATIPP, doch diese kommen lediglich wöchentlich heraus und können somit zum einen der erforderlichen Aktualität nicht nachkommen, zum anderen ist die Unabhängigkeit der Redaktionen von Einflüssen der Anzeigenschaltenden

kritisch zu hinterfragen. Neueintritte eigenständiger Redaktionen in den Tageszeitungsmarkt sind wiederum nur unter erheblichen finanziellen Aufwendungen möglich und seit der Phase der Pressekonzentration in Deutschland selten geworden.

Wie diese Studie belegt, darf nicht die Illusion bestehen, dass in früheren Jahrzehnten allein aufgrund der zahlreichen Titel eine höhere *Objektivität* bestand. Jede Zeitung visierte bestimmte Zielgruppen an und benutzte dazu entsprechende journalistische Mittel. Doch auch wenn ein pluralistisches Meinungsbild bei den einzelnen Zeitungen nicht zu finden war, bestand doch eine breitere Meinungslandschaft. Seit 1974 ist dies in Göttingen nicht mehr der Fall.

Literaturverzeichnis

Albrecht, Niels, Die Macht einer Verleumdungskampagne. Antidemokratische Agitationen der Presse und Justiz gegen die Weimarer Republik und ihren ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert vom „Badebild“ bis zum Magdeburger Prozess, Dissertation, Bremen 2003.

Aschoff, Hans-Georg, Die katholische Kirche in Niedersachsen nach 1945, in: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte 91 (1993), S. 211-239.

Aufermann, Jörg/Heilmann, Peter/Hüppauf, Hubertus, u.a., Pressekonzentration. Eine kritische Materialsichtung und -systematisierung, München und Berlin 1971.

Aufermann, Jörg/Lange, Bernd-Peter/Zerdick, Axel, Pressekonzentration in der BRD: Untersuchungsprobleme, Ursachen und Erscheinungsformen, in: Aufermann, Jörg/Bohrmann, Hans/Sülzer, Rolf, Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Band 1, Frankfurt 1973.

Benz, Wolfgang, Deutschland 1945-1949, Besatzungszeit und Staatengründung, Information zur politischen Bildung, Nr. 259, Neudruck, Bonn 2002.

Beyer, Helmut/Müller, Klaus, Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren. Voraussetzungen, Ablauf, Ergebnisse und Folgen der Landtagswahl 1955, Düsseldorf 1988.

Böhme, Ernst, Göttingen. Kleiner Führer durch die Stadtgeschichte, Göttingen 1999.

Brinkmann, Jens-Uwe, „Noch mehr zusammenrücken…“ – Die letzten Kriegsmonate in Göttingen, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, Göttingen 1985.

Dahms, Hans-Joachim, Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, in: von Thadden, Rudolf/Trittel, Günter J. (Hrsg.), Göttingen, Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt. 1866-1989, Göttingen 1999.

Danker, Uwe/Oddey, Markus/Roth, Daniel/Schwabe, Astrid, Am Anfang standen Arbeitergroschen, 140 Jahre Medienunternehmen der SPD, Bonn 2003.

Dollinger, Hans/Vogelsang, Thilo, Deutschland unter den Besatzungsmächten, München 1967.

Dovifat, Emil, Zeitungslehre II, 6. Auflage, bearbeitet von Jürgen Wilke, Berlin 1976.

Dussel, Konrad, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004.

Fischer, Heinz-Dietrich, Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1975.

Fürstenau, Justus, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied und Berlin 1969.

Füssel, Stephan, „Wider den undeutschen Geist“. Bücherverbrennung und Bibliothekslenkung im Nationalsozialismus, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttinger unterm Hakenkreuz, Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, S. 95-105, Göttingen 1983.

Franke, Konrad A., Die SPD in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Braunschweig 1972.

Fratzscher, Arnold, CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Göttingen und Uelzen 1977.

Fritsch, Michael, Informationsquellen im lokalen Bereich. Probleme der Materialbeschaffung, -bearbeitung und -verwendung in der Außenredaktion einer nordrhein-westfälischen Regionalzeitung, Bochum 1983.

Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998.

Gilcher-Holtey, Ingrid, Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, 3. Auflage, München 2005.

Glaser, Hermann, Kultur und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Eine Profilskizze 1945-1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2/1991.

Gritschneder, Otto, Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf H. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz, München 1990.

Gritschneder, Otto, Der Hitler-Prozeß und sein Richter Georg Neithardt. Skandalurteil von 1924 ebnet Hitler den Weg, München 2001.

Hale, Oron J., Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965.

Hasselhorn, Fritz/Weinreis, Hermann, Göttingens Weg in den Nationalsozialismus, dargestellt anhand der städtischen Wahlergebnisse 1924-1933, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen unterm Hakenkreuz, Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, S. 47-57, Göttingen 1983.

Hasselhorn, Fritz, Göttingen 1917/18 – 1933, in: von Thadden, Rudolf/Trittel, Günter J. (Hrsg.), Göttingen, Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3: Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt. 1866-1989, Göttingen 1999.

Haungs, Peter, die CDU: Prototyp einer Volkspartei, in: Mintzel, Alf, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992.

Hoffmann, Robert, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993.

Hubatsch, Walther, Wie Göttingen vor der Zerstörung bewahrt wurde, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, S. 27-47, Göttingen 1985.

Hunger, Ulrich, Die „stille Pflege der Wissenschaften“. Ein Querschnitt durch die Geschichte der Universität Göttingen in den letzten hundert Jahren, in: 100 Jahre. Göttingen und sein Museum, S. 247-267, Göttingen 1989.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jäger, Wolfgang, Stichwort Außerparlamentarische Opposition, in: Staatslexikon, Bd. 1, Freiburg 1986.

Jarren, Otfried, Medien und Kommunikation in den 50er Jahren, in: Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau, Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, S. 433-438, Bonn 1993.

Jung, Walter, Ideologische Voraussetzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre in der Weimarer Republik – Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Dissertation, Göttingen 2000.

Kepplinger, Hans Mathias, Zeitungsberichterstattung im Wandel, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 195-210, Köln, Weimar, Wien 1999.

Kepplinger, Hans Mathias, Publizistische Konflikte, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 698-719, Köln, Weimar, Wien 1999.

Koszyk, Kurt, Deutsche Presse 1914-1945, Berlin 1972.

Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958.

Koszyk, Kurt, Presse unter alliierter Besatzung, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 31-58, Köln, Weimar, Wien 1999.

Kraushaar, Wolfgang, 1968 als Mythos, Chiffre, Zäsur, Hamburg 2000.

Kühn, Helga-Maria, Ein Weg zur Demokratie und Selbstverwaltung – Die Einrichtung des Civil Advice Bureau in Göttingen, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, S. 93-105, Göttingen 1985.

Kühn, Helga-Maria, Die nationalsozialistische „Bewegung“ in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Machtergreifung (1922-1933), in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen unterm Hakenkreuz, Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, Texte und Materialien, S. 13-45, Göttingen 1983.

Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, Texte und Materialien, Göttingen 1983.

Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn. Texte und Materialien zur Ausstellung im Städtischen Museum 31. März – 28. Juli 1985, Göttingen 1985.

Lange, Bettina, Pressefreiheit und Pressekonzentration. Eine verfassungsrechtliche Untersuchung über die Notwendigkeit und den Inhalt von Gesetzen zur Strukturverbesserung des Pressewesens, Bonn 1972.

Liedtke, Rüdiger, Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945, Berlin 1982.

Lösche, Peter, Kleine Geschichte der Deutschen Parteien, 2. verb. Auflage, Stuttgart, Berlin, Köln 1994.

Lüger, Heinz-Helmut, Pressesprache, Tübingen 1983.

Marschall, Barbara, The political development of German University Towns in the Weimar Republic, Göttingen and Münster 1918-1930, Dissertation, London 1972.

Marten, Hans-Georg, Die Unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen – Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945-1955, Göttinger Politikwissenschaftliche Forschung, Göttingen 1978.

Matthias, Erich/Meier-Welcker, Hans (Hrsg.), Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922-1924, Bearb. von Heinz Hürten, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 4, Düsseldorf 1980.

Meier, Gerd, Milieu und Markt. Tageszeitungen in Ostwestfalen 1920-1970, Paderborn 1999.

Meyn, Hermann, Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965.

Meyn, Hermann, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Alte und neue Bundesländer, Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 24, Berlin 1992.

Meyen, Michael, Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik. Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Wandel und Presseentwicklung, Leipzig 1996.

Möller, Horst, Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie, München 2004.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Ronneberger, Franz/Stuiber, Heinz-Werner, Streitpunkt Lokales Pressemonopol. Untersuchungen zur Alleinstellung von Tageszeitungen, Journalismus, Band 8, Düsseldorf 1976.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried (Hrsg.), Das Fischer Lexikon: Publizistik. Massenkommunikation, aktualisierte, vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Frankfurt am Main 2002.

Nussberger, Ulrich, Die Mechanik der Pressekonzentration, Berlin 1971.

Popplow, Ulrich, Die Friedensjahre: Göttingen 1933-1939 – Machterwerb und -teilung, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, S. 59-81, Göttingen 1983.

Pross, Harry, Zeitungsreport. Deutsche Presse im 20. Jahrhundert, Weimar 2000.

Pürer, Heinz/Raabe, Johannes, Medien in Deutschland, Band 1, Presse, 2. Korrigierte Auflage, Konstanz 1996.

Reumann, Kurt, Journalistische Darstellungsformen, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.), Das Fischer Lexikon: Publizistik. Massenkommunikation, 7. Auflage, S. 91-116, Frankfurt am Main 2000.

Rohrbach, Rainer, „Die politische Lage ist hier als verhältnismäßig ruhig zur betrachten." Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Städtisches Museum Göttingen, 100 Jahre. Göttingen und sein Museum, S. 161-181, Göttingen 1989.

Rohrbach, Rainer, „…damit radikale Kräfte zurückgedrängt werden!" – Gewerkschaften an der Georgia Augusta, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, S. 317-351, Göttingen 1985.

Rowold, Manfred, Im Schatten der Macht. Die Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1974.

Saur, Karl-Otto, „Neue Medien auf dem Vormarsch", in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 31. Mai 1978, S. 8.

Seibold, Carsten, Die 68er. Das Fest der Rebellion, München 1988.

Schildt, Axel, Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999.

Schildt, Axel, Politische Entscheidungen und Einstellungen, in: Deutschland in den fünfziger Jahren, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 256, München 1997.

Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

Simon, Christian, Schule und Schulpolitik unter den Kultusministern Adolf Grimme und Richard Voigt, in: Obenaus, Herbert/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.), Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes, Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Band 12, Bielefeld 1999.

Schmeling, Hans-Georg, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, S. 149-199, Göttingen 1985.

Schmeling, Hans-Georg, Der Anfang vom Ende, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen unterm Hakenkreuz. Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, S. 143-155, Göttingen 1983.

Schneider, Michael, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 17, Bonn 1986.

Schneider, Ulrich/Dumke, Wolfgang, Die Universität Göttingen zwischen Besetzung und Wiedereröffnung 1945, S. 291-301, Göttingen 1985.

Schöne, Albrecht, Göttinger Bücherverbrennung 1933, Rede am 10. Mai 1983 zur Erinnerung an die „Aktion wider den undeutschen Geist“, Göttinger Universitätsreden, Göttingen 1983.

Schütz, Walter J., Entwicklung der Tagespresse, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der BRD, S. 109-134, Bonn 1999.

Sösemann, Bernd, Die 68er Bewegung und die Massenmedien, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 672-697, Köln, Weimar, Wien 1999.

Schröder, Elke, Parteipresse im Wandel, Die Hannoversche Presse von 1946 bis 1958, Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Band 9, Bielefeld 1996.

Schulz, Winfried, Nachricht, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried (Hrsg.), Das Fischer Lexikon: Publizistik. Massenkommunikation, aktualisierte, vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Frankfurt am Main 2002.

Schütz, Walter J., Entwicklung der Tagespresse, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 109-134, Köln, Weimar, Wien 1999.

Stöber, Rudolf, Deutsche Pressegeschichte, Konstanz 2000.

Sürig, Eckard/Kühn, Helga-Maria, Göttinger Zeitungen: ein pressegeschichtlicher Führer mit Standortnachweis, Göttingen 1985.

von Thadden, Wiebke, Göttingen und seine Militärregierung, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, S. 69-93, Göttingen 1985.

Von Thadden, Rudolf/Trittel, Günter, J. (Hrsg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3, Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999.

Tollmien, Cordula, Nationalsozialismus in Göttingen (1933-1945), Dissertation, Göttingen 1999.

Trittel, Günter J., Göttingens Entwicklung seit 1948, in: von Thadden, Rudolf/Trittel, Günter, J. (Hrsg.), Göttingen. Geschichte einer Universitätsstadt, Band 3, Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999.

Vogt, Hannah, Die Göttinger SPD in der Weimarer Republik, in: Wettig, Klaus (Hrsg.), 1873-2003. 130 Jahre Sozialdemokratie in Göttingen, S. 29-40, Göttingen 2003.

Vogt, Hannah, „Die Nelsonianer". Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK), in: Wettig, Klaus (Hrsg.), 1873-2003. 130 Jahre Sozialdemokratie in Göttingen, S. 51-57, Göttingen 2003.

Vogt, Hannah, Aus meinem Tagebuch, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945, Kriegsende und Neubeginn, S. 57-69, Göttingen 1985.

Walter, Franz, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002.

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003.

Wettig, Klaus, Das Volksheim. Der historische Ort „Maschmühlenweg", in: Wettig, Klaus (Hrsg.), 1873-2003. 130 Jahre Sozialdemokratie in Göttingen, S. 41-50, Göttingen 2003.

Wettig, Klaus (Hrsg.), 1873-2003. 130 Jahre Sozialdemokratie in Göttingen, Göttingen 2003.

Wilke, Jürgen/Noelle-Neumann, Elisabeth, Pressegeschichte, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.), Das Fischer Lexikon: Publizistik. Massenkommunikation, 7. Auflage, S. 439-452, Frankfurt am Main 2000.

Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999.

Wilke, Jürgen, Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 649-671, Köln, Weimar, Wien 1999.

Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, Erster Band: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000.

Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, Zweiter Band: Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München 2000.

Winters, Hans-Christian, Göttinger Tageblatt 1889 bis 1989, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, S. 285-297, Göttingen 1985.

Wolfrum, Edgar, Die Geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

Archive

Stadtarchiv Göttingen

Bestände des GÖTTINGER TAGEBLATTS

Bestände der GÖTTINGER ZEITUNG

Bestände des VOLKSBLATTES

Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen

Bestände des GÖTTINGER TAGEBLATTS

Bestände der GÖTTINGER PRESSE

Bestände der GÖTTINGER ZEITUNG

Bestände des VOLKSBLATTES

Bestände der NORDDEUTSCHEN ZEITUNG

Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fritz-Heine-Nachlass

---

[1] Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Publizistische Konflikte, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 698-719, hier S. 717f.
[2] Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Zeitungsberichterstattung im Wandel, in Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 95-210, hier S. 202
[3] Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er-Bewegung, Deutschland, Westeuropa, USA, 3. Auflage, München 2005, S. 126
[4] Vgl. Rüdiger Liedtke, Die verschenkte Presse, Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945, Berlin 1982, S. 17ff.
[5] Vgl. Otfried Jarren, Medien und Kommunikation in den 50er Jahren, in: Axel Schildt/Arnold Sywotek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, S. 433-438, hier S. 434
[6] Vgl. Jürgen Wilke, Mediengeschichte der BRD, Bonn 1999, S. 16
[7] Vgl. Uwe Danker/Markus Oddey/Daniel Roth/Astrid Schwabe, Am Anfang standen Arbeitergroschen, 140 Jahre Medienunternehmen der SPD, Bonn 2003, S. 92
[8] Vgl. Jürgen Wilke, Mediengeschichte der BRD, S. 16
[9] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, Band I, Presse, 2. korrigierte Auflage, Konstanz 1996, S. 76
[10] Vgl. Jürgen Wilke/Elisabeth Noelle-Neumann, Pressegeschichte, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.), Fischer Lexikon, Publizistik, Massenkommunikation, 7. Auflage, Frankfurt am Main 2000, S. 439-452, hier S. 439; Heinz-Dietrich Fischer, Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1975, S. 302; Hermann Meyn, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, Alte und neue Bundesländer, Reihe: Zur Politik und Zeitgeschichte, Band 24, Berlin 1992, S. 15
[11] Vgl. Chronik des Göttinger Stadtarchivs – Eintragung vom 28. Juni 1919. Einzusehen unter http://www.stadtarchiv.goettingen.de/frames/fr_chronik.htm
[12] Vgl. Ernst Böhme, Göttingen, Kleiner Führer durch die Stadtgeschichte, Göttingen 1999, S. 25
[13] Vgl. Helga-Maria Kühn, Die nationalsozialistische „Bewegung“ in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Machtergreifung (1922-1933), in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat, Göttingen unterm Hakenkreuz, Nationalsozialistischer Alltag in einer deutschen Stadt, Texte und Materialien, Göttingen, 1983, S. 13-45, hier S. 13
[14] Ebd., S. 27ff.
[15] Ebd.
[16] Ebd.
[17] Vgl. Göttinger Tageblatt vom 5./6. Februar 1937, S. 1, zitiert in: Stephan Füssel, „Wider den undeutschen Geist“, Bücherverbrennungen und Bibliothekslenkung, in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat, Göttingen unterm Hakenkreuz, S. 95ff., hier S. 96

[18] Vgl. Helga-Maria Kühn, Die nationalsozialistische „Bewegung“ in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Machtergreifung (1922-1933), S. 35f.
[19] Vgl. Hans-Christian Winters, Göttinger Tageblatt 1889-1989, in: Kulturdezernat der Stadt Göttingen, Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, Göttingen 1985, S. 285-297, hier S. 286
[20] Vgl. Helga-Maria Kühn, Die nationalsozialistische „Bewegung“ in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Machtergreifung (1922-1933), S. 38
[21] Ebd., S. 39
[22] Vgl. Eckhard Sürig/Helga-Maria Kühn, Göttinger Zeitungen, ein pressegeschichtlicher Führer mit Standortnachweis, Göttingen 1985, S. 18
[23] Vgl. Göttinger Zeitung, 11. November 1923, S. 1
[24] Ebd., S. 2
[25] Ebd.
[26] Zitiert nach: Hannah Vogt, Die Göttinger SPD in der Weimarer Republik, in: Klaus Wettig (Hrsg.), 1873-2003. 130 Jahre Sozialdemokratie in Göttingen, Göttingen 2003, S. 29-40, hier S. 38
[27] In Göttingen gab es zunächst auch Vervielfältigungen der KPD, darunter der *Rote Stürmer* und die *Rote Geheimdruckerei* – allerdings wurden die nur unregelmäßig und in sehr kleiner Anzahl aufgelegt.
[28] Heute „Alte Mensa“; Veranstaltungshaus der Universität
[29] Vgl. Hannah Vogt, Die Göttinger SPD in der Weimarer Republik, S. 38
[30] Vgl. Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 195f.
[31] Ebd., S. 167
[32] Seit 1920 das publizistische Zentralorgan der NSDAP.
[33] Vgl. Volksblatt, 8. November 1923, S. 3
[34] Vgl. Volksblatt, 6. November 1923, S. 2
[35] Vgl. Helga-Maria Kühn, Die nationalsozialistische „Bewegung“ in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Machtergreifung (1922-1933), S. 39
[36] Vgl. Rudolf Stöber, Deutsche Pressegeschichte, Konstanz 2000, S. 128
[37] Vgl. Rüdiger Liedtke, Die verschenkte Presse, S. 17ff.
[38] Vgl. Heinz-Dietrich Fischer, Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1975, S. 299f.
[39] Vgl. Rüdiger Liedtke, Die verschenkte Presse, S. 17ff.
[40] Vgl. Kurt Koszyk, zwischen Kaiserreich und Diktatur, S. 148
[41] Zwar hatte es ein Zensurverbot gegeben, dieses konnte jedoch mit einfacher Mehrheit eingeschränkt oder wieder aufgehoben werden.
[42] Zitiert nach Artikel 118 der Weimarer Reichsverfassung
[43] Vgl. Hermann Meyn, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Alte und neue Bundesländer, Reihe: Zur Politik und Zeitgeschichte, Band 24, Berlin 1992, S. 15; Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 68
[44] Vgl. Hermann Mey, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, S. 15
[45] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 64ff.
[46] Ebd., S. 70f.
[47] Vgl. Eckhard Sürig/Helga Maria Kühn, Göttinger Zeitungen, S. 18
[48] Vgl. Klaus Wettig, Das Volksheim. Der historische Ort „Maschmühlenweg“, in: Ders. (Hrsg.), 130 Jahre Sozialdemokratie in Göttingen, S. 48f.
[49] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 76f.
[50] Vgl. Eckhard Sürig/Helga Maria Kühn, Göttinger Zeitungen, S. 20
[51] Vgl. Hans-Christian Winters, Göttinger Tageblatt 1889-1989, S. 288
[52] Vgl. Helga-Maria Kühn, Die nationalsozialistische „Bewegung“ in Göttingen von ihren Anfängen bis zur Machtergreifung (1922-1933), S. 39
[53] Vgl. Rüdiger Liedtke, Die verschenkte Presse, S. 17ff.
[54] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 85ff.
[55] Ebd., S. 73f.
[56] Adolf Hitler verfasste insbesondere in den Anfängen nach der Wiedergründung der Zeitung am 24. März 1925 zahlreiche Leitartikel. Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 85
[57] Ebd., S. 79ff.
[58] Vgl. Rudolf Stöber, Deutsche Pressegeschichte, S. 128

[59] Vgl. Rainer Rohrbach, „Die politische Lage ist hier als verhältnismäßig ruhig zu betrachten." Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Städtisches Museum Göttingen, 100 Jahre. Göttingen und sein Museum, Göttingen 1989, S. 161-181, hier S. 162
[60] Ebd.
[61] Vgl. Ulrich Popplow, Die Friedensjahre: Göttingen 1933-1939 – Machterwerb- und teilung, in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat (Hrsg.), Göttingen unterm Hakenkreuz, S. 59-81, hier S. 80
[62] Vgl. Stephan Füssel, „Wider den undeutschen Geist", S. 95ff.
[63] Vgl. Ulrich Hunger, Die „stille Pflege der Wissenschaften". Ein Querschnitt durch die Geschichte der Universität Göttingen in den letzten hundert Jahren, in: 100 Jahre. Göttingen und sein Museum, S. 247-267, hier S. 260
[64] Ebd., S. 260ff.
[65] Vgl. Jens-Uwe Brinkmann, „Noch mehr zusammenrücken…" – Die letzten Kriegsmonate in Göttingen, in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat (Hrsg.), Göttingen 1945. Kriegsende und Neubeginn, Göttingen 1985, S. 9-24, hier S. 18
[66] Vgl. Walther Hubatsch, Wie Göttingen vor der Zerstörung bewahrt wurde, S. 43
[67] Vgl. Jens-Uwe Brinkmann, „Noch mehr zusammenrücken…", S. 23
[68] Vgl. Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat (Hrsg.), Göttingen 1945, S. 69-93, hier S. 71f.
[69] Peter Kopf zitiert in: Kurt Koszyk, Presse unter alliierter Besatzung, in: Jürgen Wilke, Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 31-58, hier S. 52
[70] Vgl. Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, S. 81
[71] Vgl. Hans-Georg Schmeling, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat (Hrsg.), Göttingen 1945, S. 149-199, hier S. 151
[72] Ebd., S. 154
[73] Vgl. Justus Fürstenau, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutsche Nachkriegspolitik, Neuwied und Berlin 1969, S. 29
[74] Vgl. Gerd Meier, Milieu und Markt. Tageszeitungen in Ostwestfalen. 1920-1970, Paderborn 1999, S. 105
[75] Peter Kopf zitiert in: Kurt Koszyk, Presse unter alliierter Besatzung, in: Jürgen Wilke, Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 52
[76] Vgl. Hans-Georg Schmeling, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, S. 185
[77] Ebd.
[78] Vgl. Gerd Meier, Milieu und Markt, S. 105
[79] Vgl. Justus Fürstenau, Entnazifizierung, S. 37f.
[80] Ebd., S. 107
[81] Vgl. Wolfgang Benz, Deutschland 1945-1949. Besatzungszeit und Staatengründung. Information zur politischen Bildung, Nr. 259, Neudruck, Bonn 2002, S. 23
[82] Vgl. Jürgen Wilke, Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, in: Ders. (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 649-671, hier S. 651
[83] Vgl. Axel Schildt, Politische Entscheidungen und Einstellung, in: Deutschland in den fünfziger Jahren, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 256, München 1997, S. 53
[84] Vgl. Rüdiger Liedtke, Die verschenkte Presse, S. 210f.
[85] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 97f.
[86] Ebd., S. 99
[87] Vgl. Gerd Meier, Milieu und Markt, S. 112f.
[88] Ebd., S. 109
[89] Vgl. Kurt Koszyk, Presse unter alliierter Besatzung, S. 37f.
[90] Vgl. Gerd Meier, Milieu und Markt, S. 113f
[91] Ebd.
[92] Ebd., S. 116f.
[93] Vgl. Kurt Koszyk, Presse unter alliierter Besatzung, S. 44
[94] Vgl. Gerd Meier, Milieu du Markt, S. 116f.
[95] Vgl. Wolfgang Benz, Deutschland 1945-1949, S. 13
[96] Vgl. Rainer Rohrbach, „…damit radikale Kräfte zurückgedrängt werden!". Gewerkschaften an der Georgia August, in: Stadt Göttingen, Kulturdezernat (Hrsg.), Göttingen 1945, S. 317-351, hier S. 332ff.
[97] Ebd., S. 346f.
[98] Ebd., S. 350
[99] Ebd., S. 326

[100] Vgl. Wiebke von Thadden, Göttingen und seine Militärregierung, S. 84
[101] Vgl. Klaus Wettig, Das Volksheim, S. 48f.
[102] Vgl. Hans-Georg Schmeling, Göttinger Nachkriegsalltag 1945, S. 156
[103] Vgl. Gerd Meier, Milieu und Markt, S. 121
[104] Ebd., S. 164
[105] Ebd., S. 165
[106] Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Zeitungsberichterstattung im Wandel, S. 195; Als Nachrichtenagentur diente den Zeitungen zunächst die durch die britische Besatzungsmacht eingerichtete Nachrichtenagentur §German News Service", die später in „Deutscher Pressedienst" (dpd) umbenannt wurde. Der dpd hatte bis 1946 eine Monopolstellung, die britischen Befehlshaber trafen über ihn eine Vorauswahl an Informationen – unerwünschte Nachrichten wurden häufig unterdrückt. Ab 1946 durfte in der britischen Besatzungszone auch Nachrichtenagenturen aus anderen Besatzungszonen herangezogen werden. Von da an nahm die Informationsfreiheit nach und nach zu.
[107] Vgl. Eckhard Sürig/Helga Maria Kühn, Göttinger Zeitungen, S. 56 und S. 63
[108] Vgl. Gerd Meier, Milieu und Markt, S. 122
[109] Zitiert nach Kurt Koszyk, Presse unter alliierter Besatzung, S. 46
[110] Vgl. Axel Schildt, Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, S. 634
[111] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 108
[112] Vgl. Elke Schröder, Parteipresse im Wandel. Die Hannoversche Presse von 1946 bis 1958, Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Band 9, Bielefeld 1996, S. 86
[113] Vgl. Axel Schildt, Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, S. 645
[114] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 109
[115] Vgl. Hans-Christian Winters, Göttinger Tageblatt 1889-1989, S. 290
[116] Vgl. Elke Schröder, Parteipresse im Wandel, S. 87
[117] Vgl. Konrad Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 227
[118] Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland, S. 112
[119] Vgl. Konrad Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, S. 229; Die Leserreichweite umfasst im Gegensatz zur Auflage die Anzahl der tatsächlichen Leser. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein Exemplar von mehreren Personen gelesen wird.
[120] Vgl. Axel Schildt, Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, S. 638
[121] Vgl. Hans-Christian Winters, Göttinger Tageblatt 1889-1989, S. 290
[122] Ebd., S 291
[123] Vgl. Elke Schröder, Parteipresse im Wandel, S. 86
[124] Ebd.
[125] Ebd., S. 94
[126] DGB Landesbezirksvorstand Niedersachsen, Tageszeitungen. In Niedersachsen und Bremen. Eine Übersicht 1952, in: Fritz Heine-Nachlass, Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Akte Nr. 189, S. 7
[127] Ebd.
[128] Warum dies der Fall war, ist nicht geklärt. Helmut Beyer und Klaus Müller vermuten erhebliche Konflikte Hermann Föges mit anderen Parteimitgliedern in der Landesregierung; vgl. Helmut Beyer/Klaus Müller, Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren. Voraussetzungen, Ablauf, Ergebnisse und Folgen der Landtagswahl 1955, Düsseldorf 1988, S. 137
[129] Aus einem Interview mit Klaus Wettig, am 15. November 2004
[130] Vgl. Günter J. Trittel, Göttingens Entwicklung seit 1948, in: Rudolf von Thadden/Günter J. Trittel (Hrsg.), Göttingen. Geschichte einer Großstadt. Band 3. Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866-1989, Göttingen 1999, hier S. 297
[131] Ebd., S. 298f.
[132] Gegensatz der konservativen Werte bei gleichzeitigem sozioökonomischem Wandel
[133] Vgl. Günter J. Trittel, Göttingens Entwicklung seit 1948, S. 299
[134] Ebd., S. 297
[135] Ebd., S. 300
[136] Vgl. Kurt Reumann, Journalistische Darstellungsformen, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.), Das Fischer Lexikon, hier S. 92
[137] Im Untersuchungszeitraum durchschnittlich 14 Seiten pro Ausgabe.
[138] Mehr zum Thema „agenda-setting" in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.), Das Fischer Lexikon, S. 50, 58, 185, 519, 554
[139] Vgl. Kurt Reumann, Journalistische Darstellungsformen, S. 91

[140] Ebd., S. 93f.
[141] Ebd., S. 94
[142] Ebd., S. 98
[143] Mehr dazu in: Winfried Schulz, Nachricht, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke (Hrsg.), Das Fischer Lexikon, S. 328ff.
[144] Vgl. Winfried Schulz, Nachricht, S. 328
[145] Vgl. Kurt Reumann, Journalistische Darstellungsformen, S. 99
[146] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 20. April 1955, S. 5
[147] Ebd.
[148] Helmut Beyer/Klaus Müller, Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren, S. 36ff.
[149] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 16./17. April 1955, S. 3
[150] Ebd.
[151] Ebd.
[152] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1955, S. 3
[153] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 14. April 1955, S. 2
[154] Ebd.
[155] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 19. April 1955, S. 2
[156] Ebd.
[157] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 25. März 1955, S. 11
[158] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 26. März 1955, S. 4
[159] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 30. März 1955, S. 9
[160] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 31. März 1955, S. 2
[161] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 15. April 1955, S. 3
[162] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 16./17. April 1955, S. 3
[163] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1955, S. 5
[164] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 23. April 1955, S. 3
[165] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1955, S. 3
[166] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 21. April 1955, S. 5
[167] Ebd.
[168] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 4. April 1955, S. 1
[169] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 18. April 1955, S. 4
[170] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1955, S. 3
[171] Ebd., S. 2
[172] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 23./24. April 1955, S. 3; GÖTTINGER TAGEBLATT, 14. April 1955, S. 5; Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1955, S. 3
[173] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 23./24. April 1955, S. 1
[174] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 6. April 1955, S. 9
[175] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 15. April 1955, S. 6
[176] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 6. April 1955, S. 7
[177] Vgl. Hans Georg Marten, Die Unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen – Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945-1955, Göttinger Politikwissenschaftliche Forschung, Göttingen 1978, S. 296f.
[178] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 23./24. April 1955, S. 16
[179] Ebd.
[180] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1955, S. 7
[181] Hermann Föge zitiert in: Helmut Beyer/Klaus Müller, Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren, S. 138
[182] Hermann Föge zitiert in: ebd.
[183] Helmut Beyer/Klaus Müller, Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren, S. 138
[184] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 16./17. April 1955, S. 17
[185] Ebd., S. 15
[186] Ebd.
[187] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 23. April 1955, S. 15
[188] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1955, S. 5
[189] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 23./24. April 1955, S. 16
[190] Ebd.
[191] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1955, S. 5

[192] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 21. April 1955, S. 9
[193] Ebd.
[194] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1955, S. 8
[195] Ebd.
[196] Vgl. Peter Lösche, Kleine Geschichte der Deutschen Parteien. Stuttgart, Berlin, Köln 1994, S. 159
[197] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 13. Mai 1955, S. 1
[198] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1955, S. 6
[199] Ebd.
[200] Aus einem Interview mit Klaus Wettig vom 15. November 2004
[201] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 23./24. April 1955, S. 19
[202] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1955, S. 8
[203] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 21. April 1955, S. 9
[204] Ebd.
[205] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1955, S. 6
[206] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 20. April 1955, S. 5
[207] Ebd.
[208] Ebd.
[209] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 15. April 1955, S. 8
[210] Ebd.
[211] Helmut Beyer/Klaus Müller, Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren, S. 476f.
[212] Ebd., S. 480
[213] Ebd., S. 482
[214] Als FDP und BHE 1957 eine Fraktionsgemeinschaft eingingen und sechs DRP-Abgeordnete als Hospitanten aufnahmen, brach die Regierung auseinander. Unter Führung von H. Hellwege wurde eine DP-CDU-SPD-Koalition gebildet. Kopf wurde niedersächsischer Innenminister. Nach den Landtagswahlen 1959 übernahm H. W. Kopf an der Spitze einer kleinen Koalition (SPD, FDP und BHE) wieder die Regierungsführung, die nach seinem Tod 1961 von Georg Diederichs übernommen wurde.
[215] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 26. April 1955, S. 2
[216] Elke Schröder, Parteipresse im Wandel, S. 102ff.
[217] Ebd., S. 107f.
[218] Siehe Kapitel *Wahlanzeigen* in diesem Beitrag
[219] **???**
[220] Vgl. Edgar Wolfrum, Die Geglückte Demokratie, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 264
[221] Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er-Bewegung, S. 62
[222] Vgl. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt, Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001, S. 68
[223] Ebd.
[224] Kritische Theorie, Frankfurter Schule
[225] Vgl. Edgar Wolfrum, Die Geglückte Demokratie, S. 170ff.
[226] Zitiert nach Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er-Bewegung, S. 60
[227] Vgl. Edgar Wolfrum, Die Geglückte Demokratie, S. 171f.
[228] Vgl. POLITIKON 1965, Nr. 9; Vgl. Hans-Joachim Dahms, Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, in: Rudolf von Thadden/Günter J. Trittel (Hrsg.), Göttingen, S. 446
[229] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Denkmodelle der 68er-Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B22-23/2001, S. 19
[230] Ebd., S. 16f.
[231] Ebd., S. 17
[232] Vgl. Ralf Dahrendorf, Bildung ist Bürgerrecht, Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965, erwähnt in: Joachim Dahms, a. a. O., S. 444
[233] Ebd., S. 445
[234] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Denkmodelle der 68er-Bewegung, S. 17f.
[235] Vgl. SDS, Gruppe Frankfurt am Main (Hrsg.), Mordanschlag auf Rudi Dutschke (Sammlung Rebentisch); vgl. dazu auch: Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? S. 240
[236] In seiner Einleitung schreibt er von „nicht zufälligen, sondern unvermeidbaren Ähnlichkeiten mit Publikationen des Axel-Springer-Verlages."

[237] Vgl. Joachim Dahms, Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, S. 448f.; Dahms beruft sich auf: Barbara Marschall, The political development of German University Towns in de Weimar Republic, Göttingen and Münster 1918-1939, London 1972, S. 140ff., S. 159f.
[238] Zitat nach Bernd Sösemann, Die 68er Bewegung und die Massenmedien, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 672-697, S. 688
[239] Vgl. Bernd Sösemann, die 68er Bewegung und die Massenmedien, S. 689
[240] Vgl. Carsten Seibold, Die 68er, Das Fest der Rebellion, München 1988, S. 104; wonach im Juni 1968 8% der westdeutschen Studenten angaben, wegen Hochschulproblemen demonstriert zu haben, 10% wegen des Vietnam-Krieges, aber 33% aufgrund der Notstandsgesetze.
[241] Vgl. Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968), Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 17, Bonn 1986, S. 243
[242] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Denkmodelle der 68er-Bewegung, S. 20
[243] Vgl. Michael Schneider, Demokratie in Gefahr?, S. 251
[244] Zitiert nach: ebd., S. 242
[245] Ebd., S. 246
[246] Vgl. Chronik des Stadtarchivs: http://www.stadtarchiv.goettingen.de/frames/fr_chronik.htm
[247] Vgl. Joachim Dahms, Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, S. 447
[248] Ebd., S. 451
[249] Ebd., S. 449
[250] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 13. April 1968, S. 4
[251] Ebd.
[252] Ebd., S. 2
[253] Ebd., S. 1
[254] Ebd., S. 2
[255] Ebd., S. 1f.
[256] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 13. April 1968, S. 2
[257] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 16. April 1968, S. 1
[258] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 16. April 1968, S. 3
[259] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1968, S. 11
[260] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 19. April 1968, S. 13
[261] Ebd.
[262] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 1. Mai 1968, S. 2
[263] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Mai 1968, S. 2
[264] Artikelausschnitt aus der NATIONAL ZEITUNG aus Basel, abgedruckt im GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 2
[265] Artikelausschnitt aus der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG, abgedruckt im GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 2
[266] Artikelausschnitt aus dem FIGARO, abgedruckt im GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 2
[267] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 13. April 1968, S. 2
[268] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 18. April 1968, S. 9
[269] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 22. April 1968, S. 1
[270] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 22. April 1968, S. 1
[271] Ebd.
[272] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 3. Mai 1968, S. 16
[273] Ebd.
[274] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20./21. April 1968, S. 29
[275] Ebd.
[276] Ebd.
[277] Ebd.
[278] Ebd.
[279] Ebd.
[280] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 1. Mai 1968, S. 2
[281] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 26. April 1968, S. 3
[282] Ebd.
[283] Ebd.
[284] Ebd.
[285] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 24. April 1968, S. 2
[286] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 24. April 1968, S. 2

[287] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 21. Mai 1968, S. 4
[288] Ebd.
[289] Ebd.
[290] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Mai 1968, S. 17
[291] Emil Maier-Dorn, zitiert in: GÖTTINGER TAGEBLATT, 25. Mai 1968, S. 4
[292] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 18. April 1968, S. 2
[293] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 2
[294] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1968, S. 14
[295] Ebd.
[296] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 20. April 1968, S. 9
[297] Ebd.
[298] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 2
[299] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 17. April 1968, S. 9
[300] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 9
[301] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 27. April 1968, S. 2
[302] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 30. April 1968, S. 2
[303] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 26. April 1968, S. 11
[304] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 26. April 1968, S. 15
[305] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 27. April 1968, S. 2
[306] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. Mai 1968, S. 2
[307] Michael Schneider, Demokratie in Gefahr?, S. 248
[308] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 20. Mai 1968, S. 1
[309] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 16. April 1968, S. 3
[310] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 17. April 1968, S. 1
[311] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 1
[312] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 16. April 1968, S. 9
[313] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 8. Mai 1968, S. 1
[314] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 8. Mai 1968, S. 1
[315] Ebd.
[316] Ebd.
[317] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 1; GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Mai 1968, S. 2
[318] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 17. April 1968, S. 1
[319] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 1
[320] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 1. Mai 1968, S. 6
[321] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 18. April 1968, S. 2
[322] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1968, S. 1
[323] Ebd.
[324] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 24. April 1968, S. 4
[325] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 25. April 1968, S. 2
[326] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 26. April 1968, S. 2
[327] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 15. Mai 1968, S. 3
[328] Ebd.
[329] Ebd.
[330] Ebd.
[331] Ebd.
[332] Ebd.
[333] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. Mai 1968, S. 2
[334] Ebd.
[335] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 29. Mai 1968, S. 2
[336] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 11. Mai 1968, S. 2
[337] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 18. Mai 1968, S. 2
[338] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 16. Mai 1968, S. 1
[339] Ebd.
[340] Vorname nicht angegeben
[341] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 16. Mai 1968, S. 2
[342] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 16. Mai 1968, S. 3 und S. 9
[343] Vgl. Chronik des Stadtarchivs: http://www.stadtarchiv.goettingen.de/frames/fr_chronik.htm

[344] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 29. Mai 1968, S. 2
[345] Ebd., S. 9
[346] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 29. Mai 1968, S. 9
[347] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 30. Mai 1968, S. 9
[348] Vgl. Abbildung 56
[349] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 1. Juni 1968, S. 12
[350] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3
[351] Ebd.
[352] Zitiert nach GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 2
[353] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 2
[354] Leserbrief von Dietrich Mock, in: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3
[355] Ebd.
[356] Ebd.
[357] Ebd.
[358] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3
[359] Eckart Koch, in: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 3f.
[360] Klaus Opitz, in: GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 4
[361] Ebd.
[362] Ebd.
[363] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 1. Juni 1968, S. 2
[364] Michael Schneider: Demokratie in Gefahr?, S. 241
[365] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 14. Mai 1968, S. 1
[366] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 18. Mai 1968, S. 1
[367] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 31. Mai 1968, S. 2
[368] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 1. Juni 1968, S. 2
[369] Ebd.
[370] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 8. Mai 1968, S. 2
[371] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 3. Mai 1968, S. 18
[372] Ebd.
[373] Ebd.
[374] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 8. Mai 1968, S. 1
[375] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 4./5. Mai 1968, S. 22
[376] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 11. Mai 1968, S. 8
[377] Ebd.
[378] Ebd.
[379] Ebd.
[380] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 7. Mai 1968, S. 11
[381] Ebd.
[382] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 11. Mai 1968, S. 11
[383] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 11. Mai 1968, S. 9
[384] Ebd.
[385] Artikelausschnitt aus der Zeitung NEUES DEUTSCHLAND Ostberlin, abgedruckt im GÖTTINGER TAGEBLATT, 17. April 1968, S. 2
[386] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 11. April 1968, S. 4
[387] Ebd.
[388] Vgl. Joachim Dahms, Die Universität Göttingen 1918 bis 1989, S. 446
[389] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 19. April 1968, S. 1
[390] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 7. Mai 1968, S. 2
[391] Hartmut Miegel in: GÖTTINGER PRESSE, 20. April 1968, S. 3
[392] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 25. April 1968, S. 2
[393] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 18. April 1968, S. 2
[394] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 29. Mai 1968, S. 2
[395] Vgl. Kommentar von Dr. Viktor Wurm in: GÖTTINGER TAGEBLATT, 29. Mai 1968, S. 2
[396] Vgl. Peter Merseburger, Willy Brandt, 1913-1992, Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 555ff.
[397] Vgl. GÖTTINGER TAGEBLATT, 20. April 1968, S. 29
[398] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 13. Mai 1968, S. 3
[399] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 16. April 1968, S. 1

[400] Vgl. GÖTTINGER PRESSE, 13. April 1968, S. 4
[401] Vgl. Eckhard Sürig/Helga-Maria Kühn, Göttinger Zeitungen, S. 22
[402] Ebd.
[403] Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Franz Ronneberger/Heinz-Werner Stuiber, Streitpunkt Lokales Pressemonopol, Untersuchungen zur Alleinstellung von Tageszeitungen, Reihe Journalismus, Band 8, Düsseldorf 1976, S. 11